

**Beteiligungen des Kreises Euskirchen an
Unternehmen und Einrichtungen
in der Rechtsform des privaten Rechts,
einer Anstalt des öffentlichen Rechts
sowie Mitgliedschaften in Zweckverbänden**



Beteiligungsbericht 2012

Zugleich: Übersicht über die Wirtschaftslage und die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen und Einrichtungen sowie der Anstalten des öffentlichen Rechts und der Sondervermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden nach § 1 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Inhaltsverzeichnis

Teil A – Grundlagen	5
1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes	5
2. Rechtliche Grundlagen	5
3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes.....	7
4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten	8
5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2012.....	11
Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften	13
1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)	13
2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)	16
3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT).....	17
4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)	20
5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)	22
6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM).....	24
6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	24
6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)	27
a) Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH	29
aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH	29
ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	29
b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH.....	29
c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	30
d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH.....	30
e) KKM Servicegesellschaft mbH.....	30
ea) KKM Gebäudedienste GmbH	30
f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH.....	30
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG	31
8. EuRegionale 2008 Agentur GmbH	33
9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH.....	35
10. vogelsang ip gGmbH	37
11. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	39
12. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	40
12.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises.....	42
a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb).....	42
b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)	42
c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)	42
d) KEV Energie GmbH.....	42
e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	43
12.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises	43
zu 12.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)	43
a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG.....	43
b) Quantum GmbH.....	43
c) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG	43
d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH.....	43

e)	Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	43
f)	Green Gecco Verwaltungs GmbH	43
g)	Green Gecco GmbH & Co. KG	44
ga)	An Suidhe Wind Farm Limited	44
gb)	WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH	44
gc)	WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH	44
gd)	RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH.....	44
ge)	RWE Innogy Windpark GmbH	44
zu 12.1 d)	KEV Energie GmbH.....	44
a)	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB) ..	44
b)	Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	44
c)	Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	45
d)	Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG	45
13. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH		47
14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH).....		49
15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR		51
16. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts		53
17. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)		55
<i>Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2012</i>		<i>57</i>
<i>Teil D – Auswertungen und Übersichten</i>		<i>241</i>
1. Auswertung der Jahresabschlüsse		241
2. Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen		266
3. Personalbestand		267
4. Leistungen und Kennzahlen		268
<i>Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.08.2013</i>		<i>269</i>
1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen		269
2. Beteiligungsverhältnisse – Übersicht		270
<i>Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden.....</i>		<i>271</i>
1. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)		272
2. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur.....		281
3. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)		283
4. Zweckverband Kronenburger See		300
5. Zweckverband Naturpark Rheinland		301
6. Zweckverband Region Aachen		303
7. Erftverband		305
8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER).....		307
9. Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW (AAV).....		308

Teil A – Grundlagen

1. Gegenstand und Zweck des Beteiligungsberichtes

Die Beteiligungen an den Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts sind durch nicht unerhebliche Vermögenswerte und Finanzströme mit dem Kreis Euskirchen verbunden, so dass der Kreis einerseits aus der Verantwortung für diese Vermögenswerte, andererseits durch die finanziellen Auswirkungen der Finanzströme auf den Kreishaushalt zur Steuerung und Kontrolle seiner Beteiligungen berechtigt und verpflichtet ist. Um die Steuerungs- und Kontrollaufgaben zwischen Kreistag, Verwaltung und Beteiligungen zu koordinieren und die Öffentlichkeit zu unterrichten, ist eine Informationsquelle erforderlich, die regelmäßig ein Mindestmaß an entscheidungsrelevanten Daten zur Verfügung stellt.

So hat der Kreis gem. § 117 der Gemeindeordnung (GO) NRW i.V.m. § 53 KrO einen Beteiligungsbericht zu erstellen, in dem seine wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, zu erläutern ist. Dieser Bericht ist jährlich bezogen auf den Abschlussstichtag des Gesamtabchlusses fortzuschreiben und dem Gesamtabschluss beizufügen.

Gem. § 52 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW sind im Beteiligungsbericht gesondert anzugeben und zu erläutern

1. die Ziele der Beteiligung,
2. die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
3. die Beteiligungsverhältnisse,
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage,
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen,
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und mit der Gemeinde,
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen,
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.

Im Bericht sind die Bilanzen und Gewinn- und Verlustrechnungen der Beteiligungen in einer Zeitreihe abzubilden, die das abgelaufene Geschäftsjahr, das Vorjahr und das Vorvorjahr umfasst. Die Darstellung kann bei den Bilanzen auf die in § 266 des Handelsgesetzbuches in den Absätzen 2 und 3 mit Buchstaben und römischen Zahlen bezeichneten Posten in der vorgeschriebenen Reihenfolge beschränkt werden. Bei den Gewinn- und Verlustrechnungen können Erleichterungen nach § 276 des Handelsgesetzbuches unabhängig von der Einhaltung der dort beschriebenen Größenklassen in Anspruch genommen werden. Werden bei den Beteiligungen für die Jahresabschlussanalyse Strukturbilanzen erstellt, können diese die vollständigen Bilanzen ersetzen. Dem Bericht ist eine Übersicht über die gemeindlichen Beteiligungen unter Angabe der Höhe der Anteile an jeder Beteiligung in Prozent beizufügen.

Der Beteiligungsbericht ist dem Kreistag und den Einwohnern zur Kenntnis zu bringen. Der Kreis hat zu diesem Zweck den Bericht zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen. Der Kreis hält den Bericht zu diesem Zweck zur Einsichtnahme vor. Der Beteiligungsbericht 2012 wird mit dem Haushaltsplan 2014 veröffentlicht. Weiterhin ist er auf der Homepage des Kreises Euskirchen unter „<http://www.kreis-euskirchen.de/>“ abrufbar.

2. Rechtliche Grundlagen

2.1 Begriffsdefinitionen „Unternehmen“, „Einrichtung“

Nach § 53 der Kreisordnung NW (KrO NW) gelten für die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Kreises, soweit in der KrO NW keine andere Regelung getroffen ist, die Vorschriften der Gemeindeordnung (§§ 75 bis 118 GO) und die dazu erlassenen Rechtsverordnungen entsprechend.

Der Gesetzgeber verwendet für die wirtschaftliche Betätigung den Begriff „Unternehmen“ und für die nichtwirtschaftliche Betätigung den Begriff „Einrichtung“.

Gem. § 107 Abs. 1 Satz 3 GO NW ist als „wirtschaftliche Betätigung“ der Betrieb von Unternehmen zu verstehen, die als Hersteller, Anbieter oder Verteiler von Gütern oder Dienstleistungen am Markt tätig werden, sofern die Leistung ihrer Art nach auch von einem Privaten mit der Absicht der Gewinnerzielung erbracht werden könnte.

Im Absatz 2 des § 107 GO NW ist im einzelnen aufgeführt, was als „nichtwirtschaftliche Betätigung“ gilt. Dazu zählen insbesondere:

- Einrichtungen, zu denen der Kreis gesetzlich verpflichtet ist,
- öffentliche Einrichtungen, die für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere Einrichtungen auf den Gebieten Schulen, Volkshochschulen, Tageseinrichtungen für Kinder und sonstige Einrichtungen der Jugendhilfe, Bibliotheken, Museen, Krankenhäuser, soziale und medizinische Beratungsstellen,
- Einrichtungen, die der Wirtschaftsförderung, der Fremdenverkehrsförderung oder der Wohnraumversorgung dienen,
- Einrichtungen des Umweltschutzes (z. B. Abfallentsorgung),
- Einrichtungen, die ausschließlich der Deckung des Eigenbedarfs des Kreises dienen.

2.2 Zulässigkeit und Anforderungen bei Beteiligungen des Kreises

Die Zulässigkeit der wirtschaftlichen und nichtwirtschaftlichen Betätigung sowie die Gründung oder Beteiligung an Unternehmen und Einrichtungen des privaten Rechts ist in den §§ 107 bis 108a der Gemeindeordnung geregelt, auf die an dieser Stelle verwiesen wird. Unternehmen und Einrichtungen unterliegen weiteren Regeln, die in der GO NW dargelegt sind:

- Unternehmen und Einrichtungen sind so zu führen, zu steuern und zu kontrollieren, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird (§ 109 Abs. 1 GO).
- Unternehmen sollen einen Ertrag für den Haushalt des Kreises abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird. Sie sollen neben den notwendigen Rücklagen eine marktübliche Verzinsung des Eigenkapitals erwirtschaften (§ 109 GO NW).
- Unternehmen, für die kein Wettbewerb gleichartiger Unternehmen besteht, unterliegen dem Verbot des Missbrauchs wirtschaftlicher Machtstellung (§ 110 GO NW).
- Unternehmen, Einrichtungen oder Beteiligungen an einer Gesellschaft dürfen nur dann teilweise oder vollständig veräußert werden, wenn die für die Betreuung der Einwohner erforderliche Erfüllung der Aufgaben des Kreises nicht beeinträchtigt wird (§ 111 GO NW).
- Die Beteiligung oder Veräußerung von Beteiligungen an Gesellschaften sowie die anderen in § 115 GO aufgeführten Tatbestände sind vor deren Vollzug gegenüber der Aufsichtsbehörde anzuzeigen.

2.3 Vertretung des Kreises in den Organen der Gesellschaften

Von Bedeutung sind hier insbesondere die Vorschriften des § 26 KrO sowie ergänzend § 113 GO. Hieraus ergibt sich u.a., dass

- die kommunalen Vertreter durch den Kreistag bestellt und abberufen werden sowie dessen Weisungen unterliegen,
- die erstmalige Beteiligung und die Erhöhung einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einer Gesellschaft sowie weitere in § 26 Abs. 1 KrO aufgeführte Angelegenheiten der Zustimmung des Kreistages bedürfen,
- die Vertreter die Interessen des Kreises zu vertreten haben und an die Beschlüsse des Kreistages gebunden sind,
- der Kreistag bei Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig zu unterrichten ist.

2.4 Einführung des NKF

Der Kreis Euskirchen hat zum 01.01.2009 das Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF) eingeführt. Nach den gesetzlichen Regelungen (insb. §§ 116, 117 GO, §§ 49-52 GemHVO) ergeben sich im Bereich der Beteiligungen die folgenden Änderungen:

- Bewertung und Bilanzierung der Beteiligungen in der Eröffnungsbilanz des Kreises zum 01.01.2009,
- Konsolidierung von verbundenen Unternehmen und assoziierten Bereichen im Gesamtabschluss, Stichtag spätestens 31.12.2010,
- Erhöhung der Anforderungen an den Beteiligungsbericht, Stichtag spätestens 31.12.2010,
- Einbeziehung von Anstalten des öffentlichen Rechts und Zweckverbänden in die Bilanzierung und Konsolidierung.

3. Inhalt, Gliederung und Stand des Berichtes

Die Bestandteile nach § 52 GemHVO finden sich im Beteiligungsbericht wie folgt wieder:

1. Ziele der Beteiligung	Teil B
2. Erfüllung des öffentlichen Zwecks	Teil B
3. die Beteiligungsverhältnisse	Übersicht in Teil A.4, einzeln in Teil B
4. die Entwicklung der Bilanzen und der Gewinn- und Verlustrechnungen der letzten drei Abschlussstichtage	Teil D.1
5. die Leistungen der Beteiligungen, bei wesentlichen Beteiligungen mit Hilfe von Kennzahlen	Teil D.4
6. die wesentlichen Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis	Teil B, Zahlungen in Teil D.2
7. die Zusammensetzung der Organe der Beteiligungen	Teil B
8. der Personalbestand jeder Beteiligung.	Teil D.3

Bei den mittelbaren Beteiligungen wird aus Übersichtlichkeitsgründen nur bei Gesellschaften berichtet, die im Kreisgebiet tätig sind oder hierzu einen unmittelbaren Bezug haben. Dies ist z.Zt. nur bei den verbundenen Unternehmen und Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG der Fall. Von der Berichterstattung wird bei den folgenden Gesellschaften abgesehen:

- Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH (WRW) (Abschluss des Insolvenzverfahrens voraussichtlich Ende 2013)
- Regio-Bus-Rheinland GmbH, Köln (RBR)
- Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VBL)
- Technologie-Park Herzogenrath GmbH
- Meß- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH
- EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath
- Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH
- HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betreiber-Gesellschaft mbH
- Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH
- Technologiezentrum Jülich GmbH
- ESC Euro-Service-Center Geilenkirchen GmbH (Liquidation der Gesellschaft zum 20.11.2012)
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- Quantum GmbH
- eegon – Eifel Energiegenossenschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
- Green Gecco Verwaltungs GmbH
- Green Gecco GmbH & Co. KG
- An Suidhe Wind Farm Ltd.
- WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH
- WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
- RWE Innogy Windpark GmbH

In den Beteiligungsbericht wurden auch die Zweckverbände aufgenommen, in denen der Kreis Euskirchen Mitglied ist, s. Teil F.

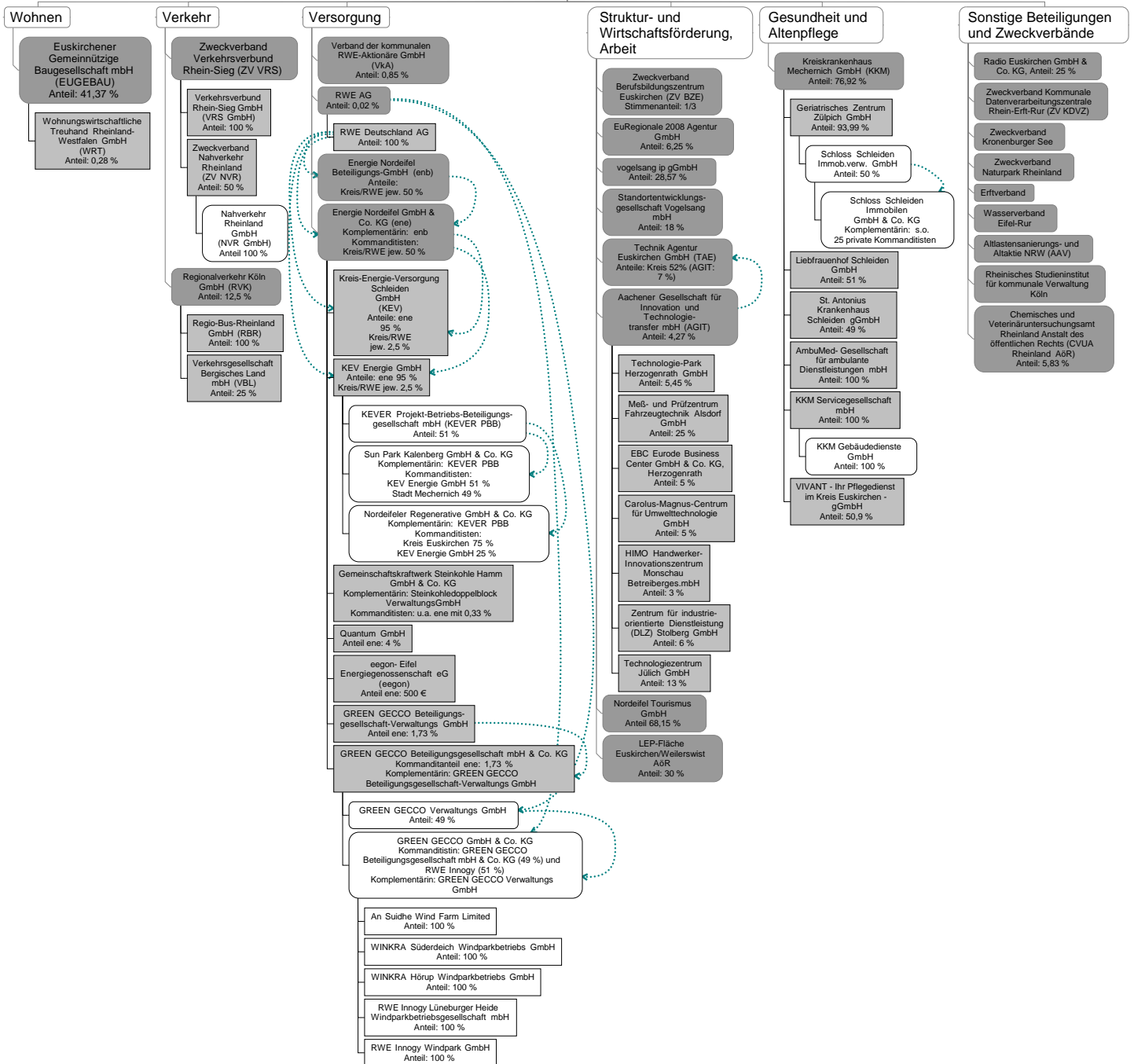
Um die gesetzlich geforderte jährliche Berichterstattung zu gewährleisten, befinden sich alle Teile des Berichtes - mit Ausnahme des Teils E - auf dem Stand 31.12.2012. Damit eine größtmögliche Aktualität erreicht werden kann, sind in Teil E alle bis zum 30.08.2013 aufgetretenen Änderungen und eine aktuelle Übersicht angegeben.

4. Beteiligungsverhältnisse – Übersichten

Auf den folgenden Seiten sind dargestellt:

- Seite 9: Graphische Übersicht über die Beteiligungen und Zweckverbände des Kreises Euskirchen, Stand 31.12.2012
- Seite 10: Übersicht unter Konsolidierungsgesichtspunkten (§ 116 GO, § 50 GemHVO)

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 31.12.2012



Vollkonsolidierung

- Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM), Anteil: 76,92%
 - KKM Servicegesellschaft mbH, Anteil: 100%
 - KKM Gebäudedienste GmbH, Anteil: 100%
 - AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Anteil: 100%
 - Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH, Anteil: 93,99 %
 - keine Konsolidierung / sonstige Beteiligungen
 - Schloss Schleiden Immob.verw. GmbH, Anteil: 50%
 - Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG Komplementärin: s.o. 25 private Kommanditisten
 - Liebfrauenhof Schleiden GmbH, Anteil: 51%
 - VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH, Anteil: 50,9%

Equity-Konsolidierung

- Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene) Kommanditisten: Kreis/RWE jew. 50%
 - Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV) Anteile: ene 95% Kreis/RWE jew. 2,5%
 - KEV Energie GmbH Anteile: ene 95 % Kreis/RWE jew. 2,5 %
 - keine Konsolidierung / sonstige Beteiligung
 - KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB) Anteil 51 %
 - Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG Komplementärin: KEVER PBB Kommanditisten: KEV Energie GmbH: 51 %
 - Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG Komplementärin: KEVER PBB Kommanditisten: KEV Energie GmbH (1/3)
 - keine Konsolidierung / sonstige Beteiligung
 - Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG Kommanditanteil ene: 0,33 %
 - Quantum GmbH Anteil ene: 4 %
 - eegon - Eifel Energiegenossenschaft eG (eegon) Anteil ene: 500 €
 - GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH Anteil ene: 1,73 %
 - GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & co. KG Kommanditanteil ene: 1,73 % Komplementärin: GEEN GECCO Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
 - GREEN GECCO Verwaltungs GmbH Anteil 49 %
 - GREEN GECCO GmbH & Co. KG Kommanditisten: GREEN GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (49 %) und RWE Innogy (51 %) Komplementärin: GREEN GECCO Verwaltungs GmbH
 - An Suidhe Wind Farm Limited Anteil: 100 %
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebs GmbH Anteil 100 %
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebs GmbH Anteil: 100 %
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH Anteil: 100 %
 - RWE Innogy Windpark GmbH Anteil 100 %
- Euskirchner Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU) Anteil: 41,37 %
 - keine Konsolidierung / sonstige Beteiligung
 - Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH (WRT) Anteil: 0,28 %

Keine Konsolidierung

- Anteile an verbundenen nicht konsolidierten Unternehmen
 - Nordeifel Tourismus GmbH (Net GmbH) Anteil: 68,15%
 - Technik Agentur Euskirchen GmbH (TAE) Anteil: 52%
 - Nordefelder Regenerative GmbH & Co. KG Komplementärin: KEVER PBB Kommanditisten: Kreis Euskirchen (75 %) und KEV Energie GmbH (25 %)
- Sonstige Beteiligungen
 - AöR LEP-Fläche Euskirchen/Wellerswist Anteil: 30 %
 - Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR) Anteil: 5,83%
 - Zweckverbände
 - Zweckverband BZE Stimmenanteil: 33%
 - Zweckverband Naturpark Rheinland Stimmenanteil: 16,67%
 - Zweckverband Region Aachen
 - Zweckverband Kronenburger See Stimmenanteil: 11%
 - Zweckverband KDVBZ Anteil Umlage: 6%
 - Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) Stimmenanteil: 5%
 - Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH) Anteil: 100 %
 - Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) Anteil: 50 %
 - Nahverkehr Rheinland GmbH (NVR GmbH) Anteil 100 %
- privatrechtliche Betriebe
 - Vogelsang ig GmbH, Anteil 28,57%,
 - Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH Anteil: 18%
 - Radio Euskirchen GmbH & Co. KG Anteil: 25%
 - Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) Anteil: 12,5%
 - Regio-Bus-Rheinland GmbH (RBR) Anteil: 100%
 - Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH (VEL) Anteil: 50%
 - EuRegionale 2008 Agentur GmbH Anteil: 6,25%
 - AGIT Anteil: 4,27%
 - Technologie-Park Herzogenrath GmbH Anteil: 5,45%
 - Mel- und Prüfzentrum Fahrzeugtechnik Alsdorf GmbH Anteil: 25%
 - EBC Eurode Business Center GmbH & Co. KG, Herzogenrath Anteil: 5%
 - Carolus-Magnus-Centrum für Umwelttechnologie GmbH Anteil: 5%
 - HIMO Handwerker-Innovationszentrum Monschau Betriebsberges.mbh Anteil: 3%
 - Zentrum für industrieorientierte Dienstleistung (DLZ) Stolberg GmbH Anteil: 6%
 - Technologiezentrum Jülich GmbH Anteil: 13%
 - Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln
 - Vka GmbH Anteil: 0,85%
 - RWE AG Anteil: 0,02 %
 - RWE Deutschland AG Anteil: 100%

5. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen in 2012

5.1 Beschlüsse des Kreistages vom 16.04.2012

- Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 16.04.2012 Herrn LR Günter Rosenke als Vertreter des Kreises in die Gesellschafterversammlung der Vka GmbH für die Dauer der restlichen Wahlperiode entsandt (V 244/2011).
- Der Kreistag hat seinen Willen zur Stärkung der Region Aachen durch eine Reform der aktuellen Strukturen (REGIO Aachen e.V./AGIT mbH) bekräftigt. Er hat auf der Grundlage des Satzungsentwurfs die Bildung eines Zweckverbandes „Region Aachen“ als schlagkräftige politisch-strategische Plattform für regional bedeutsame Aufgaben unterstützt. Der Zweckverband tritt an die Stelle der Regio Aachen e.V. (einschl. Regionalkonferenz und RegioRat) und übernimmt die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT mbH. Er hat die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständes aktiv voranzutreiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Ebenso beauftragte er die im Rahmen der regionalen Strukturreform federführende Arbeitsgruppe, weiterhin die notwendigen Beschlussfassungen in den zuständigen Gremien der Region Aachen auf Grundlage gleichlautender Vorlagen und präziser Darstellung der finanziellen und personellen Auswirkungen vorzubereiten (V 257/2012).

5.2 Beschlüsse des Kreistages vom 02.07.2012

- Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 02.07.2012 dem Antrag der UWV-Fraktion (A 91/2012) zugestimmt und für die Dauer der restlichen Wahlperiode als Nachfolger des ausgeschiedenen Kreistagsmitglieds Axel Gerth Herrn Frank Westerbürg als ordentliches Mitglied der Gesellschafterversammlung der ene gewählt.
- Der Kreistag hat die Satzung zur Neufassung der Satzung des Zweckverbandes Berufsbildungszentrum Euskirchen zustimmend zur Kenntnis genommen und für die Dauer der restlichen Wahlperiode die Mitglieder der Verbandsversammlung bestellt (V 246/2012).
- Der Kreistag hat im Wege der Dringlichkeit (D 57/2012) für die Dauer der restlichen Wahlperiode den vom Landrat gemäß § 26 Abs. 5 Satz 3 KrO vorzuschlagenden Bediensteten zum Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE) gewählt.
- Der Kreistag hat das Papier „Vogelsang 2020 | Perspektiven der Standortentwicklung“ als Grundlage für die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang beschlossen (V 271/2012).
- Der Kreistag hat gem. V 272/2012 der Beteiligung des Kreises Euskirchen als Gründungskommanditistin an der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 150.000 € (75 %), der Beteiligung der KEV Energie GmbH, ebenfalls Gründungskommanditistin, an der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 50.000 € (25 %) sowie der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftende Gesellschafterin - Komplementärin - an der „Kreis Euskirchen Regenerative GmbH & Co. KG“ zugestimmt. Die Komplementärin ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt. Gleichzeitig wurde der Übernahme der Finanzierung des Ankaufes der PV-Anlagen auf dem Gelände des Abfallwirtschaftszentrums bis zu einer Gesamthöhe von max. 1,6 Mio. € gegen Zahlung der Zins- und Tilgungsleistungen zzgl. einer Avalprovision von 0,3 Prozentpunkten zugestimmt.
- Der Kreistag hat die Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von jeweils 1.200 € an die Kommunen Nettersheim, Blankenheim und Bad Münstereifel zum 01.01.2013 beschlossen. Die Veräußerung an Bad Münstereifel erfolgte vorbehaltlich des dortigen Stadtratsbeschlusses am 03. Juli 2012 (V 273/2012).

5.3 Beschlüsse des Kreistages vom 31.10.2012

- Der Kreistag hat gem. V 314/2012 folgende Entscheidungen getroffen:
Er hat der Gründung des Zweckverbandes Region Aachen zum 01.01.2013 und der Zweckverbandssatzung zugestimmt. Der Zweckverband tritt an die Stelle des Regio Aachen e.V. und seiner Gremien. Er hat ebenfalls zugestimmt, dass der Zweckverband Rechtsnachfolger des Regio Aachen e. V. ist, der nach entsprechender Beschlussfassung der Regionalkonferenz aufgelöst wird und dass der Mittelfluss zwecks Sicherstellung der Liquidität unmittelbar nach Verabschiedung des Haushalts 2013 unmittelbar an den Zweckverband Region Aachen erfolgt, auch wenn der Regio Aachen e.V. noch existiert. Er hat ferner zugestimmt, dass die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regio Aachen e.V. rechtsgleich auf den Zweckverband Region Aachen überzuleiten sind und die Verbandsversammlung aufgefordert, den Haushalt 2013 auf Grundlage der „Modellrechnung“ zu verabschieden sowie den Zweckverband einer kontinuierlichen Aufgabenkritik zu unterziehen. Er hat die in die Verbandsversammlung zu entsendenden Vertreter des Kreises bestimmt.
- Der Kreistag hat dem Abschluss des Konsortialvertrages zwischen dem Kreis Euskirchen und der RWE Deutschland AG zugestimmt. Ferner wurde die Beteiligung des Kreises Euskirchen als Gründungskommanditist an der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines festen Kapitalanteils in Höhe von jeweils 12.500 € (50 %) sowie als Gesellschafter an der Komplementärgesellschaft dieser Gesellschaft, der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“, gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines Geschäftsanteils von jeweils 12.500 € (50 %) beschlossen. Dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ wurde ebenfalls zugestimmt. Weiterhin hat der Kreistag beschlossen, dass der Kreis Euskirchen sowohl in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ als auch in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ jeweils durch 1 Person vertreten werden soll und hat diese auch benannt. Die Beschlüsse, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungskommanditist der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ bzw. als Gründungsgesellschafter der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Kommandit- bzw. Geschäftsanteile entsprechend dem Entwurf des Konsortialvertrages sukzessive an die in Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußern kann, wurden ebenfalls gem. D 62/2012 gefasst.
- Der Kreistag hat beschlossen, dass sich der Kreis Euskirchen überplanmäßig an dem Jahresfehlbetrag der AGIT für das Jahr 2011 mit 20.115,66 € beteiligt, für das Jahr 2012 überplanmäßig 20.332,09 € für den erwarteten Jahresfehlbetrag 2012 der AGIT bereitzustellen, den Haushaltsansatz des Jahres 2013 für den Zuschuss zu den Betriebskosten der AGIT auf 81.950 € festzusetzen und in der Finanzplanung des Kreises Euskirchen der Folgejahre folgende Mittel einzuplanen: 50.000 € (2014), rd. 51.000 € (2015), rd. 52.500 € (2016) und rd. 53.500 € (2017) (D 63/2012).

5.4 Beschlüsse des Kreistages vom 19.12.2012

- Der Kreistag hat im Wege der Dringlichkeit (D 60/2012) beschlossen, die inhaltliche Weiterentwicklung der Nordeifel Tourismus GmbH zu unterstützen und den erforderlichen Zuschuss für das Haushaltsjahr 2013 in Höhe 226.255 € (ohne Berücksichtigung eines evtl. Beitritts der Stadt Bad Münstereifel, bzw. in Höhe von 208.850 € im Falle eines Beitritts der Stadt Bad Münstereifel zum 01.01.2013) in den Haushalt 2013 einzuplanen.
- Der Kreistag hat im Wege der Dringlichkeit Änderungen bezüglich der §§ 4, 11 und 13 im Gesellschaftervertrag der Nordeifel Tourismus GmbH beschlossen (D 61/2012).
- Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 19.12.2012 dem Antrag der CDU-Fraktion (A 101/2012) zugestimmt und als Nachfolgerin für die verstorbene Frau Ulrike Tilz Frau Maria Zibell in die folgenden Gremien gewählt:
 1. Gesellschafterversammlung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH
 2. Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Eiskirchen e.V.

Teil B – Angaben zu den einzelnen Gesellschaften

1. RWE Aktiengesellschaft (RWE AG)

45030 Essen

Internet: <http://www.rwe.com/de>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Leitung einer Gruppe von Unternehmen, die insbesondere in den Wirtschaftszweigen Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Rohstoffe, Mineralöl, Chemie, Entsorgung, Bau, Maschinen-, Anlagen- und Gerätebau und Dienstleistungen tätig sind. Insbesondere mit ihrem Engagement in den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie Entsorgung leistet die RWE AG einen Beitrag zur Grundversorgung der Bevölkerung und betreibt klassische kommunalwirtschaftliche Aufgaben. Die RWE AG erfüllt damit einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO NW.

Das operative Geschäft des RWE-Konzern gliederte sich bis Anfang 2009 in sechs Unternehmensbereiche: **RWE Power** (Stromerzeugung für Kontinentaleuropa), **RWE Energy AG** (Vertriebs- und Netzgesellschaft für Kontinentaleuropa), **RWE npower** (Stromerzeugung in GB), **RWE Thames Water** (Wassergeschäft in GB), **RWE Trading** (Energiehandel) und **RWE Systems** (Dienstleistungen für RWE-Gesellschaften). Unter dem Dach des Unternehmens RWE Energy AG operierten sechs regional integrierte Energiegesellschaften in Deutschland und weitere sechs in den anderen kontinentaleuropäischen Märkten

In der Hauptversammlung vom 22.04.2009 wurde ein Umbau des Konzerns beschlossen.

Im Jahre 2009 wurden Weichen für die neue Konzernorganisation gestellt.

Die Aktivitäten der RWE AG werden fortan stärker an die Besonderheiten der nationalen Märkte ausgerichtet. Das deutsche Vertriebs- und Netzgeschäft wurde gestrafft. Aus den beiden Regionalgesellschaften RWE Rhein-Ruhr und RWE Westfalen-Weser-Ems wurde eine Vertriebsgesellschaft (RWE Vertriebs AG) und eine Verteilnetzgemeinschaft (RWE Rheinland Westfalen Netz AG) gebildet. Die Zwischenholding RWE Energy AG wurde aufgelöst. In 2010 wurde das Vertriebs- und Verteilnetzgeschäft in der neuen Gesellschaft RWE Deutschland AG (vormals RWE Rheinland Westfalen Netz AG) gebündelt. Die RWE Deutschland AG ist an kommunalen Energieversorgungsunternehmen beteiligt, u.a. an der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (s. Teil D, Ziffer 4). Der Bereich Stromerzeugung wird auch weiterhin durch die RWE Power abgewickelt.

Bei den internationalen Aktivitäten der Gesellschaft wurde die Verantwortung für das komplette operative und regulatorische Geschäft auf die jeweiligen Landesgesellschaften übertragen, welche unmittelbar dem Konzernvorstand berichtspflichtig sind.

Die regionalen Gebiete werden wie folgt untergliedert:

- Deutschland (mit den Unterbereichen Stromerzeugung (RWE Power) und Vertrieb/Verteilnetze (RWE Deutschland))
- Niederlande/Belgien (Essent)
- Großbritannien (RWE npower)
- Zentral- und Ost-Europa (RWE East)

Länderübergreifend werden die überregionalen Funktionen zur Unterstützung der Wachstumsstrategie aufgestellt. Dies umfasst die folgenden Gesellschaften:

- RWE Innogy (Erneuerbare Energien)
- RWE DEA und (Upstream Gas & Öl)
- RWE Supply & Trading (Trading/Gas Midstream)

nachrichtlich.

Im August 2012 wurde das Programm „RWE 2015“ beschlossen. Hiermit wurden die Weichen für einschneidende Veränderungen der Organisationsstruktur gestellt. Zum 1. Januar 2013 erfolgte die Gründung der RWE Generation. In der neuen Gesellschaft wurde nahezu die gesamte konventionelle Stromerzeugung unter einem Management zusammengeführt. Die deutschen Steinkohle und Gaskraftwerke, die ursprünglich zur RWE Power gehörten, wurden auf RWE Generation übertragen. Die neue Konzerngesellschaft steuert außerdem die britischen und niederländischen Kohle-, Gas- und Biomassekraftwerke sowie künftig auch das noch im Bau befindliche türkische Gaskraftwerk. Die deutschen Kernenergieanlagen, Braunkohlekraftwerke, Tagebaue und der Betrieb der Wasserkraftwerke verbleiben bei der RWE Power AG, die durch die RWE Generation gesteuert wird. Die RWE Technology GmbH wird als Projektmanagement- und Engineering-Gesellschaft ebenfalls vom neuen Unterneh-

men geführt. RWE Generation hat die Rechtsform einer europäischen Aktiengesellschaft (Societas Europaea – kurz: SE).

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Grundversorgung der Kreisbevölkerung kann angesichts des liberalisierten Marktes auch anderweitig sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? siehe Ziffer 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? Ja.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien ist grundsätzlich möglich. Soweit eine Veräußerung erfolgen soll, ist der richtige Zeitpunkt über einen zu erzielenden Mindestpreis festzulegen. Bei der Abwägung über einen etwaigen Verkauf ist zu berücksichtigen, dass die RWE Partner des Kreises (bzw. der KVE) als Gesellschafterin der KEV sowie der Energie Nordeifel ist. Insofern sprechen durchaus strategische Erwägungen für das Halten der Aktien, da der Kreis nicht nur als Partner, sondern auch gleichzeitig als Aktionär auftritt. Zwischen diesen strategischen Überlegungen und der Veräußerungsmöglichkeit ist abzuwägen.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter bzw. Aktionär	Anzahl der Aktien	Gezeichnetes Kapital	Anteil
Kreis Euskirchen	93.850	1.851.402 €	0,02 %
übrige Aktionäre	614.386.150	12.120.148.598 €	99,98 %
Summe Stammaktien	614.480.000	12.122.000.000 €	100,00 %

Im Dezember 2011 wurden durch die RWE AG 52,3 Mio. neue und 28,1 Mio. im Eigenbestand gehaltenen RWE-Stammaktien am Kapitalmarkt platziert. Bei einem Ausgabekurs von 26 € je Aktie wurde ein Bruttoemissionserlös in Höhe von rd. 2,1 Mrd. € erzielt. Für die im Eigenbestand gehaltenen Aktien wurden Bezugsrechte ausgegeben. Der Kreis Euskirchen hat von seinem Bezugsrecht für 4.939 Aktien gem. Kreistagsbeschluss (D 45/2011) keinen Gebrauch gemacht.

In der Eröffnungsbilanz des Kreises Euskirchen wurde der Wert der RWE-Aktien gem. § 55 Abs. 6 S. 1 i.V.m. § 55 Abs. 7 GemHVO mit dem Tiefstkurs der vergangenen 12 Wochen ausgehend von Bilanzstichtag (49,10 €) angesetzt. Der zum 01.01.2009 ausgewiesene Bilanzwert beträgt 4.608.035 €.

Zum 31.12.2012 erfolgte eine außerplanmäßige Abschreibung gem. § 35 Abs. 5 GemHVO auf einen Kurswert von 28,74 € je Aktie, da eine voraussichtlich dauernde Wertminderung angenommen wird. Mit dieser Abwertung werden die sich im Besitz des Kreises Euskirchen befindlichen RWE-Aktien in der Bilanz mit dem niedrigeren beizulegenden Wert in Höhe von 2.697.249 € angesetzt.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Über die Verwendung des Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung auf Vorschlag des Vorstandes und Aufsichtsrates. Der Jahresabschluss der RWE AG ist in Teil C nur auszugsweise dargestellt. Der vollständige Geschäftsbericht ist auf der Homepage der RWE dargestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

a) Hauptversammlung

b) Aufsichtsrat

c) Vorstand

Vertreter des Kreises in der Hauptversammlung der RWE AG:

Clas Kohlheyer, CDU

Der Kreis ist im Aufsichtsrat und Vorstand der RWE AG nicht vertreten. Deren Zusammensetzung ist im Internet abrufbar.

nachrichtlich:

Vertreter des Kreises im Beirat des RWE Konzerns und im Kommunalbeirat Eifel Rur der RWE Deutschland AG

Landrat Günter Rosenke

2. Verband der kommunalen RWE-Aktionäre GmbH (VKA)

Rüttenscheider Straße 62
45130 Essen

Internet: <http://www.vka-rwe.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Die Beteiligung an der VKA ist so lange erforderlich wie Aktien an der RWE AG gehalten werden. Im Falle einer Veräußerung der verbleibenden RWE-Aktien kann die VKA-Beteiligung eingestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?
siehe Ziffer 1

3. Kann die Beteiligung veräußert werden? siehe Ziffer 1

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? siehe Ziffer 1

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? siehe Ziffer 1

5. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

Die Beteiligung an der VKA steht in direktem Zusammenhang mit der Beteiligung an der RWE AG. Sofern eine Veräußerung der RWE-Aktien bejaht wird, entfällt auch der Anknüpfungspunkt zu einer Beteiligung an der VKA.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.083,94 €	0,85 %
24 Städte/Gemeinden		
30 Kreise		
3 kommunale Verbände		
28 weitere Gesellschafter	126.739,03 €	99,15 %
Summe	127.822,97 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschafter sind nach dem Gesellschaftsvertrag verpflichtet, zur Deckung der laufenden Aufgaben der Gesellschaft Nachschüsse in der jeweils durch Beschluss der Gesellschafterversammlung festzusetzenden Höhe zu leisten. Die zu leistenden Nachschüsse richten sich nach dem Verhältnis der Geschäftsanteile (§ 26 Abs. 2, 3 GmbHG).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Verwaltungsrat
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Landrat Günter Rosenke

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis ist im Verwaltungsrat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Staatssekretär a.D. Ernst Gerlach, Oberhausen
Landrat a.D. Roger Graef, Bollendorf

3. Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer mbH (AGIT)

Am Europaplatz
52068 Aachen

Internet: <http://www.agit.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens sind die Förderung und Entwicklung der Wirtschaftsregion Aachen in allen relevanten Entwicklungsfeldern, die geeignet sind, den Wirtschaftsraum wettbewerbsfähig fortzuentwickeln. Für die gesamte Region Aachen hat die Gesellschaft die Aufgabe, mit den hierfür geeigneten Partnern aus den Bereichen Wissenschaft (Hochschulen/Qualifikationseinrichtungen), Wirtschaft, Politik und Verbänden, auch grenzüberschreitend, die gemeinsam definierten Zielprojekte zu erarbeiten und umzusetzen. Hierzu gehören die Errichtung und der Betrieb von Technologiezentren, das Angebot von Beratungs- und anderen Dienstleistungen, die Durchführung von Vorhaben auf dem Gebiet der technologieorientierten Wirtschaftsförderung, die Vermittlung und Verwertung von Urheberrechten und Know-how, die Standortwerbung für die Region im In- und Ausland und die Vermittlung und Moderation von strukturpolitischen Fördermaßnahmen des Landes NRW, des Bundes und der EU.

Die Struktur- und Wirtschaftsförderung dient der wirtschaftlichen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 Abs. 1 KrO, es handelt sich um eine Einrichtung der Wirtschaftsförderung nach § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO. Demnach besteht ein wichtiges Interesse des Kreises im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO NW i.V.m. § 53 KrO.

Der Kreistag hat am 16.04.2012 gem. Verwaltungsvorlage V 257/2012 im Hinblick auf eine regionale Strukturreform (AGIT mbH / REGIO Aachen e.V.) beschlossen, dass die strukturpolitisch relevanten Aufgaben der AGIT durch den neu gegründeten Zweckverband Region Aachen übernommen werden. Die kommunalen Vertreter in den Gremien der AGIT mbH wurden beauftragt, deren strategische und organisatorische Neuaufstellung unter Einbeziehung externen Sachverständigen aktiv voran zu treiben. Dabei sollte sich der künftige Aufgabenkanon der AGIT mbH an direkten wirtschaftsfördernden Maßnahmen insbesondere in Zusammenarbeit mit Unternehmen ausrichten. Die Fortführung dieses Reformprozesses wurde durch den Kreistag am 31.10.2012 (V 314/2012) nochmals bestätigt.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Zum einen stellt der Kreis Euskirchen durch seine Beteiligung an der AGIT die überregionale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen als Teil der Region Aachen im In- und Ausland sicher. Zum anderen partizipiert der Kreis Euskirchen an technologieorientierten Projekten (z. B. Zentrum für Automobile Innovation und Ansiedlung von Entwicklungslaboren von Automobilherstellern und Zulieferern), für die allerdings in aller Regel zusätzliche Finanzmittel aufzubringen sind. Bei der Vermarktung durch die AGIT – und dies lässt der Gesellschaftsname unterstellen – wird die in seinem Zentrum hochschulgeprägte Region Aachen durch Innovationspotenzial und Technologietransfer profiliert, wobei die positiven Standortfaktoren des Kreises Euskirchen nicht in entsprechendem Maße zur Geltung kommen können. Auch ist das Potenzial an ansiedlungs- und umsiedlungswilligen Betrieben nachweislich bundesweit zurückgegangen, sodass der AGIT erfolgreiche Neuansiedlungen im Kreis Euskirchen bislang nicht zugeschrieben werden können. Mit der Beteiligung an der AGIT hat sich der Kreis Euskirchen seinerzeit (1992) zur Wirtschaftsregion Aachen bekannt. Die regional bedeutsame Funktion der AGIT wird nunmehr durch die Einrichtung der „Regionalagentur für die Region Aachen“ (GbR) gestärkt. Ein Austritt aus der AGIT würde den Kreis in der Wirtschaftsregion Aachen isolieren, es sei denn, dass alle regional bedeutsamen Funktionen in einer anderen, regional getragenen Organisation konzentriert würden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die AGIT hat die Vermarktung der Region Aachen in In- und Ausland zur Aufgabe und betreibt entsprechende Geschäftskontakte. Eine Aufgabenreduzierung wäre hinsichtlich der Profilierung des Wirtschaftsstandortes Kreis Euskirchen und Akquisitionsbemühungen kontraproduktiv und nur durch Aktivitäten der Wirtschaftsförderung des Kreises und ggf. der TAE GmbH aufzufangen.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Nein. Verwaltungsseitig ist an der AGIT-Mitgliedschaft festzuhalten. Gemäß § 13 bedürfen Abtretung und Veräußerung von Gesellschaftsanteilen der Zustimmung aller Gesellschafter und sind nur zum Ende eines Geschäftsjahres zulässig. Eine Verpflichtung der übrigen Gesellschafter, den Gesellschaftsanteil zu erwerben, besteht nicht. Beim Ausscheiden eines Gesellschafters wird der Geschäftsanteil des ausscheidenden Gesellschafters von der Gesellschaft eingezogen. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung die § 3 geleistete Stammeinlage. Die Vergütung ist nicht auszuzahlen, sondern als zinsloses Darlehen in der Gesellschaft zu belassen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein, dies ist nicht ersichtlich.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Die Erfüllungsdefizite der Vergangenheit wurden durch eine Neuausrichtung der AGIT (Schnittstellenminimierung, Konzentration auf Kompetenzfelder) aufgehoben, an der insbesondere die Kreise der Region mitgewirkt haben.“

In der Sitzung des Kreistages vom 07.09.2005 wurde der Antrag A 30/2005, die AGIT zum baldmöglichen Zeitpunkt zu verlassen, abgelehnt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter am 31.12.2011	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934,00 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen *1)	424.317,00 €	13,04%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Summe	3.253.000,00 €	100,00%

*1) In der Gesellschafterversammlung vom 21.11.2012 wurde einstimmig der Übertragung eines Geschäftsanteils der Industrie- und Handelskammer Aachen in Höhe von 3.075 € zum 31.12.2012 an die Fachhochschule Aachen zugestimmt. Die notarielle Beurkundung fand am 21.11.2012 statt.

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich nunmehr wie folgt dar:

Gesellschafter am 31.12.2012	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	138.934,00 €	4,27%
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	421.242,00 €	12,95%
Handwerkskammer Aachen	138.934,00 €	4,27%
Stadt Aachen	971.450,00 €	29,87%
StädteRegion Aachen	500.378,00 €	15,38%
Wirtschaftsförderungsgesellschaft für die StädteRegion Aachen	52.000,00 €	1,60%
Kreis Düren	277.867,00 €	8,54%
Kreis Heinsberg	138.934,00 €	4,27%
Sparkasse Aachen	467.815,00 €	14,38%
Sparkasse Düren	67.296,00 €	2,07%
Kreissparkasse Euskirchen	36.000,00 €	1,11%
Kreissparkasse Heinsberg	39.075,00 €	1,20%
Fachhochschule Aachen	3.075,00 €	0,09 %
Summe	3.253.000,00 €	100,00%

Die Beteiligungen der AGIT sind in der Übersicht in Teil A Nr. 4 dargestellt. Wegen der relativ geringen Bedeutung dieser Beteiligungen für den Kreis Euskirchen wird hier auf eine eingehende Berichterstattung verzichtet (s. Teil A Nr. 3).

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Für Aufgaben der internationalen Ansiedlungswerbung, des Regionalmarketings und der Beratung technologieorientierter Gründer stellen die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern finanzielle Zuschüsse bzw. Dienst- und Sachleistungen der AGIT zur Verfügung.

Verluste aus dem Betrieb des Technologiezentrums Aachen (TZA) und des Medizinisch-Technischen Zentrums (MTZ) werden wie folgt getragen:

- Für den 1. Bauabschnitt TZA durch die kommunalen Gesellschafter und die Kammern
- Für den 2. Bauabschnitt TZA durch die Stadt Aachen (64%) und die StädteRegion Aachen (36%)
- Für das MTZ durch die Stadt Aachen.

Ab 2008 sind zusätzlich die folgenden Zuschüsse zu leisten (s. V 436/2008):

- für die Regionalagentur Aachen zu gleichen Anteilen durch die kommunalen Gesellschafter (Kreis Euskirchen 20%)
- für die Regionalentwicklung entsprechend dem zugrunde gelegten Finanzierungsschlüssel (Kreis Euskirchen: 6,74% des kommunal zu tragenden Aufwandes)

nachrichtlich:

In 2013 ist im Rahmen der beschlossenen Neuausrichtung der Gesellschaft die interne Trennung der AGIT-Geschäftsbereiche „Technologiezentrumsmanagement“ und „Wirtschaftsförderung“ vorgesehen. Mit dieser Trennung wird sich die Finanzierung dieser Bereiche unterschiedlich darstellen. Die Finanzierung des Technologiezentrumsmanagements wird bis zu einer bestimmten Höhe in die alleinige Verantwortung der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen gestellt.

Für Aufgaben der Wirtschaftsförderung (internationalen Ansiedlungswerbung, Regionalmarketing, Technologietransfer und Beratung technologieorientierter Gründer) werden nach Gesellschafteranteilen entsprechend einer jährlich zu beschließenden Zuschussregelung finanzielle Mittel durch die kommunalen Gesellschafter sowie die Kammern zur Verfügung gestellt.

Sonderaufgaben im Bereich der Regionalentwicklung, des Regionalmarketing und die damit im Zusammenhang stehenden Aufgabenfelder werden entsprechend eines Zuschussschlüssels von 20 % je Gebietskörperschaft finanziert.

Die vorstehenden Regelungen werden durch den Abschluss einer entsprechenden Gesellschaftervereinbarung, welche mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages verbunden ist, getroffen (V 59/2013).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung: je 1 € Kapitalbeteiligung 1 Stimme
- b) Aufsichtsrat: Insgesamt 17 Sitze (Stimmen), davon 1 Kreis Euskirchen
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches stimmberechtigtes Mitglied:
Johannes Esser (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung):
Landrat Günter Rosenke

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

c) Geschäftsführung

Dr. Helmut Greif

Ulrich Schirowski bis 31.12.2012

4. Technik-Agentur Euskirchen GmbH (TAE)

In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Internet: <http://www.tae-gmbh.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja. Mit der Rechtsform einer GmbH soll die TAE das Leistungsangebot des öffentlich-rechtlich organisierten BZE, der Wirtschaftsförderung des Kreises und der Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer sinnvoll ergänzen. Die TAE ist originär technisch bzw. technologisch ausgerichtet. So zählt zu den Schwerpunkten der Beratungen der Technologietransfer (Informationen zu neuen Technologien und Fördermitteln, Vermittlung von Technologieexperten, Entwicklung und Einführung von Neuerungen), die Vermittlung von Verbundprojekten und das Durchführen von Qualifizierungsmaßnahmen bis hin zu firmenspezifischer Qualifizierung.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Auf Grund der engen organisatorischen Verbindung zwischen BZE und TAE GmbH sind die Aufgabeninhalte beider Einrichtungen in gegenseitiger Abgrenzung und in Abgrenzung zu anderen Dienstleistern zu überprüfen und es ist festzustellen, ob die Einrichtungen mit ihrem Dienstleistungsangebot in dem beabsichtigten Maß angenommen werden (Siehe auch Ausführungen zur Mitgliedschaft BZE).

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Gemäß § 6 des TAE Gesellschaftsvertrags vom 19.09.1994 kann der Kreis Euskirchen seit dem 31.12.2004 mit halbjährlicher Frist zum Schluss eines Geschäftsjahres seinen Austritt erklären. Der Geschäftsanteil des Kreises Euskirchen kann von der Gesellschaft unter Beachtung der Bestimmungen des GmbHG erworben oder eingezogen werden. Der ausscheidende Gesellschafter erhält als Vergütung den Buchwert seiner Einlage, maximal jedoch den Nennwert seiner geleisteten Stammeinlage. Im Übrigen sind weitere Regelungen des Gesellschaftsvertrages zu beachten. Gemäß § 5 des Gesellschaftsvertrages bedarf diese Abtretung zu ihrer Wirksamkeit der Zustimmung aller Gesellschafter.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) hat in ihrer Stellungnahme vom Juli 2004 herausgearbeitet, dass die Organisationsform des Zweckverbandes für die Wahrnehmung der hoheitlichen Aufgaben und in Abgrenzung zu den Aufgaben und der Rechtsform der TAE GmbH sinnvoll ist. Dabei stellt die Mittelrheinische Treuhand (Koblenz) insbesondere darauf ab, dass sich die Angebote von BZE und TAE GmbH sinnvoll ergänzen und, da die Geschäftsführung für beide Organisationsformen in einer Hand liegt, das Angebot je nach Qualifizierungsart, -inhalt, -zielrichtung und -förderung von der einen oder der anderen Organisationsform vorgehalten werden kann.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? Nein.

Abschlussbewertung:

TAE GmbH und das BZE sind organisatorisch eng verbunden. Auf Grund der Tatsache, dass nunmehr auch private Qualifizierungsträger Angebote zur Berufsbildung erstellen, sollte in einer Prüfung festgestellt werden, ob das Angebot der TAE GmbH weiterhin aufrecht erhalten werden muss. Ggf. ist in Verbindung mit dem BZE auch für die TAE GmbH eine Entwicklungsstrategie auszuarbeiten, die die Position der Einrichtung transparent und nachvollziehbar aufzeigt und deren wirtschaftliche Zukunft beleuchtet.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	13.293,59 €	52,00 %
Kreissparkasse Euskirchen	5.112,92 €	20,00 %
Industrie- und Handelskammer zu Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Handwerkskammer Aachen	1.789,52 €	7,00 %
Berufsbildungszentrum Euskirchen	1.789,52 €	7,00 %
Aachener Gesellschaft für Innovation und Technologietransfer (AGIT) mbH	1.789,52 €	7,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Defizitausgleich erfolgt durch Betriebskostenzuschüsse von maximal 30.000 € jährlich und wird entsprechend der Geschäftsanteile von allen Gesellschaftern getragen (beschränkte Nachschusspflicht). Ab dem Jahr 2009 erklärten die Gesellschafter ihre Bereitschaft, einen Verlust von max. 85.500 € entsprechend ihrer Gesellschafteranteile auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (11 Mitglieder, je 255,65 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Der Kreis wird gem. § 8 (5) des Gesellschaftsvertrages durch Herrn Landrat Günter Rosenke (geborenes Mitglied) und vier weitere Mitglieder vertreten:

- | | |
|--------------------------------|-----|
| 1. Weber, Günter (Stimmführer) | CDU |
| 2. Schneider, Hans-Erhard | CDU |
| 3. Seidler, Stefanie | SPD |
| 4. Reiff, Hans | FDP |

Stellvertreter/innen:

- | | |
|----------------------|-----|
| 1. Kolvenbach, Bernd | CDU |
| 2. Kohlheyer, Clas | CDU |
| 3. Hettmer, Heinrich | SPD |
| 4. Kindler, Volker | FDP |

b) Geschäftsführung

Gerhard Pauls	bis 30.11.2012
Maria Breuer	ab 01.12.2012

5. Euskirchener Gemeinnützige Baugesellschaft mbH (EUGEBAU)

Kirchstr. 5
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.eugebau.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Einrichtung ist vorrangig eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung. Die EUGEBAU errichtet, betreut, bewirtschaftet und verwaltet Bauten in allen Rechts- und Nutzungsformen, darunter Eigenheime und Eigentumswohnungen. Sie führt ihre Geschäfte nach den Grundsätzen der Wohnungsgemeinnützigkeit im Sinne des Gesellschaftsvertrages. Damit liegt kommunalrechtlich ein öffentlicher Zweck im Sinne des § 107 Abs. 2 Nr. 3 in Verbindung mit § 8 Abs. 1 GO vor.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Aufgabe der Wohnungsversorgung muss nicht über eine Beteiligung sichergestellt werden.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden? Ja.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Die Geschäftsanteile an der EGB können mit Zustimmung des Aufsichtsrates veräußert bzw. abgetreten werden (§ 4 des Gesellschaftervertrages). Es kann unterstellt werden, dass der Aufsichtsrat immer dann seine erforderliche Zustimmung erteilt, wenn die Interessen der Gesellschaft durch die Übertragung des Geschäftsanteils in hinreichendem Umfang gewahrt bleiben, d. h. wenn der potenzielle Erwerber der Geschäftsanteile den im Gesellschaftsvertrag festgelegten Gesellschaftszweck genauso gut verwirklichen könnte wie der Kreis Euskirchen.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden? entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? entfällt

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar? entfällt

Abschlussbewertung:

Die Anteile des Kreises an der Euskirchener Gemeinnützigen Baugesellschaft mbH (EGB) können generell veräußert bzw. abgetreten werden. Über die Veräußerungsmöglichkeiten hat der Kreistag bereits in seiner Sitzung am 02.04.2003 (Haushaltsplanberatung) sowie anschließend in nichtöffentlichen Sitzungen (siehe V 224/2003, Sitzungen des Kreistages vom 08.10.2003 und 23.06.2004) beraten. Das Thema ist anlässlich der Haushaltsplanberatungen 2005 erneut aufzugreifen (Beschluss des Kreistages vom 23.06.2004).“

Der Kreistag hat in der Sitzung vom 18.12.2006 zu A100/2006 folgende Beschlüsse gefasst:

„1. Die durch die Verwaltung vorgesehene Heranziehung von angenommenen Erlösen aus dem Verkauf der Anteile des Kreises an der Euskirchener gemeinnützigen Baugesellschaft zum Ausgleich des Haushaltsentwurfes 2007 wird gestrichen.

2. Die vom Kreistag entsandten Mitglieder des Aufsichtsrates der EUGEBAU werden beauftragt, ein ergebnisoffenes externes Organisationsgutachten hinsichtlich der künftigen Unternehmensausrichtung der Gesellschaft in Auftrag zu geben. Dabei ist unter anderem die Frage zu untersuchen, welchen höheren unmittelbaren und mittelbaren Nutzen der Kreis aus einer Weiterführung einer Beteiligung erzielen kann. Diese Untersuchung soll zeitlich so angelegt werden, dass der Kreistag in die Lage versetzt wird, einen fundierten Beschluss über die weitere Beteiligung an der EugeBau in der zweiten Jahreshälfte 2007 herbeiführen zu können.“

Zur Erfüllung des öffentlichen Zweckes nimmt die Geschäftsführung im Lagebericht (Teil C) Stellung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	1.079.850,00 €	41,37 %
Stadt Euskirchen	1.507.420,00 €	57,74 %
Stadt Mechernich	2.070,00 €	0,08 %
Stadt Zulpich	6.210,00 €	0,24 %
Gemeinde Weilerswist	2.070,00 €	0,08 %
Bauinnung des Kreises Euskirchen	5.290,00 €	0,20 %
Volksbank Euskirchen	2.530,00 €	0,10 %
Eigene Anteile	2.070,00 €	0,08 %
6 private Gesellschafter	2.990,00 €	0,11 %
Summe	2.610.500,00 €	100,00 %

Die EUGEBAU ist mit 0,28% an der Wohnungswirtschaftliche Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH beteiligt. Auf eine weitergehende Berichterstattung wird verzichtet, siehe Teil A Nr. 3.

Am 01.12.2009 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen der WRW Wohnungswirtschaftlichen Treuhand Rheinland-Westfalen GmbH vor dem Insolvenzgericht Düsseldorf eröffnet. Im Rahmen des Jahresabschlusses der EUGEBAU zum 31.12.2009 wurde der Geschäftsanteil an der Gesellschaft außerplanmäßig abgeschrieben. Das Insolvenzverfahren wird voraussichtlich Ende 2013 abgeschlossen sein.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Aus dem Jahresüberschuss abzüglich eines Verlustvortrages ist bei der Aufstellung der Bilanz eine Rücklage zu bilden. In diese sind mindestens 10% des Jahresergebnisses einzustellen, bis die Hälfte des Stammkapitals erreicht oder wieder erreicht ist. Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses entscheidet der Aufsichtsrat nach Beratung mit der Geschäftsführung über die Bildung einer Bauerneuerungsrücklage und beschließt über Einstellung und Entnahme. Der Bilanzgewinn kann unter die Gesellschafter als Gewinnanteil verteilt, zur Bildung von anderen Gewinnrücklagen verwandt oder auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der ausgeschüttete Gewinnanteil soll in der Regel 4% der Einzahlungen der Gesellschafter auf die Stammeinlage nicht übersteigen (für den Kreis Euskirchen 43.194 €). Wird ein Bilanzverlust ausgewiesen, so hat die Gesellschafterversammlung über die Verlustabdeckung zu beschließen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (je 10 € Geschäftsanteil 1 Stimme)
- b) Aufsichtsrat (12 Mitglieder)
- c) Geschäftsführer

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Ordentliches Mitglied:

Berners, Ingrid CDU

Stellvertreter:

Hettmer, Heinrich SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Geborenes Mitglied

Landrat Günter Rosenke

Stellvertreter: AV Manfred Poth

Ordentliche Mitglieder:

- 1. Engels, Hans-Josef CDU
- 2. Kolvenbach, Bernd CDU
- 3. Groß, Franz Albert FDP
- 4. Häger, Norbert SPD

c) Geschäftsführer

Oliver Knuth

6. Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

6.1 Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

St. Elisabeth-Straße 2 – 6
53894 Mechernich

Internet: <http://www.kreiskrankenhaus-mechernich.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der KKM ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe. Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

Somit liegt der öffentliche Zweck in der sozialen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO, sodass ein wichtiges Interesse des Kreises nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO gegeben ist.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nicht erforderlich, aber sinnvoll. Die Vorhaltung mindestens eines Krankenhauses im Kreisgebiet ist im Interesse der Einwohner erforderlich, allerdings ist diese Vorhaltung nicht zwingend über ein eigenes Krankenhaus (bzw. die Mehrheitsbeteiligung an einer entsprechenden Gesellschaft) sicherzustellen. Nach § 1 Abs. 2 Krankenhausgesetz NRW (KHG NRW) ist die Sicherstellung der Krankenversorgung in Krankenhäusern eine öffentliche Aufgabe des Landes. Gemeinden und Gemeindeverbände wirken nach Maßgabe des Krankenhausgesetzes NRW dabei mit. Krankenhausträger sind nach § 1 Abs. 3 KHG NRW in der Regel freie gemeinnützige, kommunale, private Träger und das Land. Falls sich kein anderer geeigneter Träger findet, sind Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, Krankenhäuser zu errichten und zu betreiben. Die stationäre Krankenversorgung ist im Kreisgebiet sichergestellt, die gegenwärtige Struktur mit 3 Krankenhäusern ist als bedarfsgerecht anzusehen. Dies ist zuletzt durch die weitgehend abgeschlossene Krankenhausplanung bestätigt worden. Letzten Endes ist im Kreis Euskirchen eine Trägerpluralität, die auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten durchaus Vorteile bietet, realisiert: Neben den kirchlichen Krankenhäusern in Schleiden und Euskirchen wird die mit kommunalen Gesellschaftern strukturierte Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM) vorgehalten. Über die (Mit-)Trägerschaft eines eigenen Krankenhauses hat der Kreis Euskirchen unmittelbar die Möglichkeit, die für die medizinische Versorgung im Kreisgebiet zu berücksichtigen, dass in der jüngeren Vergangenheit immer wieder private oder auch freigemeinnützige Krankenhausträger ihren Betrieb einstellen mussten. Bei Gebietskörperschaften, die mit derartigen Betriebsaufgaben konfrontiert werden, kann durchaus eine nicht unerhebliche Reduzierung des Leistungsangebotes für die eigene Bevölkerung verbunden sein. Darüber hinaus ist der Kreis Euskirchen über die KKM in der Lage, auch bei nicht von vorneherein rentablen Aufgabenerfüllungen Leistungsangebote in entsprechenden Regionen des Kreises Euskirchen zu schaffen. Dies betrifft vor allem die Versorgung älterer Menschen in und am Schloss Schleiden, die neue Struktur des St. Antonius Krankenhauses Schleiden, aber auch die Schaffung des Geriatriischen Zentrums sowie des ambulanten OP-Zentrums Zulpich.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Die Vorhaltung eines Krankenhauses im Kreisgebiet in kommunaler Trägerschaft ist im Interesse der Einwohner erforderlich. Als Folge der demographischen Entwicklung und des medizinischen Fortschritts ist mit einer wachsenden Nachfrage nach medizinischen Leistungen zu rechnen. Ansonsten siehe Antwort zur Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Eine Übertragung des Gesellschaftsanteils wäre allerdings nur an den verbleibenden Gesellschafter (Stadt Zulpich) und nur mit dessen Zustimmung (§ 6 des Gesellschaftsvertrages) möglich. Eine entsprechende Realisierungsmöglichkeit erscheint zweifelhaft.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein. Die Organisationsform einer GmbH ist für diese Aufgabenstellung gut gewählt.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein. Wie den Prüfungsberichten für das Jahr 2003 zu entnehmen ist, ist die KKM GmbH sowohl unter Beachtung leistungsmäßiger Kriterien als auch unter Zugrundelegung von wirtschaftlichen Anforderungen als gesundes und stabiles Gesundheitsunternehmen zu bezeichnen. Trotz der nicht zuletzt auf Anlaufsituationen zurückzuführenden Verluste bei verschiedenen Tochtergesellschaften ist auch das Konzernergebnis im Jahre 2003 - wie in den Vorjahren - positiv.

Wie im Lagebericht des Konzern ausgeführt, werden die Einrichtungen des Liebfrauenhofes Schleiden auch im Jahre 2004 ein negatives Ergebnis nicht vermeiden können. Ergebnisbelastend wirkt sich zum

einen aus, dass die bis längstens 30. Juni 2005 vereinbarten Investitionskostenentgelte keine volle Refinanzierung der entsprechenden Kosten ermöglichen. Neben der Deckungslücke bei den Investitionskosten ist die Situation, dass im Haus St. Josef aufgrund der vorgegebenen Betriebsgröße kein betriebswirtschaftlich adäquates Ergebnis zu erreichen ist, zu berücksichtigen. Mit der Neustrukturierung der Wohnbereiche unter Berücksichtigung des Ersatzneubaus auf dem Sportplatzgelände werden spätestens nach Fertigstellung des Neubaus alle Verlustquellen beseitigt werden können.

Bei der Ambulantes OP-Zentrum Zülpich GmbH wird in diesem Jahr die Inanspruchnahme schon auf über 1.000 Patienten steigen. Ein ausgeglichenes Ergebnis wird aber erst bei über 2.000 Patienten zu erreichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, wird seitens der Geschäftsführung ein Zeitraum von 2-3 Jahren veranschlagt.

Die Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH ist eine Gesellschaft, die sich aufgrund der geringen Größe der einzelnen Leistungsangebote immer im Bereich +/- Null bewegen wird. Für das Jahr 2004 ist festzuhalten, dass aufgrund einer positiven Entwicklung in den Monaten ab März 2003 im Hauptumsatzbereich „Geriatriische Rehabilitation“ das erste Halbjahr 2004 mit einem ausgeglichenen Ergebnis abgeschlossen hat. Sofern diese Entwicklung anhält, ist für das Jahr 2004 zumindest mit einem ausgeglichenen Ergebnis zu rechnen.

Den vorstehenden Ausführungen Rechnung tragend, ist davon auszugehen, dass bei den genannten Tochtergesellschaften auch auf Dauer keine größeren Ergebnisbeiträge zu erwarten sind. Allerdings werden ausgeglichene Ergebnisse angestrebt und auch als realistisch angesehen. Die Leistungsangebote der Tochtergesellschaften sind wichtig für die Attraktivität des Gesamtverbundes KKM GmbH. Auf mittlere Sicht werden Gesundheitsunternehmen nur dann erfolgreich agieren können, wenn sie umfassende Leistungsangebote in der akuten Krankenhausversorgung, in der Rehabilitation, in der Altenpflege und im ambulanten Sektor darstellen können und sie damit als regionales Dienstleistungsunternehmen wahrgenommen werden. Der Aufbau der Leistungsketten ermöglicht es, den Patienten ein umfassendes Leistungsangebot zu bieten.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Ja. Die Vergütung der Krankenhausbehandlung erfolgt seit dem 01.01.2003 komplett über so genannte DRG-Fallpauschalen. In den Prüfungsberichten kommt zum Ausdruck, dass die KKM GmbH gut für diese Anforderungen gewappnet ist. Darüber hinaus sind die Kompetenzen und die Managementstrukturen im Gesamtverbund so ausgestaltet, dass den sicherlich nicht einfachen Veränderungen in den Rahmenbedingungen erfolgreich begegnet werden kann.

Abschlussbewertung:

Für die stationäre Krankenhausversorgung ist die Vorhaltung eines eigenen Krankenhauses bzw. die Beteiligung an der KKM GmbH nicht zwingend vorgeschrieben. Ob überhaupt eine Veräußerung realisiert werden kann, ist derzeit zu bezweifeln. Bei der Beurteilung etwaiger Veräußerungsüberlegungen sind die unter Frage 1 aufgeführten Argumente in die Abwägung einzubeziehen.“

Der Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung ist in Teil C beigefügt.

C) Beteiligungsverhältnisse

Die Beteiligungsverhältnisse stellen sich wie nachstehend dar:

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	511.500,00 €	76,92 %
Stadt Zülpich	153.500,00 €	23,08 %
Summe	665.000,00 €	100,00 %

Beteiligungen und verbundene Unternehmen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH s. Nr. 6.2.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Seit der Änderung des Gesellschaftsvertrages am 15.07.2010 sind die Gesellschafter nicht mehr verpflichtet, Jahresfehlbeträge bis zu einer bestimmten Höhe oder unbegrenzt auszugleichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- Gesellschafterversammlung (13 Mitglieder, davon 10 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Verwaltungsrat (11 Mitglieder, davon 8 Vertreter des Kreises Euskirchen)
- Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

1. Rosenke, Günter	Landrat
2. Schmitz, Manfred (Stimmführer)	CDU
3. Tilz, Ulrike † 25.10.2012	CDU
4. Zibell, Maria seit 19.12.2012	CDU
5. Berners, Ingrid	CDU
6. Schulz, Günther	CDU
7. Seidler, Stefanie	SPD
8. Schmitz, Hans	SPD
9. Konias, Nathalie	B 90/Grüne
10. Dr. Wolter, Manfred	skB/FDP
11. Simon, Wulf-Dietrich	UWV

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

1. Rosenke, Günter	Landrat
2. Reidt, Josef (Vorsitzender)	CDU
3. Rhiem, Josef	CDU
4. Schulz, Günther	CDU
5. Schmitz, Uwe	SPD
6. Hergarten, Winfried	SPD
7. Reiff, Hans	FDP
8. Simon, Wulf-Dietrich	UWV

Stellvertreter/innen (gebundene Vertretung):

1. Poth, Manfred	AV
2. Wasems, Hans Peter	CDU
3. Dr. Dirhold, Sabine	CDU
4. Vogelsberg, Matthias	CDU
5. Schmitz, Hans	SPD
6. Seidler, Stefanie	SPD
7. Kindler Volker	FDP
8. Dr. Pesch, Dieter	UWV

c) Geschäftsführung

Dr. Hans Rossels, Hauptgeschäftsführer

Dipl. Kfm. Manfred Herrmann, Geschäftsführer Verwaltung & Logistik

Dipl. Kfm. Hermann Gemke, Geschäftsführer Finanzen

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss lt. Beschluss des Verwaltungsrates dabei im Innenverhältnis dessen Zustimmung einholen.

6.2 Beteiligungen der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH (KKM)

Die KKM GmbH und ihre Tochterunternehmen sind innerhalb einer Konzernstruktur und im Rahmen des Leistungsaustauschs eng miteinander verbunden. Die Berichterstattung erfolgt hier zusammengefasst für alle Gesellschaften innerhalb des Konzerns.

Die Unternehmensgruppe der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH bietet ein breites Spektrum an stationären und ambulanten Versorgungs- und Behandlungsformen für die Menschen im Kreis Euskirchen und der Eifel. Das Leistungsangebot reicht von Prävention, Beratung, stationärer, teilstationärer und ambulanter Behandlung im akuten Krankheitsfall, Durchführung von Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Unterbringung in den verschiedenen Wohn- und Pflegeformen innerhalb der Konzerngesellschaften.

Folgende Konzerngesellschaften sind unter Mehrheitsbeteiligung der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das Leistungsspektrum des Konzerns eingebunden:

A) Ziele der Beteiligungen

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH

Betrieb einer geriatrischen Rehabilitation unterhalb der Akutgeriatrie sowie einer Kurzzeitpflege und Vermietung betreuter Altenwohnungen. Betrieb und Unterhaltung der Altenpflegeeinrichtung Barbarahof Mechernich und des MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich.

AmbuMed GmbH

Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen. Träger des MVZ an der Olefmündung in Gemünd.

VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der ambulanten Pflege innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen .

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Betrieb von Einrichtungen der Altenhilfe und -betreuung in Schleiden und Zülpich.

St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ¹⁾

Betrieb, Unterhaltung und Verwaltung von Einrichtungen der Krankenversorgung innerhalb des Gebietes des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

KKM Servicegesellschaft mbH

Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen; Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestellungen, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung.

KKM Gebäudedienste GmbH

Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen.

¹⁾ Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH ist Minderheitsgesellschafter.

Quelle: www.kreiskrankenhaus-mechernich.de

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Das Ergebnis der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003 ist bei der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in Teil B 6.1 dargestellt.

C) Beteiligungsverhältnisse

a) Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	5.361.000,00 €	93,99 %
Eifelhöhen-Klinik AG Nettersheim-Marmagen	343.000,00 €	6,01 %
Summe	5.704.000,00 €	100,00 %

zu a) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Geriatrisches Zentrum Züllich GmbH	13.804,88 €	50,00 %
3 private Gesellschafter	13.804,88 €	50,00 %
Summe	27.609,76 €	100,00 %

Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

Komplementärin: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Kommanditkapital*	Anteil
24 private Kommanditisten, insgesamt:	1.629.716,03 €	100,00 %
Summe	1.629.716,03 €	100,00 %

*Bilanzwert 31.12.2011

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	51.000,00 €	51,00 %
Familienpflege der Franziskusschwestern e.V. Essen	49.000,00 €	49,00 %
Summe	100.000,00 €	100,00 %

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	14.700,00 €	49,00 %
Caritas-Trägersgesellschaft West gGmbH	15.300,00 €	51,00 %
Summe	30.000,00 €	100,00 %

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

e) KKM Servicegesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu e) KKM Gebäudedienste GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KKM Servicegesellschaft mbH	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen – gGmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH	12.750,00 €	50,90 %
Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft-Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Euskirchen e.V.	6.150,00 €	24,55 %
Summe	25.050,00 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Ergebnisverwendung wird auf Vorschlag der Geschäftsführung und ggf. nach Genehmigung des Beirats bzw. Aufsichtsrates durch die Gesellschafterversammlung beschlossen.

Bei **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** und **VIVANT gGmbH**: Die Gesellschaft ist lt. Gesellschaftsvertrag gemeinnützig tätig. Die Mittel der Gesellschaft dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Gesellschafter auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

Durch notariellen Vertrag ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH – als Nachfolgerin der ehemals beteiligten St. Antonius-Betreibergesellschaft – verpflichtet, die Verluste der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH**, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 250 T€ auszugleichen.

Hinweis:

Im Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich besteht eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Gesellschafterdarlehen, Personalgestellung, Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Der Hauptgeschäftsführer der KKM GmbH, Herr Dr. Hans Rossels, vertritt diese in den Gesellschafterversammlungen der Tochtergesellschaften. Er muss dabei lt. geltender Beschlusslage im Innenverhältnis die Zustimmung des Verwaltungsrates einholen. Im Folgenden wird daher nur die Besetzung der sonstigen Gremien dargestellt.

a) Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (6 Sitze, davon 5 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Beirat (gem. § 9 Abs. 1 des Gesellschaftsvertrages):

1. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Josef Reidt
2. Erster Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Bürgermeister Albert Bergmann
3. Zweiter Stv. Vorsitzender des Verwaltungsrates der KKM GmbH: Josef C. Rhiem
4. Landrat des Kreises Euskirchen: Günter Rosenke
5. weiteres vom Verwaltungsrat KKM benanntes Mitglied: Dieter Pritzsche

aa) Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der GZZ durch Geschäftsführer der KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Dipl. Ing. Joachim Stiller, Dr. Hans Rossels

ab) Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung: Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH

b) Liebfrauenhof Schleiden GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat (7 Sitze, davon 4 von KKM besetzt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der Liebfrauenhof Schleiden GmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Pastor Philipp Cuck
4. Winfried Hergarten

c) St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH

- Gesellschafterversammlung
- Beirat (9 Sitze, davon 4 von KKM GmbH)
- Geschäftsführung: Gábor Szük und Bernd Koch

Vertreter der KKM im Beirat der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt (Vorsitzender)
3. Winfried Hergarten
4. Dr. Hans Rossels

d) AmbuMed- Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

e) KKM Servicegesellschaft mbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

ea) KKM Gebäudedienste GmbH

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung:
Manfred Herrmann

f) VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen - gGmbH

- Gesellschafterversammlung (Vertretung der KKM GmbH durch ihren Geschäftsführer)
- Aufsichtsrat (3 von 5 Mitgliedern werden von der KKM GmbH benannt)
- Geschäftsführung:
Dr. Hans Rossels
Manfred Herrmann
Hermann Gemke

Vertreter der KKM im Aufsichtsrat der VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH:

1. LR Günter Rosenke
2. Josef Reidt
3. Winfried Hergarten

7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG

Rheinstraße 55
53881 Euskirchen

Internet: <http://www.radioeuskirchen.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Nach § 24 des Landesrundfunkgesetzes NW ist der lokale Rundfunk dem Gemeinwohl verpflichtet. Lokale Programme müssen das öffentliche Geschehen im Verbreitungsgebiet darstellen und wesentliche Anteile an Information, Bildung, Beratung und Unterhaltung enthalten. Die Veranstaltung und Verbreitung von lokalem Rundfunk im Kreis Euskirchen obliegt der „Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.“, der gem. § 26 des Landesrundfunkgesetzes u.a. der Kreis angehört. Die Verwaltungs- und Dienstleistungsaufgaben werden aufgrund des bestehenden Dienstleistungsvertrages von der Hörfunk Service GmbH Köln (HSG) wahrgenommen. Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG ist ein mittelbares Tochterunternehmen der M. DuMont Schauberg Expedition der Kölnischen Zeitung GmbH & Co. KG, Köln (MDS), und damit mit allen Tochterunternehmen von MDS verbunden. Sie wird in den Konzernabschluss der MDS einbezogen, der im Bundesanzeiger veröffentlicht wird. Sinn der Beteiligung ist aus Sicht des Kreises vor allem die kommunalpolitische Einbindung des Kreises Euskirchen in den Lokalfunk.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Nein. Die Beteiligung an einer Radiogesellschaft gehört zu den freiwilligen Aufgaben.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Siehe Frage 1.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Ja. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?
entfällt

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Ja. Die finanzielle Lage der Einheitsgesellschaft zeigt, dass die Verluste nur durch Zuschüsse des Mitgesellschafters gedeckt werden können.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Nein.

Abschlussbewertung:

Da es sich bei der Beteiligung an der Radiogesellschaft um eine freiwillige Aufgabe des Kreises handelt, wäre eine Veräußerung der Anteile generell denkbar. Ob sich allerdings Interessenten für die Kommanditanteile finden lassen, dürfte fraglich sein.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Kommanditisten	Einlage	Anteil
Kreis Euskirchen	127.822,97 €	25,00 %
RRB Rheinische Rundfunkbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (RRB), Köln	383.468,91 €	75,00 %
Summe	511.291,88 €	100,00 %

Die Radio Euskirchen GmbH ist Komplementärin bei der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG. Gleichzeitig werden die Anteile an der Radio Euskirchen GmbH von der KG gehalten. Es liegt somit eine sog. „Einheitsgesellschaft“ vor.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Haftung des Kreises Euskirchen ist auf die Höhe des Kommanditanteils beschränkt. Verluste sind gemäß Gesellschaftsvertrag auf dem für jeden Gesellschafter geführten Verlustvortragskonto zu verbuchen und dort mit dem Gewinn der folgenden Jahre vorab zu verrechnen. Es besteht keine Nachschusspflicht.

Der Kreistag hat am 11.06.2008 (V 419/2008) der Zuführung der auf den Kreis Euskirchen entfallenden Gewinnanteile der Radio Euskirchen GmbH & Co. KG der Geschäftsjahre 2006 und 2007 von insgesamt 102.041,99 € zur Kapitalrücklage zugestimmt. Künftige Gewinne sollen entnommen werden, wenn die Summe aus Kapitalanteil und Rücklage des Kreises Euskirchen mehr als 250.000 € beträgt.

a) Gesellschafterversammlung
b) Geschäftsführung

Ramers, Markus (SPD) Stellvertreter: Schneider, Hans-Erhard (CDU)

durch die Komplementärin (Radio Euskirchen GmbH)
Geschäftsführer: Dietmar Henkel, Leichlingen

Vertreter des Kreises in der Veranstaltergemeinschaft

- | | | |
|--------------------|-----------------|-----------------------------|
| 1. Poth, Manfred | | Allgem. Vertr. d. Landrates |
| 2. Tiltz, Ulrike † | 25.10.2012 | CDU |
| 3. Maria Zibell | seit 19.12.2012 | CDU |

8. EuRegionale 2008 Agentur GmbH

Die Gesellschaft wurde zum 31.12.2009 aufgelöst und befand sich seither in der Abwicklung. Zum Liquidator wurde die StädteRegion Aachen bestellt.

Mit Schreiben vom 04.06.2013 wurde durch die StädteRegion Aachen die Liquidationsschlussbilanz zum 31.12.2012 übersandt und mitgeteilt, dass alle Arbeiten abgeschlossen und die Gesellschaft aufgelöst ist.

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Planung, Vorbereitung, Durchführung und Dokumentation der EuRegionalen 2008. Alle im Rahmen dieser grenzüberschreitenden REGIONALE zu initiiierenden Projekte, Ereignisse und Initiativen haben grenzüberschreitend regionalen Charakter mit überregionaler Bedeutung und dienen der Schaffung eines gemeinsamen, trinationalen Lebensraumes, der Vorbildcharakter für andere Grenzregionen in Europa besitzt. Die Aufgaben liegen in diesem Zusammenhang vor allem in der Projektierung, Marketing, Qualifizierung und im Qualitätsmanagement der EuRegionalen 2008. Im Kreis Euskirchen ist die Gesellschaft u.a. durch die Kooperationsprojekte im Rahmen der „Zukunftsinitiative Eifel“, hier insb. Standortentwicklung Vogelsang, Netzwerk Naturzentren, Holzcampus Nettersheim, Westwall, tätig.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„1. Ist die Beteiligung zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich?

Ja, als Partner der Wirtschaftsregion Aachen und Teilregion der EUREGIO Maas-Rhein wird der Kreis Euskirchen von den Projekten, Ereignissen und Initiativen zur Stärkung des Profils „Dreiländerland“ profitieren. Unter Umständen werden dabei auch Projekte der Konversion Vogelsang als EuRegionale-Projekte gelabelt und gefördert.

2. Können die von der Beteiligung wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein.

3. Kann die Beteiligung veräußert werden?

Nein. Die Veräußerung wäre ohnehin nicht vor dem 30.06.2008 möglich (§ 11 Gesellschaftsvertrag).

4. Kann die Aufgabe in anderer Organisationsform (besser) wahrgenommen werden?

Nein, dies ist nicht erkennbar.

5. Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung?

Nein.

6. Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an die Beteiligung absehbar?

Ja. Bei einzelnen Projekten werden im Zusammenhang mit den jährlichen Rahmenfinanzplänen zusätzliche Projektmittel bzw. Kofinanzierungsmittel zur Qualifizierung und Umsetzung einzuplanen sein (z. B. Projekte aus Konversion).

Abschlussbewertung:

Der Kreis Euskirchen profitiert von den im Rahmen der EuRegionale 2008 durchgeführten Projekten und hat damit die Möglichkeit, an für Infrastrukturmaßnahmen gewährten Fördermitteln des Landes NRW zu partizipieren.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Stadt Aachen	6.400 €	25,00 %
StädteRegion Aachen	6.400 €	25,00 %
Regio Parkstad Limburg	1.600 €	6,25 %
Gewest Maastricht en Mergelland	1.600 €	6,25 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	1.600 €	6,25 %
Kreis Düren	1.600 €	6,25 %
Kreis Euskirchen	1.600 €	6,25 %
Kreis Heinsberg	1.600 €	6,25 %
Handwerkskammer Aachen	800 €	3,13 %
IHK Aachen	800 €	3,13 %
ZAR e.V.	1.600 €	6,25 %
zusammen	25.600 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Nach § 4 Abs. 5 des Gesellschaftsvertrages haben die Gesellschafter keine Nachschussverpflichtung. Hinsichtlich der Finanzierung der im Rahmen der EuRegionale 2008 zu realisierenden Projekte sind lt. Gesellschaftsvertrag gesonderte vertragliche Regelungen zu treffen.

Der Kreisausschuss hat vorbehaltlich der Zustimmung der übrigen Gesellschafter der EURegionale 2008 Agentur GmbH im Wege der Dinglichkeit (D 21/2010) beschlossen, einem Umlaufbeschluss der Gesellschafterversammlung zuzustimmen. Mit diesem Beschluss haben sich die Gesellschafter dazu bereit erklärt, eine mögliche Forderung der StädteRegion Aachen, als Liquidator der Gesellschaft, die sich aus der Abwicklung der Gesellschaft ergibt, im Verhältnis der Stammkapitalanteile auszugleichen. Die Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung erfolgte am 15.12.2010 durch den Kreistag.

Die Liquidationsschlussbilanz zum 01.08.2012, welche im November 2012 vorgelegt wurde, schließt mit einem Bilanzverlust von 55.357,50 € ab. Nach Verrechnung des gezeichneten Kapitals verbleibt ein nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag in Höhe von 29.757,50 €. Die anteilige Nachschusspflicht des Kreises Euskirchen hieran beträgt 1.859,84 €. Die Zahlung erfolgte am 20.12.2012. Mit Schreiben vom 04.06.2013 wurde den Gesellschaftern die Liquidationsschlussbilanz zum 31.12.2012 übersandt. Hieraus ergibt sich nach Ausgleich der im November 2012 festgestellten Nachschusspflicht ein weiterer Kapitalfehlbetrag in Höhe von 550,40 €. Aufgrund des geringen Fehlbetrages und des damit verbundenen unverhältnismäßigen Aufwands erklärte sich die StädteRegion Aachen bereit, den Fehlbetrag auszugleichen. Gegenüber der ursprünglichen Annahme konnte der prognostizierte Fehlbetrag um rd. 10 T€ unterschritten werden.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung (Stadt und StädteRegion Aachen entsenden jew. 2, die anderen Gesellschafter jeweils 1 Vertreter. Je 50 € Geschäftsanteil gewähren 1 Stimme)
- b) Beirat (mindestens 2 Sitze, davon 1 Sitz AGIT, 1 Sitz Sparkasse Aachen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Manfred Poth, Allgem. Vertreter des Landrates
Stellvertreterin: Iris Poth, Stabsstellenleiterin 80

b) Vertreter des Kreises im Beirat

Der Kreis Euskirchen ist im Beirat nicht vertreten.

c) Geschäftsführung

Nach Auflösung der Gesellschaft ist nicht mehr Geschäftsführer: Henk Vos

Hinweis:

Durch Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 03.12.2009 ist die Gesellschaft zum 31.12.2009 aufgelöst. Zum Liquidator wurde die StädteRegion Aachen bestellt. Die Auflösung der Gesellschaft wurde im elektronischen Bundesanzeiger am 28.12.2009, 28.05.2010, 31.05.2010 und 01.06.2010 bekannt gemacht.

9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild vogelsang ip zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Die Gesellschaft führt die begonnene Konversion fort und übernimmt die Steuerung der Gesamtentwicklung des Standortes unter Berücksichtigung der Interessen des Nationalparks Eifel, der Nationalparkregion und insbesondere der Kernnutzungen. Sie übernimmt folgende Aufgabenfelder:

1. Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Gesamtkoordination aller Infrastrukturmaßnahmen
 - Erstellung, Fortschreibung Investitionsplanung, Controlling
 - Steuerung der Planungs- und Baumaßnahmen
2. Projektentwicklung Kernnutzungen
 - Mitwirkung, Beratung, Koordination der Kernnutzungen
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
3. Vermarktung und Marketing der außerhalb der Kernnutzung verbleibenden 90 ha
 - Betreuung Markterkundungsverfahren
 - Nutzer- und Investorenakquisition
 - Erstellung Marketingkonzept und Koordination Maßnahmen
 - Verkaufs- / Vertragsverhandlungen
 - Kundenbetreuung in Planungs-, Genehmigungs- und Bauphase
 - Erstellung von Markt- und Machbarkeitsstudien
 - Entwicklung städtebaulicher Konzepte
 - Erstellung von Fachgutachten
4. Betrieb und Unterhalt der nicht an Dritte übertragenen Verkehrs- und Grünflächen sowie ggf. Versorgungsinfrastruktur gem. der noch abzuschließenden Dienstleistungsvereinbarung zwischen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der Gesellschaft (SEV)
 - Aufstellung Pflege- und Unterhaltskonzept
 - Entwicklung Kosten-Umlagemodell
 - Management der Dienstleistungen
5. Entwicklung Parkmanagementkonzept für Gesamtimmobilie
 - Erstellung eines Parkmanagementkonzeptes einschl. Finanzierungsplan
 - Abstimmung mit Nutzern und Eigentümern
 - Vorbereitung der künftigen Betreiberstruktur

Die unter den Punkten 1. und 4. angesprochene Dienstleistungsvereinbarung wurde am 10.03./30.03.2009 abgeschlossen.

Die Dauer der Gesellschaft ist befristet. Sie endet mit Ablauf des 31.12.2013. Die Verlängerung der Dauer der Gesellschaft bedarf der Zustimmung von $\frac{3}{4}$ der Stimmen der Gesellschafter. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Geschäftsjahres, erstmals zum 31.12.2013, seinen Austritt aus der Gesellschaft zu erklären.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck besteht in der Strukturentwicklung im Rahmen der Konversion der ehem. NS-Ordensburg „Vogelsang“, die bis zur Gründung der Gesellschaft als Truppenübungsplatz der belgischen Streitkräfte genutzt wurde. Die Beteiligung hat aus Sicht des Kreises Euskirchen vor allem eine strategische Bedeutung.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Bundesanstalt für Immobilienaufgaben	12.000 €	33,33%
Land NRW, vertreten durch: Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV)	12.000 €	33,33%
Kreis Euskirchen	6.480 €	18,00%
StädteRegion Aachen	2.160 €	6,00%
Kreis Düren	2.160 €	6,00%
Stadt Schleiden	1.200 €	3,33%
Zusammen	36.000 €	100,00%

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Kreistag hat am 03.04.2008 beschlossen, für die Zeit vom 01.01.2009 bis zum 31.12.2013 jährlich einen finanziellen Beitrag des Kreises Euskirchen zum operativen Geschäft der "Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH" in Höhe von 81.000 € zu leisten (V 407/2008).

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich (Stimmführer)	CDU	2. Ingrid Berners	CDU
3. Franz Cremer	SPD	3. Heinrich Hettmer	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Josef Reidt	CDU	1. Günther Schulz	CDU
2. Manfred Poth (Vorsitzender)	Allg. Vertreter	2. Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz	SPD	3. Markus Ramers	SPD

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Thomas Fischer-Reinbach

10. vogelsang ip gGmbH

Forum Vogelsang
53937 Schleiden

Internet: <http://www.vogelsang-ip.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur, internationaler Gesinnung, Toleranz auf allen Gebieten der Kultur, Völkerverständigung, Umwelt- und Landschaftsschutz, Denkmalschutz, regionaler Identität sowie demokratischen Gesellschaftsstrukturen. Die Gesellschaftszwecke werden verwirklicht durch die Trägerschaft von Zweckbetrieben im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Hierzu zählen ausschließlich die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang, die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang, die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang sowie die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die hiermit in Zusammenhang stehen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Betätigung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 2 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der wirtschaftlichen und kulturellen Betreuung der Einwohner gemäß § 6 KrO. Das wichtige Interesse des Kreises ist in diesem Zusammenhang nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Landschaftsverband Rheinland	13.650 €	50,00 %
Kreis Euskirchen	7.800 €	28,57 %
StädteRegion Aachen	1.950 €	7,15 %
Kreis Düren	1.300 €	4,76 %
Kreis Heinsberg	650 €	2,38 %
Stadt Schleiden	1.300 €	4,76 %
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens	650 €	2,38 %
Gesamtsumme	27.300 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter ist auf einen Gesamtbetrag von 0,5 Mio. € jährlich begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Aufsichtsrat (13 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen)
- c) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Günter Rosenke	Landrat
2. Urban-Josef Jülich (Stimmführer)	CDU	2. Ute Stolz	CDU
3. Markus Ramers	SPD	3. Uwe Schmitz	SPD

b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. Josef Reidt	CDU	1. Bernd Kolvenbach	CDU
2. Manfred Poth	Allg. Vertreter	2. Günter Rosenke	Landrat
3. Uwe Schmitz	SPD	3. Markus Ramers	SPD

c) Geschäftsführung

Geschäftsführer: Albert Moritz

11. Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)

Theodor-Heuss-Ring 38 - 40
50668 Köln

Internet: <http://www.rvk.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Die RVK ist ein Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr. Die Leistungserstellung erfolgt sowohl auf eigenen Linien als auch im Auftrag für andere Verkehrsunternehmen. Alle das Hauptgeschäft unterstützenden Funktionen werden durch die RVK selbst erbracht bzw. können auch für andere Unternehmen erbracht werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	447.400,00 €	12,50 %
Kölner Verkehrs-Betriebe AG (KVB)	447.400,00 €	12,50 %
Stadtwerke Bonn Verkehrs GmbH (SWBV)	447.400,00 €	12,50 %
Elektrische Bahnen der Stadt Bonn & des Rhein-Sieg-Kreises OHG (SSB)	447.400,00 €	12,50 %
Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH (LVG)	447.400,00 €	12,50 %
Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG)	447.400,00 €	12,50 %
Rhein-Erft-Verkehrsgesellschaft mbH (REVG)	447.400,00 €	12,50 %
Rheinisch-Bergischer Kreis (RBK)	447.400,00 €	12,50 %
Summe	3.579.200,00 €	100,00 %

Die RVK ist beteiligt an:

- **RBR Regio-Bus-Rheinland GmbH**, Köln, Alleingesellschafterin mit einem Stammkapital i.H.v. 200.000 €,
- **Verkehrsgesellschaft Bergisches Land mbH**, Gummersbach, (**VBL**), mit 25 % am Stammkapital von 200.000 €

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Gemäß § 19 des Gesellschaftsvertrages sind auf die Gesellschafter entfallende negative Ergebnisse der Gesellschaft durch Einlagen der Gesellschafter in die Kapitalrücklage auszugleichen (beschränkte Nachschusspflicht). Überzahlungen, soweit sie nicht erforderlich sind auszugleichende Verluste vergangener Geschäftsjahre zu decken, sind zurück zu erstatten oder auf die Abschlagszahlungen des folgenden Geschäftsjahres anzurechnen.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 14.12.2011 seine Zustimmung zur Anhebung der jährlichen Höchstbeträge für die auszugleichenden negative Ergebnisse von bisher 2,5 Mio. € auf 5,5 Mio. € erteilt (V219/2011).

E) Zusammensetzung der Organe

- Vertreter des Kreises Euskirchen in der **Gesellschafterversammlung**:
Hans Schmitz (SPD)
- **Aufsichtsrat** (12 Mitglieder, davon je 1 Vertreter der Gesellschafter und 4 Arbeitnehmervertreter):
Landrat Günter Rosenke (Vorsitzender)
- **Geschäftsführung**: Eugen Puderbach, Köln

12. Konzern Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Hindenburgstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.ene-strom.de/>

Innerhalb der Konzernstruktur bestehen die folgenden Gesellschaften

Mutterunternehmen: Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)

Komplementärin der ene: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Tochterunternehmen:

- Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)
- KEV Energie GmbH
 - KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)
 - Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG
 - Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER)
- Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG
- Quantum GmbH
- eegon – Eifel-Energiegesellschaft eG
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH
- Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG
 - Green Gecco Verwaltungs GmbH
 - Green Gecco GmbH & Co. KG
 - An Suidhe Wind Farm Ltd.
 - WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH
 - RWE Innogy Windpark GmbH

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17.07.2013 der Beteiligung der KEV Energie GmbH als Gründungskommanditistin der „Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 120.000 € (33,33 %) sowie der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftender Gesellschafterin – Komplementärin – an dieser Gesellschaft zugestimmt (V 20/2013). Die Komplementärin ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt. Die Gesellschaftsgründung erfolgte am 30.08.2013.

A) Ziele der Beteiligung

ene: Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen. Weiterhin das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

Entsprechend den Beschlussfassung des Kreistages vom 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (D 62/2012) und vom 17.07.2013 (V 30/2013) zur Zukunft der Energieversorgung im Kreis Euskirchen wird sich das Unternehmensziel der **ene** nach Umsetzung der Maßnahmen wie folgt darstellen:

Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung (insbesondere mit Strom, Gas und Wärme) auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, Engagement in neue Technologien, das Energiecontracting sowie Energielieferungen; das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Wasserversorgung auf dem Gebiet der kommunalen Gesellschafter und das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und der KEV Energie Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Sitz in Kall/Eifel und die Verwaltung der Beteiligungen.

enb: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin an der *ene*.

KEV GmbH: Versorgung mit Energie, sowie Planung, Bau und Betrieb von Energiefortleitungsanlagen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEV Energie GmbH: Versorgung, Vertrieb und Handel mit Energie und verbundenen Dienstleistungen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der §§ 107 ff. der Gemeindeordnung NRW.

KEVER PBB: Beteiligung als persönlich haftende, geschäftsführende Gesellschafterin ohne Stimmrecht und ohne Kapitalanteil an einer oder mehreren Projekt- und /oder Beteiligungsgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG. Gegenstand der vorgenannten Kommanditgesellschaft(en) sind sämtliche Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland. Gegenstand des Unternehmens ist insbesondere die Entwicklung, die Planung, der Bau und/oder der Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung sowie Entwicklung, Planung, Bau und Dienstleistung / Andienung von Effizienz-Themen.

Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und Betrieb von Photovoltaikanlagen einschließlich der Veräußerung des aus dem Betrieb der Photovoltaikanlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Photovoltaikanlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse, voraussichtlich mit Wirkung zum 31. Dezember 2031.

Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG: Planung, Errichtung und der Betrieb von Anlagen zur Erzeugung oder Umwandlung regenerativer Energien einschließlich der Veräußerung der aus den Anlagen gewonnenen elektrischen Stroms zur Einspeisung in das öffentliche Versorgungsnetz, die Erbringung von Versorgungsleistungen im Energiebereich und die mit diesem Bereich unmittelbar verbundenen Dienstleistungen, die dem Hauptzweck dienen sowie die mögliche Veräußerung der von der Gesellschaft im Rahmen ihres Unternehmenszwecks betriebenen Anlagen nebst zugehöriger Rechtsverhältnisse.

Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG: Errichtung und Betrieb eines Steinkohlekraftwerkes.

Quantum GmbH: Handel mit Energie und Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die öffentliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

eegon – Eifel-Energiegenossenschaft eG: Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen, sowie Errichtung und Betrieb von KWK-Anlagen. Weiterhin die Verteilung und Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme, Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung und Energieeffizienz sowie gemeinsamen Einkauf von Anlagen und Betriebsstoffen zur Energieerzeugung.

Green Gecco: Aktivitäten auf dem Gebiet der Erzeugung und Bereitstellung von Energie aus regenerativen Energieträgern in Deutschland und weiteren EU-Mitgliedstaaten, insbesondere Planung, Errichtung und/oder Betrieb von Anlagen zur Energieerzeugung. Für jedes Einzelprojekt zur regenerativen Energieerzeugung soll eine separate Projektgesellschaft als Zweckgesellschaft gegründet oder erworben werden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Die Gesellschaften sind kommunalrechtlich als Unternehmen einzuordnen und erfüllen im Rahmen der Energieversorgung einen öffentlichen Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 GO NW in Verbindung mit §§ 107 Abs. 1 und 107a Abs. 1 GO NW.

C) Beteiligungsverhältnisse

12.1. Unmittelbare Beteiligungen des Kreises

a) Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (enb)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Gesellschafterin in die „Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH“ zugestimmt (D 62/2012). Zum aktuellen Sachstand s. Teil B Nr. 13 „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“

b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

Komplementärin: Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	12.500,00 €	50,00 %
RWE Deutschland AG	12.500,00 €	50,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zugestimmt (D 62/2012).

c) Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH (KEV GmbH)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	77.550,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	77.550,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	2.944.900,00 €	95,00 %
Summe	3.100.000,00 €	100,00 %

d) KEV Energie GmbH

Gesellschafter am 31.12.2011	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	625,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	625,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	23.750,00 €	95,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

Zur Wahrung der Unbundlingsvorschriften wurde der Teilbetrieb „Vertrieb“ der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH durch notariellen Vertrag vom 15.08.2012 rückwirkend zum 01.01.2012 auf die KEV Energie GmbH zur Aufnahme abgespalten. Im Rahmen der Abspaltung wurde das Stammkapital der Gesellschaft auf 300.000,00 € erhöht, wobei sich die Beteiligungsverhältnisse der Gesellschafter nicht verändert haben (vgl. nachfolgende Aufstellung).

Gesellschafter am 31.12.2012	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	7.500,00 €	2,50 %
RWE Deutschland AG	7.500,00 €	2,50 %
Energie Nordeifel GmbH & Co KG (ene)	285.000,00 €	95,00 %
Summe	300.000,00 €	100,00 %

e) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	150.000,00 €	75,00 %
KEV Energie GmbH	50.000,00 €	25,00 %
Summe	200.000,00 €	100,00 %

12.2. Mittelbare Beteiligungen des Kreises

zu 12.1 b) Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (ene)

a) Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG

Komplementärin: Steinkohledoppelblock VerwaltungsGmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
ene	163.398,69 €	0,33 %
RWE Power AG	38.562.091,50 €	77,12 %
GEKKO Vorschaltgesellschaft GmbH & Co. KG	2.679.738,57 €	5,36 %
Andere Versorgungsunternehmen	8.594.771,24 €	17,19 %
Summe	50.000.000,00 €	100,00 %

b) Quantum GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	33.000,00 €	4,00 %
Andere Versorgungsunternehmen	972.000,00 €	96,00 %
Summe	825.000,00 €	100,00 %

c) eegon – Eifel Energie Genossenschaft eG

Die ene hat einen Genossenschaftsanteil in Höhe von 500,00 € erworben. Zum 31.12.2012 umfasste die Mitgliederliste der Genossenschaft 340 Mitglieder, die zusammen 1.491 Genossenschaftsanteile halten.

d) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	525,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	29.895,00 €	98,27 %
Summe	30.420,00 €	100,00 %

e) Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
ene	2.227.176,00 €	1,73 %
28 weitere Versorgungsunternehmen	126.821.764,80 €	98,27 %
Summe	129.048.940,80 €	100,00 %

f) Green Gecco Verwaltungs GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	12.250,00 €	49,00 %
RWE Innogy	12.750,00 €	51,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

g) Green Gecco GmbH & Co. KG

Komplementärin: Green Gecco Verwaltungs GmbH (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	490.000,00 €	49,00 %
RWE Innogy	510.000,00 €	51,00 %
Summe	1.000.000,00 €	100,00 %

ga) An Suidhe Wind Farm Limited

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	1,00 £	100,00 %
Summe	1,00 £	100,00 %

gb) WINKRA Süderdeich Windparkbetriebsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

gc) WINKRA Hörup Windparkbetriebsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.564,59 €	100,00 %
Summe	25.564,59 €	100,00 %

gd) RWE Innogy Lüneburger Heide Windparkbetriebsgesellschaft mbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

ge) RWE Innogy Windpark GmbH

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Green Gecco GmbH & Co. KG	25.000,00 €	100,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

zu 12.1 d) KEV Energie GmbH

a) KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH (KEVER PBB)

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	12.750,00 €	51,00 %
PE Becker GmbH	12.250,00 €	49,00 %
Summe	25.000,00 €	100,00 %

b) Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG

Komplementärin: KEVER PBB (ohne Kapitaleinlage)

Kommanditisten	Festkapital	Anteil
KEV Energie GmbH	158.100,00 €	51,00 %
Stadt Mechernich	151.900,00 €	49,00 %
Summe	310.000,00 €	100,00 %

c) Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG

siehe auch C 12.1 – Unmittelbare Beteiligungen – Buchstabe e).

d) Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17.07.2013 der Beteiligung der KEV Energie GmbH als Gründungskommanditistin der „Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 120.000 € (33,33 %) sowie der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftender Gesellschafterin – Komplementärin – an dieser Gesellschaft zugestimmt (V 20/2013). Die Komplementärin ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt. Die Gesellschaftsgründung erfolgte am 30.08.2013.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Schleiden GmbH (Organgesellschaft) wurde am 16.12.2003 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV GmbH verpflichtet, ab dem Geschäftsjahr 2004 ihren ganzen Gewinn an die ene abzuführen. Am Gewinn oder Verlust der ene nehmen deren Gesellschafter im Verhältnis ihrer Kapitalanteile teil, also Kreis Euskirchen und RWE Deutschland AG jeweils zur Hälfte. Über die Ergebnisverwendung beschließt die Gesellschafterversammlung der ene. Die Höhe der Zuflüsse an den Kreis ist in Teil D Nr. 2 dargestellt.

Zwischen der ene (Organträger) und der KEV Energie GmbH (Organgesellschaft) wurde am 23.08.2011 ein Gewinnabführungsvertrag abgeschlossen, mit dem sich die KEV Energie GmbH verpflichtet, ihren ganzen Gewinn dem Organträger abzuführen. Abzuführen ist - vorbehaltlich einer Bildung oder Auflösung von Rücklagen - der ohne die Gewinnabführung entstehende Jahresüberschuss vermindert um einen etwaigen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und einen etwaigen ausschüttungsgesperren Betrag. Die ene hat sich verpflichtet, jeden während der Vertragsdauer sonst entstehenden Jahresfehlbetrag auszugleichen, soweit dieser nicht dadurch ausgeglichen wird, dass den anderen Gewinnrücklagen Beträge entnommen werden, die während der Vertragsdauer eingestellt worden sind.

Hinweis:

Neben den Gewinnabführungsverträgen und den Verlustausgleichsverpflichtungen besteht im Konzern Energie Nordeifel eine Vielzahl von gegenseitigen Finanz- und Leistungsbeziehungen (z.B. Mieten, Lieferungen und Leistungen), die in den Jahresabschlüssen (Teil C) und Auswertungen (Teil D.1) dargestellt sind. Eine weitergehende Aufbereitung würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen.

E) Zusammensetzung der Organe

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Energie Nordeifel Beteiligungs GmbH	Gesellschafterversammlung	Johannes Mertens CDU	Winfried Hergarten CDU
	Geschäftsführer	Dieter Hinze	
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	LR Günter Rosenke	AV Manfred Poth
		Josef Reidt CDU	Hans Peter Wasems CDU
		Ute Stolz CDU	Johannes Mertens CDU
		Ingrid Berners CDU	Matthias Vogelsberg CDU
		Franz Cremer SPD	Stefanie Seidler SPD
		Jörg Grutke B90/Grüne	Klaus Kaldenbach skB 90/Grüne
		Axel Gerth (bis 01.07.2012) UWV Frank Westerborg (ab 02.07.2012) UWV	Thomas Pick UWV
	Aufsichtsrat	LR Günter Rosenke	
		Helmut Schmitz CDU Jörg Grutke B90/Grüne	
	Geschäftsführung	Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH*1	

Gesellschaft	Organ	ordentliche Mitglieder	Stellvertreter
Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
Quantum GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
eeagon – Eifel-Energiegenossenschaft	Genossenschaftsversammlung	GF Dieter Hinze	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs GmbH	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Dieter Hinze	
Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Helmut Kläßen	
KEV Energie GmbH	Gesellschafterversammlung	Günther Schulz CDU	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführer	Markus Böhm	
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	Markus Mertgens	
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	GF Markus Böhm	
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH*2	
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	Gesellschafterversammlung	Hans Peter Wasems CDU GF Markus Böhm	Franz Cremer SPD
	Geschäftsführung	KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH *2	

*1 Lt. Gesellschaftsvertrag der *ene* ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

*2 Lt. Gesellschaftsverträgen der Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG und der Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG ist die persönlich haftende Gesellschafterin zur Geschäftsführung und Vertretung berechtigt und verpflichtet.

Hinweise:

- Die Ausübung der der *ene* aus ihren Beteiligungen an der KEV GmbH und der KEV Energie GmbH zustehenden Rechte bedarf der vorherigen Beschlussfassung durch den Aufsichtsrat der *ene*.
- Die Geschäftsführung der KEV Energie GmbH ist verpflichtet, vor Ausübung ihres Stimmrechts in der Gesellschafterversammlung einer Beteiligungsgesellschaft bei wesentlichen Angelegenheiten die vorherige Zustimmung der Gesellschafterversammlung der KEV Energie GmbH einzuholen, z.B. Änderungen des Gesellschaftsvertrages, Feststellung des Jahresabschlusses Entlastung des Geschäftsführers.

13. Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG und Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH

Der Kreistag hat am 28.08.2012 im Wege der Dringlichkeit (Vorlage D 62/2012) folgenden Beschluss gefasst:

„Der Kreistag stimmt

1. dem Abschluss des als Anlage 1 beigefügten Entwurfs des Konsortialvertrages zwischen dem Kreis Euskirchen und der RWE Deutschland AG zu.
Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wird ebenfalls erteilt.
2. der Beteiligung des Kreises Euskirchen
 - a) als Gründungskommanditist an der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines festen Kapitalanteils in Höhe von jeweils 12.500 € (50 %) sowie
 - b) als Gesellschafter an der Komplementärgesellschaft dieser Gesellschaft, der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“, gemeinsam mit der RWE Deutschland AG unter Übernahme eines Geschäftsanteils von jeweils 12.500 € (50 %) zu.
3. dem Eintritt der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ als weitere Kommanditistin in die „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zu.
4. Der Kreistag nimmt die folgenden beiliegenden Vertragsentwürfe
 - Gründungsgesellschaftsvertrag der Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH (Anlage 1 zum Konsortialvertrag)
 - Gründungsgesellschaftsvertrag der Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG (Anlage 2 zum Konsortialvertrag)
 - geänderter Gesellschaftsvertrag der Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH (Synopsis - Anlage 2) und
 - geänderter Gesellschaftsvertrag der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG (Synopsis - Anlage 3)zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Vertreter des Kreises in den jeweiligen Gremien des Konzerns „Energie Nordeifel GmbH & Co. KG“ zur Beschlussfassung.
Die Ermächtigung, etwaigen redaktionellen Änderungen zuzustimmen, wird ebenfalls erteilt.
5. Der Kreistag beschließt, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ durch 1 Person vertreten werden soll.
Der Kreistag benennt den Vertreter des Kreises Euskirchen für die „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ für die Dauer der Wahlzeit wie folgt:

<u>Ordentliches Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
Ingo Hessenius, Kreiskämmerer	Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I

Sofern in der neuen Wahlperiode noch keine neuen Vertreter bestellt sind, üben die bisherigen Vertreter ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertreter weiter aus.
6. Weiterhin beschließt der Kreistag, dass der Kreis Euskirchen in der Gesellschafterversammlung der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ durch 1 Person vertreten werden soll.
Der Kreistag benennt den Vertreter des Kreises Euskirchen für die „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ für die Dauer der Wahlzeit wie folgt:

<u>Ordentliches Mitglied:</u>	<u>Stellvertreter:</u>
Ingo Hessenius, Kreiskämmerer	Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I

Sofern in der neuen Wahlperiode noch keine neuen Vertreter bestellt sind, üben die bisherigen Vertreter ihr Amt bis zum Amtsantritt der neuen Vertreter weiter aus.
7. Der Kreistag beschließt, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungskommanditist der „Energie Rur-Erft GmbH & Co. KG“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Kommanditanteile entsprechend dem beiliegenden Entwurf des Konsortialvertrages sukzessive an die in Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußert.
Ferner beschließt der Kreistag, dass der Kreis Euskirchen bis zum 31.12.2015 als Gründungsgesellschafter der „Energie Rur-Erft Verwaltungs-GmbH“ gemeinsam mit der RWE Deutschland AG jeweils zu gleichen Teilen seine Geschäftsanteile in gleichem Umfang wie vorstehend an die in der Anlage 3 zum Konsortialvertrag genannten Städte und Gemeinden veräußert.
8. Der Kreistag beschließt, die Mittel für die Gründung der neuen Gesellschaften außerplanmäßig bereitzustellen.“

nachrichtlich:

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17.07.2013 den Änderungen im mit der D 62/2012 am 28.08.2012 beschlossenen Vertragswerk zugestimmt. Der Beschluss vom 28.08.2012 über die Veräußerung der Kommanditanteile bzw. Geschäftsanteile bleibt mit der Maßgabe bestehen, dass die Veräußerung an die in der neu gefassten Anlage 3 zum Konsortialvertrag aufgeführten Städte und Gemeinden geschieht (V30/2013).

Die vorstehend aufgeführten Maßnahmen wurden zum 30.08.2013 gesellschaftsrechtlich noch nicht umgesetzt.

14. Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH)

Bahnhofstraße 13
53925 Kall

Internet: <http://www.nordeifel-tourismus.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Gegenstand des Unternehmens ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter. Ziele sind die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene, die Attraktivierung der Angebote, die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste sowie die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 3 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Fremdenverkehrsförderung. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

Gesellschafter	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	18.000 €	68,15 %
Gemeinde Hellenthal	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Kall	1.200 €	4,55 %
Gemeinde Weilerswist	1.200 €	4,55 %
Stadt Euskirchen	1.200 €	4,55 %
Stadt Mechernich	1.200 €	4,55 %
Stadt Schleiden	1.200 €	4,55 %
Stadt Zulpich	1.200 €	4,55 %
Gesamtsumme	26.400 €	100,00 %

Der Kreistag hat aufgrund der Verwaltungsvorlage V 273/2012 am 02.07.2012 die Veräußerung eigener Anteile an der Nordeifel Tourismus GmbH in Höhe von jeweils 1.200 € an die Kommunen Nettersheim, Blankenheim und Bad Münstereifel zum 01.01.2013 beschlossen. Die Veräußerung an Bad Münstereifel erfolgte vorbehaltlich des noch zu fassenden Stadtratsbeschlusses.

Ein entsprechender Beschluss des Rates der Stadt Bad Münstereifel ist bislang (Stand: 30.08.2013) noch nicht erfolgt.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Der Kreis Euskirchen trägt maximal 100.000 € und die übrigen Gesellschafter jeweils maximal 10.000 € des Finanzierungsbedarfs. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter.

Ein etwaiger Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafterversammlung nicht etwas anderes beschließt. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 200.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

Gem. Beschluss des Kreistages vom 28.08.2012 (D 61/2012) werden die Vorschriften zur Finanzierung der Gesellschaft mit Wirkung zum 01.01.2013 wie folgt angepasst:

Die Finanzierung der Aufgaben der Gesellschaft erfolgt durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitaleinlagen. Abweichende Regelungen bedürfen der Zustimmung sämtlicher Gesellschafter. Ein etwaig verbleibender Fehlbetrag aus der Gewinn- und Verlustrechnung ist bis zum Ende des Folgejahres auszugleichen, soweit die Gesellschafter nicht etwas anderes beschließen. Die Einzahlungsverpflichtung einschließlich der Übernahme von Verlusten seitens der Gesellschafter wird jährlich für den Kreis Euskirchen auf den Betrag von 260.000 € und für die übrigen Gesellschafter auf jeweils 20.000 € begrenzt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Geschäftsführung

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied		Stellvertreter	
1. LR Günter Rosenke		1. KK Ingo Hessenius	
2. Günter Weber (Stimmführer)	CDU	2. Johannes Mertens	CDU
3. Thilo Waasem	SPD	3. Markus Ramers	SPD

b) Geschäftsführung

Geschäftsführerin: Iris Poth

15. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln GbR

Konrad-Adenauer-Straße 13
50966 Köln

Internet: <http://www.rheinstud.de>

A) Ziele der Beteiligung

Das Studieninstitut vermittelt den Dienstkräften der Gesellschafter sowie ihrer kreisangehörigen Städte und Gemeinden, einschließlich deren Eigenbetriebe, durch planmäßigen Unterricht eine gründliche Berufsausbildung, nimmt die vorgeschriebenen Prüfungen ab und sorgt für die berufliche Fortbildung. Es kann darüber hinaus weitere Aufgaben übernehmen.

Das Studieninstitut übernimmt auch die Ausbildung, Prüfung und Fortbildung der Dienstkräfte gemeindlicher Zweckverbände sowie solcher Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts, deren Leiterin oder Leiter Beamtin oder Beamter einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes ist.

Das Studieninstitut hat ferner die Aufgabe, die Anstellungskörperschaften bei der Auslese der Bewerberinnen und Bewerber nach dem geltenden Beamten- sowie Arbeits- und Tarifrecht zu beraten und zu unterstützen. Insbesondere hat es die vorgeschriebenen Auswahlverfahren durchzuführen.

Das Studieninstitut kann auch Dienstkräfte anderer Verwaltungen, Körperschaften und Einrichtungen, die öffentlichen Zwecken dienen, auswählen, ausbilden, prüfen und fortbilden.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Kommunalrechtlich liegt eine sog. nichtwirtschaftliche Beteiligung gem. § 107 Abs. 2 Nr. 5 GO vor. Der öffentliche Zweck besteht in der Deckung des Eigenbedarfs der Gemeinden und Gemeindeverbände. Das wichtige Interesse des Kreises ist nach § 108 Abs. 1 Nr. 2 GO gegeben.

C) Beteiligungsverhältnisse

In die GbR wurden seitens der Gesellschafter keine Kapitalanteile eingebracht.

Die Gesellschafterversammlung hat am 31.10.2008 die Eröffnungsbilanz zum 01.01.2008 einstimmig beschlossen und die Eigenkapitalanteile für 5 Jahre festgelegt.

Gesellschafter	Eigenkapitalanteil	Anteil
Kreis Euskirchen	59.223,72 €	5,4515 %
Rhein-Erft-Kreis	157.177,24 €	14,4680 %
Landschaftsverband Rheinland	174.40,43 €	16,0539 %
Oberbergischer Kreis	98.932,30 €	9,1066 %
Rheinisch Bergischer Kreis	90.219,03 €	8,3045 %
Rhein-Sieg-Kreis	207.321,95 €	19,0837 %
Stadt Bonn	118.193,35 €	10,8795 %
Stadt Köln	180.907,19 €	16,6523 %
Gesamtsumme	1.086.381,21 €	100,0000 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Soweit die zur Erfüllung der Aufgaben der Gesellschaft erforderlichen Mittel nicht durch andere Einnahmen der Gesellschaft gedeckt werden, werden von den Gesellschaftern Umlagen erhoben. Den Schlüssel für die Errechnung der Umlagen setzt die Gesellschafterversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der Vertreterinnen und Vertreter der Gesellschafter fest.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Gesellschafterversammlung
- b) Institutsausschuss
- c) Institutsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Gesellschafterversammlung

Mitglied	Stellvertreter	
LR Günter Rosenke	Manfred Poth	Allg. Vertreter

b) Institutsausschuss

Mitglied		Stellvertreter	
1. Manfred Poth	Allg. Vertreter	1. Johannes Adams	GBL I
2. Hans Peter Wasems	CDU	2. Markus Ramers	SPD

c) Institutsvorsteher

Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herr Jürgen Roters, vertreten durch Frau Patricia Florack

16. „LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist“ Anstalt des öffentlichen Rechts (LEP-AöR)

Kölner Straße 75
53879 Euskirchen

Internet: <http://www.primesite-rhineregion.eu/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen, die Grundstücke zur Baureife entwickeln und die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Bei dem gemeinsamen Kommunalunternehmen handelt sich um eine wirtschaftsfördernde Einrichtung nach § 107 Abs. 2 Ziffer 3 GO.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	3.000 €	30,00 %
Stadt Euskirchen	5.000 €	50,00 %
Gemeinde Weilerswist	2.000 €	20,00 %
Gesamtsumme	10.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Zur Vorbereitung, Finanzierung und Durchführung des Vorhabens wurde zwischen den beteiligten Kommunen, der LEP-AöR und dem Land Nordrhein-Westfalen eine Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist geschlossen. Die Finanzierung des Grunderwerbs einschließlich der fälligen Zinszahlungen sowie der vorbereitenden und durchzuführenden Dienstleistungen und laufenden Verwaltungskosten der AöR erfolgt durch aufzunehmende endfällige Darlehen bei Bank oder Sparkassen. Die Laufzeit der Darlehen korrespondiert mit der maximalen Laufzeit des Vorhabens.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 20.07.2011 der Abgabe einer Gewährträgerhaftungserklärung gem. § 87 GO NRW zu Gunsten der LEP-AöR gegenüber eines Darlehensgebers zugestimmt (V 179/2011). Eine entsprechende Erklärung wurde ebenfalls von der Stadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist angegeben. Durch diese Erklärung bestätigen die Träger der AöR, dass sie bei Zahlungsausfall der LEP-AöR in Abänderung der gesetzlichen Gewährträgerhaftung gem. § 114 a GO NRW bereits vor Befriedigung aus dem Vermögen der LEP-AöR für deren Verbindlichkeiten entsprechend ihrer Anteile am Stammkapital der LEP-AöR bis zur Höhe von 18,4 Mio. € haften werden.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand
- c) Projektbeirat

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied		Stellvertreter	
1. LR Günter Rosenke		1. AV Manfred Poth	
2. Urban-Josef Jülich	CDU	2. Nathalie Konias	B90/Grüne
3. Norbert Häger	SPD	3. Margret Rhiem	SPD

b) Vorstand

Josef Forstner
Johannes Adams
Paul Zündorf (Vorsitzender)

nachrichtlich:

Herr Paul Zündorf wurde in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 18.12.2012 zum 31.01.2013 abberufen. Gleichzeitig wurde Herr Johannes Winckler vom 01.02.2013 bis zum 26.05.2013 in den Vorstand und zu dessen Vorsitzenden bestellt. Mit Wirkung zum 26.05.2013 wird Herr Oliver Knaup in den Vorstand der LEP-AöR und Herr Johannes Adams zum Vorstandsvorsitzenden bestellt.

c) Vertreter des Kreises im Projektbeirat

Der Projektbeirat ist kein unmittelbares Organ entsprechend der Unternehmenssatzung des gemeinsamen Kommunalunternehmens. Durch die am 25.06.2009 getroffene Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen/Weilerswist wird ihm jedoch die wichtige Aufgabe der Steuerung der Entwicklung und der Vermarktung der LEP-Fläche übertragen. Neben Vertretern der jeweiligen Trägerkommune gehören dem Projektbeirat auch Vertreter des Landes an. Die Träger der AöR und das Land wirken so gestaltend an der Entwicklung des Projektes mit und nehmen ihre das Projekt betreffende Belange in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Projektbeirates wahr.

Der Kreistag hat der personenidentischen Entsendung der in den Verwaltungsrat entsandten Mitglieder und Stellvertreter als Vertreter und Stellvertreter in den Projektbeirat beschlossen. Zum Stimmführer des Projektbeirates ist Urban-Josef Jülich und als dessen Stellvertreter Norbert Häger bestellt.

17. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA Rheinland AöR)

Blücherplatz 43
52068 Aachen

Internet: <http://www.cvua-rheinland.de/>

A) Ziele des gemeinsamen Kommunalunternehmens

Aufgabe des gemeinsamen Kommunalunternehmens ist die Durchführung der in § 4 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) aufgeführten Aufgaben. Hiernach führt die Untersuchungsanstalt für das Land und für die Kommunen nach Maßgabe der gesetzlichen Regelungen Probenahmen mit Ausnahme der Probenahmen, die von den Kreisordnungsbehörden durchgeführt werden, Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes durch. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die in Satz 1 und 2 genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind. Die Untersuchungsanstalt übt diese Tätigkeiten als amtliches Laboratorium gemäß Artikel 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 882/2004 aus, soweit die Tätigkeiten vom Anwendungsbereich dieser Verordnung erfasst sind. Um der integrierten Untersuchungsanstalt im Regierungsbezirk Köln eine vollständige Aufgabenerfüllung zu ermöglichen, wird sie sich zur Durchführung des Chemischen- und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper Anstalt des öffentlichen Rechts (CVUA RRW) bedienen. Ein öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Wahrnehmung hoheitlicher Untersuchungsaufgaben wurde abgeschlossen.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Der öffentliche Zweck ergibt sich aus dem Gesetz zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW).

Nach § 2 IUAG NRW können in den Regierungsbezirken die staatlichen Veterinäruntersuchungsämter oder das Chemische Landes- und Staatliche Veterinäruntersuchungsamt und kommunale Untersuchungsämter sowie kommunale Untersuchungsämter miteinander als rechtsfähige Anstalten des öffentlichen Rechts zu integrierten Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Untersuchungsanstalten) zusammengeführt werden.

C) Beteiligungsverhältnisse

Träger	Stammkapital	Anteil
Kreis Euskirchen	17.500 €	5,83 %
Land NRW	90.000 €	30,00 %
StädteRegion Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Aachen	17.500 €	5,83 %
Stadt Bonn	17.500 €	5,83 %
Stadt Köln	17.500 €	5,83 %
Stadt Leverkusen	17.500 €	5,83 %
Kreis Düren	17.500 €	5,83 %
Kreis Heinsberg	17.500 €	5,83 %
Oberbergischer Kreis	17.500 €	5,83 %
Rheinisch-Bergische Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Erft-Kreis	17.500 €	5,83 %
Rhein-Sieg-Kreis	17.500 €	5,83 %
Summe	300.000 €	100,00 %

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Finanzierung der CVUA AöR erfolgt auf der Grundlage der am 05.01.2011 beschlossenen Finanzsatzung. Soweit die amtlichen Tätigkeiten nicht durch Gebühren und sonstige Erträge gedeckt sind, erhebt die Anstalt zur Finanzierung ihrer laufenden Betriebskosten vom Land und den kommunalen

Trägern Entgelte. Über die Höhe der Entgeltzahlungen hat der Verwaltungsrat der Anstalt eine jährliche Entgeltordnung zu erlassen. Die Bestimmung der Entgelte der kommunalen Träger erfolgt dabei einwohnerbezogen auf Basis der Einwohnerzahlen zu 30.06. des jeweiligen Vorjahres.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verwaltungsrat
- b) Vorstand

a) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Mitglied		Stellvertreter	
Heinz Rosell	Geschäftsbereichsleiter II	Dr. Jochen Weins	Abt.-Leiter 39

b) Vorstand

Herr Dr. Löhr (Standort Aachen), Vorstandsvorsitzender
Frau Pauly-Mundegar (Standort Leverkusen)

Teil C – Jahresabschlüsse zum 31.12.2012

Auf den folgenden Seiten werden die Bilanzen, die Gewinn- und Verlustrechnungen und die Lageberichte zum 31.12.2012 abgebildet. Bei der KKM GmbH und der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG und RVK ist der Konzernlagebericht enthalten. Aus Datenschutzgründen wurden personenbezogene Angaben unkenntlich gemacht.

Gesellschaft	ab Seite
1. RWE AG *1	58
2. Vka – Stand 30.06.2012	60
3. AGIT	64
4. TAE *2	76
5. EuGeBau *3	
6. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern *2	84
• KKM GmbH	103
• Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH	105
• Schloß Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH *3	
• Schloß Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG *3	
• St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH *3	
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	107
• AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	109
• KKM Servicegesellschaft mbH	111
• KKM Gebäudedienste GmbH	113
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	115
7. Radio Euskirchen GmbH & Co. KG und Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V.	117
8. EuRegionale 2008	123
9. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	125
10. Vogelsang ip gGmbH	138
11. RVK	
• RVK Konzern	147
• RVK GmbH	169
12. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG	
• Konzern	172
• Energie Nordeifel GmbH & Co KG	195
• Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH	197
• KEV Schleiden GmbH	199
• KEV Energie GmbH	201
• KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	203
• Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	205
• Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG	207
13. Nordeifel Tourismus GmbH *2	209
14. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln GbR *3	
15. LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist AöR	222
16. Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland Anstalt des öffentlichen Rechts	
• Jahresabschluss zum 31.12.2011	230
• Jahresabschluss zum 31.12.2012 *3	

*1 Wegen des geringen Beteiligungsanteils wird bei der RWE AG auf die Wiedergabe des Lageberichts verzichtet.

*2 Bei Beteiligungen über 50% (KKM, TAE und NeT) sind die Berichte über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung beigelegt.

*3 Der Jahresabschluss für 2012 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

RWE AG Geschäftsbericht 2012

Bilanz

Aktiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.12	31.12.11
Langfristiges Vermögen			
Immaterielle Vermögenswerte	(10)	16.017	16.946
Sachanlagen	(11)	36.006	34.847
Investment Property	(12)	111	136
At-Equity-bilanzierte Beteiligungen	(13)	3.625	4.113
Übrige Finanzanlagen	(14)	959	836
Finanzforderungen	(15)	1.461	1.928
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	(16)	1.519	2.041
Ertragsteueransprüche		60	71
Latente Steuern	(17)	3.604	2.621
		63.362	63.539
Kurzfristiges Vermögen			
Vorräte	(18)	3.128	3.342
Finanzforderungen	(15)	1.737	2.171
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	(19)	8.033	7.468
Sonstige Forderungen und sonstige Vermögenswerte	(16)	6.501	8.934
Ertragsteueransprüche		165	198
Wertpapiere	(20)	2.604	4.995
Flüssige Mittel	(21)	2.672	2.009
		24.840	29.117
		88.202	92.656
Passiva in Mio. €	(s. Anhang)	31.12.12	31.12.11
Eigenkapital	(22)		
Anteile der Aktionäre der RWE AG		12.122	13.979
Anteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG		2.702	1.759
Anteile anderer Gesellschafter		1.613	1.344
		16.437	17.082
Langfristige Schulden			
Rückstellungen	(24)	28.067	23.829
Finanzverbindlichkeiten	(25)	15.417	15.428
Übrige Verbindlichkeiten	(27)	2.714	3.438
Latente Steuern	(17)	1.323	1.696
		47.521	44.391
Kurzfristige Schulden			
Rückstellungen	(24)	4.811	5.327
Finanzverbindlichkeiten	(25)	4.529	6.495
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	(26)	7.315	7.886
Ertragsteuerverbindlichkeiten		136	144
Übrige Verbindlichkeiten	(27)	7.453	11.331
		24.244	31.183
		88.202	92.656

RWE AG Geschäftsbericht 2012

Gewinn- und Verlustrechnung

in Mio. €	(s. Anhang)	2012	2011
Umsatzerlöse (inkl. Erdgas-/Stromsteuer)	(1)	53.227	51.686
Erdgas-/Stromsteuer	(1)	2.456	2.533
Umsatzerlöse	(1)	50.771	49.153
Sonstige betriebliche Erträge	(2)	1.867	2.151
Materialaufwand	(3)	34.496	33.928
Personalaufwand	(4)	5.318	5.170
Abschreibungen	(5)	5.071	3.404
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(6)	3.908	4.673
Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit		3.845	4.129
Ergebnis aus at-Equity-bilanzierten Beteiligungen	(7)	261	400
Übriges Beteiligungsergebnis	(7)	216	128
Finanzerträge	(8)	770	695
Finanzaufwendungen	(8)	2.862	2.328
Ergebnis vor Steuern		2.230	3.024
Ertragsteuern	(9)	526	854
Ergebnis		1.704	2.170
Davon: Ergebnisanteile anderer Gesellschafter		302	305
Davon: Ergebnisanteile der Hybridkapitalgeber der RWE AG		96	59
Davon: Nettoergebnis/Ergebnisanteile der Aktionäre der RWE AG		1.306	1.806
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Stamm- und Vorzugsaktie in €	(28)	2,13	3,35

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Essen

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Juli 2011 bis 30. Juni 2012

	2011/12	2010/11
	€	€
1. Sonstige betriebliche Erträge	3.807,00	2.180,99
2. Personalaufwand		
a) Gehälter	-160.763,83	-159.712,77
b) Soziale Abgaben	-11.586,32	-13.334,81
	-172.350,15	-173.047,58
3. Abschreibungen auf Sachanlagen	-2.368,39	-2.214,96
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-78.391,29	-63.242,18
5. Erträge aus anderen Wertpapieren des Finanzanlagevermögens	16.650,00	16.650,00
6. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.594,37	4.966,18
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-229.058,46	-214.707,55
8. Jahresfehlbetrag	-229.058,46	-214.707,55
9. Verlustvortrag aus dem Vorjahr	-610.314,23	-395.606,68
10. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
Entnahmen aus der Rücklage für eigene Anteile	0,00	1.022,58
11. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	-1.022,58	-1.022,58
12. Bilanzverlust	-840.395,27	-610.314,23

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011/2012

1. Geschäftsentwicklung

Gegenstand der Gesellschaft ist die Bildung einer einheitlichen Auffassung der Gesellschafter in energiewirtschaftlichen und damit zusammenhängenden kommunalpolitischen Fragen sowie die Unterstützung ihrer Gesellschafter bei deren Aufgaben zur Sicherung einer wirtschaftlich sinnvollen Daseinsvorsorge und bei der Darbietung einer sicheren und preiswerten Ver- und Entsorgung in den Bereichen Strom, Öl, Gas, Wasser, Abwasser und Abfall.

Hierzu hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr die Interessen der Gesellschafter in den Fragen der Versorgung und Entsorgung ihrer Gebiete wie auch des angemessenen Einsatzes heimischer Energieträger koordiniert und diese gegenüber staatlichen Stellen, gegenüber anderen Verbänden und gegenüber der Öffentlichkeit vertreten.

2. Ergebnis

Aus der Durchführung der satzungsgemäßen Aufgaben ergibt sich für das Geschäftsjahr 2011/2012 ein Jahresfehlbetrag von € 229.058,46. Das Eigenkapital der Gesellschaft ist durch Zuzahlung von € 126.801,30 in die Kapitalrücklage gestärkt worden und entspricht 95,0 % der Bilanzsumme.

3. Ausblick


Für die Zukunft geht die Geschäftsführung bei der Struktur der Gesellschaft weiterhin davon aus, dass auch künftig die laufenden Aufwendungen für die Durchführung der Aufgaben der Gesellschaft nicht aus den Erträgen des eigenen Vermögens gedeckt werden können und die Gesellschaft daher weiterhin darauf angewiesen ist, dass Fehlbeträge durch Nachschüsse der Gesellschafter ausgeglichen werden. Da die Nachschüsse lediglich in Höhe der Stammeinlagen erhoben wurden, hat die Gesellschafterversammlung in ihrer Sitzung am 24. November 2011 zur Minimierung zukünftiger Fehlbeträge einstimmig beschlossen, die Nachschüsse der Gesellschafter ab dem Geschäftsjahr 2012/2013 um 50 % zu erhöhen.

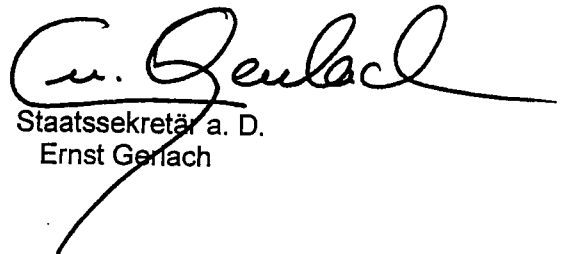
Wesentliche Chancen und Risiken, die die zukünftige bilanzielle Entwicklung der Gesellschaft beeinflussen, werden von der Geschäftsführung nicht gesehen.

Essen, den 13. August 2012

Verband der kommunalen RWE-Aktionäre
Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Die Geschäftsführer


Landrat a. D.
Roger Graef


Staatssekretär a. D.
Ernst Gerlach

BILANZ zum 31. Dezember 2012

AKTIVA

	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	2.349,04	3.898,04
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	7.768.930,40	8.631.564,40
2. technische Anlagen und Maschinen	20.373,00	26.996,00
3. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	<u>103.025,41</u>	<u>119.959,92</u>
	7.892.328,81	8.778.520,32
III. Finanzanlagen		
1. Beteiligungen	50.530,26	50.530,26
B. Umlaufvermögen		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	85.772,04	57.617,98
2. Forderungen gegen Gesellschafter	280.256,33	352.695,04
3. sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.174.408,24</u>	<u>852.715,94</u>
	1.540.436,61	1.263.028,96
II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks	130.687,30	232.202,92
C. Rechnungsabgrenzungsposten	372,04	1.843,87
	<u>9.616.704,06</u>	<u>10.330.024,37</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2012

PASSIVA

	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.253.000,00	3.253.000,00
II. Verlustvortrag	2.150.095,41-	1.851.643,50-
III. Jahresüberschuss	46.606,62	298.451,91-
B. Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen	3.550.867,05	4.189.261,90
C. Rückstellungen		
1. sonstige Rückstellungen	138.600,00	138.810,00
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.548.910,91	3.571.336,94
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 1.002.284,35 (Euro 994.459,28)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	447.247,69	539.244,57
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 447.247,69 (Euro 539.244,57)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	140.627,07	124.842,58
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 28.740,78 (Euro 12.956,29)		
4. sonstige Verbindlichkeiten	<u>635.940,13</u>	<u>648.623,79</u>
	4.772.725,80	4.884.047,88
- davon aus Steuern Euro 38.072,68 (Euro 61.064,07)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 13.368,13 (Euro 1.586,18)		
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 229.557,50 (Euro 242.241,16)		
E. Rechnungsabgrenzungsposten	5.000,00	15.000,00
	<u>9.616.704,06</u>	<u>10.330.024,37</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	3.368.646,17	3.013.613,67
2. sonstige betriebliche Erträge	3.865.810,74	3.371.144,71
3. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	0,00	27.110,00
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.907.419,51	2.121.316,10
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>489.875,34</u>	<u>562.639,25</u>
	2.397.294,85	2.683.955,35
- davon für Altersversorgung Euro 145.826,52 (Euro 165.034,93)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	913.530,54	909.700,75
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	3.615.035,00	2.804.388,22
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	825,17	877,98
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>156.679,42</u>	<u>161.946,92</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	152.742,27	201.464,88-
10. sonstige Steuern	106.135,65	96.987,03
11. Jahresüberschuss	<u>46.606,62</u>	<u>298.451,91-</u>

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

Vorbemerkung zum Jahr 2012

Das Jahr 2012 war einerseits geprägt durch die deutliche Steigerung der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge im operativen Bereich gegenüber dem Vorjahr, aber gleichzeitig involviert in den Restrukturierungsprozess der Region Aachen. Das Ergebnis dieses Erneuerungsprozesses der Region Aachen mündete in einer neuen Einrichtung, dem Zweckverband (ZV) der Region Aachen, der ab dem 1.01.2013 die Rechtsnachfolge der REGIO e.V. antritt. Diese Neuordnung strahlt auch auf die AGIT über, da ein Teil der AGIT-Aktivitäten wie etwa die der Regionalagentur (RA) oder die Aktivitäten der Strukturentwicklung in den neuen ZV überführt wurden.

Mit dieser neuen Aufgabenteilung zwischen ZV und AGIT hat sich auch die AGIT einem strategischen Änderungsprozess und einer strategischen Neuausrichtung unterworfen. Die sogenannte AGITneu wird sich in Zukunft wieder verstärkt auf Ihre klassischen Aufgaben konzentrieren: der technologieorientierten Beratung, der Betreuung von Ansiedlungen, der Innovationsförderung und dem Business Development Support sowie dem Technologietransfer sowohl im regionalen als auch im überregionalen, grenzüberschreitenden Kontext. Durch diese Arbeitsteilung hat die AGIT ihr Personal deutlich in 2013 gegenüber 2012 reduziert.

Gleichzeitig konnte im Rahmen dieser Neuausrichtung die FH Aachen als neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden, so dass damit die regionalen Hochschulen erstmals als Gesellschafter in der AGIT vertreten sind. Dies bedeutet einen neuen Meilenstein in der Entwicklung der AGIT und eine verstärkte Hinwendung zu den klassischen Aufgaben der AGIT, dem Technologie- und Wissenstransfer.

A. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS

Die sechs Geschäftsfelder der AGIT werden in ihrem Geschäftsverlauf beschrieben. Die Projekte und Aufträge werden nur summarisch dargestellt. Sie sind inhaltlich im AGIT-Jahresbericht 2012 aufgeführt und können auch auf der Internetseite der AGIT eingesehen werden.

Das Jahr 2012 war geprägt von der Neuorientierung der AGIT und den Maßnahmen, die für diese Entwicklung notwendig waren. Da zum 31.12.2012 viele Projekte ausgelaufen sind, hat sich die Mitarbeiterzahl von ca. 42 Personen in 2012 auf jetzt ca. 30 Personen in 2013 reduziert.

1. Beratung technologieorientierter Unternehmen (Geschäftsfeld I)

Die betriebswirtschaftliche Unterstützung für technologieorientierte Gründer und Unternehmen von der Ideenphase bis hin zur Etablierung am Markt seitens der AGIT lag in 2012 qualitativ und quantitativ auf dem hohen Niveau der Vorjahre (Gründungsquote aus den erfolgten Beratungen liegt bei 42 %). Die gegründeten Unternehmen werden laut Businessplan im ersten Jahr nach der Gründung 130 Arbeitsplätze schaffen mit einem Investitionsvolumen von insgesamt 8,3 Mio. Euro. Die Region Aachen liegt damit bei technologieorientierten Unternehmensgründungen gegenläufig zum deutschlandweiten Trend, der einen deutlichen Rückgang der Gründer konstatiert.

2. Technologiezentrumsmanagement (Geschäftsfeld II)

Die große Nachfrage von jungen Unternehmen nach Mietflächen setzte sich erfreulicherweise auch in 2012 in den drei von der AGIT betriebenen und betreuten Technologiezentren TZA, MTZ und ZBMT fort. Die Auslastung der Zentren TZA und MTZ konnte dabei nochmals gegenüber dem hohen Niveau im Vorjahr gesteigert werden (TZA 99 %, MTZ 100 %). Auch das im Sommer 2011 in Betrieb genommene ZBMT war 2012 im Jahresdurchschnitt bereits zu 95 % ausgelastet.

3. Investorenberatung (Geschäftsfeld III)

Im Jahr 2012 betreute die AGIT 65 potenzielle Investoren. Insgesamt 8 Unternehmen, die von der AGIT oder den regionalen Partnern begleitet wurden, entschieden sich für eine Investition in der Technologieregion Aachen. Bei zwei Unternehmen handelt es sich um Unternehmen, die bereits in der Region Aachen ansässig waren und sich bei der kreisübergreifenden Suche nach einem neuen Standort an die AGIT gewandt haben.

4. Regional- und Clusterentwicklung (RuC) (Geschäftsfeld IV)

Die Region Aachen ist auf einem erfolgreichen Kurs für eine nachhaltige regionale Wirtschafts- und Strukturentwicklung. Ein wesentliches Instrument bildet weiterhin die nordrhein-westfälisch-europäische Strukturfondsförderung und hierbei vor allem das NRW-EU Ziel 2 Programm 2007-2013 (EFRE). Das regionale Programm- und Projektmanagement wurde 2007 der AGIT seitens der Gesellschafter übertragen. Letztlich sind die meisten der in den Ziel-2-Förderwettbewerben beim Land NRW eingereichten Projekte aus der Region Aachen in enger Abstimmung - zum Teil auch in inhaltlicher Kooperation - mit der AGIT erstellt worden. Bei den Ergebnissen des Wettbewerbs ist die Region Aachen weiterhin führend in NRW.

5. Regionalmarketing (Geschäftsfeld V)

Das Standortmagazin der Region Aachen **aHEAD 2011/2012** wurde im Laufe des Jahres 2012 bei Veranstaltungen, Messen und Delegationsbesuchen weiter eingesetzt und in Hotels in der Euregio platziert. Wegen der regionalen Strukturreform wurde jedoch in 2012 keine neue Ausgabe veröffentlicht. Das Magazin **Region Aachen46** wurde 2012 zweimal herausgegeben.

Im Mai 2012 wurde der **neue Internetauftritt** online geschaltet. Im Auftrag der Stadt Aachen, der StädteRegion Aachen und der Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg wurde bereits 2011 mit der Erarbeitung eines neuen Konzepts für eine gemeinsame Umsetzung des **Innovationspreis Region Aachen** mit den AC²-Gründungs- und Wachstumswettbewerben begonnen. Um den Standort Region Aachen sowie die Dienstleistungen der AGIT in den Medien bekannter zu machen, wurden im Jahr 2012 im Rahmen der **Pressearbeit** insgesamt 39 Pressemitteilungen, redaktionelle Artikel und Fernseh- und Radioberichte verbreitet und lanciert. Hieraus entstanden 195 Veröffentlichungen.

2012 konnten - in Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsförderern der Region - elf Firmen für die Standortwerbekampagne „**Wussten Sie schon, dass...?**“ gewonnen werden. Die Technologieregion Aachen beteiligt sich seit 2011 an der Marketingkampagne des Landes NRW, die mit dem Slogan „Germany at its best“ wirbt.

6. Regionalagentur Aachen (Geschäftsfeld VI)

Die Tätigkeit der Regionalagentur, die im Auftrag des Landes NRW und der Region Aachen für die regionale Arbeitspolitik zuständig ist, konzentriert sich auf folgende fünf Handlungsfelder:

- Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten
- Arbeit und Bildung in der Gesundheitsregion Aachen
- Fachkräfteentwicklung im Demografischen Wandel
- Jugend und Beruf
- Neue Wege in Arbeit

B. DARSTELLUNG DER LAGE

Das Geschäftsjahr 2012 brachte eine deutliche Steigerung der Gesamtleistung. Die Umsatzerlöse nahmen gegenüber 2011 um 355 T€ auf jetzt 3.369 T€ zu, was primär mit der hohen Auslastung des ZBMT erklärt werden kann; für das ZBMT war 2012 das erste volle Geschäftsjahr. Die sonstigen betrieblichen Erlöse erhöhten sich um 495 T€ auf nunmehr 3.866 T€ (Vorjahr 3.371 T€). Diese sonstigen Erlöse basieren zum Beispiel auf Projekteinnahmen, die mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen. Durch den Verlustausgleich aus dem Jahre 2011 in Höhe von 298 T€, der auch unter sonstigen Erlösen in 2012 verbucht wird, schloss das Geschäftsjahr mit einem deutlich positiven Ergebnis von rund 47 T€ ab (Vorjahr -298 T€).

Gegenüber dem Jahr 2011 ist diese Verbesserung primär auf einer Erhöhung der Zuschüsse (Verlustausgleich 2011) zurückzuführen, die damit die Eigenanteile der Projekte in 2012 abdeckten. Die Personalkosten haben sich in 2012 wegen der deutlichen Reduzierung des Projektvolumens gegenüber 2011 um 287 T€ auf jetzt 2.397 T€ verringert. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen (Sachkosten) haben sich in 2012 gegenüber 2011 deutlich um 811 T€ erhöht auf jetzt 3.615 T€, was wesentlich aus den erhöhten Instandhaltungsaufwendungen im Jahr 2012 wegen einer großen Dachsanierung im TZA BA I und den Mehraufwendungen im ZBMT auf Grund der hohen Auslastung und des ersten Vollgeschäftsjahres resultiert.

Unter dem Aspekt, dass die Einnahmen aus Projekten (die von der Region Aachen an die AGIT herangetragen wurden) in der Regel mit einem Eigenanteil zwischen 20 % und 30 % unter Vollkostenbetrachtung finanziell hinterlegt werden müssen, war dieses Ergebnis vorhersehbar und kann durchaus als zufriedenstellend bezeichnet werden. Erstmals nicht anerkannte Raumkosten in Projekten haben ein deutlich besseres Ergebnis verhindert.

Bezüglich des TZA BA II haben die Gesellschafter Stadt Aachen und StädteRegion Aachen den Ausgleich für die Differenz zwischen „Leasingrate“ und „Einnahmen“ ab 2010 übernommen. In 2012 liegt dieser Betrag bei 98 T€ (94 T€ für 2011) und damit im Planbereich. Damit wurde die im letzten Bericht festgestellte notwendige neue Finanzierungslösung vollständig eingelöst. Der noch verbleibende Fehlbetrag von 114 T€ (Vorjahr 122 T€) kann ebenfalls laut Gesellschafterbeschluss durch ein Darlehen zur Verbesserung der Liquiditätssituation der AGIT ausgeglichen werden. Die in den Beschlüssen zur Absicherung der Situation im BA II gemachten Berechnungen (Simulation) über die Kostendifferenz „Einnahmen vs. Leasingrate“ sowie Höhe der Darlehensaufnahme wurden damit eingehalten.

Hingewiesen werden soll noch auf die Tatsache, dass die steigende Leasingrate zum reduzierten Rückkaufswert von 1.800 T€ in 2019 entscheidend beiträgt.

Für die Finanzierung der eingeworbenen und im Auftrag der Region Aachen durchgeführten Projekte gab es für 2012 noch keine zufriedenstellende Lösung, da weder der aufzubringende Eigenanteil von den Gesellschaftern bereitgestellt noch die notwendige Finanzierungssicherheit geboten wird. In 2013 jedoch wurde hier durch die Trennung von Technologiezentrumsmanagement und Wirtschaftsförderung sowie einer erstmaligen Bereitstellung der Eigenanteile und Gemeinkosten für Projekte eine zukunftsweisende Lösung herbeigeführt.

Das Ergebnis laut Gewinn- und Verlustrechnung entwickelt sich auf rund 47 T€ (Vorjahr -298 T€).

Im Bereich des Technologiezentrumsmanagements (TZM) hat die AGIT im Geschäftsjahr 2012 gegenüber dem Vorjahr im TZA eine gleich hohe Auslastung im Jahresmittel, jedoch erhöhte Einnahmen, da im Bereich Konferenzraummanagement der bisher beste Umsatz erzielt wurde. Die Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich somit im AGIT-Geschäftsbetrieb nicht.

Die Gesellschaft hat unter Berücksichtigung der Personalkosten, aber vor Umlage der Zentralen Dienste für das TZA BA I einen Überschuss in Höhe von 383 T€ (Vorjahr 435 T€) erzielt. Die Gründe für diesen deutlichen Überschussrückgang liegen eindeutig in den erhöhten IH-Aufwendungen für die Dachsanierung im TZA BA I. Im TZA BA II wurde ein Verlust von rund -114 T€ (Vorjahr -122 T€) nach Abzug des Zuschusses in Höhe von 98 T€ (Vorjahr 94 T€) durch die Stadt Aachen und die StädteRegion Aachen erreicht. Hierbei sollte erwähnt werden, dass der Tilgungsanteil der Leasingrate 279 T€ in 2012 betrug.

Im MTZ, das in 2012 zu 100 % ausgelastet war, lag das Ergebnis bei knapp 19 T€ (im Vorjahr 3 T€). Gegenüber 2011 hat sich das Ergebnis damit - wie prognostiziert - wiederum deutlich verbessert (16 T€).

In 2011 wurde das ZBMT sukzessiv ab Juli in Betrieb genommen. Durch zahlreiche Baumängel (Heizung, Lüftung, Aufzug) konnte eine Vermietung nicht entlang der vorgesehenen Zeitachse erfolgen, die zudem zu erheblichen Mietminderungen geführt haben. Nicht alle diese Mängel konnten in 2012 beseitigt werden und führten damit weiterhin zu erhöhten Verlusten. Das Ergebnis von knapp -182 T€ (Vorjahr -130 T€) belastet die AGIT nicht, da über eine Verlustabdeckungsvereinbarung mit der Stadt Aachen dieser Verlust ausgeglichen wird. Erfreulich ist die Tatsache, dass in 2013 trotz immer noch erheblicher Mietmängel im ZBMT der Vermietungsstand bei über 95 % liegt, was in Gründer- und Technologiezentren als Vollausslastung angesehen werden kann.

Bei Umlage der Aufwendungen für die Zentralen Dienste nach Mitarbeiterköpfen (Anzahl) auf die jeweiligen Bereiche verbleibt für das TZA BA I für 2012 ein GuV-Ergebnis von rund 265 T€ (Vorjahr 338 T€). Das deutlich schlechtere Ergebnis in 2012 ist eindeutig auf hohe Instandhaltungskosten von 269 T€ (185 T€ in 2011) zurückzuführen.

Auf Grund deutlich erhöhter Außenstände, die insbesondere im Bereich der Projektförderung bei bis zu 1.000 T€ lagen, hat sich trotz eines systematischen Forderungs- und Kostenmanagements in 2012 eine gleichbleibend schlechte Liquiditätssituation für die AGIT ergeben. Die volle Höhe des Kontokorrentkredites von 850 T€ musste auch in 2012 in Anspruch genommen werden. Die daraus resultierende Zinsbelastung lag mit ca. 16 T€ jedoch auf Grund des niedrigen Zinsniveaus unter dem Wert des Vorjahres (ca. 18 T€ in 2011).

Nach Berücksichtigung der laufenden Zuschüsse der Gesellschafter für wirtschaftsfördernde Maßnahmen verbleibt damit für die Gesellschaft ein Jahresüberschuss in Höhe von 47 T€ (Vorjahr -298 T€). Dieser Wert liegt im erwarteten Bereich aufgrund der vielen neuen Aufgaben, die die AGIT auch in 2012 übernommen und durchgeführt hat.

Die Vermögenslage des Unternehmens ist wie in Vorjahren durch eine hohe Anlagenintensität (83 %) wegen des in früheren Jahren errichteten TZA gekennzeichnet. Insgesamt entwickelt sich das Vermögen korrespondierend zur AfA des Gebäudes rückläufig. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stiegen an. Die unter den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesenen sonstigen Forderungen aus Projektförderungen erhöhten sich aufgrund wachsender Außenstände bei den zugesagten Fördermitteln auf 1.044 T€ (809 T€ in 2011). Hieraus erklärt sich für 2012 der geringe Bestand an liquiden Mitteln und er bestätigt die Notwendigkeit der Euribor-Erhöhung in 2011.

Das Ergebnis 2012 laut Gewinn- und Verlustrechnung hat zur Konsequenz, dass auf der Passivseite das Eigenkapital nicht weiter aufgebraucht wird.

Die Gesellschafterversammlung hat in ihrer Sitzung vom 9. November 2011 die Übernahme der Anteile des ausgeschiedenen Gesellschafters Aachen-Münchener Versicherung nach einem bestimmten Schlüssel einstimmig beschlossen. Der Beschluss wurde in 2012 umgesetzt. In 2012 konnte ein neuer Gesellschafter hinzugewonnen werden (Fachhochschule Aachen), der mit Datum 1.01.2013 Anteile in Höhe von knapp 4 T€ von dem Gesellschafter IHK Aachen mit Zustimmung aller Gesellschafter erworben hat und über einen Sitz im Aufsichtsrat verfügt. Die Anzahl der Aufsichtsratssitze wurde damit wieder auf den ursprünglichen Stand von 17 heraufgesetzt.

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Geschäftsjahres wie folgt eingetreten.

Liquidität: Die hohe Anzahl und das Volumen der Projekte haben in den letzten Jahren zu einer weiterhin angespannten Liquidität der AGIT geführt. Zwar bearbeitet die AGIT zukünftig nur noch Projekte, die zu 100 % ausfinanziert sind, aber die nachträgliche, oft verzögerte Auszahlung von Projektmitteln von bis zu über einem Jahr hat auch dann eine der Zuschusshöhe entsprechende komplette Vorfinanzierung der Projekte zur Folge. Beispielsweise lag die vorfinanzierte Summe für Projekte Mitte Mai über dem Euribor-Kreditrahmen. Die Erhöhung des Kontokorrentkredits von 510 T€ auf 850 T€ in 2011 hat sich als knapp ausreichend herausgestellt. Eine weitere Erhöhung des Kontokorrentkredits ist nicht mehr vorgesehen, auch weil durch die Neugründung des Zweckverbandes der Region Aachen ein Großteil der Projekte aus der AGIT in diesen Verband übergegangen ist. Dadurch ist das Projektvolumen in 2013 deutlich zurückgegangen. Zudem finanzieren ab Januar 2013 die Gesellschafter den Eigenanteil der Projekte, was die Liquiditätssituation zunehmend verbessert hat. Aber erst gegen Ende des Jahres 2013 wird sich die Situation deutlich entschärfen, da zum einen das Projektvolumen in 2013 deutlich zurückgegangen ist und zudem die Forderungen aus 2012 weitgehend beglichen sein müssten.

AGITneu: Im Jahre 2011 hat die Region Aachen ein Reformkonzept entwickelt, das zu neuen, verbesserten Strukturen in der Region führen soll. Nach diesem Konzept gibt es ab dem 1.01.2013 einen Zweckverband (ZV) und eine AGITneu. Die AGITneu wird sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und deutlich weniger Projekte durchführen als bisher oder ausschließlich Projekte, die in ihr Kernportfolio passen und die zu 100 % finanziert sind. Nach aktueller Planung wird das Projektvolumen für die AGITneu in 2013 bei 1.238 T€ liegen. Dieses entspricht einem Projektvolumen von 2008, als die AGIT ein positives Ergebnis erwirtschaftete. Für 2014 sind bisher noch keine weiteren neuen

Projekte, die von den Gesellschaftern mit Eigenanteilen hinterlegt sein müssen, vorgesehen, sondern es werden vorhandene Projekte und Aufträge kostenneutral verlängert bzw. zu Ende geführt. Das Auftrags- und Projektvolumen hat einen Planwert in 2014 von 615 T€. Die geplanten Personalmaßnahmen für AGITneu laut konzipiertem AGITneu-Stellenplan konnten bisher plangemäß durchgeführt werden.

TZA: Inspektionen am TZA, die nach jeder Winterperiode verstärkt durchgeführt werden, haben ergeben, dass spätestens im Jahr 2012 größere Dachsanierung am Gebäude erforderlich sind. Diese Dachsanierung wurde 2012 in einem ersten Schritt durchgeführt; weitere Sanierungen sind für 2013 und 2014 geplant. Wir haben ein Gutachten in Auftrag gegeben, das die Instandhaltungs- und Modernisierungsaufwendungen des TZA für die nächsten 5 bzw. 10 Jahre erfasst, da das Gebäude in 2013 20 Jahre alt wird. Dieses Gutachten ist inzwischen fertiggestellt. Es sieht einen Instandhaltungsaufwand von ca. 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre vor. In den Wirtschafts- und Stellenplänen 2013 und 2014 sowie der 5-Jahres-Abschätzung sind diese Werte bereits übernommen worden. Da der größte Mieter des TZA BA II (25 % der Fläche) Mitte 2013 ausgezogen ist und hier größere Instandsetzungsarbeiten notwendig werden, ergibt sich in 2013 ein deutlicher Erlösrückgang. Die neu geschlossenen Verträge mit neuen Mietern jedoch lassen für 2014 wieder eine Vollausslastung vermuten. Auch diese Erlösrückgänge wurden in den Wirtschaftsplänen 2013 und 2014 berücksichtigt.

ZBMT: Obwohl erhebliche Mängel am ZBMT zu Mietminderungen geführt haben, belasten diese nicht die AGIT, da zum Einen die Mietminderung an die GEGRA weitergegeben wurde und zum Zweiten die Stadt Aachen die Gesamtverluste und damit auch die entstandenen Anfangsverluste in 2012 über eine Verlustausgleichsregelung vollständig ausgleicht. Auch in 2013 sind viele dieser Mängel noch nicht behoben (Aufzug, Heizung), so dass zwar mit einer leichten Ergebnisverbesserung in 2013 zu rechnen ist, eine deutliche Ergebnisverbesserung aber erst in 2014 eintreten wird.

Sachstand AGIT-Beteiligungen

Unter strategischen Gesichtspunkte hält die AGIT neun Beteiligungen an Betreibergesellschaften für Technologiezentren und Wirtschaftsförderungsgesellschaften.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die Gesellschafterversammlung der ESC Euro-Service-Center Geilenkirchen GmbH, Geilenkirchen, die Auflösung der Gesellschaft beschlossen und einen Liquidator bestimmt.

Bei der Beteiligung an der TAE GmbH - Technik Agentur Euskirchen, Euskirchen, ist die AGIT nachschusspflichtig. Aufgrund der negativen Geschäftsentwicklung hat die Gesellschafterversammlung der TAE GmbH die Abdeckung des Verlustes durch zu leistende Nachschüsse beschlossen. Die AGIT hat im abgelaufenen Jahr daher einen Nachschuss zur Verlustabdeckung von rd. 3 T€ (Vorjahr 4 T€) geleistet.

Weitere wesentliche Sachverhalte zu den gehaltenen Beteiligungen gibt es nicht zu berichten.

C. RISIKOBERICHT

In 2012 wurde ein Auftrags- und Projektvolumen von über 1.773 T€ (Vorjahr 1.933 T€) bearbeitet und damit das Niveau von 2011 deutlich unterschritten. Das Projektvolumen lag damit weiterhin auf einem hohen Niveau, was negative Folgen für das Ergebnis der AGIT hat, da der Eigenanteil an den Projekten (der in der Regel zwischen 20 % und 30 % liegt) sich unmittelbar negativ im Ergebnis niederschlägt, solange der Eigenanteil über Zuschüsse der Gesellschafter nicht abgedeckt wird. Hinzu kam die Tatsache, dass Raumkosten und Zentrale Dienste im Rahmen der Projekte nicht mehr finanziert werden. Risiken aus Arbeitsverträgen ergaben sich nicht, da Projekt- und Arbeitsverträge befristet sind und eine kontinuierliche Anpassung des Personalbestands an den Umfang der Projektarbeiten damit ermöglicht wird.

Mit dem Beschluss der Gesellschafter vom 21.11.2012, den zusätzlichen Zuschussbedarf aus 2011 in Höhe von 298 T€ auszugleichen und den Eigenanteil der Projekte zzgl. Gemeinkosten in 2013 zu genehmigen, hat sich diese Problematik deutlich entschärft. Damit wird zudem die Liquidität nach einer begründbaren Übergangszeit (Forderungen aus 2012) ab Mitte 2013 deutlich verbessert. Hinzu kommt, dass ein Großteil der Projekte (Regionalagentur, Frau und Beruf, etc.) an den neuen Zweckverband mit Übergangsdatum 1.01.2013 überführt wurde und damit für die AGIT in 2012 abgeschlossen wurden. Damit fällt die weitere Vorfinanzierung dieser Projekte weg.

In 2013 liegt das Projektvolumen in der AGITneu mit ca. 1.238 T€ deutlich unter dem Niveau von 2012. Dies wird im Zusammenhang mit der Übernahme der Eigenanteile durch die Gesellschafter und den genehmigten Gemeinkosten zu einer deutlichen Verbesserung der Liquidität gegenüber dem Vorjahr führen.

Nach jetziger Planung wird bereits im Übergangsjahr 2013 ein „Null-Ergebnis“ erreicht werden.

Für die seit 2003 weiterhin ständig auftretenden Betriebsverluste für den 2. Bauabschnitt TZA wurde - wie oben beschrieben - eine Lösung erarbeitet. Die seit 2008 laufenden Verhandlungen konnten Anfang 2011 in einem Gesellschafterbeschluss zum Abschluss gebracht werden.

Durch die in der Sitzung im Februar 2013 beschlossene weitergehende Neuregelung der Verlustabdeckung im Rahmen einer Vereinbarung zwischen der Stadt Aachen und der StädteRegion Aachen auf der einen Seite, sowie den anderen Gesellschaftern auf der anderen Seite, ergeben sich bis 6/2019 (Dauer des Vertrages) unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen Risiken, die unserer Einschätzung nach über die Verträge abgesichert sind.

Die vorgesehenen Instandhaltungsmaßnahmen im Bereich der Dachflächensanierung wurden in einen Stufenplan überführt und in 2010 ausgeschrieben. Mit den ersten dringenden Arbeiten wurde Ende 2010 begonnen. Umfangreichere Arbeiten wurden im Herbst 2012 durchgeführt. Weitere größere Maßnahmen mit einem Volumen von über 100 T€ werden auch in 2013 und 2014 durchgeführt werden. Das in Auftrag gegebene Instandhaltungsgutachten hat einen Finanzierungsrahmen von 350 T€/Jahr für die nächsten 10 Jahre ermittelt. Diese Werte wurden bereits in die Wirtschaftspläne der nächsten Jahre übernommen.

Aufgrund der oben beschriebenen Projektaktivitäten hat sich die Liquiditätssituation der Gesellschaft in 2012 nicht verbessert und bleibt weiterhin angespannt. In Verbindung mit den niedrigen Zinssätzen im Bereich des Kontokorrentkredites ist die aktuelle Zinsbelastung jedoch nicht gestiegen.

D. SONSTIGE ANGABEN UND PROGNOSE ZUR VORAUSSICHTLICHEN ENTWICKLUNG

Auf Grund der vorgesehenen finanziellen Trennung von Technologiezentrumsmanagement und Wirtschaftsförderung ergab sich die Notwendigkeit vollständig neuer Wirtschafts- und Stellenpläne 2013 und 2014. In einer Arbeitsgruppe wurden alle Kostengruppen der „Zentralen Dienste“ (ZD) bewertet und weitgehend den Sparten zugeordnet. Die verbleibenden Kosten der „ZD“ wurden mit unterschiedlichen sachgerechten Schlüsseln auf die Bereiche verteilt. Gegenüber der bisherigen Vorgehensweise der Verteilung der „ZD“ auf die Bereiche nach „Personenanzahl“ (VZÄ) wurde der Schlüssel „Personalkosten“ gewählt, der als sachgerechter für die AGITneu als der bisherige Schlüssel eingestuft wurde.

Nach der Prüfung der Spartengewinnermittlung 2012 durch die Wirtschaftsprüfer für das TZA I / II und das MTZ sowie das ZBMT zeigt sich, dass bei gleich bleibender hoher Auslastung nur unwesentliche Veränderungen in den Einnahmen zu erwarten sind. In 2013 wird der größte Einzelmietler das TZA BA II verlassen. Die Verhandlungen mit neuen Mietern lassen erwarten, dass dadurch kein größerer Einbruch in der Auslastung entstehen wird, jedoch Mindereinnahmen wg. Übergangszeiten und größeren Renovierungsarbeiten entstehen werden. Die Ausgaben im TZA II werden durch die weiterhin steigende Leasingrate natürlich zusätzlich belastet. Jedoch sind diese Erhöhungen im Planbudget berücksichtigt. In 2013 gibt es jedoch eine wesentliche Veränderung in der Leasingrate, die für die Hälfte des aktuellen Darlehens neu verhandelt wurde. Dies führt aufgrund der besseren Zinskonditionen zu einer jährlichen Entlastung von über 80 T€ für das TZA BA II. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, die sich bisher in einer verringerten Einnahmesituation im Bereich der Konferenzraumvermietung niedergeschlagen hat, scheint überwunden, denn in 2012 waren die Einnahmen nochmals deutlich höher als in 2011 und in 2013 dürften diese Werte wieder erreicht werden. Der Eigentümer des MTZ hat das Gebäude an das UKA (Universitätsklinikum Aachen) verkauft. Zum 1.01.2015 wird das MTZ komplett an das UKA übergeben. Für 2013 zeichnet sich auch für das neue, in 2011 in Betrieb genommene Zentrum für Bio-Medizinische Technik (ZBMT), für das die AGIT als Generalmieter auftritt, eine Vollausslastung (> 95 %) ab. Die technischen Anfangsprobleme sind aber noch nicht behoben (Juni 2013), so dass das Ergebnis möglicherweise noch nicht deutlich verbessert werden kann.

Im Bereich Personal- und Sachkosten werden sich nur Veränderungen auf Grund der Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst ergeben. Im Planbudget sind Erhöhungen berücksichtigt, die den aktuellen Verhandlungsergebnissen entsprechen. Aufgrund des Baualters des TZA (knapp 20 Jahre für den TZA BA I) und der geplanten Maßnahmen werden die Instandhaltungsaufwendungen voraussichtlich weiterhin hoch sein und möglicherweise noch ansteigen. Hier wurde ein Architekturbüro beauftragt, ein Gutachten zum möglichen Instandhaltungs- und Modernisierungsbedarf der nächsten 10 Jahre zu erstellen. Dieses Gutachten liegt vor, und die Werte wurden in den Langzeitplanungen berücksichtigt.

Die Bemühungen der Gesellschaft, durch geförderte Projekte Mehreinnahmen zu erzielen, waren in 2012 ebenso erfolgreich wie in 2011. Die aktuelle Prognose des Projektvolumens für 2013 liegt nach der Übergabe vieler Projekte an den Zweckverband (ZV) der Region Aachen in dem Plankorridor von ca. 1.238 T€ Gesamtkosten, einschließlich der Gemeinkosten. Dieser Wert ist etwas höher als der bisherige Planwert aus dem Jahre 2012. Dies resultiert aus der Tatsache, dass ein Projekt, das an den ZV übergeben werden sollte, nun von der AGIT rechtlich zu Ende geführt werden muss; hieraus ergeben sich jedoch keine finanziellen Risiken, da die AGIT das Projekt als Unterauftrag vom ZV in Absprache mit dem Zuwendungsgeber bearbeiten lässt. Durch die Übernahme der Eigenanteile und der Gemeinkosten durch die Gesellschafter, ergeben sich hieraus keine zusätzlichen Ergebnisbelastungen aus den Projekten.

Das Ergebnis in 2013 wird damit dem neu eingereichten Plan eher entsprechen, da das Ergebnis aus dem Technologiezentrumsmanagement nicht auf den Bereich Wirtschaftsförderung durchschlägt. Um weitere finanzielle Risiken zu vermeiden, werden auf Seiten der AGIT alle Arbeitsverträge der Projektmitarbeiter den Projektlaufzeiten angepasst.

Die Ausgliederung des AIC in eine neue Gesellschaft (aric), die für Ende 2009 geplant war, musste aufgrund veränderter Rahmenbedingungen, verzögerter Projektzuwendungen und der Klärung wichtiger Detailfragen in 2011 in der geplanten Form aufgegeben werden. In 2012 wurden eine Kooperationsvereinbarung mit der RWTH Aachen und ein Zuwendungsvertrag mit dem Kreis Heinsberg erarbeitet, die in 2013 unterzeichnet und in Kraft treten sollen. Die Verträge sollen in einem ersten Schritt bis 12/2014 mit einer entsprechenden Verlängerungsoption gehen. Diese Vereinbarungen, die auch eine finanzielle Beteiligung des Kreises Heinsberg vorsehen, sollen Kosten und Eigenanteile in Projekten absichern und die AGIT-Aktivitäten im Arbeitsbereich GALILEO vor Ort in Wegberg-Wildenrath unterstützen.

Mit der Förderung von Gründungen, Wachstum und Ansiedlung in der Region Aachen steht die Gesellschaft auch weiterhin vor interessanten und anspruchsvollen Aufgaben. Die Bewältigung dieser Aufgaben sind durch die Lösung der TZA BA II-Problematik in 2010 deutlich erleichtert worden. Die intensiven Bemühungen um ausreichende Fördermittel sowie eine bestmögliche Refinanzierung der vermieteten Immobilien hat erstmalig in 2008 zu einem positiven Ergebnis geführt, das in 2009 und 2010 jedoch nicht gehalten werden konnte. Hierfür war in 2009 zu einem großen Teil die ungelöste TZA BA II-Problematik verantwortlich und in 2010 und 2011 der hohe Projektanteil an der Finanzierungsstruktur der AGIT mit den erheblichen Eigenanteilen.

Für 2013 kann aus heutiger Sicht deshalb gesagt werden, dass die Gesellschaft das Plan-Ergebnis erreichen kann, sofern keine gravierenden Sondereffekte eintreten. Die strategische Ausrichtung der AGIT neu ist auf einem guten Weg.

Aachen, im Juni 2013


Dr. Helmut Greif
Geschäftsführer


Ulrich Schirowski
Geschäftsführer

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktivseite	Stand		Passivseite		Stand
	31.12.2011	T€	31.12.2011	T€	
A. Anlagevermögen		€	A. Eigenkapital	€	
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>			I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	26
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		729,99	II. Kapitalrücklage	65.989,66	57
II. <u>Sachanlagen</u>			III. Jahresfehlbetrag	24.840,88	34
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			<u>Summe Eigenkapital</u>	<u>66.713,37</u>	<u>49</u>
<u>Summe Anlagevermögen</u>		<u>3.713,92</u>			
B. Umlaufvermögen			B. Rückstellungen		
I. <u>Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</u>			Sonstige Rückstellungen	7.550,00	9
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	66.537,67		C. <u>Verbindlichkeiten</u>		
2. Forderungen gegen Gesellschafter	886,07		1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		15
3. Sonstige Vermögensgegenstände	0,00		2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0,00	6
	<u>67.423,74</u>		3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	5.699,15	2
II. <u>Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten</u>			4. Sonstige Verbindlichkeiten	1.697,09	1
<u>Summe Umlaufvermögen</u>		<u>80.981,03</u>	davon:		
			a) aus Steuern: € 1.697,09 (Vorjahr: € 1.438,53)		
			b) im Rahmen der sozialen Sicherheit: € 0,00		
			(Vorjahr: € 10,00)		
			<u>Summe Verbindlichkeiten</u>	<u>10.431,58</u>	<u>24</u>
				<u>84.694,95</u>	<u>82</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

			<u>2011</u>
	<u>€</u>	<u>€</u>	<u>T€</u>
1. Umsatzerlöse		138.413,21	115
2. Sonstige betriebliche Erträge		<u>35.736,63</u>	<u>9</u>
		174.149,84	124
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		46.099,54	45
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	106.144,87		74
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: € 10.919,91)	22.590,42		15
	<u>128.735,29</u>	128.735,29	
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.358,48	2
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		20.700,20	21
7. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>1.097,21</u>	<u>1</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>-24.840,88</u>	<u>-34</u>
9. Jahresfehlbetrag		<u>24.840,88</u>	<u>34</u>



Lagebericht für das Jahr 2012

Allgemeine Ausführungen

Die Weiterführung der Aktivitäten im Projekt „TeTRRA“ (Technology Transfer and Recruiting in Rural Areas) war im Jahr 2012 ein Arbeitsschwerpunkt in der Technik-Agentur Euskirchen TAE GmbH. Durch die Übernahme des Budgets eines ausscheidenden Projektpartners im Jahr 2011 konnte das Projektbudget auf insgesamt 285 T€ aufgestockt werden, um damit unter anderem die Einstellung eines Technologiescouts zu ermöglichen.

Das Gesamtergebnis der Geschäftstätigkeit der TAE im Jahr 2012 fällt positiver aus, als es im Wirtschaftsplan dargestellt wurde. Diese Abweichung ist im Wesentlichen durch geringere Personalkosten begründet durch das Ausscheiden des neu eingestellten Technologiescouts innerhalb der Probezeit im September 2012.

I. Geschäftsfeld Projekte

AixHighTing (Aachener High Tech Ingenieure)

Das Projekt AixHighTing der GründerRegion Aachen hat am 01.02.2010 begonnen und wurde seitens der TAE planmäßig zum 30.11.2012 beendet, obwohl die Laufzeit für das Projekt insgesamt bis zum 30.04.2013 verlängert wurde. Da jedoch die zuständige Projektmitarbeiterin der TAE zum 01.12.2012 als Leiterin zum Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE gewechselt hat, wurde in Abstimmung mit dem Förderer NRW-Bank die Verausgabung der gesamten Projektmittel bis zu diesem Zeitpunkt realisiert und abgerechnet.

AixHighTing hat das Ziel, junge technologieorientierte Unternehmen im Jahr zwei bis fünf nach der Gründung zu mehr Wachstum zu bringen. Innerhalb des Projektes hat die TAE die Konzeption und Durchführung von Kick-Off-Workshops und Qualifizierungsmaßnahmen für die teilnehmenden Unternehmer übernommen. Im Berichtsjahr war die TAE im Umfang von 0,1 VZÄ (Vollzeitäquivalent) d. h. 4 Std./Woche am Projekt beteiligt bei einer Förderquote von 80 %.

Im Jahr 2012 wurden innerhalb des Projektes insgesamt drei Qualifizierungsmaßnahmen durch die TAE konzipiert und durchgeführt zu den Themen „Auswahl der passenden Software für junge Unternehmen“, „Personalführung“ und „Professionelles Präsentieren im Vertrieb“.

Darüber hinaus betreute die TAE intensiv die Schaffung und den Aufbau eines Beirats in einem jungen Unternehmen im Kreis Euskirchen, welches am Projekt AixHighTing teilnimmt. In mehreren Fachgesprächen unter Leitung und Moderation der TAE tauschten sich die drei mitwirkenden erfahrenen Unternehmer mit den Gesellschaftern des jungen Unternehmens aus.

TeTRRA (Technology Transfer and Recruiting in Rural Areas)

Das Interreg-Projekt TeTRRA hat am 01.10.2010 begonnen, hatte ursprünglich eine Laufzeit von drei Jahren und endet nun nach einer bewilligten kostenneutralen Verlängerung voraussichtlich am 30.09.2014. Ziel dieses Projektes ist die Förderung des grenzüberschreitenden Technologietransfers und die erfolgreiche Rekrutierung von Fachkräften in der Euregio Maas-Rhein. Die Gesamtförderquote von TeTRRA beträgt 80 %, wovon 50 % aus Mitteln des ESF (Europäischer Sozialfonds) stammen und 30 % durch das Land NRW kofinanziert sind.

Die TAE hat innerhalb des Projektes unter anderem die Aufgabe, Fachseminare und branchenspezifische Netzwerktreffen sowie weitere Veranstaltungen zur Förderung des Techno-

logietransfers zu konzipieren und durchzuführen. Die Entwicklung und Durchführung neuer Veranstaltungsformate zur Rekrutierung von Fachkräften ist ein weiterer Schwerpunkt. Als Beispiele für die vielfältigen Aktivitäten der TAE innerhalb des Projektes TeTRRA sind zu nennen:

- Vorbereitung der Aktivitäten zur Entwicklung und zum Aufbau eines neuen regionalen **Branchennetzwerks im Bereich Papier**. Ein erstes Netzwerkträgetreffen mit branchennahen Institutionen wurde am 26.06.2012 in Euskirchen unter Federführung der TAE durchgeführt;
- Aktive Mitarbeit bei der Weiterentwicklung des **Technologieatlas Eifel** zu einem neuen **Technologieatlas Euregio Maas Rhein** im online-Format;
- **Kontaktaufnahme zu 82 Unternehmen** aus dem Kreis Euskirchen zur **Neuregistrierung im TeTRRA Technologieatlas online**;
- Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung **„Wirtschaft trifft Wissenschaft“** am **28. November 2012** in Kooperation mit der FH Aachen bei der Kreissparkasse Euskirchen mit 50 Teilnehmern. Bei dieser Veranstaltung wurden drei Best-Practice Beispiele für Technologietransfer in der Region Euskirchen vorgestellt;
- Planung, Organisation und Durchführung eines **Netzwerktreffens** für das regionale Netzwerk **„Kunststoff“** am **29. November 2012** beim Institut für Kunststoffverarbeitung in Industrie und Handwerk IKV der RWTH Aachen mit 47 Teilnehmern;
- Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung **Jobexpedition** am **19.12.2012** in Kooperation mit der FH Aachen, Studiengang Bauingenieurwesen bei der Firma Stahlbau Müller in Kall;
- Mitarbeit bei der Entwicklung der Personalmarketing-Kampagne **„Arbeiten im ländlichen Raum“** für Studierende der FH Aachen mit entsprechender Kommunikation in regionalen Tageszeitungen und auf Veranstaltungen;
- Mitarbeit bei der Entwicklung des **„Absolventenpreis ländlicher Raum“** für Studierende der FH Aachen, Vergabe des Preises am **23.11.2012** im Rahmen der Absolventenprämierung der FH Aachen im Krönungssaal der Stadt Aachen.

II. Geschäftsfeld Seminare

Die Seminarreihe zum Führungskräfte-Training mit insgesamt sechs thematisch unterschiedlichen Modulen wurde im Jahr 2012 erfolgreich weitergeführt. Für diese Seminarreihe gibt es einen Hauptkunden im Kreis Euskirchen und es wurden im Jahr 2012 10 Seminare mit insgesamt 126 Teilnehmern durchgeführt. Der Interessentenkreis für diese Seminarreihe wächst stetig und so konnte im Februar 2013 ein weiteres Unternehmen aus dem Raum Kerpen als Kunde gewonnen werden.

Zusätzlich wurde in Zusammenarbeit mit dem BZE ein fachspezifisches Seminar für ein mittelständisches Technologieunternehmen im Kreis Euskirchen entwickelt und für acht Mitarbeiter dieses Unternehmens erfolgreich durchgeführt.

III. Weitere Geschäftsfelder

Neben der Projektarbeit und dem Seminargeschäft bringt sich die TAE aktiv in die Netzwerk- und Gremienarbeit in der Region mit ein. Insbesondere in den Themenbereichen „Technologietransfer“ sowie „Rekrutierung von Fachkräften“ und „Qualifizierung“ arbeitet die TAE hier intensiv mit an der Bearbeitung aktueller Problemstellungen. Unter anderem hat die TAE bei folgenden Veranstaltungen mitgewirkt bzw. teilgenommen:

- 29. Juni 2012: Mitwirkung Veranstaltung „Aufbruch“ des Kreises Euskirchen;
- 4. September 2012: „Interreg Exkursion“ zur TAE nach Euskirchen;
- 20. September 2012: Mitwirkung AG Wirtschaft/Arbeit des Kreises Euskirchen;
- 23. September 2012: Mitwirkung Jubiläum „40 Jahre Kreis Euskirchen“ in Euskirchen;

- 24. Oktober 2012: Mitwirkung „Helle Köpfe für Ihr Unternehmen – Informationsveranstaltung zum Thema Duales Studium und Recruiting“ in Nettersheim;
- 30. Oktober 2012: Vorbereitung und Ausrichtung „Einweihung Abbundanlage K2i des Studiengangs Holzingenieurwesen der FH Aachen im BZE in Euskirchen.

Durch die aktive Netzwerk- und Gremienarbeit der TAE wird das Dienstleistungsangebot den entsprechenden Institutionen und Unternehmen stärker bekannt gemacht und führt damit zu einer weiteren Ausweitung des Kundenkreises der TAE im Kreis Euskirchen.

IV. Kooperation BZE (Berufsbildungszentrum Euskirchen)

Seit August 2011 und während des gesamten Jahres 2012 ist ein Mitarbeiter der TAE mit 25 % seiner Arbeitszeit, d. h. mit durchschnittlich 10 Stunden pro Woche, für das BZE im Bereich „Berufsorientierung“ tätig. Ziel dieser Maßnahme ist die Heranführung von Jugendlichen an unterschiedliche Berufsfelder, um damit den Schülern die Auswahl eines passenden Ausbildungsberufes zu ermöglichen.

Von Januar bis März 2012 koordinierte die TAE die Konzipierung und Fertigstellung eines Wettbewerbsbeitrags innerhalb der Ausschreibung „Fachkräfteinitiative NRW“ in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter EU-aktiv, in dem es um die Ermöglichung einer Berufsausbildung für Menschen im Alter von 25 bis 35 Jahren geht. Die entsprechende Förderempfehlung seitens des Fördermittelgebers wurde daraufhin im Dezember 2012 erteilt und der entsprechende Antrag durch das BZE im Februar 2013 fristgerecht eingereicht.

Seit Februar 2012 gab es eine intensive Beteiligung der TAE an den Aktivitäten zur Entwicklung und Aufbau des Studiengangs Holzingenieurwesen der FH Aachen im BZE in Euskirchen. Neben der Teilnahme bei Unternehmensbesuchen in der Holzbranche wurden insbesondere die Abwicklung der Anschaffung, Platzierung, Inbetriebnahme und Einweihung der Abbundanlage K2i der FH Aachen im BZE intensiv mitgestaltet.

Ab April 2012 hat die Projektleiterin der TAE mit der schrittweisen Einarbeitung in die neue Funktion der Leiterin des BZE begonnen und die entsprechende Arbeitszeit wurde an die TAE rückvergütet. Ihre neue Funktion als Leiterin des BZE hat die Mitarbeiterin zum 01.12.2012 mit dem Ausscheiden des bisherigen Leiters übernommen und mit der TAE eine entsprechende Auflösungsvereinbarung für den bestehenden Arbeitsvertrag unterzeichnet.

Seitens des BZE werden für die TAE unterschiedliche Dienstleistungen des Sekretariats, der Verwaltung und der Buchhaltung durchgeführt. Die Arbeitsstunden werden erfasst und quartalsweise mit den entsprechenden Stundensätzen der Mitarbeiter an die TAE weiterbelastet. Die von der TAE für das BZE geleisteten Arbeitsstunden werden in gleicher Weise per Rechnung an das BZE ausgeglichen.

V. Ertragslage

Die Umsatzerlöse der letzten drei Jahre stellen sich wie folgt dar:

2010	2011	2012
55 TEUR	115 TEUR	138 TEUR

Die positive Abweichung des Gesamtergebnisses um 20 T€ im Vergleich zur Planzahl ist im Wesentlichen in der Weiterbelastung der Personalkosten für die Mitarbeiterin begründet, die im zweiten Halbjahr einen Teil ihrer Arbeitszeit zur schrittweisen Übernahme der Leitung des BZE zum 01.12.2012 verwendet hat.

VI. Vermögen

Zur Durchführung des Projektes TeTRRA wurden im Jahr 2012 aus Projektmitteln, die eigens dafür vorgesehen sind, Anschaffungen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung getätigt in Höhe von 1,2 T€.

VII. Personal

Zum Berichtszeitpunkt ist bei der TAE ein wissenschaftlicher Mitarbeiter befristet beschäftigt, der in der Hauptsache für die Aktivitäten im Projekt TeTRRA zuständig ist. Da innerhalb des Projektes noch finanzieller Spielraum besteht, ist die Verlängerung des Vertrages des wissenschaftlichen Mitarbeiters bis zum Projektende am 30.09.2014 geplant.

Am 01.01.2012 wurde der im Wirtschaftsplan vorgesehene Minijob neu besetzt und eine weitere Mitarbeiterin bei der TAE eingestellt mit einem Umfang von 36 Stunden pro Monat. Bis zum 28.02.2013 hat die gelernte Bankkauffrau im Projekt TeTRRA mitgearbeitet und dort wichtige Aufgaben im Bereich der Projektmittelabrufe und des Controllings übernommen. Ab dem 01.03.2013 arbeitet sie mit 60 % einer Vollzeitstelle im BZE, um dort das Ausscheiden einer langjährigen Mitarbeiterin im Bereich Lehrgangsverwaltung zu kompensieren. Der nun vakante 400 € Job sollte möglichst bald neu besetzt werden, um den wissenschaftlichen Mitarbeiter zu entlasten und administrativ zu unterstützen.

Die im Dezember 2011 ausgeschriebene Stelle des Technologiescout in der TAE konnte nach umfangreichen Bewerbungsgesprächen im Januar und Februar 2012 zum 01.06.2012 besetzt werden. Die Aufgabe des neuen Projektmitarbeiters bestand im Wesentlichen in der Durchführung der Aktivitäten zum Aufbau eines neuen Branchennetzwerks innerhalb der Papierindustrie. Während seiner Probezeit hat jedoch der neue Mitarbeiter die TAE im September 2012 wieder verlassen. Zum Berichtszeitpunkt sind nun erneut Gespräche mit potentiellen Interessenten für eine möglichst zeitnahe Neubesetzung im Gange.

Die Projektleiterin der TAE, die im Jahr 2008 eingestellt wurde, hat die TAE zum 30.11.2012 verlassen, um ab dem 01.12.2012 ihre neue Funktion als Leiterin des Berufsbildungszentrum Euskirchen BZE zu übernehmen. Sie ist seit diesem Zeitpunkt auch die Geschäftsführerin der TAE in Nachfolge des bisherigen Geschäftsführers Gerd Pauls.

Voraussichtliche Entwicklung - Chancen und Risiken

Im Geschäftsjahr 2013 wird weiterhin die inhaltliche Bearbeitung der Aufgaben im Projekt TeTRRA einen großen Raum einnehmen. Durch die Bewilligung der kostenneutralen Projektverlängerung bis zum 30.09.2014 und der in TeTRRA noch zur Verfügung stehenden Projektmittel besteht die Notwendigkeit für neue bewilligte Projekte noch nicht zwingend im Jahr 2013 sondern erst im Jahr 2014.

Auf Grund der umfangreichen guten Kontakte der TAE zu den Unternehmen in der Region bieten die Entwicklung von Forschungsprojekten und die Projektbegleitung großes Potential für die zukünftige Arbeit der TAE. Dabei kann die TAE bei der Akquisition von Projektpartnern aus dem Bereich Forschung und Entwicklung auf die guten Kontakte zu den Hochschulen in der Region zurückgreifen.

I. Geschäftsfeld Projekte

Die Fortsetzung der Aktivitäten im Projekt TeTRRA mit der weiteren Ausgestaltung der neu entwickelten Veranstaltungsformate werden im Jahr 2013 einen wesentlichen Teil der Ge-

schäftstätigkeit der TAE ausmachen. Die Durchführung weiterer Netzwerktreffen der Netzwerke „Maschinenbau-Mechatronik“ und „Kunststoff“ sowie weiterer Jobexpeditionen und Veranstaltungen wie „Wirtschaft trifft Wissenschaft“ stehen dabei im Vordergrund. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Gewinnung weiterer interessierter Unternehmen für den Technologieatlas online.

Sobald die Stelle des Technologiescout neu besetzt ist, kann die Kontaktaufnahme mit den Unternehmen im Kreis Euskirchen noch stärker intensiviert werden. Die enge Zusammenarbeit des Technologiescouts mit den Unternehmen im Kreis Euskirchen bietet die Möglichkeit, aus den aktuellen technologischen Fragestellungen der Unternehmen innovative Technologieprojekte zu entwickeln und für deren Durchführung Fördermittel zu beantragen. Eine aktuelle Anfrage eines mittelständischen Unternehmens für die Durchführung eines Technologieprojektes kommt aus der Kunststoffbranche und ist im Bereich „Energiemonitoring“ angesiedelt.

Die Netzwerkaktivität für die Papierbranche innerhalb des Projektes TeTRRA, die im Jahr 2012 in Gang gesetzt wurde, ist nur in einem geringen Maße von den betroffenen Unternehmen angenommen worden und wird aus diesem Grunde nicht weitergeführt.

II. Geschäftsfeld Seminare

Im Bereich der Führungskräfteseminare ist für das Jahr 2013 nach bisherigem Stand mit etwa gleich bleibenden oder leicht steigenden Teilnehmerzahlen gegenüber 2012 zu rechnen. Diese Entwicklung wird zu einem Deckungsbeitrag im Geschäftsfeld Seminare von ca. 22 T€ führen. Die Ausweitung der Unternehmerkontakte des Technologiescouts werden dazu genutzt, den Kundenkreis für die Führungskräfteseminare möglichst noch weiter zu vergrößern.

III. Ausblick

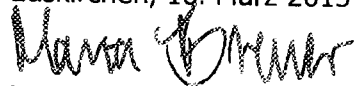
- Aufnahme der Tätigkeit des Technologiescout, Etablierung dieser Dienstleistung und möglichst Fortführung über das Projektende von TeTRRA hinaus
- Akquirierung eines neuen Projektes zur Weiterführung der innerhalb von TeTRRA begonnenen Tätigkeiten

Zur Ausweitung und Etablierung der momentan bestehenden Angebote und Dienstleistungen der TAE ist die Neueinstellung eines Technologiescouts von großer Bedeutung. Während der bisherigen Laufzeit des Projektes TeTRRA wurde eine solide Basis geschaffen, auf der nun weitere Technologieprojekte mit und für Unternehmen entstehen können, die über das Projektende von TeTRRA hinaus weitergeführt werden oder an dieses anknüpfen.

Trotz Drittmittel für die Projektaktivitäten und positiver Entwicklung des Seminargeschäfts wird die TAE mittelfristig keine Gewinne erzielen können. Das Ziel ist daher, aus den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln das größtmögliche Volumen technologieorientierter Wirtschaftsförderung für die Unternehmen in der Region Euskirchen zu generieren.

Der Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 weist einen Verlust von 45,3 T€ aus. Diese Summe wird durch den vertraglich festgelegten maximalen Betriebskostenzuschuss der Gesellschafter in Höhe von insgesamt 85,5 T€ abgedeckt sein.

Euskirchen, 18. März 2013



Maria Breuer
Geschäftsführerin TAE

Bericht

über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2012

Zu den Zielen und der Ausrichtung der Gesellschaft beinhaltet der Gesellschaftsvertrag der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen folgende Bestimmungen:

§ 2

Gegenstand des Unternehmens

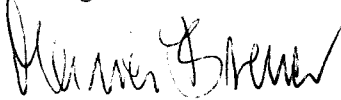
1. Gegenstand des Unternehmens ist die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur des Kreises Euskirchen durch die Errichtung und den Betrieb einer Technik-Agentur. Hierzu gehören insbesondere das Angebot von Beratungsleistungen für Existenzgründer, Technologietransfermaßnahmen und Betriebsansiedlungen sowie das Angebot und die Durchführung von Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich innovativer Technologien.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern. Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung der TAE-GmbH Technik-Agentur Euskirchen im Geschäftsjahr 2012 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrages entsprochen hat.

Euskirchen, 29. Mai 2013

TAE-GmbH
Technik-Agentur Euskirchen



Maria Breuer

Seite 84

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

	2012 EUR	2011 EUR
1. Erlöse aus Altenpflege, Altenpfliegewohnungen und geriatrischer Rehabilitation	16.012.759,06	15.158.537,60
2. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	54.293.440,31	52.197.353,32
3. Erlöse aus Wahlleistungen	2.008.035,61	1.795.663,35
4. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.523.992,33	2.448.094,43
5. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.157.314,26	1.435.141,74
6. Verminderung/Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen/unfertigen Leistungen	6.400,00	45.400,00
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.610.944,21	1.476.196,16
8. Umsatzerlöse	752.530,60	609.087,83
9. sonstige betriebliche Erträge	3.331.646,69	3.201.426,29
	81.697.063,07	78.366.900,72
10. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-38.741.693,73	-36.342.845,14
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung: EUR 2.795.362,31; 2011: EUR 2.562.612,63)	-9.677.120,46	-9.123.337,14
11. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-10.115.887,94	-9.585.747,49
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-9.280.775,94	-8.792.329,06
	-67.815.478,07	-63.844.258,83
Zwischenergebnis	13.881.585,00	14.522.641,89
12. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	1.914.342,52	1.848.415,51
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	2.665.359,62	2.663.350,46
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	-2.045.282,69	-1.983.787,72
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	-202.405,02	-193.428,60
	2.332.014,43	2.334.549,65
16. Abschreibungen		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-4.289.863,37	-4.184.287,62
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Aufwendungen überschreiten	0,00	-1.149,92
17. sonstige betriebliche Aufwendungen	-9.377.391,66	-10.327.502,18
	-13.667.255,03	-14.512.939,72
Zwischenergebnis	2.546.344,40	2.344.251,82
18. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	116.956,01	142.321,40
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-1.116.748,22	-1.147.692,96
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.546.552,19	1.338.880,26
21. Steuern	-37.427,02	-47.336,47
22. Konzern-Jahresüberschuss	1.509.125,17	1.291.543,79
23. auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn	-108.188,08	-79.537,46
24. Konzerngewinn	1.400.937,09	1.212.006,33

Konzernlagebericht der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich, für das Geschäftsjahr 2012

A. Geschäftsverlauf und Rahmenbedingungen

1. Konzernstruktur

Mutterunternehmen ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH mit Sitz in Mechernich.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hält an der Geriatisches Zentrum Züllich GmbH einen Anteil am Stammkapital in Höhe von 93,99 %; dies entspricht einem Betrag von TEUR 5.361. Die verbleibenden 6,01 % oder TEUR 343 des Stammkapitals der Geriatisches Zentrum Züllich GmbH hält die Eifelhöhen-Klinik AG, Nettersheim-Marmagen. Die Geriatisches Zentrum Züllich GmbH hält ihrerseits eine Beteiligung von 50 % an der Schloss Schleiden Immobilienverwaltungs-gesellschaft mbH. Deren Stammkapital beträgt TEUR 27,6. Die Schloss Schleiden Immobilienverwaltungsgesellschaft mbH ist Komplementärin der Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG. Diese ist Eigentümerin des Schlosses Schleiden und der in Verbindung zum Schloss Schleiden Ende 2002 fertiggestellten Remise. Die Räumlichkeiten werden von der Liebfrauenhof Schleiden GmbH für den Betrieb eines Altenpflegeheimes genutzt.

An der Liebfrauenhof Schleiden GmbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 am Stammkapital von TEUR 100 einen Geschäftsanteil von 51 %. Die übrigen TEUR 49 des Stammkapitals werden vom Familienpflege der Franziskusschwestern e. V., Essen, gehalten. Durch notariellen Vertrag vom 09. Dezember 2003 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Zusammenhang mit der Übernahme des Geschäftsanteils der St. Antonius Betreibergesellschaft Schleiden mbH an der Liebfrauenhof Schleiden GmbH auch deren Verlustausgleichsverpflichtung übernommen. Diese besagt, dass die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH verpflichtet ist, die Verluste der Liebfrauenhof Schleiden GmbH, soweit diese nicht auf neue Rechnung vorgetragen und aus Gewinnen der nächsten drei Jahre ausgeglichen werden können, bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von TEUR 250 auszugleichen.

An dem Stammkapital der im Jahre 2005 gegründeten VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH von TEUR 25,05 hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen Geschäftsanteil von 51 % (TEUR 12,75). Der Arbeiterwohlfahrt Regionalverband Rhein-Erft & Euskirchen e. V. und der Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen e. V. halten die übrigen Geschäftsanteile in einer Größenordnung von jeweils TEUR 6,15.

Bei der im Jahre 2008 neu strukturierten AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH hält die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH nach der Neuordnung das Stammkapital von TEUR 25 zu 100 % in ihrem Besitz. Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Wohlfahrtspflege. Dieser Zweck wird durch den Betrieb eines Zentrums zur Durchführung ambulanter Operationen in Zülpich und durch den Betrieb eines Medizinischen Versorgungszentrums nach § 95 SGB V im Gebiet des Kreises Euskirchen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen erfüllt.

Das Stammkapital der im Jahre 2002 gegründeten KKM Servicegesellschaft mbH von TEUR 25 ist zu 100 % im Besitz der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH. Gegenstand dieser Gesellschaft ist die Erbringung von Serviceleistungen gegenüber der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und den mit ihr verbundenen Unternehmen. Serviceleistungen in dem Sinne sind Personalgestaltung, Übernahme von Verwaltungsaufgaben, EDV, Einkauf, Speisenversorgung und Gebäudereinigung. Als 100 %ige Tochtergesellschaft der KKM Servicegesellschaft mbH ist mit notariellem Vertrag vom 15. März 2006 mit einem Stammkapital von TEUR 25 die KKM Gebäudedienste GmbH gegründet worden. Gegenstand der Gesellschaft ist die Erbringung von Gebäudereinigungsleistungen für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und die übrigen Konzernunternehmen.

An der St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH ist die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH seit 01. Januar 2004 mit 49 % am Stammkapital in Höhe von TEUR 30 beteiligt (Anteil: TEUR 14,7). Die übrigen Geschäftsanteile in Höhe von 51 % hält die Caritas-Trägersgesellschaft West, Düren. Für die Herbeiführung von im Gesellschaftsvertrag definierten strategischen Entscheidungen ist ein Einstimmigkeitsvorbehalt vorgesehen.

2. Markt- und Wettbewerbssituation

Die Rahmenbedingungen des **Krankenhaussektors** stellen sich wie folgt dar:

Nach einer vom Deutschen Krankenhausinstitut veröffentlichten Umfrage (Krankenhaus Barometer 2012) hat in 2011 fast jedes dritte Krankenhaus (31 %) Verluste geschrieben. Gegenüber dem Vorjahr als lediglich 21 % einen Jahresfehlbetrag

aufwiesen entspricht dies einer relativen Steigerung von rund 50 %. Umgekehrt ist der Anteil der Krankenhäuser, die einen Jahresüberschuss erwirtschaftet haben, von 2010 auf 2011 von 68 % auf 55 % gesunken. Das Deutsche Krankenhausinstitut schlussfolgert, dass sich die wirtschaftliche Situation der deutschen Krankenhäuser im Jahre 2011 somit merklich verschärft hat. Im Krankenhaus Barometer 2012 wird weiterhin dargestellt, dass das Jahresergebnis im Jahre 2011 im Vergleich zu 2010 in 58 % der Krankenhäuser gesunken, bei rund 25% konstant geblieben und nur in rund 17 % der befragten Krankenhäuser gestiegen ist. Im Erhebungszeitpunkt Frühjahr 2012 fielen die Zukunftserwartungen der Krankenhäuser für das Jahr 2013 eher pessimistisch aus: Nur 22 % erwarteten eine Verbesserung ihrer Situation, aber fast 40 % der Krankenhäuser eine Verschlechterung.

Ursächlich für derart pessimistische Zukunftsszenarien ist die nicht gegebene Refinanzierung der Betriebskosten der Krankenhäuser durch die nach oben begrenzten Vergütungen. Während alleine die Tariflöhne seit 2006 um knapp 16 % gestiegen sind, wurden die Vergütungen für die Klinikleistungen aber nur um 8,7 % angehoben. Die Kosten der Krankenhäuser steigen demnach seit Jahren schneller als die Einnahmen. Ein Vergleich zwischen dem Kostenanstieg der Kliniken und dem Anstieg der GKV-Ausgaben für die Krankenhausbehandlung zeigt nach Angaben der Deutschen Krankenhausgesellschaft, dass sich allein in der Zeit von 2010 bis 2011 ein Finanzierungsdefizit für die bundesdeutschen Krankenhäuser von 1,6 Mrd. EUR aufsummiert hat. Während die Krankenhäuser in 2013 mit Kostensteigerungen zwischen 3,5 und 4 % rechnen müssen, ist durch den gesetzlich vorgegebenen Preiszuwachsdeckel die Steigerung der Vergütungen auf knapp 2 % begrenzt.

Diese seit Jahren weiter auseinanderklaffende Kosten-Erlös-Schere bringt die bundesdeutschen Krankenhäuser nach Auffassung der Deutschen Krankenhausgesellschaft in immer massivere finanzielle Bedrängnis.

In diesem Zusammenhang weisen insbesondere die Krankenkassen und verschiedene Medien in den letzten Monaten verstärkt darauf hin, dass die Krankenhäuser durch medizinisch nicht erforderliche Behandlungen und nicht indizierte Operationen ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern suchen. Eine Studie des Deutschen Krankenhausinstitutes bestätigt diese Behauptungen nicht: Vielmehr kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass die demographische Entwicklung und die Morbiditätsentwicklung im Zusammenwirken mit dem medizinischen Fortschritt die Leistungsentwicklung in der stationären Versorgung zu einem Großteil erklärt.

Die krankenhausplanerischen Rahmenbedingungen auf der Grundlage des Krankenhausgestaltungsgesetzes Nordrhein-Westfalen (KHGG NRW) waren im Jahr 2012 unverändert. Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen hat in einer Sitzung am 18. Dezember 2012 aber den Entwurf eines Krankenhausplans 2015 beschlossen. Nach Abschluss der Anhörungen und Beratungen im Ausschuss für Arbeit,

Gesundheit und Soziales des Landtags NRW ist beabsichtigt, dass der Krankenhausplan im 2. Quartal 2013 durch das zuständige Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter aufgestellt wird und danach die den Krankenhausplan umsetzenden regionalen Planungskonzepte in Gang gebracht werden. Durch den neuen Krankenhausplan sollen etwa 11.000 Krankenhausbetten abgebaut werden. Die bisherige Teilgebiete- und Schwerpunkteplanung ist in Konsequenz des KHGG NRW vom 29. Dezember 2007 aufgegeben worden. Nach Auffassung des Ministeriums soll durch die erstmals im Krankenhausplan berücksichtigten strukturellen Qualitätsvorgaben ein verbesserter und verlässlicher Rahmen für eine qualitätsgesicherte und patientengerechte Behandlung geschaffen werden. Vor Aufstellung des neuen Krankenhausplans war es zu erheblichen Kontroversen und Diskussionen zwischen dem Ministerium und der Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen (KGNW) gekommen. Die KGNW sieht insbesondere durch die teilweise nicht evidenzbasierten Kriterien zu Struktur und Qualität sowie die fehlende Analyse der Folgen bei deren Umsetzung die flächendeckende Krankenhausversorgung in Nordrhein-Westfalen gefährdet. Ein weiterer Kritikpunkt bezieht sich auf das umfassende Abstellen der Krankenhausplanung auf Leitlinien, Stellungnahmen und Empfehlungen einzelner medizinischer Fachgesellschaften; auch hier reklamiert die KGNW Gefahren für die flächendeckende Krankenhausversorgung.

Die Situation im **Pflegesektor** lässt sich wie folgt beschreiben:

Auch im Jahre 2012 konnten die rechtlichen Rahmenbedingungen zur Erbringung von stationären Altenpflegeleistungen nicht wesentlich zu Gunsten der Einrichtungen und damit der in den Einrichtungen versorgten Menschen verbessert werden. Das am 29. Juni 2012 durch den Deutschen Bundestag verabschiedete Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) zielt in erster Linie darauf, Rahmenbedingungen zu schaffen, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrem häuslichen Umfeld verbleiben können. Unterbringungen in stationären Altenpflegeeinrichtungen sollen so vermieden bzw. hinausgezögert werden. Kern der Pflegereform 2012 sind die verbesserten Leistungen für Menschen mit Demenz im Bereich der ambulanten Versorgung. Darüber hinaus haben Angehörige und Pflegebedürftige in Zukunft mehr Wahlfreiheit, die Pflegeleistungen an ihre individuellen Bedürfnisse anzupassen. Mit den ambulanten Pflegediensten können ab 2013 neben den bekannten Pflegekomplexleistungen auch Zeitkontingente vereinbart werden. Für die stationären Altenpflegeeinrichtungen könnte sich positiv auswirken, dass mit Wirkung zum 01. Januar 2013 auch Pflegebedürftige mit der Pflegestufe 0 einen rechtlichen Anspruch auf die Durchführung von Maßnahmen der Verhinderungspflege haben. Auch mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz konnte die Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffes, der eine hohe Bedeutung für die Verbesserung der Versorgung von Menschen mit Demenz in den stationären Altenpflegeeinrichtungen besitzt, nicht umgesetzt werden.

Für den **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** ist vor dem Hintergrund der vorstehend skizzierten Rahmenbedingungen folgendes festzuhalten:

Neben der weiteren Verfolgung der schon seit Jahren geltenden strategischen Ziele, nämlich zum einen, die Verzahnung mit dem ambulanten Sektor weiter zu entwickeln, und zum anderen, den Aufbau der komplementären Leistungsangebote im Bereich der Betreuung älterer Menschen voranzutreiben, hat sich die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Jahre 2012 entschieden, das Qualitätsmanagementsystem auf der Grundlage der DIN-ISO-Vorgaben auszubauen. Folgende Ziele stehen dabei im Jahre 2013 im Mittelpunkt: Erhöhung der Patientenzufriedenheit durch die Weiterentwicklung des Entlassmanagements und die Verbesserung der Angehörigenintegration, die Verbesserung der Prozesse (u. a. durch Optimierung der Patientendokumentation, Weiterentwicklung klinikbezogener Zertifizierungsverfahren und den Ausbau des Casemanagements) sowie die Erhöhung der Mitarbeiterzufriedenheit. Im Bereich der Altenpflege ist durch die Inbetriebnahme der Tagespflegeeinrichtung in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden und die Entscheidung, auch am Altenpflegestandort Zülpich im Laufe des Jahres 2013 eine Tagespflegeeinrichtung in die Nutzung zu überführen, das Leistungsangebot an den Altenpflegestandorten vervollständigt worden. Die Tagespflegeeinrichtungen werden von der VIVANT- Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH betrieben.

3. Leistungsbereiche und Leistungsentwicklung

Die Entwicklung der zum Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH zählenden Unternehmen stellte sich in 2012 wie folgt dar:

- Im Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 24. November 2005 ist die abgestimmte Struktur des **Kreiskrankenhauses Mechernich** krankenhaushausplanerisch umgesetzt worden. Nach den Festlegungen wird das Kreiskrankenhaus Mechernich ab dem 01. Januar 2006 mit 413 Betten/Plätzen im Krankenhausplan geführt. Mit Bescheid der Bezirksregierung Köln vom 21. Dezember 2010 ist die Zahl der Intensivpflegebetten für Erwachsene ohne Änderung der Gesamtbettenzahl im Betten-Soll von 14 auf 18 Betten erweitert worden. Die Erweiterungsmaßnahme konnte im Dezember 2012 abgeschlossen werden. Da anschließend Umbaumaßnahmen im Bestand der Intensivstation begonnen worden sind, steht die erweiterte Bettenzahl von 18 erst ab Mitte des Jahres 2013 zur Verfügung.

Im Jahre 2012 ist die Zahl der in den Fachabteilungen des Krankenhauses behandelten Patienten von 17.679 in 2011 auf 18.024 gestiegen (+ 345; +2%). Die Zahl der Case-Mix-Punkte konnte gar um 751 (+ 4,35 %) von

17.268 in 2011 auf 18.019 in 2012 gesteigert werden. Damit wurden die mit den Kostenträgern in den Entgeltverhandlungen vereinbarten Case-Mix-Punkte von 17.510 deutlich übertroffen. Die Verweildauer ist weiter gesunken, und zwar von 7,23 Tagen in 2011 auf 6,97 Tage in 2012.

- Zweck der **Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH** ist die Förderung der Altenhilfe und des öffentlichen Gesundheitswesens insbesondere durch den Betrieb eines Geriatrischen Zentrums unterhalb der Akutgeriatrie in Zülrich. Die Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH bietet im Bereich der Pflege, Versorgung und Betreuung von alten Menschen Leistungen der Geriatrischen Rehabilitation, der Dauer- und Kurzzeitpflege sowie des betreuten Wohnens (an den Standorten Mechernich und Zülrich) an. Seit April 2008 betreibt die Gesellschaft zudem das Medizinische Versorgungszentrum (MVZ) am Kreiskrankenhaus Mechernich mit den Fachdisziplinen Innere Medizin, Dermatologie und seit dem 01. Januar 2011 Chirurgie. Zur Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums ist im Geschäftsjahr eine orthopädische Vertragsarztpraxis käuflich erworben worden. Somit wird das MVZ ab 01. April 2013 mit vier Versorgungsbereichen betrieben.

Der von der Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH getragene Barbarahof hat im Jahre 2012 bei 65 Planplätzen eine durchschnittliche Belegung von 63,8 Plätzen (98,1 %) erreicht. Auch die Belegung der Geriatrischen Rehabilitationsklinik hat sich im Jahre 2012 positiv entwickelt. Im Durchschnitt des Jahres 2012 waren 42,7 Betten belegt (Vorjahr: 41,0 durchschnittlich belegte Betten). Während die Gesellschaft zum 31.12.2011 an drei Standorten 78 betreute Wohnungen vorhielt, waren es zum 31.12.2012 lediglich noch 66. Der zwischen der Berichtsgesellschaft und der Peter Dederich Hausverwaltungsgesellschaft mbH bestehende Mietvertrag zur Anmietung von insgesamt 36 betreuten Seniorenwohnungen am Standort Mechernich ist zum 30.11.2012 ausgelaufen. In einer Folgevereinbarung wurde mit Wirkung 01.12.2012 ein neuer Mietvertrag zu verbesserten Konditionen mit einer Laufzeit von zehn Jahren für insgesamt 24 Wohnungen abgeschlossen. Im Jahre 2012 lag die Vermietungsquote bei den betreuten Wohnungen bezogen auf durchschnittlich zur Verfügung stehenden 77,1 Wohnungen bei 87,8 % (67,7 Wohnungen). Damit wurde der Vorjahreswert von 88,9 % nicht ganz erreicht.

- Die **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** betreibt zwei Altenpflegeheime, nämlich den Liebfrauenhof im und am Schloss Schleiden mit 102 Plätzen sowie das Brabenderstift in den Räumlichkeiten des Geriatrischen Zentrums in Zülrich mit 61 Plätzen. Der Liebfrauenhof Schleiden hat im Jahre 2012 bei 102 Planplätzen eine durchschnittliche Belegung von 99,6 Plätzen erreicht (Vorjahr: 102,4); für das Brabenderstift in Zülrich ist bei 61 Planplätzen eine

Belegung von 59,7 Plätzen ausgewiesen (2011: 60,8 durchschnittlich belegte Plätze).

- Die **VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** betreibt Sozialstationen an den Standorten Mechernich, Zülpich, Weilerswist und Hellenthal sowie seit 01. April 2010 eine Tagespflegeeinrichtung in Verbindung zum Barbarahof in Mechernich. Im August 2012 ist eine weitere Tagespflegeeinrichtung in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden in die Nutzung überführt worden. Wie bereits in den vergangenen Jahren konnte bei den Sozialstationen auch im Jahre 2012 die Zahl der jährlichen Abrechnungsfälle gegenüber dem Vorjahr nochmals erhöht werden (+ 474). Die durchschnittliche Zahl der monatlichen Abrechnungsfälle stieg um 40 auf 552 Fälle.
Die Auslastung der Tagespflege am Barbarahof in Mechernich lag im Berichtsjahr bei durchschnittlich 83,9 % bzw. 10,1 Plätzen. Die Inanspruchnahme der Tagespflege am Liebfrauenhof ab Inbetriebnahme im August des Berichtsjahres lag unterhalb der Planwerte. Obwohl der Beurteilungszeitraum 2012 noch sehr kurz ist, zeichnet sich bereits ab, dass sich die Belegung der Einrichtung in Schleiden problematischer darstellt als in der Tagespflege am Standort Mechernich.
- Die **AmbuMed Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** betreibt nach der Erweiterung im Jahre 2011 neben dem Ambulanten OP-Zentrum (AOPZ) weiterhin das Medizinische Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd mit den Bereichen Frauenheilkunde sowie Allgemeinmedizin. Die Inanspruchnahme des Ambulanten OP-Zentrums war im Jahr 2012 insbesondere infolge des Wechsels einer Ärztin der Klinik für Unfallchirurgie der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in das MVZ am Kreiskrankenhaus Mechernich (in Trägerschaft der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH) rückläufig. Die Zahl der im AOPZ insgesamt durchgeführten Operationen betrug 1.473 nach 1.617 im Vorjahr.
- Da die Leistungserbringung der **KKM Servicegesellschaft mbH** auf Kostenerstattungsvereinbarungen beruht, werden die wirtschaftliche Entwicklung sowie die Rahmenbedingungen der KKM Servicegesellschaft durch die Situation der Muttergesellschaft Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH und der mit ihr verbundenen Unternehmen determiniert.
- Wie bei der KKM Servicegesellschaft werden die Gebäudereinigungsleistungen durch die **KKM Gebäudedienste GmbH** auf der Grundlage von mit den übrigen Konzernunternehmen geschlossenen Dienstleistungsvereinbarungen durchgeführt.

- Die Belegung der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** hat sich zum Ende des Jahres 2012 besser entwickelt als nach den ersten Quartalen zu erwarten war: Für das Jahr 2012 sind insgesamt 4.257 Case-Mix-Punkte (Vorjahr: 4.170) ausgewiesen; der mit den Kostenträgern vereinbarte Planwert lag bei 4.244 Case-Mix-Punkten.

4. Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen

Im Jahre 2012 sind im **Konzern Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** folgende Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen abgeschlossen bzw. begonnen worden:

- Erweiterung der Intensivpflegeeinheit im Kreiskrankenhaus Mechernich von 14 auf 18 Betten (mit Schaffung von zusätzlichen Räumlichkeiten für das Röntgeninstitut): Nach Abschluss der Baumaßnahme ist mit Umbaumaßnahmen im Bestand begonnen worden. Die Umbaumaßnahmen sollen bis Mitte des Jahres 2013 abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten für Erweiterung und verschiedene Umbaumaßnahmen belaufen sich auf TEUR 1.900.
- Die Kosten des im Jahre 2012 fertiggestellten Blockheizkraftwerkes am Kreiskrankenhaus Mechernich belaufen sich auf ca. 1 Mio. EUR. Die technische Anbindung des Blockheizkraftwerkes soll bis Ende Mai 2013 abgeschlossen sein.
- Die in Verbindung zum Liebfrauenhof in Schleiden errichtete Tagespflegeeinrichtung ist Mitte des Jahres 2012 fertiggestellt und über den Betreiber VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH in die Nutzung überführt worden.
- Die Baumaßnahme „Errichtung einer neuen Station mit 37 Betten / Umbau von 40 Patientenbädern“ im Kreiskrankenhaus Mechernich konnte im Jahre 2012 noch nicht abgeschlossen werden. Insbesondere der Umbau der 40 Patientenbäder ist mit einem erheblich größeren Zeitrahmen als ursprünglich geplant verbunden: Die aktuelle Planung geht von einem Abschluss erst Anfang des Jahres 2014 aus. Die neue Station, die im wesentlichen als interdisziplinäre Station der Gastroenterologie und der Viszeralchirurgie betrieben wird, ist im März des Jahres 2013 mit 29 Betten in die Nutzung überführt worden. Vor dem Hintergrund der verzögerten Fertigstellung der Patientenbäder sollen die restlichen 8 Betten Anfang Juli 2013 zur Verfügung stehen. Die Kosten für die Maßnahmen belaufen sich für die neue Station auf TEUR 3.280 und für die Bäder auf TEUR 980.

- Die Erweiterung des Ambulanten Zentrums Mechernich (Ärztehaus) konnte im Jahre 2012 noch nicht abgeschlossen werden. Die Fertigstellungsarbeiten haben noch einen Zeitrahmen bis Ende März des Jahres 2013 erforderlich gemacht.

Im Jahre 2012 sind folgende neue Baumaßnahmen beschlossen worden:

- Errichtung einer weiteren Wahlleistungsstation im Kreiskrankenhaus Mechernich mit insgesamt 19 Betten (elf Einzelzimmer, acht Betten in vier Zweibettzimmern) mit einem Kostenvolumen von ca. TEUR 1.620. Mit der in zwei Bauabschnitten zu realisierenden Maßnahme soll Mitte 2013 begonnen werden. Der Abschluss ist für Ende 2014 geplant.
- Erweiterung der Notdienstpraxis der niedergelassenen Ärzte am Kreiskrankenhaus Mechernich. Die Kreisstellen der Kassenärztlichen Vereinigung und der Ärztekammer haben beschlossen, eine wenig frequentierte Notdienstpraxis am Krankenhaus Schleiden mit Wirkung 31. Januar 2013 zu schließen. Der in der Folge zu erwartenden stärkeren Frequentierung der Notdienstpraxis am Kreiskrankenhaus Mechernich Rechnung tragend, ist mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein eine Erweiterung der bestehenden Notdienstpraxis vereinbart worden. Die Maßnahme ist mit Gesamtkosten von TEUR 180 geplant und soll im III. Quartal 2013 abgeschlossen werden.
- Der erheblichen Zunahme der Patientenzahl und damit auch der im Kreiskrankenhaus Mechernich durchgeführten Operationen Rechnung tragend, ist der Grundsatzbeschluss gefasst worden, einen Anbau für die Erweiterung und Neugestaltung der zentralen OP-Einheit zu errichten. Durch die Baumaßnahme soll die OP-Einheit von derzeit vier voll nutzbaren OP-Sälen auf sieben Säle erweitert werden. Darüber hinaus soll auch die Logistik der zentralen OP-Einheit neu gestaltet werden. Die Baumaßnahme ist in einer ersten Kostenschätzung mit 7 Mio. EUR kalkuliert. Der Beginn der Baumaßnahme ist frühestens ab Anfang 2015 geplant.
- Im ehemaligen Krankenhausgebäude des Geriatriischen Zentrums in Zülpich sind im Jahre 2012 zwei Baumaßnahmen beschlossen und begonnen worden: Errichtung von Räumlichkeiten für die Aufnahme einer logopädischen Praxis mit Gesamtkosten von TEUR 330 (inklusive Errichtung eines Aufzuges) sowie Errichtung einer weiteren Tagespflegeeinrichtung (11 Plätze) im Erdgeschoss des Gebäudes mit einem Kostenvolumen von rund TEUR 240. Beide Maßnahmen sollen im 1. Halbjahr des Jahres 2013 abgeschlossen werden.

5. Personal- und Sozialbereich

In 2012 wurden 1.334 Mitarbeiter in den Diensten ärztlicher Dienst, Pflegedienst, medizinisch-technischer Dienst, klinisches Hauspersonal, Wirtschafts- und Versorgungsdienst, technischer Dienst, Verwaltungsdienste, Sonderdienst und Personal der Ausbildungsstätten beschäftigt. Davon entfielen 72,0 % auf die medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Diensten.

6. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres

Nach dem altersbedingten Ausscheiden des damaligen Ärztlichen Direktors ist mit Wirkung 01. Juli 2012 die Ärztliche Direktion des Kreiskrankenhauses Mechernich neu geordnet und bestellt worden: Zum neuen Ärztlichen Direktor ist der Chefarzt der Medizinischen Klinik 2 (Kardiologie) bestellt worden. Im Rahmen der Neuordnung wird der Ärztliche Direktor zukünftig von zwei Stellvertretern unterstützt, nämlich zum einen für den operativen Bereich durch den Chefarzt der Abteilung für Anästhesiologie, operative Intensivmedizin und Schmerztherapie sowie zum anderen für den konservativen Bereich durch den Chefarzt der Medizinischen Klinik 3 (Akutgeriatrie). Die Bestellungen gelten für den Zeitraum von 3 Jahren, d. h. bis zum 30. Juni 2015. Zum neuen Chefarzt der Klinik für Radiologie ist nach dem altersbedingten Ausscheiden des Vorgängers mit Wirkung 01. Januar 2013 ein bis dahin in leitender Funktion der Radiologie tätiger Arzt bestellt worden.

Um die Entwicklungsmöglichkeiten weiter zu verbessern, ist im Kreiskrankenhaus Mechernich die Handchirurgie mit Wirkung 01. Januar 2013 aus der Klinik für Unfallchirurgie herausgegliedert und in einer eigenen Klinik verselbstständigt worden. Der bisherige Leitende Abteilungsarzt für Handchirurgie in der Klinik für Unfallchirurgie ist mit Wirkung zum 01. Januar 2013 zum Chefarzt der Klinik für Handchirurgie bestellt worden. Die personelle Erweiterung der Klinik für Handchirurgie und die räumliche Neugestaltung in der neu errichteten Station sind mit Wirkung zum 01. April 2013 in die Umsetzung gebracht worden.

Zur Erweiterung des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich (in Trägerschaft der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH) ist im Geschäftsjahr eine orthopädische Vertragsarztpraxis käuflich erworben worden. Nach den erforderlichen Genehmigungen durch den Zulassungsausschuss und den Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein hat der orthopädische Versorgungsbereich als Zweigpraxis des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich zum 01. April 2013 den Betrieb aufgenommen, und zwar zunächst in erweiterten Räumlichkeiten des Röntgeninstitutes Mechernich.

B. Darstellung der Lage

1. Ertragslage

Im Jahre 2012 wurde ein Konzerngewinn von TEUR 1.401 nach TEUR 1.212 in 2011 erwirtschaftet. Die Ergebnisverbesserung (TEUR 199) ist nahezu vollständig auf den Anstieg des Jahresergebnisses in der Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH von einem Jahresfehlbetrag 2011 in Höhe von TEUR ./ 14 auf einen Jahresüberschuss in 2012 in Höhe von TEUR 206 zurückzuführen. Fremden Gesellschaftern wurden im Geschäftsjahr 2012 Gewinnanteile in Höhe von TEUR 108 zugewiesen.

Die Gesamtleistung des Konzerns konnte in 2012 um TEUR 3.239 (+4,3%) wiederum gesteigert werden. Der Anstieg der Gesamtleistung ist mit TEUR 2.384 (+4,2%) auf den Bereich der stationären und der ambulanten Krankenhausleistungen und mit TEUR 854 (+5,6%) auf die Bereiche der Altenpflege, der betreuten Seniorenwohnungen und der Geriatriischen Rehabilitation zurückzuführen. Der Anstieg im Bereich der Altenpflege wurde dabei im Wesentlichen durch die erstmals ganzjährig erreichte Vollausslastung des Barbarahofes in Mechernich erreicht.

Personal- und Sachkosten haben sich im Geschäftsjahr 2012 insgesamt weniger stark erhöht als die Gesamtleistung, so dass das Konzernergebnis gegenüber dem Vorjahr zugenommen hat. Die Personalkosten nahmen konzernweit um TEUR 2.953 (+6,5%) zu. Neben tariflichen Personalkostensteigerungen hat sich auch die leistungsbedingte Erhöhung der Mitarbeiterzahl ausgewirkt. Im Mutterunternehmen konnten tarifliche Personalkostensteigerungen über die Erhöhung des Landesbasisfallwertes für Krankenhausleistungen wiederum nicht refinanziert werden. Der Jahresüberschuss für die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH könnte mit TEUR 1.046 dennoch annähernd auf dem Vorjahresniveau (TEUR 1.079) gehalten werden, da insbesondere die Instandhaltungsaufwendungen rückläufig waren: Größere Sanierungsmaßnahmen konnten in Vorjahren abgeschlossen werden und waren im Jahr 2012 nicht durchzuführen.

Zu den Leistungsentwicklungen in den einzelnen Konzerngesellschaften ist insbesondere auf die Darlegungen unter Punkt A. 3. zu verweisen.

2. Vermögens- und Finanzlage

Die Vermögenslage des Konzerns hat sich durch den Konzerngewinn weiter verbessert: Der Konzerngewinn in Höhe von TEUR 1.401 und die fremden Gesellschaftern zugewiesenen Gewinnanteile in Höhe von TEUR 108 führten bei einer um 4,0% erhöhten Bilanzsumme zu einem Anstieg der Eigenkapitalquote von 27,3% auf 28,0%. Dies entspricht einem Eigenkapital in Höhe von TEUR 23.349.

Partner für Generationen & die Region

Vorsitzender des Verwaltungsrates:
Rechtsanwalt Josef Reidt
Geschäftsführer:
Dr. Hans Rossels (Hauptgeschäftsführer)
Hermann Gemke
Manfred Hermann

Kreissparkasse Euskirchen
BLZ 382 501 10 • Konto 3 300 050
Volksbank Euskirchen eG
BLZ 382 600 82 • Konto 200 916 018
Postbank Köln
BLZ 370 100 50 • Konto 25 024 508

Sitz der Gesellschaft:
Mechernich
Eingetragen beim Amtsgericht Bonn
HRB-Nr. 10852
www.kreiskrankenhaus-mechernich.de
info@kreiskrankenhaus-mechernich.de

Die Bilanzsumme erhöhte sich um TEUR 3.334 auf TEUR 83.344. Auf der Passivseite erhöhten sich neben dem durch den Konzerngewinn gestiegenen Eigenkapital (TEUR 1.509), die Rückstellungen (TEUR 1.489) sowie die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (TEUR 1.018). Diesen Entwicklungen stand insbesondere ein Rückgang der Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens (TEUR ./ 714) gegenüber. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten erhöhten sich um TEUR 54. Planmäßigen Tilgungen der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stand die Neuaufnahme von Darlehen zur Finanzierung von Baumaßnahmen in Höhe von TEUR 1.900 gegenüber. Die Rückstellungen haben sich insbesondere aufgrund des Anstiegs der Rückstellungen für Überstunden und Urlaub sowie für Abrechnungsrisiken erhöht.

Auf der Aktivseite ist der Anstieg der Bilanzsumme insbesondere auf den Anstieg der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 2.135), der sich mit TEUR 1.978 hauptsächlich bei der Konzernmutter darstellt, sowie auf die Zunahme des Anlagevermögens (TEUR 1.022) zurückzuführen. Dem abschreibungsbedingten Rückgang des Anlagevermögens (TEUR ./ 4.290) standen höhere Investitionen in das Anlagevermögen gegenüber.

Der Finanzmittelbestand betrug zum Bilanzstichtag TEUR 8.041 (31.12.2011: TEUR 7.532). Im Vergleich zum Vorjahr wurde wiederum ein deutlicher Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit erzielt, mit dem der Mittelbedarf für die Finanzierung der Investitionen in das Anlagevermögen überdeckt werden konnte. Die aus dem Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit verbleibenden finanziellen Mittel und ein positiver Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit in Höhe von TEUR 54 dienten der Erhöhung des Finanzmittelbestandes.

Die Ertrags- und Ergebnissituation als auch die Vermögens- und Finanzlage des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sind nach wie vor als sehr stabil zu bezeichnen.

C. Zukünftige Entwicklung des Unternehmens

1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

In Fortführung der Strategie, ambulante Leistungsangebote mit dem stationären Sektor zu verzahnen, hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH über ihre Tochtergesellschaft Geriatisches Zentrum Zülpich GmbH einen Vertrag zur Übernahme einer weiteren Frauenarztpraxis geschlossen. Die Frauenarztpraxis soll als weitere Zweigpraxis des Medizinischen Versorgungszentrums am Kreiskrankenhaus Mechernich betrieben und bis Mitte 2014 in die Umsetzung gebracht werden.

Der Anästhesist, der bislang in dem von der AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH getragenen Ambulanten OP-Zentrum in Zülpich für die anästhesiologische Versorgung der ambulant zu operierenden Patienten des Kreiskrankenhauses Mechernich zuständig war, hat seine Praxistätigkeit zum 31. März 2013 aufgegeben. Mit Wirkung 01. April 2013 hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH einen neuen Dienstleistungsvertrag mit dem Unternehmen Anaesthesio, einer großen Anästhesiepraxis in Nordrhein-Westfalen, abgeschlossen. Gleichzeitig hat die AmbuMed mit dem Unternehmen Anaesthesio einen Vertrag über die Nutzung der Räumlichkeiten des Ambulanten OP-Zentrums geschlossen.

2. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung (Risikobericht)

Chancen und Risiken der Krankenhausbranche und des Pflegesektors sind unter A.2. skizziert worden.

Der für die nordrhein-westfälischen Krankenhäuser für das Jahr 2013 vereinbarte und genehmigte Landesbasisfallwert in Höhe von EUR 3.035,50 ohne Ausgleich liegt ca. 1,99 % über dem für das Jahr 2012 maßgeblichen Landesbasisfallwert von EUR 2.976,36. Da die tariflichen Mehrkosten für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der kommunalen Krankenhäuser insgesamt zwischen 3,5% und 4% liegen, bleibt hier eine erhebliche Deckungslücke. Selbst wenn die von der Bundesregierung beschlossenen Finanzhilfen für die bundesdeutschen Krankenhäuser in der bekanntgegebenen Form noch in 2013 in die Umsetzung gebracht werden sollten, würden diese wie in Vorjahren nicht ausreichen, die Deckungslücke zu schließen.

Mit dem im Entwurf vorliegenden Krankenhausplan NRW 2015 wird zwar die Teilgebieteplanung aufgegeben und damit den Krankenhäusern zunächst größere unternehmerische Freiheit eingeräumt. Allerdings sind in dem neuen Krankenhausplan weitgehende Vorgaben zur Strukturqualität enthalten. Hier werden insbesondere kleinere Krankenhäuser Schwierigkeiten haben, die als Voraussetzung für die Leistungserbringung vorgegebenen Kriterien der Strukturqualität zu erfüllen. Nach ersten Prüfungen dürften die verschiedenen Kliniken des Kreiskrankenhauses Mechernich den im Krankenhausplan 2015 vorgegebenen Strukturqualitäten weitestgehend gerecht werden. Auch der im Krankenhausplan vorgegebene Bettenabbau in Nordrhein-Westfalen in einer Größenordnung von rund 11.000 Betten dürfte für das Kreiskrankenhaus Mechernich keine größeren wirtschaftlichen Auswirkungen haben.

Mit der im August 2012 in die Nutzung überführten Tagespflegeeinrichtung am Liebfrauenhof in Schleiden sowie der für Mitte 2013 geplanten Eröffnung der Tagespflegeeinrichtung am Standort Zülpich werden die Angebote des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in der Altenpflege komplettiert. Der Konzern strebt damit eine weitere Stärkung seiner Wettbewerbsposition an. Dem stehen die

insbesondere am Standort Schleiden zu erwartenden längeren Anlaufverluste gegenüber.

Für das Jahr 2013 werden insgesamt keine Gefahren für die Entwicklung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gesehen.

3. Zukünftige Entwicklung (Prognosebericht)

Unter Berücksichtigung der positiven Leistungsentwicklung im Jahre 2012 und der auf dieser Grundlage zu erwartenden Entgeltvereinbarung für das Jahr 2013 geht die **Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH** davon aus, die nicht refinanzierten tariflich bedingten Mehrpersonalkosten aufzufangen und damit – wie in den Vorjahren – mit einem positiven Jahresergebnis abzuschließen. Die Erreichung des im Wirtschaftsplan für 2013 ausgewiesenen Jahresüberschusses von TEUR 686 wird weiterhin erwartet.

Die Belegung des Kreiskrankenhauses Mechernich stellt sich im 1. Quartal des Jahres 2013 bei den fachabteilungsbezogenen Fallzahlen mit 4.896 um 206 Fälle positiver dar als im Vorjahr (+ 4,4 %). Die Zahl der die Ertragsseite bestimmenden Case-Mix-Punkte ist im I. Quartal 2013 um insgesamt 82 Case-Mix-Punkte gestiegen. Allerdings konnte der Rückgang der Case-Mix-Punkte bei den Überliegern von ./.106 damit nicht komplett kompensiert werden. Aufgrund der positiven Entwicklung in den ersten drei Monaten erwartet die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, dass im Jahre 2013 insbesondere unter Berücksichtigung der neu etablierten Klinik für Handchirurgie und des weiteren Ausbaus der Gefäßchirurgie die Zahl der Case-Mix-Punkte des Jahres 2012 übertroffen werden kann.

Für die **übrigen Konzernunternehmen** ist folgendes festzuhalten:

Für die **Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH** wird für das Jahr 2012 ein positives Ergebnis von TEUR 206 ausgewiesen. Von dem Gesamtergebnis entfällt etwa ein Überschussanteil von TEUR 166 auf das von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Altenpflegeheim Barbarahof. Im I. Quartal 2013 ist bei 65 Planplätzen weiterhin die Vollausslastung erreicht worden. Im Zeitraum Januar bis März 2013 konnte die Geriatrische Rehabilitationsklinik das hohe Belegungsniveau des Vorjahres halten: Es waren durchschnittlich 42,8 Betten belegt (Vorjahr: 42,0). Für das I. Quartal des Jahres 2013 ist für die Einrichtungen der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH insgesamt nahezu ein ausgeglichenes Ergebnis ausgewiesen.

Wie in den Vorjahren hat die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das von der Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH getragene Medizinische Versorgungszentrum am Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH die Übernahme etwaiger Verluste zuge-

sagt, und zwar begrenzt auf einen Maximalbetrag von TEUR 75. Für das Jahr 2013 wird wieder mit einem positiven Ergebnis gerechnet, allerdings deutlich unterhalb des Jahresüberschusses 2012.

Für die von der **Liebfrauenhof Schleiden GmbH** getragenen Altenpflegeheime im und am Schloss Schleiden sowie in Zülpich resultiert für das Jahr 2012 ein Jahresüberschuss von TEUR 73. Während für das Altenpflegeheim Liebfrauenhof in Schleiden ein Überschuss von TEUR 126 ausgewiesen ist, hat das Brabenderstift in Zülpich für 2012 ein Defizit von ./. TEUR 53 zu verzeichnen. Bei Würdigung des Überschusses für den Liebfrauenhof in Schleiden sind die Auswirkungen der von der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH gewährten Mietreduzierung von 25 % und einer Höhe von rund TEUR 189 im Jahre 2012 zu berücksichtigen. In beiden Altenpflegeheimen reichten die Erlöse aus Pflege- und Betreuungsleistungen auch im Jahre 2012 nicht aus, um die mit der Leistungserbringung verbundenen Aufwendungen zu refinanzieren. Das Ergebnis im Leistungsbereich der Altenpflegeheime konnte im Vorjahresvergleich aber um TEUR 46 verbessert werden und trug so maßgeblich zur Erhöhung des Jahresergebnisses auf rund TEUR 73 bei. Die Unterdeckungen im Leistungsbereich resultierten insbesondere aus der Umsetzung des sogenannten Präsenzkraftkonzeptes, das über die vereinbarten Leistungsentgelte nicht finanziert werden konnte. In den Monaten Januar bis März 2013 konnte im Liebfrauenhof mit einer durchschnittlichen Belegung von 101,3 Plätzen ein deutlich besseres Ergebnis als im entsprechenden Vorjahreszeitraum erreicht werden. Für das Brabenderstift in Zülpich zeigt sich in den ersten drei Monaten des Jahres 2013 eine umgekehrte Entwicklung: Während im Zeitraum Januar bis März 2012 61,2 Plätze belegt waren, waren es in dem entsprechenden Zeitraum des Jahres 2013 58,6 belegte Plätze. Die im Wirtschaftsplan für das Jahr 2013 ausgewiesene „schwarze Null“ wird weiterhin als erreichbar angesehen.


Die **VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH** hat im Jahre 2012 ein positives Ergebnis von TEUR 122 erwirtschaftet. Allerdings hat sich die Entwicklung bei den verschiedenen Einrichtungen der VIVANT gGmbH sehr unterschiedlich dargestellt: Während die Sozialstationen in Zülpich, Mechernich und Weilerswist Überschüsse erwirtschaftet haben, haben die Sozialstation in Blumenthal sowie die Tagespflegeeinrichtungen am Barbarahof in Mechernich und am Liebfrauenhof in Schleiden negative Jahresergebnisse erwirtschaftet. Für das 1. Quartal 2013 ist für die VIVANT gGmbH ein positives Ergebnis von TEUR 26 ausgewiesen. Für das Jahr 2013 wird ein Ergebnis in der Größenordnung des Vorjahres erwartet.

Die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH hat auch für das Jahr 2012 für das von der **AmbuMed – Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH** getragene Medizinische Versorgungszentrum an der Olefmündung in Gemünd die Verluste übernommen: Insofern wird das Ergebnis der AmbuMed ausschließlich durch das Ambulante OP-Zentrum in Zülrich bestimmt. Für das Jahr 2012 ist unter Berücksichtigung periodenfremder Erträge ein Jahresüberschuss von TEUR 46 erwirtschaftet worden. Da sich aufgrund der Etablierung der Klinik für Handchirurgie im Kreiskrankenhaus Mechernich ein erheblicher Zuwachs bei den ambulanten Operationen darstellen wird, wird für die AmbuMed GmbH für das Jahr 2013 ein Ergebnis in ähnlicher Größenordnung erwartet. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH auch im Jahr 2013 etwaige Verluste des von der AmbuMed getragenen Medizinischen Versorgungszentrums an der Olefmündung in Gemünd bis zu einem Maximalbetrag von TEUR 75 übernimmt.

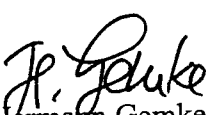
Die Geschäftsführung der **St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH** beziffert für das Jahr 2012 ein negatives Ergebnis von TEUR ./ 55. Für 2013 rechnet die Geschäftsführung bei Umsetzung verschiedener erlöserhöhender und kosten-senkender Maßnahmen mit einem insgesamt ausgeglichenen Ergebnis.

Unter Berücksichtigung des erwarteten Überschusses des Mutterunternehmens Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH sowie der Unterstützungsleistungen für verschiedene verbundene Unternehmen wird für den **Konzern** Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH in 2013 ein Ergebnis in der Größenordnung des Ergebnisses des Mutterunternehmens erwartet. Für 2014 werden aktuell keine Entwicklungen gesehen, die zu schlechteren Ergebniserwartungen als für das Jahr 2013 führen könnten.

Mechernich, 29. Mai 2013



(Dr. Hans Rossels)
Hauptgeschäftsführer



(Hermann Gemke)
Geschäftsführer



(Manfred Herrmann)
Geschäftsführer

Bericht über die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH für das Geschäftsjahr 2012

Der Gesellschaftsvertrag der Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH enthält in der für das Jahr 2012 geltenden Fassung (Notarurkunde vom 15. Juli 2010) in § 2 zum Gegenstand der Gesellschaft folgende Bestimmungen:

§ 2 – Gegenstand der Gesellschaft, Gemeinnützigkeit

- (1) Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Gesundheitspflege und Altenhilfe.


Dieser Zweck wird auf dem Gebiet des Kreises Euskirchen insbesondere verwirklicht durch die Erbringung von vollstationären, teilstationären und ambulanten medizinischen Leistungen, die Bereitstellung und Erbringung von Pflege-, Versorgungs- und Betreuungsleistungen für alte Menschen sowie die Erbringung aller damit zusammenhängenden Dienstleistungen.

- (2) Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Nebengeschäfte zu betreiben, die dem Zweck der Gesellschaft dienen. Darüber hinaus darf sie sich an anderen Gesellschaften beteiligen sowie die Betriebsführung von anderen Einrichtungen übernehmen, soweit damit der Zweck nach Absatz 1 erfüllt wird.

Hiermit erklären wir, dass die Betätigung des Konzerns Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH im Geschäftsjahr 2012 den Bestimmungen des § 2 des Gesellschaftsvertrags entsprochen hat.

Mechernich, den 21. Juni 2013

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH



(Dr. Hans Rossels)
Hauptgeschäftsführer



(Hermann Gemke)
Geschäftsführer



(Manfred Herrmann)
Geschäftsführer

[illegible]

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012
der
Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH, Mechernich

	2012		2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	54.293.440,31		52.197.353,32	
2. Erlöse aus Wahlleistungen	2.008.035,61		1.795.663,35	
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	2.523.992,33		2.448.094,43	
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	1.157.314,26		1.435.141,74	
5. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	6.400,00		45.400,00	
6. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentl. Hand, soweit nicht unter Nr. 10	1.510.491,83		1.390.268,70	
7. sonstige betriebliche Erträge	<u>4.232.632,60</u>	65.732.306,94	<u>4.255.270,43</u>	63.567.191,97
8. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	30.671.250,82		27.816.706,77	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung EUR 2.476.445,87 (im Vorjahr: EUR 2.284.668,00)	<u>7.746.853,60</u>	38.418.104,42	<u>7.128.035,85</u>	34.944.742,62
9. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	8.754.085,48		8.388.337,71	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>8.680.239,72</u>	17.434.325,20	<u>9.337.002,08</u>	17.725.339,79
Zwischenergebnis		9.879.877,32		10.897.109,56
10. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen, davon Fördermittel nach dem KHG EUR 1.914.342,52 (im Vorjahr: EUR 1.848.415,51)	1.914.342,52		1.848.415,51	
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	<u>2.665.125,62</u>	4.579.468,14	<u>2.662.740,42</u>	4.511.155,93
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten nach dem KHG und auf Grund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens	2.045.282,69		1.983.523,72	
13. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen	202.405,02		193.428,60	
14. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Inangasetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebes	3.540.850,83		3.424.052,71	
15. sonstige betriebliche Aufwendungen, davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre EUR 0,00 (im Vorjahr: EUR 0,00)	7.113.139,56		8.264.390,57	
		<u>12.901.678,10</u>		<u>13.865.395,60</u>
Zwischenergebnis		1.557.667,36		1.542.869,89
16. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge davon von verb. Unternehmen EUR 31,647,37 (im Vorjahr: EUR 41.373,29)	139.027,22		169.158,30	
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon für Betriebsmittelkredite EUR 0,62 (im Vorjahr: EUR 0,00)	628.791,64		601.313,71	
		<u>-489.764,42</u>		<u>-432.155,41</u>
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.067.902,94		1.110.714,48
19. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5.152,64		14.651,00	
20. sonstige Steuern	<u>17.181,17</u>	22.333,81	<u>17.045,17</u>	31.696,17
21. Jahresüberschuss		<u>1.045.569,13</u>		<u>1.079.018,31</u>

Geriatrisches Zentrum Zülpich GmbH, Mechernich

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva		31.12.2012		31.12.2011		Passiva	
		EUR		EUR		31.12.2011	
						EUR	
A. Anlagevermögen							
I. Immaterielle Vermögensgegenstände							
1. Lizenzen		7.262,34		5.731,34		5.704.000,00	5.704.000,00
2. Geschäftswert		72.533,60		115.850,14		-440.326,41	-440.326,41
		79.795,94		121.581,48		205.900,17	-13.983,17
II. Sachanlagen						5.455.590,59	5.249.690,42
1. Grundstücke und Bauten		15.803.430,83		16.221.431,83			
2. technische Anlagen		76.779,00		108.478,00		277.604,00	257.033,99
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung		604.794,52		672.664,19		277.604,00	257.033,99
4. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		141.790,19		0,00			
		16.626.794,54		17.002.574,02			
III. Finanzanlagen							
1. Beteiligungen		13.804,88		13.804,88		9.546.817,00	10.312.904,42
		13.804,88		13.804,88		169.664,75	154.223,26
		16.720.395,36		17.137.960,38		2.471.906,33	2.432.952,56
						227.505,21	211.923,59
B. Umlaufvermögen						12.415.893,29	13.112.003,83
I. Vorräte						24.441,03	19.939,55
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		52.340,47		47.799,50			
		52.340,47		47.799,50			
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände							
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		399.313,06		411.402,52			
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		0,00		5.816,78			
3. sonstige Vermögensgegenstände		154.266,12		133.673,58			
		553.579,18		550.892,88			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		165.631,81		116.457,72			
		771.551,46		715.150,10			
		681.582,09		795.557,31			
C. Rechnungsabgrenzungsposten							
		18.173.528,91		18.638.567,79		18.173.528,91	18.638.667,79

Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH, Meckernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2012

	2012	2011
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.353.291,21	5.768.745,82
2. Verminderung/Erhöhung des Bestands an unfertigen Erzeugnissen	0,00	0,00
2. sonstige betriebliche Erträge	2.624.061,46	2.908.586,39
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-693.871,75	-677.500,23
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-1.376.703,56	-1.779.007,30
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-2.827.276,09	-2.451.283,25
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-755.013,07	-634.908,86
(davon für Altersversorgung: € 194.686,99; 2011: € 167.518,25)		
5. Abschreibungen auf Sachanlagen	-623.792,06	-643.803,59
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-2.003.991,95	-1.976.035,03
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	7.553,65	9.844,52
(davon aus verbundenen Unternehmen: € 244,20; 2011: € 244,20)		
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-491.350,78	-531.823,42
(davon an verbundene Unternehmen: € 38.856,38; 2011: € 49.359,81)		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	212.907,06	-7.184,95
9. sonstige Steuern	-7.006,89	-6.798,22
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	205.900,17	-13.983,17

Anlage I

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> TEUR
1. Umsatzerlöse	6.704.601,08	6.620
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>195.298,06</u>	<u>66</u>
	6.899.899,14	6.686
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	493.759,34	471
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>864.954,11</u>	<u>981</u>
	1.358.713,45	1.452
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	2.545.689,86	2.161
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	625.930,02	526
- davon für Altersversorgung		
119.456,96 EUR (Vorjahr 103 TEUR)		
	<u>3.171.619,88</u>	<u>2.687</u>
Zwischenergebnis	2.369.565,81	2.547
5. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	234,00	1
6. Abschreibungen auf Sachanlagen	527,00	1
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.308.496,87</u>	<u>2.530</u>
Zwischenergebnis	60.775,94	17
8. Zinsen und ähnliche Erträge	14.965,78	18
- davon aus verbundenen Unternehmen		
14.313,85 EUR (Vorjahr 16 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2.454,48	4
- davon für Betriebsmittelkredite		
2,22 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
- davon aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen		
200,00 EUR (Vorjahr 0 TEUR)		
	<u>12.511,30</u>	<u>14</u>
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/zugleich Jahresüberschuss	<u>73.287,24</u>	<u>31</u>

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2012

	2012	2011
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	751.163,69	753.076,34
2. sonstige betriebliche Erträge	110.747,53	142.912,34
3. Materialaufwand:		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-120.273,45	-134.086,77
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-41.996,79	-37.718,09
4. Personalaufwand:		
a) Löhne und Gehälter	-284.179,78	-288.689,82
b) soziale Abgaben	-47.464,47	-48.271,32
5. Abschreibungen:		
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-105.967,29	-97.522,43
b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in der Kapitalgesellschaft üblichen Abschreibungen überschreiten	0,00	-1.149,92
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-175.157,70	-176.947,42
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen: € 132,00; 2011: € 132,00	177,95	229,71
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen: € 8.809,48; 2011: € 7.275,59)	-41.334,18	-65.655,11
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	45.715,51	46.177,51
Jahresüberschuss	45.715,51	46.177,51

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechernich

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva		Passiva	
	31.12.2012 EUR		31.12.2011 EUR
A. Anlagevermögen		A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		I. Gezeichnetes Kapital	25.000,00
1. Lizenzen	0,00	II. Gewinnvortrag	45.391,10
II. Sachanlagen		III. Jahresüberschuss	9.069,72
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.331,00		79.460,82
III. Finanzanlagen			70.391,10
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00		
	26.331,00	B. Rückstellungen	
		1. Steuerrückstellungen	366,04
		2. sonstige Rückstellungen	21.500,00
			21.866,04
B. Umlaufvermögen		C. Verbindlichkeiten	
I. Vorräte		1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	79.516,01
1. Waren	233.695,79	2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	162.706,21
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		3. sonstige Verbindlichkeiten	799,31
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.938,40	davon aus Steuern: EUR 624,31; 2011: EUR 2.996,37	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	36.161,31	davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 0,00;	
3. sonstige Vermögensgegenstände	908,52	2011: EUR 2.597,33	
	55.008,23		243.021,53
	29.447,33		
III. Guthaben bei Kreditinstituten			
	318.151,35		
	344.482,35		344.482,35
			765.580,42

KKM Servicegesellschaft mbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2012

	2012	2011
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	6.381.050,63	7.997.710,87
2. sonstige betriebliche Erträge	0,00	5,73
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für bezogene Waren	-5.882.388,99	-5.617.886,30
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	-260.271,53	-234.877,03
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-97.712,43	-1.566.584,08
b) Soziale Abgaben	-11.949,66	-356.299,61
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände	-537,69	-469,47
6. sonstige betriebliche Aufwendungen	-101.904,86	-194.309,21
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	574,07	250,77
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-13.800,00	-13.912,15
(davon an verbundene Unternehmen: € 13.800,00; 2010: € 13.800,00)		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	13.059,54	13.629,52
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-3.989,82	-4.169,50
Jahresüberschuss	9.069,72	9.460,02

KKM Gebäudedienste GmbH, Mechernich

Gewinn- und Verlustrechnung für das
Geschäftsjahr 2012

	2012	2011
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.032.608,48	982.303,78
2. sonstige betriebliche Erträge	301,81	447,46
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-680.199,02	-637.499,61
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung	-160.080,18	-148.171,48
4. Abschreibungen auf Sachanlagen	-2.858,00	-907,13
5. sonstige betriebliche Aufwendungen	-181.328,03	-186.480,69
6. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	320,73	535,91
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	8.765,79	10.228,24
7. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-2.665,47	-3.118,79
Jahresüberschuss	6.100,32	7.109,45

Bilanz zum 31. Dezember 2012

<u>AKTIVSEITE</u>		<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>	<u>PASSIVSEITE</u>		<u>31.12.2012</u>	<u>31.12.2011</u>
		EUR	TEUR			EUR	TEUR
A. ANLAGEVERMÖGEN				A. EIGENKAPITAL			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				I. Gezeichnetes Kapital		25.050,00	25
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		3.145,00	6	II. Gewinnrücklagen		610,00	1
II. Sachanlagen				III. Gewinnvortrag		687.665,36	554
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		59.264,00	41	IV. Jahresüberschuss		<u>121.983,08</u>	<u>133</u>
						835.308,44	713
B. UMLAUFVERMÖGEN				B. RÜCKSTELLUNGEN			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				Sonstige Rückstellungen		383.801,57	254
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		422.179,45	303				
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		732.081,06	645	C. VERBINDLICHKEITEN			
3. Sonstige Vermögensgegenstände		<u>33.848,92</u>	<u>9</u>	1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		21.006,54	22
		1.188.109,43	957	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		64.835,51	49	21.006,54 EUR (Vorjahr 22 TEUR)			
				2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		44.876,51	31
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
				44.876,51 EUR (Vorjahr 31 TEUR)			
				3. Sonstige Verbindlichkeiten		35.022,88	38
		<u>4.682,00</u>	<u>5</u>	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr			
				35.022,88 EUR (Vorjahr 38 TEUR)			
				- davon aus Steuern			
				13.996,47 EUR (Vorjahr 19 TEUR)			
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN							
						<u>100.905,93</u>	<u>91</u>
						<u>1.320.015,94</u>	<u>1.058</u>

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2012

	<u>2012</u> EUR	<u>2011</u> TEUR
1. Umsatzerlöse	2.954.866,77	2.770
2. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	100.452,38	86
3. Sonstige betriebliche Erträge	<u>73.690,61</u>	<u>120</u>
	3.129.009,76	2.976
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	181.156,36	192
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>150.904,30</u>	<u>373</u>
	332.060,66	565
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	1.635.385,73	1.421
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	329.829,46	282
- davon für Altersversorgung		
4.772,49 EUR (Vorjahr 7 TEUR)	<u> </u>	<u> </u>
	1.965.215,19	1.703
Zwischenergebnis	831.733,91	708
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.301,02	16
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>708.338,25</u>	<u>571</u>
Zwischenergebnis	108.094,64	121
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15.802,47	14
- davon aus verbundenen Unternehmen		
15.128,44 EUR (Vorjahr 13 TEUR)		
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	483,00	1
- davon aus der Aufzinsung langfristiger Rückstellungen		
483,00 EUR (Vorjahr 1 TEUR)	<u> </u>	<u> </u>
	15.319,47	13
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	123.414,11	134
11. Sonstige Steuern	<u>1.431,03</u>	<u>1</u>
12. Jahresüberschuss	<u>121.983,08</u>	<u>133</u>

Bilanz

Aktiva

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR		EUR	
A. ANLAGEVERMÖGEN				
I. Sachanlagen				
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	57.675,00		20.749,00	
II. Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59		25.564,59	
	83.239,59		46.313,59	
B. UMLAUFVERMÖGEN				
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen gegen Gesellschafter	5.567,18		5.567,18	
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	1.275.321,18		1.195.350,13	
davon aus Lieferungen und Leistungen				
EUR 186.726,92 (i. V. EUR 176.284,49)				
3. Sonstige Vermögensgegenstände	27.544,88		14.657,67	
II. Kassenbestand	1.308.433,24		1.215.574,98	
	234,02		160,45	
	1.308.667,26		1.215.735,43	
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN				
	2.250,00		250,00	
	1.394.156,85		1.262.299,02	

Passiva

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR		EUR	
A. EIGENKAPITAL				
I. Kapitalanteile der Kommanditisten	511.291,88		511.291,88	
II. Rücklagen der Kommanditisten	924.435,41		924.435,41	
III. Gewinnrücklage	3.494,52		3.494,52	
IV. Verlustsonderkonten der Kommanditisten	-279.841,93		-393.182,81	
	1.159.379,88		1.046.039,00	
B. RÜCKSTELLUNGEN				
1. Steuerrückstellungen	26.749,00		5.110,00	
2. Sonstige Rückstellungen	41.110,00		38.688,15	
	67.859,00		43.798,15	
C. VERBINDLICHKEITEN				
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.534,03		21.169,28	
2. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	130.060,10		128.480,25	
davon gegenüber verbundenen Unternehmen				
EUR 92.279,81 (i.V. EUR 95.487,44)				
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	610,63		1.462,42	
4. Sonstige Verbindlichkeiten	14.713,21		21.349,92	
davon aus Steuern EUR 11.273,46 (i.V. EUR 16.840,71)				
	166.917,97		172.461,87	
	1.394.156,85		1.262.299,02	

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012	2011
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	891.179,99	827.064,12
2. Sonstige betriebliche Erträge	22.735,14	22.637,27
3. Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	2.710,79	715,07
4. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	15.577,16	14.738,75
5. Sonstige betriebliche Aufwendungen	721.391,34	724.038,51
6. Erträge aus Beteiligungen	0,00	28.143,76
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	4.031,47	10.488,81
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.940,85	4.121,42
davon an verbundene Unternehmen EUR 2.202,99 (i.V. EUR 2.779,04) davon aus Aufzinsung EUR 1.011,85 (i.V. EUR 829,73)		
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	174.326,46	144.720,21
10. Steuern vom Ertrag	22.981,00	5.110,00
11. Sonstige Steuern	224,29	216,00
12. Jahresüberschuss	151.121,17	139.394,21
13. Gutschrift auf Verlustsonderkonten der Kommanditisten	113.340,88	104.545,66
14. Gutschrift auf Gesellschafterkonten	37.780,29	34.848,55
15. Bilanzgewinn	0,00	0,00

Lagebericht für das Geschäftsjahr vom
1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

Lage der Gesellschaft, Geschäftsverlauf, Umsatz und Ergebnis

Die Brutto-Werbeaufwendungen sind in Deutschland im Jahr 2012 um insgesamt 0,9% zum Vorjahr gestiegen. Deutliche Zuwächse gab es insbesondere in der Mediengattung „Online“ mit 17,3%. TV-Werbegelder stiegen um 2,0%, die Werbeaufwendungen im Bereich „Radio“ stiegen um 5,2%. Die Mediengattung „Radio“ konnte ihren Marktanteil leicht von 5,7% in 2011 auf 5,9% in 2012 verbessern.

Der Marktanteil der Rheinland Kombi als Zusammenschluss der sieben lokalen Radiosender unter der Führung der Mediengruppe M. DuMont Schauberg GmbH & Co. KG blieb 2012 konstant zum Vorjahr, die Werbeaufwendungen konnten um brutto 6,7% vermindert werden.

Die Radio Euskirchen GmbH & Co. KG schließt das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss von TEUR 151 ab und liegt damit leicht über dem Vorjahresergebnis (TEUR 139) und deutlich über Plan (TEUR 21). Der Jahresüberschuss 2012 entspricht einer Umsatzrendite von 17,0% (Vorjahr 16,8%).

Die über die HSG Hörfunk Service GmbH akquirierten Werbeerlöse liegen mit TEUR 579 um 6,9% (TEUR 43) niedriger als im Vorjahr, fallen jedoch deutlich höher als geplant aus.

Die Vertriebsprovisionen des Mantelprogramzulieferers Radio NRW konnten um TEUR 107 auf TEUR 312 verbessert werden.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind mit TEUR 721 leicht zum Vorjahr gesunken. Hierin enthalten sind die Kosten der Veranstaltergemeinschaft, die mit TEUR 321 um TEUR 26 zum Vorjahr gestiegen sind. Alle anderen Betriebskosten bleiben unter den Vorjahreswerten.

Die Hörer-Reichweiten des Senders Radio Euskirchen „Hörer gestern Montag-Freitag“ sind von 21% im März 2011 auf 28,4% im März 2012 gestiegen. Hieraus resultieren auch die höheren Vertriebsprovisionen.

Liquidität und Finanzstruktur

Die Vermögens- und Finanzlage ist sehr solide. Mit einem Eigenkapital von TEUR 1.159 beträgt die Eigenkapitalquote 83,1%.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Lage der Gesellschaft nach Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft, wesentliche Chancen und Risiken

Die Planung für das Geschäftsjahr 2013 geht von einem Jahresüberschuss von TEUR 51 aus. Hierin sind die Vertriebsprovisionen von Radio NRW mit TEUR 280 enthalten, zu TEUR 312 in 2012. Die Werbeerlöse einschließlich Onlineerlöse sind mit TEUR 527 berücksichtigt.

Auf Basis der Reichweitenergebnisse von März 2013 hat sich die „Hörer gestern Montag bis Freitag“-Reichweite auf 31,8% verbessert und erreicht damit ein Allzeithoch. Hieraus resultieren für 2013 die Vertriebsprovisionen von Radio NRW in Höhe von TEUR 283, die nahezu dem Planwert entsprechen. Die Werbeerlöse im Januar und Februar 2013 liegen deutlich über Plan und Vorjahr. Auf dieser Basis wird sich voraussichtlich auch das Jahr 2014 entwickeln.

Die Geschäftsführung sieht für die Jahre 2013 und 2014 keine besonderen Risiken.

Euskirchen, 8. März 2013

- Geschäftsführung -

Bilanz

AKTIVA	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR	PASSIVA	31.12.2012 EUR	31.12.2011 EUR
UMLAUFVERMÖGEN			A. RÜCKSTELLUNGEN		
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände Sonstige Vermögensgegenstände	2.995,41	4.119,57	Sonstige Rückstellungen	3.200,00	3.000,00
II. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	6.242,43	5.603,18	B. VERBINDLICHKEITEN	6.037,84	6.722,75
	/		Sonstige Verbindlichkeiten - mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr - - davon aus Steuern EUR 5.370,37 (i. V. EUR 6.074,92) - - davon im Rahmen der sozialen Sicherheit EUR 667,47 (i. V. EUR 647,83) -		
	9.237,84	9.722,75		9.237,84	9.722,75

Veranstaltergemeinschaft für lokalen Rundfunk im Kreis Euskirchen e.V., Euskirchen

Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

Gewinn- und Verlustrechnung

	2012 EUR	2011 EUR
1. Sonstige betriebliche Erträge	321.096,59	295.655,65
2. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	69.035,74	56.880,77
3. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	196.549,67	188.297,96
b) Soziale Abgaben	38.599,18	37.541,21
	235.148,85	225.839,17
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen	16.132,16	12.274,63
5. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	779,84	661,08
6. Sonstige Steuern	779,84	661,08
7. Jahresüberschuss	0,00	0,00

BILANZ zum 31. Dezember 2012

AKTIVA

A. Umlaufvermögen

I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sonstige Vermögensgegenstände

- Davon gegen Gesellschaftler Euro 1.859,84 (Euro 0,00)

II. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

B. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag

	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
	2.437,46	1.419,71
	212,14	11.414,11
	550,40	26.818,80
	3.200,00	39.652,62

BILANZ zum 31. Dezember 2012

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Gezeichnetes Kapital

II. Kapitalrücklage

III. Bilanzverlust

Nicht gedeckter Fehlbetrag

Buchmäßiges Eigenkapital

B. Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen

C. Verbindlichkeiten

Sonstige Verbindlichkeiten

- Davon aus Steuern Euro 0,00 (Euro 2.538,22)

- Davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 0,00
(Euro 2.538,22)

	31.12.2012 Euro	31.12.2011 Euro
	25.600,00	25.600,00
	29.757,48	0,00
	55.907,88-	52.418,80-
	550,40	26.818,80
	0,00	0,00
	3.200,00	17.114,40
	0,00	22.538,22
	3.200,00	39.652,62

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Sonstige betriebliche Erträge	-	
a) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	728,43	29,00
b) Sonstige Erträge im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<u>0,00</u> 728,43	<u>829,22</u> 858,22
2. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	0,00	2.455,22-
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und für Unterstützung	<u>0,00</u> 0,00	<u>1.502,98-</u> 3.958,20-
3. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anla- gevermögens und Sachanlagen sowie auf aktivierte Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweite- rung des Geschäftsbetriebs	0,00	3.811,00-
- davon außerplanmäßige Abschreibungen nach § 253 (2) Satz 3 HGB Euro 0,00 (Euro -2.477,00)		
4. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
a) Ordentliche betriebliche Aufwendungen		
aa) Versicherungen, Beiträge und Abgaben	53,50-	0,00
ab) Verschiedene betriebliche Kosten	<u>4.127,01-</u> 4.180,51-	<u>13.390,67-</u> 13.390,67-
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,00	192,95
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>37,00-</u>	<u>9.340,36-</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	3.489,08-	29.449,06-
8. Sonstige Steuern	0,00	1.860,20-
9. Jahresfehlbetrag	<u>3.489,08-</u>	<u>31.309,26-</u>
10. Vortrag auf neue Rechnung	52.418,80-	21.109,54-
11. Bilanzverlust	<u><u>55.907,88-</u></u>	<u><u>52.418,80-</u></u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH
Schleiden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	%	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		101.873,66	100,00	63.503,16
2. sonstige betriebliche Erträge		560.952,62	550,64	486.868,96
3. Materialaufwand				
a) Aufwendungen für bezogene Leistungen		36.898,17	36,22	0,00
4. Personalaufwand				
a) Löhne und Gehälter	121.823,51			43.714,77
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>30.065,96</u>			<u>12.447,56</u>
- davon für Altersversorgung EUR 2.640,00 (EUR 880,00)		151.889,47	149,10	56.162,33
5. Abschreibungen				
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		12.393,05	12,17	23.472,38
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		466.501,25	457,92	428.878,58
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>978,29</u>	0,96	<u>980,25</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		3.877,37-	3,81	42.839,08
9. sonstige Steuern		<u>246,00</u>	0,24	<u>246,00</u>
10. Jahresfehlbetrag		<u>4.123,37</u>	4,05	<u>42.593,08-</u>

Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH

Lagebericht für das Jahr 2012

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wurde am 09.05.2005 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist die nationalparkverträgliche, denkmalgerechte und geschichtsverantwortliche Entwicklung des Standortes „Burg Vogelsang“ gemäß dem Leitbild **vogelsang ip** zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“. Sitz der Gesellschaft ist Schleiden.

Mit notarieller Beurkundung am 03.12.2008 wurde die Gesellschaft umstrukturiert und fortgeführt. Die bis zum 31.12.2008 befristete Laufzeit wurde bis zum 31.12.2013 verlängert. Aufgrund der Gründung der StädteRegion Aachen als Rechtsnachfolgerin des Kreises Aachen wurde der Gesellschaftsvertrag mit Beurkundung am 11.05.2010 redaktionell angepasst. Gleichzeitig wurden die neuen Vorschriften des Transparenzgesetzes in den Gesellschaftsvertrag integriert. Am Stammkapital in Höhe von 36.000,- € sind das Land Nordrhein-Westfalen und die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit jeweils 12.000,- € beteiligt. Am regionalen Anteil in Höhe von 12.000,- € hält der Kreis Euskirchen einen Geschäftsanteil von 6.480,- €, die StädteRegion Aachen einen Geschäftsanteil von 2.160,- €, der Kreis Düren einen Geschäftsanteil von 2.160,- € und die Stadt Schleiden einen Geschäftsanteil von 1.200,- €.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH wird über Geschäftsbesorgungsverträge von der NRW.URBAN GmbH & Co. KG mit der Geschäftsführung, dem Projektmanagement und der Projektassistenz betreut.

1.1 Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

Grundlage der Geschäftstätigkeit ist neben dem Gesellschaftsvertrag die „Rahmenvereinbarung über die weitere Entwicklung des Konversionsstandortes Vogelsang“ von Mai 2008 und die Vereinbarung mit der Bundesanstalt vom März 2009, in der insbesondere die Abwicklung der Investitionsmaßnahmen Infrastruktur durch die SEV näher geregelt werden.

Einer der Schwerpunkte der Tätigkeit der SEV im Jahr 2012 war die Projektentwicklung der Kernnutzungen der 1. Entwicklungsstufe. Abgeschlossen werden konnte der Umbau des ehemaligen Truppenkinos des Standortes zum neuen „Kulturkino vogelsang ip“ mit der Inbetriebnahme im März 2012. Nicht zustande gekommen ist der Verkauf des Kinogebäudes an eine private Stiftung.

Im Mai wurde der Gebäudekomplex um den „Adlerhof“ an die vogelsang ip gemeinnützige GmbH übertragen. Zeitgleich starteten die Umbaumaßnahmen für das neue Forum Vogelsang zum zentralen Informations- und Bildungszentrum mit den beiden Kernaussstellungen NS-Dokumentation und Nationalparkzentrum. Die Fertigstellung und Eröffnung dieses Leitprojektes für die Tourismus-, Bildungs- und Kulturdestination vogelsang ip ist für Mai 2014 geplant. Die Besucherführung musste, bedingt durch die Baustelle, neu organisiert werden.

Unklar ist weiterhin die zeitliche Umsetzung der anderen Kernprojekte Nationalparkforstamt und Jugendherberge / Jugendwaldheim. Das von der SEV zur Ansiedlung des Nationalparkforstamtes im Malakoff-Gebäude durchgeführte europaweite Offene Verfahren zur Gewinnung eines Investors brachte kein zu wertendes Ergebnis und wurde aus formalen Gründen aufgehoben. In einem immobilienwirtschaftlichen Gutachten wird zurzeit eine weitere Variante, die Unterbringung im „Fahrzeughof Malakoff“ untersucht.

Für die als Internationale Begegnungsstätte geplante Jugendherberge in Trägerschaft des Deutschen Jugendherbergswerks Landesverband Rheinland konnte sich im Jahr 2012, nach dem Beschluss der Landesregierung NRW Ende 2011 diese nicht mit EU-Mitteln zu fördern, auf kein neues Finanzierungskonzept verständigt werden. Die Realisierung der beiden Kernprojekte Jugendherberge und Jugendwaldheim und damit die Schaffung von günstigen Übernachtungsmöglichkeiten am Standort ist aber unabdingbare Voraussetzung für die weitere Ansiedlung privater Nutzungen und die Durchführung mehrtägiger Angebote. Ziel ist daher die Klärung der Finanzierungsfragen im Jahr 2013.

Aufgrund der geringen Nachfrage privater Investoren und der immer wieder auftretenden Differenzen der Partner hinsichtlich der Ausrichtung der Gesamtentwicklung, hat die Geschäftsführung das Papier „Vogelsang 2020 | Perspektiven der Standortentwicklung“ entworfen. Darin sind die in den letzten zehn Jahren geschaffenen Grundlagen und operationellen Grundsätze, das beschlossene räumliche Entwicklungsmodell und der programmatische Korridor für weitere Einzelprojekte am Standort beschrieben. Eine fiktive Reportage aus dem Jahr 2020 vermittelt ein Bild, wie sich der Standort in den nächsten acht Jahren entwickeln könnte. Das Papier sollte damit der Verständigung der Partner dienen sowie potentiellen

Investoren die mittelfristige Perspektive des Konversionsstandortes vermitteln. Die Standortpartner haben das Papier einhellig begrüßt, ein Beschluss im Aufsichtsrat ist aber nicht erfolgt.

Die Ansiedlung privater Nutzer ist weiterhin schwierig. Umso erfreulicher ist, dass mit den Verkäufen des Kameradschaftshauses Nr. 10 als Rotkreuz Museum und einer Aktionsfläche am Transitgebäude 59 sowie der Anmietung des Kameradschaftshauses Nr. 13 das Engagement des Deutschen Rotes Kreuz Kreisverband Euskirchen am Standort weiter gefestigt wurde. Die Ansiedlung der Astronomie-Werkstatt steht kurz vor Vertragsabschluss, die Eröffnung der Sternwarte ist für den Sommer 2013 geplant. Gemeinsam mit dem Betreiber, Herrn Bardenhagen, und dem Nationalparkforstamt wurde der Prozess zur Einrichtung eines Sternenreservates als touristisches Alleinstellungsmerkmal in der Region angestoßen. Der Initiator des sogenannten „Outdoor Zentrum“ will sein Vorhaben in Vogelsang, aufgrund der seiner Ansicht nach unklaren Gesamtentwicklung, nicht weiterverfolgen. Die Entwicklung des barrierefreien „Panoramasteges“ gemeinsam mit einem privaten Investor wird weiterverfolgt, ist aber aufgrund von Bedenken des Denkmalschutzes schwierig. Weiter betrieben wird auch die angestoßene Entwicklung eines „Vogelsang-Hotels“. In einer im Auftrag der SEV erstellten Machbarkeitsstudie wird von Jones Lang LaSalle Hotels die Errichtung eines 3 Sterne-Hotels empfohlen, die Chancen für die Akquisition eines Betreibers und Investors zum gegenwärtigen Entwicklungsstand allerdings als schwierig eingeschätzt.

Im Rahmen einer Pressekonferenz der SEV am 17.04.2012 wurde auf zehn Jahre Konversionsprozess in Vogelsang zurückgeblickt und eine positive Zwischenbilanz gezogen. Als dauerhaftes Marketinginstrument wurde gemeinsam mit der vogelsang ip gemeinnützige GmbH im Jahr 2012 wieder eine Ausgabe der Bauzeitung „ip.news“ herausgebracht. Auf der Immobilienmesse EXPO REAL Anfang Oktober hat die SEV mit dem Geländemodell und einem Workshop für die Ansiedlung eines hochwertigen Hotels am Standort geworben.

Im Aufgabenbereich Infrastrukturmaßnahmen hat die SEV im Jahr 2012 mit der Sanierung des Schmutzwassernetzes begonnen. Das Leitungsnetz soll, auf Grundlage der mit der Stadt Schleiden abgeschlossenen Vereinbarung, bis spätestens 01.07.2013 an die Stadt übertragen werden. Für die Versickerung der Regenwässer der nicht übertragenen Gebäude wurde ein Konzept erarbeitet. Das in Abstimmung mit den Nutzern und Behörden durch das Büro sinai erstellte „Rahmenkonzept Freiraum, Erschließung, Beleuchtung“ wurde als Grundlage für die weitere Entwicklung beschlossen. Es dient der SEV und allen vorhandenen und künftigen Nutzern als Leitfaden für Planungen und Investitionsentscheidungen und wird Bestandteil künftiger Kaufverträge. Für die künftige Beleuchtung des Standortes mit dem Ziel

der Realisierung im Jahr 2014 wurde eine Vorplanung erstellt. Für die angedachte ÖPNV-Wendeschleife sind in Abstimmung mit dem Kreis Euskirchen die Fördermöglichkeiten geklärt worden. Ziel ist die Planung im Jahr 2013 und die Realisierung im Jahr 2014. Zur Versorgung des Hangbereiches mit Wasser und Gas wurde ein Stufenkonzept erstellt. Ein erster Abschnitt zur Anbindung des Rotkreuz Museums soll im Frühjahr 2013 gebaut werden. Geplant und abgestimmt wurden zudem zwei Maßnahmen zum Erhalt der historischen Bausubstanz im Hangbereich: Sanierung der Stützwände und der unterirdischen Räume.

Das ab Mai 2011 umgesetzte Geländemanagement-Modell „Bürgerarbeit“ wurde im Jahr 2012 erfolgreich weitergeführt. Alle „öffentlichen“ und noch nicht zur Nutzung übertragenen Flächen des Standortes konnten gemäß den Vereinbarungen mit den Nutzern unterhalten und gepflegt werden. Die personalintensiven Serviceleistungen wurden im Jahr 2012 durch zehn bei der SEV angestellte „Bürgerarbeiter“ unter Anleitung des Geländehausmeisters erbracht. Da die Förderung der Bürgerarbeit durch das Bundesverwaltungsamt spätestens im April 2014 ausläuft, ist im Jahr 2013 eine Folgemodell „Geländemanagement 2014 ff.“ zu entwickeln und mit den Nutzern abzustimmen.

Ergänzend zu den bereits als Einzeldenkmale eingetragenen Gebäuden beabsichtigt die Bezirksregierung Köln, die Gesamtfläche der Liegenschaft Vogelsang flächendeckend unter Denkmalschutz zu stellen. Gleichzeitig soll der nördliche, etwa 54 ha umfassende Bereich als Bodendenkmal ausgewiesen werden. Die formalen Verfahren wurden eingeleitet. Im Rahmen der Anhörung hat sich die SEV in beiden Verfahren gegen die Ausweisung ausgesprochen, da die Gefahr gesehen wird, dass durch die zusätzliche denkmalrechtliche Unterschutzstellung des Standortes potentielle Nutzer und Investoren abgeschreckt werden.

1.2 Überblick über den Geschäftsverlauf vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen und branchenspezifischen Rahmenbedingungen

Aufgrund der Großbaustelle für das neue Forum Vogelsang musste der Besucherbetrieb im zentralen Bereich des Geländes neu organisiert werden. Der „Adlerhof“ und die umgebenden Gebäude sind für Besucher nicht mehr zugänglich. Für den laufenden Betrieb stehen im Kulturkino wesentlich kleinere Flächen zur Verfügung. Erwartungsgemäß sind die Besucherzahlen am Standort im Jahr 2012 spürbar zurück gegangen. Das Besucheraufkommen, welches im Jahr 2011 nochmals gegenüber dem Vorjahr auf 200.500 leicht angestiegen war, ging damit seit Öffnung des Geländes am 01.01.2006 erstmals zurück. Nach einer vorläufigen Auswertung der vogelsang ip gemeinnützige GmbH betrug es im Jahr 2012 ca. 172.500. Dies entspricht einem Rückgang von ca. 14 Prozent. Für das Jahr 2013 wird vor dem Hintergrund der unveränderten Baustellensituation mit einer weiterhin reduzierten Besucherzahl gerechnet.

Ungebrochen ist auch im Jahr 2012 die im Vergleich zu anderen Destinationen in der Eifel überregional hohe Attraktivität des Standortes. Vogelsang ist auch durch die überregional beachteten Veranstaltungen und Ausstellungen weiterhin auf einem guten Weg zu einem „Internationaler Platz im Nationalpark Eifel“, welcher durch die Eröffnung des „Kulturkino vogelsang ip“ neue Impulse erhalten hat. Durch die neu generierte Wertschöpfung dient Vogelsang heute schon dem Wachstum bzw. der Stabilisierung der Tourismuswirtschaft und damit der Sicherung der Arbeitsplatzsituation in der Region. Bisher wurden in Vogelsang schon mehr als sechzig neue Arbeitsplätze geschaffen.

Auch im Jahr 2012 waren die Auswirkungen aus der Finanzkrise bei der Vermarktung des Standortes spürbar. Bei der Umsetzung der mit privatem Kapital zu finanzierenden Projekte ist weiterhin eine deutliche Zurückhaltung zu verzeichnen. Die Investitionsbereitschaft von privater Seite kann insgesamt als gering bezeichnet werden. Mit der „Astronomie-Werkstatt“ steht eine private Ansiedlung kurz vor der Realisierung, von der Signalwirkung für weitere private Interessenten ausgehen kann. Mit dem „Vogelsang-Hotel“ und dem „Panoramasteg“ befinden sich zwei weitere privat zu finanzierende Projekte in der Entwicklungsphase.

Umso wichtiger für die weitere Gesamtentwicklung ist es daher, dass mit dem Bau des Leitprojektes, dem Forum Vogelsang, im Mai 2012 begonnen wurde. Bei den beiden anderen Kernprojekten Jugendherberge / Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt kam es zu weiteren zeitlichen Verzögerungen. Die Impulse, die von der Realisierung den öffentlich finan-

zierten Kernprojekten der 1. Entwicklungsstufe für die Privatwirtschaft zu erwarten sind, werden dringend zur Akquisition weiterer Nutzungen benötigt.

Daher ist es für den weiteren Entwicklungsprozess wichtig, die Finanzierungsfragen im Falle der Jugendherberge im Jahr 2013 zu lösen und das Vorhaben zeitnah zu realisieren. Auch für die Realisierung des Nationalparkforstamtes durch einen privaten Investor sollten kurzfristig die Verfahrensschritte geklärt werden. Wünschenswert ist nach wie vor die Nutzung des „Malakoff-Komplexes“, um beispielgebend die Nutzung der denkmalgeschützten Bausubstanz zu zeigen.

1.3 Darstellung der Entwicklung der Geschäftstätigkeit in 2012

Im Geschäftsjahr 2012 hat die SEV ihren Geschäftsbetrieb mit den im Kontext beschriebenen Schwerpunkten fortgeführt. Einnahmen für die Projektentwicklung generierte die Gesellschaft aus Fördermitteln und den Beiträgen der Gesellschafter. Insgesamt betrugen die Einnahmen 450.000,00 € (Vorjahr 450.000,00 €), die sich aus Mitteln der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (150.000,00 €), des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (150.000,00 €) und der regionalen Gesellschafter (150.000,00 €) zusammensetzen.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ wurde der im Jahr 2011 aufgenommene Betrieb und Unterhalt für das Gesamtgelände im Auftrag der Nutzer und Eigentümer fortgeführt. Sämtliche Ausgaben werden durch die Beiträge der Nutzer und Eigentümer gedeckt. Die Gesellschaft erzielt in diesem Geschäftsbereich über die Gesamtlaufzeit also weder Gewinne noch entstehen ihr Verluste.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.123,37 € (Vorjahr Jahresüberschuss 42.593,08 €) ab.

2. Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage

2.1. Vermögenslage

Die Vermögenslage der Gesellschaft hat sich gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändert. Die Struktur unseres kurz- und langfristig gebundenen Vermögens und unsere Verbindlichkeiten halten wir stabil.

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite durch das Umlaufvermögen geprägt. Das Umlaufvermögen wird im Wesentlichen durch die flüssigen Mittel in Höhe von 119.354,41 €

(Vorjahr: 152.340,47 €) dargestellt. Es handelt sich um Einnahmen aus Fördermitteln und den Beiträgen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben und der regionalen Gesellschafter sowie Beiträgen der Nutzer zum Geländemanagement. Die Fördermittel stammen aus Städtebaumitteln des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr (MBWSV). Auf der Passivseite stehen dem Umlaufvermögen insbesondere das Eigenkapital in Höhe von insgesamt 147.875,74 € (Vorjahr: 151.999,11 €) gegenüber.

2.2. Ertragslage

Im Jahr 2012 entsteht ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 4.123,37 € gegenüber einem Jahresüberschuss in Höhe von 42.593,08 € im Jahr 2011. Erträgen in Höhe von 663.804,57 € (Finanzierungsmittel der Gesellschafter, Beiträge zum Geländemanagement, Zinsen), stehen Aufwendungen in Höhe von 667.927,94 € gegenüber. Die Erträge für die Projektentwicklung aus Fördermitteln und Beiträgen der Gesellschafter blieben mit 450.000,00 € gegenüber dem Vorjahr (450.000,00 €) stabil. Wesentlich für das negative Jahresergebnis ist ein Jahresfehlbetrag beim Geländemanagement in Höhe von 11.308,46 €.

Die Struktur der Aufwendungen hat sich im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Der größte Aufwandsposten in Höhe von 302.259,96 € (Vorjahr: 302.259,78 €) betrifft die Geschäftsbesorgung durch die NRW.URBAN GmbH & Co. KG. Weiterer Aufwand fiel an im Bereich der Fremdleistungen über 75.419,26 € u. a. für die Erstellung der Machbarkeitsstudie für das „Vogelsang-Hotel“.

Im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ entstand der größte Aufwandsposten mit 151.889,47 € im Jahr 2012 für die Personalkosten.

2.3. Finanzlage

Die Bilanzsumme beträgt 196.447,71 € (Vorjahr: 228.210,17 €). Das Eigenkapital beträgt 147.875,74 € (Vorjahr: 151.999,11 €). Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von 75 % (Vorjahr: 67 %). Damit ist die Finanzlage der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH geordnet.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten innerhalb der Skontofrist zu begleichen, Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen bzw. Fördermittel

und Finanzierungsanteile zeitnah abzurufen. Damit war die Zahlungsfähigkeit der Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH im Berichtsjahr stets gewährleistet.

Beim ausgewiesenen Fremdkapital handelt es sich grundsätzlich um kurzfristige Verbindlichkeiten, die Quote beträgt 25 % (Vorjahr: 33 %) der Bilanzsumme.

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist insgesamt als gut zu bezeichnen.

3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

4. Chancen und Risiken

Mit dem sich im Bau befindlichen Forum Vogelsang zum zentralen Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrum wird das zentrale Ankerprojekt am Standort bis zum Jahr 2014 realisiert. Die reale Konversion, die vor sieben Jahren mit der Errichtung der Besucherinformation unter Federführung der Standortentwicklungsgesellschaft begann, ist damit gemeinsam mit den schon betriebenen Einrichtungen Kulturkino vogelsang ip, Rotkreuz Museum, Umweltbildungshaus „Transit 59“ und Schwimmbad als Erfolg zu bewerten. Gute Chancen auf eine zeitnahe Ansiedlung werden weiterhin für die Kemprojekte Jugendherberge / Jugendwaldheim und Nationalparkforstamt sowie die Astronomie-Werkstatt gesehen. Auch die Infrastruktur des Standortes konnte gegenüber dem Jahr 2006 qualitativ entscheidend verbessert werden. Insgesamt verläuft die Konversion der ca. 100 ha großen „Camp Vogelsang“-Fläche aber langsamer als zu Beginn des Prozesses prognostiziert.

Die ersten zehn Jahre des Konversionsprozesses haben gezeigt, dass die Überführung des geschichtsbeladenen, mitten im Nationalpark Eifel gelegenen Ortes in eine tragfähige zivile Zukunft eine besondere Herausforderung darstellt. Aufgrund der Besonderheiten des Standortes und seiner vielschichtigen Potentiale sowie der legitimen Interessen der Beteiligten wird im Rahmen des einvernehmlich verabschiedeten Leitbildes immer wieder um die Ausrichtung der Gesamtentwicklung gerungen. Die Diskussionen zum Papier „Vogelsang 2020 | Perspektiven der Standortentwicklung“ haben gezeigt, dass sich alle Projektpartner über die wesentlichen operationellen Grundsätze der Standortentwicklung sowie das räumliche Entwicklungsmodell und den programmatischen Korridor für die weiteren Einzelprojekte am Standort einig sind. Die schon angestoßenen Entwicklungen für das „Vogelsang-Hotel“ und

den sogenannten „Panoramasteg“ sollen in diesem Sinne weiterverfolgt werden. Über eine fiktive Reportage aus dem Jahr 2020 und damit eine mittelfristige Perspektive der Gesamtentwicklung konnten sich die Gesellschafter leider nicht verständigen. Die Bekundung der Einigkeit wäre ein wichtiges Signal für private Investoren.

Umso wichtiger ist es, dass für die Projekte Jugendherberge / Jugendwaldheim, Nationalparkforstamt und Astronomie-Werkstatt in Kürze die Investitionsentscheidungen getroffen werden, um die programmatische Ausrichtung und wirtschaftliche Tragfähigkeit der Bildungs-, Kultur- und Tourismusdestination vogelsang ip zu stärken. Die Ansiedlungsbedingungen für private Investitionen würden damit verbessert, das Vertrauen des Marktes in den Standort würde gestärkt und damit hoffentlich auch die Nachfrage von Projektentwicklern und Investoren zunehmen.

Ziel des Finanz- und Risikomanagements der Gesellschaft ist die Sicherung gegen finanzielle Risiken jeglicher Art. Beim Finanzmanagement verfolgt das Unternehmen eine durchaus konservative Risikopolitik.

Zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko und zur Aufrechterhaltung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit wurden fortlaufende Liquiditätspläne sowohl für den Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ als auch den Geschäftsbereich „Geländemanagement“ erstellt, die permanent an aktuelle Änderungen angepasst werden und als Basis für die Geldmitteldisposition dienen.

Ausfallrisiken im Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ bestehen aufgrund der Finanzierungsbeiträge durch die öffentlichen Gesellschafter keine. Die zur Finanzierung des Geschäftsbereichs „Geländemanagement“ vereinbarten Beiträge der Nutzer und Eigentümer werden halbjährlich im Voraus gezahlt. Da die Nutzer fast ausschließlich öffentlich bzw. öffentlich bestimmt sind, werden auch im Geschäftsbereich „Geländemanagement“ keine Ausfallrisiken gesehen.

Zu den im Unternehmen bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Forderungen, Verbindlichkeiten und Guthaben bei Kreditinstituten.

Die Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang GmbH und damit der Geschäftsbereich „Projektentwicklung“ wird zu einem Drittel aus Fördermitteln des Landes NRW und zu je einem Drittel aus direkten Zuwendungen der Bundesanstalt und der Kommunen finanziert. Die Landesmittel sowie die direkten Zuweisungen sind bis zum Ende des Fortführungszeitraumes im Jahr 2013 zugesichert worden. Über die Übernahme der Kosten für die Durchfüh-

rung der Geländemanagementtätigkeiten bestehen Verträge mit den Nutzern und Eigentümern bis Ende 2013. Den Unternehmensbestand gefährdende Risiken sind daher derzeit bis Ende des Jahres 2013 nicht erkennbar.

5. Prognose

Die Gesellschaft ist zurzeit bis zum 31.12.2013 befristet. Zu den Hauptaufgaben der Gesellschaft gehören laut Gesellschaftsvertrag die Erneuerung und Sanierung der Infrastruktur, die Projektentwicklung der Kernnutzungen, die Vermarktung und das Marketing der außerhalb der Kernnutzungen verbleibenden Flächen von ca. 90 ha, der Betrieb und Unterhalt des Geländes und die Entwicklung eines dauerhaften Geländemanagement-Konzeptes für die Gesamtimmobilie.

Insbesondere die letzten vier Jahre des Konversionsprozesses unter Federführung der SEV haben gezeigt, dass vor allem die Realisierung der Kernprojekte der 1. Entwicklungsstufe nicht so zügig verläuft wie im Jahr 2008 gedacht. Um die entwickelten Projekte Jugendherberge / Jugendwaldheim, Nationalparkforstamt und Astronomie-Werkstatt und die anentwickelten Projekte sowie die hierfür erforderliche Infrastruktur zu realisieren, sollte die SEV in ihrer bisherigen Struktur über das Jahr 2013 hinaus fortgeführt werden. Nur mit Verwirklichung dieser sowie weiterer Nutzungen prioritär in Bestandsgebäuden kann dauerhaft der denkmalgerechte Erhalt und eine sich selbst tragende Wirtschaftlichkeit erreicht werden.

In den bisherigen Gesprächen haben die Gesellschaftervertreter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, des Landes NRW sowie der Region ihren Willen bekundet, die Gesellschaft weiter zu führen. Die Geschäftsführung geht daher von einer Einigung über die Fortführung im Jahr 2013 und damit einer Weiterführung des Konversionsprozesses unter Federführung der SEV aus.

Schwerpunkte der Tätigkeit im Jahr 2013 werden die Abstimmung des Finanzierungskonzeptes für die Kernnutzung „Jugendherberge“ und für das „Nationalparkforstamt“ die Klärung der Standortfrage und des weiteren Investorenverfahrens sein. Angesiedelt werden soll im Jahr 2013 die Astronomie-Werkstatt, die Projekte „Vogelsang-Hotel“, Panoramasteg und Sternenservat sollen weiter entwickelt werden.

Als Infrastrukturmaßnahmen sind der Abschluss der Sanierung der Entwässerungsanlagen, die Anlage von Versickerungsanlagen, der Rückbau nicht mehr benötigter Gebäude, die Sa-

nierung von Mauern und unterirdischen Räumen und die weiterführende Planung der Beleuchtung und der ÖPNV-Wendeschleife auf Grundlage des Rahmenkonzeptes Freiraum | Verkehr | Beleuchtung geplant. Weitere Schwerpunkte der Tätigkeit der Gesellschaft werden die Akquisition neuer Investorenprojekte und die Entwicklung eines Geländemanagement-Konzeptes ab dem Jahr 2014 für den Standort sein.

Für das kommende Geschäftsjahr werden geringe Überschüsse erwartet.

Schleiden, 19. März 2013

Fischer-Reinbach

Thomas Fischer-Reinbach
Geschäftsführung

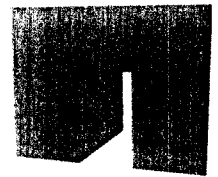
**vogelsang ip gemeinnützige GmbH
Schleiden**

[illegible]

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

vogelsang ip gemeinnützige GmbH
Schleiden

	EUR	Geschäftsjahr EUR	Vorjahr EUR
1. Umsatzerlöse		464.486,31	496.236,97
2. sonstige betriebliche Erträge		1.478.010,49	1.395.261,91
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	54.279,90		71.424,61
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>924,00</u>	55.203,90	1.300,00
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.003.894,55		920.503,51
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>198.842,97</u>	1.202.737,52	190.421,33
5. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		68.774,51	27.634,54
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		617.448,02	682.141,04
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		5.679,66	3.810,03
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>4.555,11</u>	<u>1.883,88</u>
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		<u>542,60-</u>	<u>0,00</u>
10. Jahresfehlbetrag		<u>542,60</u>	<u>0,00</u>

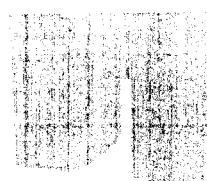


vogelsang ip

vogelsang ip gemeinnützige GmbH

LAGEBERICHT 31.12.2012

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen
 - 1.1. Geschäftsverlauf
 - 1.2. Geschäftsergebnis
2. Ertragslage
3. Finanzlage
4. Vermögenslage
5. Nachtragsbericht
6. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung
7. Prognosebericht



vogelsang ip

1. GESCHÄFTS- UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die vogelsang ip gemeinnützige GmbH (im folgenden GmbH genannt) wurde am 17.10.2008 gegründet. Gegenstand des Unternehmens ist

- die Errichtung und der Betrieb eines Informations-, Ausstellungs- und Bildungszentrums in Vogelsang,
 - die Durchführung eines regelmäßigen Besucher- und Veranstaltungsprogramms in Vogelsang,
 - die Durchführung von Informations- und Ausstellungsaktivitäten in Vogelsang
- sowie
- die Durchführung von Bildungsaktivitäten, die in Zusammenhang mit den oben genannten Punkten stehen.

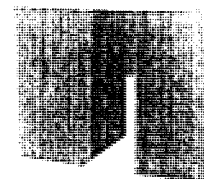
Das Stammkapital der Gesellschaft von zum Gründungszeitpunkt 26.000,- EUR wurde per notariellem Gesellschafterbeschluss vom 26.02.2010 und durch Übernahme von jeweils 650,- EUR durch

- den bisherigen Gesellschafter LVR Landschaftsverband Rheinland
- sowie
- die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens als neue Gesellschafterin

rückwirkend zum 01. Januar 2009 auf 27.300,- EUR erhöht. Zum 21.10.2009 gingen die Geschäftsanteile sowie Rechte und Pflichten von Stadt Aachen und Kreis Aachen satzungsgemäß auf die StädteRegion Aachen über.

Im Jahr 2012 waren folgende Gesellschafter mit folgenden Einlagen an der Gesellschaft beteiligt:

- LVR Landschaftsverband Rheinland mit 13.650 EUR,
 - Kreis Euskirchen mit 7.800 EUR,
 - StädteRegion Aachen mit 1.950 EUR,
 - Kreis Düren mit 1.300 EUR,
 - Kreis Heinsberg mit 650 EUR,
 - Stadt Schleiden mit 1.300 EUR
- sowie
- Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens mit 650 EUR.



vogelsang ip

1.1 GESCHÄFTSVERLAUF

Seit dem 01. Januar 2009 führt die GmbH zum einen den Betrieb der **zentralen Besucherinformation** von vogelsang ip sowie eine Vielzahl standortbezogener **Bildungsaktivitäten** durch.

Dies umfasst als **regelmäßige Aktivitäten** u.a.

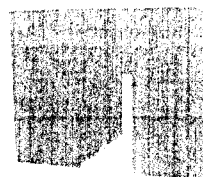
- den Betrieb des Informationszentrums von vogelsang ip mit Counter, Informationszone, Bookshop, Gastronomie, etc. und täglicher Öffnung zwischen 10 und 17 Uhr,
 - das Angebot eines Netzes von Besucherrundgängen sowie des zentralen Besucherparkplatzes,
 - die Organisation von täglichen offenen sowie individuell buchbaren Geländeführungen, Seminaren, Workshops und anderen Bildungsangeboten in der Jugendbildung wie der Erwachsenenbildung,
 - die Durchführung von Kulturveranstaltungen und Sonderprogrammen sowie die Begleitung von Tagungen und Konferenzen
- sowie
- das Angebot von Wechselausstellungen.

Im Jahr 2012 ist als außerordentliches Ereignis der Ende April erfolgte temporäre Umzug des gesamten Betriebes vom Forum Vogelsang in das zu diesem Zeitpunkt bezugsfertige Kulturkino zu nennen. Bedingt war dieser Umzug durch die zum gleichen Zeitpunkt beginnenden Sanierungs- und Umbauarbeiten im Bereich des „Forum Vogelsang“, was mit einer kompletten Einzäunung und Sperrung dieses zentralen Geländeteils sowie gravierenden Einschränkungen für den Besucherbetrieb (Wegfall der zentralen Besucherattraktion am „Adlerhof“, Wegfall der Turmaufstiege, Einschränkungen bei den Geländeführungen, baustellenbedingte Störungen, zeitweiser Telefonausfall, Provisorien, etc. ...) einher ging.

Daneben wurden im Jahre 2012 mehrere **Sonderprojekte** durchgeführt: Neben einem größeren, bildungsbezogenen Förderprojekt „Mensch, hast Recht!“ (gefördert durch die Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft) sowie diversen vertiefenden Jugendbildungsprojekten (u.a. gefördert durch private Sponsoren / Stifter) wurden die aus EU-, Bundes- und Landesmitteln geförderten Maßnahmen

1. Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau (Volumen: 35,1 Mio. EUR),
 2. NS-Dokumentation (Volumen: 3 Mio. EUR)
- und
3. Besucherzentrum / SchauFenster Eifel (Volumen: 1,2 Mio. EUR)

durchgeführt. Der Abschluss der Maßnahmen ist für das Jahr 2014 avisiert.



vogelsang ip

1.2 GESCHÄFTSERGEBNIS

Das Jahr 2012 kann trotz der enormen Einschränkungen durch die Großbaustelle am Forum sowie die deutlich eingeschränkte Besuchersituation noch als erfolgreich bewertet werden.

Indizien hierfür sind

- die trotz der Baustellensituation verbleibende Anzahl von immerhin 172.500 Besuchern (minus 14% zum Vorjahr) sowie
 - +/- 1.700 Bildungsformaten mit +/- 32.000 Teilnehmenden (minus 20% zum Vorjahr),
 - der mit 319 Formaten deutlich gestiegenen Anzahl an Schulklassen- und Jugendgruppenbesuchen (plus 14%)
- sowie
- der erfolgreiche Start des Veranstaltungsorts Kino mit drei ausverkauften Großveranstaltungen sowie mehreren kulturellen Aktionen.

Damit konnte ein „Absturz“ des Standorts in Bezug auf die Besucherzahl vermieden werden.

ÖFFENTLICHE ZWECKERREICHUNG

Im Geschäftsjahr 2012 wurde insbesondere durch die Verfolgung der drei infrastrukturellen Projekte sowie die Inbetriebnahme des Kulturkinos die Basis für eine nachhaltige Erreichung der gemeinnützigen Zwecke der Gesellschaft ausgebaut.

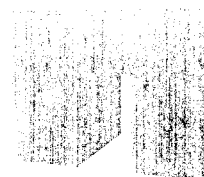
Der öffentliche Zweck wurde vor allem durch die laufenden Aktivitäten der Gesellschaft in Bezug auf Erziehung, Bildung und Kultur verwirklicht. Die zunehmende Etablierung als außerschulischer Lernort, die trotz Baustellensituation weiterhin hohe Wirkung und Ausstrahlung als kulturtouristische Destination sowie das Angebot hochwertiger kultureller Veranstaltungen sind hierbei als Leuchtturm-Effekte zu nennen.

2. ERTRAGSLAGE

Der Geschäftsbetrieb vollzog sich im Jahr 2012 im von der Wirtschaftsplanung definierten und von der Gesellschafterversammlung freigegebenen Rahmen.

Den Umsatzerlösen und den erhaltenen Projektzuschüssen stehen insbesondere Ausgaben für Löhne und Gehälter sowie Fremdarbeiten gegenüber.

Bedingt durch die rückläufigen Besucherzahlen und damit zusammen hängenden Umsätze sowie die vielfältigen, baustellenbedingten Betriebsstörungen weist die Gewinn- und Verlustrechnung zum 31. Dezember 2012 einen Verlust „vor Gesellschafterverlustausgleich“ von 500.542,60 EUR aus. Der Verlust liegt geringfügig über dem durch den Gesellschaftsvertrag gesetzten Rahmen von maximal 500.000,- EUR, bis wohin dieser Verlust von den Gesellschaftern gemäß den in § 19 des Gesellschaftsvertrages definierten Regelungen ausgeglichen wird. Der sich hieraus ergebende Jahresfehlbetrag in Höhe von 542,60 EUR führt zur Erhöhung des bestehenden Verlustvortrages auf nunmehr insgesamt 6.891,62 EUR.



vogelsang ip

Die wesentlichen, ergebnisprägenden Positionen sind in der Gewinn- und Verlustrechnung 2012 abgebildet. Die Dimension der geltend gemachten Vorsteuerabzüge im Zusammenhang mit den Förderprojekt wird zur Zeit im Rahmen einer lfd. Umsatzsteuersonderprüfung überprüft. Leichte Veränderungen des Jahresergebnisses sind – je nach Prüfergebnis – möglich; bedingt durch weitgehend korrespondierende Veränderungen bei den jeweiligen Projektförderungen bewegen sich diese Veränderungen im Bereich von wenigen TEUR. Die grundsätzliche wirtschaftliche Situation der GmbH ist hiervon daher nicht berührt.

3. FINANZLAGE

Die Zahlungsfähigkeit der GmbH war im Berichtsjahr aufgrund

- der seitens der Gesellschafter zur Verfügung gestellten Mittel für den laufenden Betrieb,
 - des üblichen Kontokorrentrahmens,
 - eines investitionsprojektbezogenen, offenen Kreditrahmens durch einen Gesellschafterkredit des LVR
- sowie
- eingegangener Fördermittel und Eigenanteile der Gesellschafter zur Projektfinanzierung

jederzeit gewährleistet. Damit ist die Finanzlage der GmbH geordnet.

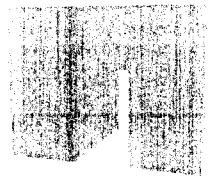
4. VERMÖGENSLAGE

Die Bilanz der Gesellschaft ist auf der Aktivseite im Wesentlichen durch Sachanlagen in Höhe von insgesamt 7.631 TEUR geprägt, darüber hinaus durch das Umlaufvermögen, hier insbesondere durch Umsatzsteuerforderungen in Höhe von 605 TEUR, durch Projektstände (noch nicht abgerechnete Projektförderungen) in Höhe von 393 TEUR sowie liquide Mittel in Höhe von 1.758 TEUR.

Dem stehen auf der Passivseite insbesondere Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen von 6.513 TEUR, Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Projektfinanzierung in Höhe von 3.080 TEUR (bilanziert unter „Sonstige Verbindlichkeiten“), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 737 TEUR sowie Rückstellungen in Höhe von 122 TEUR gegenüber. Das Stammkapital der Gesellschaft in Höhe von 27.300 EUR ist in voller Höhe eingezahlt.

5. NACHTRAGSBERICHT

Nach Abschluss des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten. Auf die möglichen Auswirkungen der lfd. Umsatzsteuersonderprüfung wurde bereits unter Pkt. 2. eingegangen.



6. CHANCEN UND RISIKEN DER ZUKÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Angesichts des Verlaufs der Nachfragewerte wird für das Jahr 2013 von einem vergleichbaren Geschäftsverlauf mit ähnlichen Besucherzahlen und ähnlichen Verkaufserlösen wie im Jahr 2012 ausgegangen.

Dieser Ansatz beinhaltet insofern ein Risiko, als bedingt durch eine Reihe äußerer Faktoren auch Rückgänge möglich sind: neben eventuellen weiteren, baustellenbedingten Rückgängen können auch die Entwicklung der allgemeinen Wirtschaftslage, ein eventuell eintretende grundsätzliche „Sättigung“ der Nachfrage, das Fehlen neuer Attraktionen sowie saisonale bzw. Wettereffekte zu einem Besucher- und Erlösrückgang führen.

Die Investitionsprojekte rund um das Forum Vogelsang werden nur in dem Maße durchgeführt, wie sie durch Projektförderungen oder andere Finanzierungen gesichert sind. Die entsprechenden Finanzierungsmodalitäten und -instrumente werden vor Durchführung in den Gremien der Gesellschaft diskutiert und beschlossen. Durch die Unwägbarkeiten im Bauablauf und die Komplexität der Projekte können Kostensteigerungen und Förderrisiken nicht in Gänze ausgeschlossen werden. Zur Risikominimierung ist für das Projekt „Forum Vogelsang | Sanierung und Umbau“ eine externe Projektsteuerung beauftragt, deren wesentliches Augenmerk auf der Einhaltung von Terminen und Kosten liegt.

Im Förderbereich können zudem Risiken durch notwendige, aber nicht förderbare Ausgaben eintreten. Hierzu gehören u.a. Kreditzinsen für die Vorfinanzierung von Projektausgaben sowie Prüfungs- und Rechtsberatungskosten, z.B. im Falle steuerrechtlicher oder vergaberechtlicher Verfahren. Weiterhin kann angesichts der förderrechtlichen Vorgaben und der Dimension der Projekte erfahrungsgemäß nicht ausgeschlossen werden, dass projektbedingter Aufwand im Nachhinein, z.B. im Rahmen von Prüfungen durch LRH, BRH oder EU-Prüfstellen, als nicht förderfähig anerkannt wird.

Durch die gesellschafterseits gesicherten, frühzeitigen Zahlungen der Eigenanteile der Gesellschafter an dem Gesamtprojekt „Forum Vogelsang“ sowie ein für die Investitionsprojekte genehmigtes Gesellschafterdarlehen des Gesellschafters LVR ist für die Jahre 2013-2015 von einer gesicherten Liquidität auszugehen.

Im Jahr 2013 werden zur Zeit außer den oben genannten keine besonderen Risiken für den Geschäftsbetrieb erwartet. Sollten gravierende Probleme in den Projektförderungen bzw. -abläufen auftreten, ist mit negativen Auswirkungen auf das Ergebnis zu rechnen.

Zur kontinuierlichen Beobachtung des Betriebsverlaufs wird eine quartalsweise Zwischenbilanz mit gleichzeitigem Soll/Ist-Vergleich in Bezug auf die Wirtschaftsplanung durchgeführt. Dies macht es möglich, auf eventuelle außerplanmäßige Veränderungen im Geschäftsverlauf frühzeitig reagieren zu können und ggf. eine Fortschreibung der Geschäftsstrategie sowie der Wirtschafts- und Finanzplanung durchführen zu können.

Darüber hinaus werden relevante betriebliche Kenngrößen monatlich ausgewertet und bewertet, um sich ggf. frühzeitig auf Veränderungen im Betriebsverlauf einstellen zu können. Hierbei können die Zahlen der Vorjahre als Referenz- und Kontrollwerte zu Grunde gelegt werden.

Schließlich erfolgt bei den Förderprojekten, unter Einbindung der externen Projektsteuerung sowie der Fördergeber, ein kontinuierliches Projektcontrolling, um die Realisierung innerhalb der bereitgestellten Projektmittel sicherzustellen.

7. PROGNOSEBERICHT

In den Jahren 2013 und 2014 wird der Geschäftsbetrieb insbesondere durch die Durchführung der investiven Maßnahmen im Zusammenhang mit der Realisation des "Forum Vogelsang" sowie den Projekten „NS-Dokumentation“ und „Besucherzentrum / SchauFenster Eifel“ wesentlich an Volumen zunehmen. Dies spiegelt sich bereits im Jahresergebnis 2012 sowie in der aktuellen Wirtschaftsplanung wider.

Die durch die Maßnahmen am Forum bedingte, bis ca. Ende 2014 andauernde Verlagerung der wesentlichen Aktivitäten der GmbH, u.a. des Besucherzentrums, in das „Kulturkino“ sowie die anhaltende Baustellensituation rund um das Forum werden weiterhin zu Einschränkungen im Besucherverhalten und ggf. weiter sinkenden Besucherzahlen führen.

Wir erwarten trotzdem auch für die Geschäftsjahre 2013 und 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis bzw. eine nur geringe Überschreitung des durch die Satzung definierten Rahmens von „500.000 EUR“ an maximalem Gesellschafterzuschuss. Basis hierfür sind die Erlöse der Gesellschaft, die sich im Wesentlichen aus folgenden Komponenten zusammensetzen:

- Programmerlöse
- Projektförderungen
- sowie
- die Zuschüsse der Gesellschafter gemäß §19 des Gesellschaftsvertrages.

Schleiden, 28.06.2013

gez. Albert Moritz
Geschäftsführer

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVA	31.12.2012		31.12.2011		PASSIVA	
	€	€	€	€	€	€
A. Anlagevermögen					A. Eigenkapital	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					I. Gezeichnetes Kapital	3.579.200,00
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	977.952,00		750.407,00		II. Kapitalrücklage	7.912.330,89
2. Geleistete Anzahlungen	237.827,50	1.215.779,50	0,00	750.407,00	III. Gewinnrücklagen	
					Anderer Gewinnrücklagen	710.944,13
II. Sachanlagen					IV. Bilanzgewinn	2.952.153,75
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.861.490,96		1.629.241,82			15.154.628,77
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	1.457.601,00		1.526.875,00		B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	13.652.550,20
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	32.118.026,00		38.458.957,00		C. Rückstellungen	
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	18.421,00		27.092,00		1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	631.159,00
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.506.941,00		3.274.841,00		2. Sonstige Rückstellungen	7.627.592,27
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.707.852,94	43.670.332,90	821.234,00	45.738.240,82		586.994,00
						6.924.800,31
III. Finanzanlagen					D. Verbindlichkeiten	
1. Beteiligungen	50.000,00		50.000,00		1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.957.527,34
2. Sonstige Ausleihungen	17.834,73	67.834,73	15.049,17	65.049,17	2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.768.386,05
					3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	181.774,78
B. Umlaufvermögen					4. Sonstige Verbindlichkeiten	4.224.255,40
I. Vorräte						22.256.702,66
Hilfs- und Betriebsstoffe		357.415,60		370.531,77	E. Rechnungsabgrenzungsposten	76.000,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände						
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.342.191,58		1.797.466,93			
2. Forderungen gegen Gesellschafter	5.356.331,16		3.900.266,29			
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	316.903,69		423.247,51			
4. Sonstige Vermögensgegenstände	881.787,52	9.897.213,95	1.418.569,97	7.539.550,70		
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten						
		6.293.495,33		3.492.122,89		
C. Rechnungsabgrenzungsposten		16.548.124,88		11.402.205,36		
		115.309,15		108.779,59		
		<u>61.617.381,16</u>		<u>58.064.681,94</u>		<u>58.064.681,94</u>
						<u>61.617.381,16</u>

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012
Regionalverkehr Köln Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

	2012 EUR	2011 EUR
1. Umsatzerlöse	65.320.039,05	65.006.827,84
2. Sonstige betriebliche Erträge	18.853.531,95	17.541.797,59
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	8.515.936,96	8.081.236,41
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.012.654,78	26.199.946,47
	<u>34.528.591,74</u>	<u>34.281.182,88</u>
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	26.985.232,55	26.289.175,46
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	5.520.141,86	5.692.741,69
- davon für Altersversorgung:		
2012: 143.153,43 €		
2011: 394.175,63 €	<u>32.505.374,41</u>	<u>31.981.917,15</u>
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	7.659.361,59	7.310.969,90
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.376.793,75	7.434.029,86
7. Betriebsergebnis	1.103.449,51	1.540.525,64
8. Erträge aus Beteiligungen	3.000,00	3.000,00
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	27.893,77	46.861,94
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	651.926,18	614.698,79
11. Finanzergebnis	-621.032,41	-564.836,85
12. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	482.417,10	975.688,79
13. Sonstige Steuern	31.567,93	35.279,43
14. Jahresüberschuss	<u>450.849,17</u>	<u>940.409,36</u>

Lagebericht und Konzern-Lagebericht 2012

Rahmenbedingungen

Die Gesamtlage für öffentliche Verkehrsunternehmen war im Jahre 2012 weiterhin durch Vorbereitung auf geänderte gesetzliche Rahmenbedingungen und die Anpassung bereits bestehender Gesetze und Regelungen geprägt.

Die Anpassung des ÖPNV-Gesetzes für Nordrhein-Westfalen brachte wesentliche Veränderungen der Gesetzeslage aus Sicht der Verkehrsunternehmen mit sich. Im Ergebnis jedoch ändert sich für die RVK als kommunales Unternehmen insofern nur, dass ihre Eigentümer mittelbar oder unmittelbar Empfänger von bisher an die RVK direkt zugewiesenen Fördermitteln oder Ausgleichszahlungen werden. Wie in der Vergangenheit steht es daher im Ermessen der Gesellschafter der RVK, wie und auf welche Weise der Ausgleich für die aufgrund gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen erbrachte Leistung durch die RVK erfolgt.

Zu beachten sein wird künftig auch verstärkt die verabschiedete neue EU-Verordnung 1370/2007 für den öffentlichen Personennahverkehr und die mit Wirkung zum 01. Januar 2013 erfolgte Anpassung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG). Die Fülle neuer unbestimmter Rechtsbegriffe und noch weiterhin vorhandener Interpretationsspielraum erschweren Prognosen über die künftige Praxis.

Die RVK hat sich, soweit möglich, auf diese Situation vorbereitet, als dass intensive Verhandlungen mit den Aufgabenträgern/Eigentümern zur Herbeiführung einer rechtssicheren und dauerhaften Gestaltung der Zuschüsse zum ÖPNV im Hinblick auf die gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der RVK geführt worden sind.

Durch Unterzeichnung von Vereinbarungen bzw. durch Betrauungsakte, unter Berücksichtigung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes vom 24. Juli 2003 in Sachen Altmark-Trans, mit den Gebietskörperschaften Rheinisch-Bergischer Kreis, Rhein-Sieg-Kreis

(Linksrheinische Verkehrsgesellschaft mbH) und Kreis Euskirchen wurde diesen geänderten rechtlichen Erfordernissen entsprochen.

Das Augenmerk wird – wie oben bereits ausgeführt – darauf gerichtet sein, für die Zukunft rechtssichere Gestaltungen für die Wahrnehmung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtungen der RVK zur Anwendung zu bringen.

Unverändert betreibt die RVK GmbH Linien- und Sonderverkehre nach § 42 bzw. § 43 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) sowie Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG. In erheblichem Umfang werden Leistungen im Auftrag anderer Verkehrsunternehmen erbracht.

Der Linienverkehr auf der Grundlage von § 42 bzw. § 43 PBefG ist in den Tarifrahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg eingebunden.

Geschäftsverlauf

Im RVK-Konzern sind die Gesamtfahrleistungen im Berichtsjahr 2012 leicht zurückgegangen und umfassen insgesamt 27,83 Mio. Km. In den einzelnen Verkehrsarten waren im Berichtsjahr sowohl Zunahmen als auch Rückgänge zu verzeichnen.

Im Bereich der Linienverkehre nach § 42 PBefG gab es eine Steigerung um 7,57 % (+723.470 Km). Diese Zunahme steht u. a. in direktem Zusammenhang mit einer bereits im Jahr 2011 zum Schuljahreswechsel vorgenommenen Integration der Sonderlinienverkehre nach § 43(2) PBefG in die Linienverkehre nach § 42 PBefG. Diese Integration hat sich im Jahr 2012 nunmehr ganzjährig ausgewirkt. Dementsprechend ist im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG ein Rückgang in Höhe von 95,77 % (-860.782 Km) zu verzeichnen.

Bei den AST-Verkehren ist ein Rückgang in Höhe von 14,09 % (-9.950 Km) festzustellen. Die TaxiBus-Leistungen haben geringfügig um 2,53% (+26.358 Km) zugenommen. Eine Zunahme

ist auch beim Verkehr nach der Freistellungsverordnung zum PBefG festzustellen. Diese beträgt 4,5% (+2.991 Km).

Beim Notverkehr ist ein Rückgang in Höhe von 89,91 % (-47.322 Km) zu verzeichnen. Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen sind mit einem geringfügigen Rückgang in Höhe von 0,09 % (-13.923 Km) im Vorjahresvergleich nahezu unverändert.

Nach wie vor bleibt es bei dem Ansatz der RVK, angebotsverträgliche Einschnitte in das Busfahrleistungsangebot unter Ersatz durch alternative, an der Nachfrage orientierten, Verkehrsangebote (TaxiBus) in den Nahverkehrsplänen der Gebietskörperschaften anzuregen und diese, bei entsprechender Beschlusslage der Aufgabenträger, auch vorzunehmen.

Insgesamt kann der Verlauf des Geschäftsjahres 2012 als positiv bezeichnet werden.

Vermögenslage

Wesentliche Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen sind lediglich auf der Ebene der Muttergesellschaft und in einem Umfang von ca. 6.334 T€ getätigt worden.

Auf Konzernebene ergibt sich somit ebenfalls ein Investitionsvolumen in Höhe von 6.334 T€. Die Investitionen betreffen überwiegend ein Bauvorhaben in Meckenheim (4.144 T€), die Errichtung von Photovoltaikanlagen (828 T€), Softwarelizenzen (563 T€), sowie Betriebs- und Geschäftsausstattung (670 T€).

Die finanziellen Mittel haben sich im Vorjahresvergleich im Konzern um 2.801 T€ erhöht.

Wesentliche Rückstellungen sind im Anhang erläutert.

Die Höhe der Bilanzsumme ist gegenüber dem Vorjahr um 3.553 T€ auf 61.617 T€ gestiegen. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich ein Anstieg um 3.397 T€ auf 61.557 T€.

Unter Berücksichtigung der von den Gesellschaftern in 2012 im Rahmen der Ergebniskonsolidierung in die Kapitalrücklage geleisteten Zahlungen beträgt die Eigenkapitalquote (ohne Sonderposten) des Konzerns 31,02%. Bei der Muttergesellschaft beträgt die Eigenkapitalquote 31,03 %.

Finanzlage

Die Finanzierung der Investitionen des Berichtsjahres erfolgt grundsätzlich durch die Aufnahme von Bankdarlehen, sowie aus Abschreibungen und Liquiditätsmitteln der Gesellschafter im Rahmen der gesellschaftsvertraglich geregelten Ergebniskonsolidierung. Im Berichtsjahr erfolgte die Aufnahme von Bankdarlehen in einer Größenordnung von insgesamt 2.000 T€.

Bei den in Vorjahren in Anspruch genommenen Finanzierungsdarlehen für die Busbeschaffung und für das Bauvorhaben in Meckenheim ergibt sich nach planmäßigen Tilgungen in Höhe von 2.628 T€ am Ende des Berichtsjahres noch ein Schuldenstand in Höhe von 15.785 T€.

Von der RVK wurden für Zwecke der Zinssicherung zwei Zinsbegrenzungsgeschäfte (Cap) mit Laufzeiten bis 2014 bzw. 2017 abgeschlossen. Der Abschluss der Zinssicherungs geschäfte erfolgte in Zusammenhang mit Darlehen zu Busbeschaffungen der Jahre 2004 und 2007. Im Berichtsjahr wurden Abwertungen auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert (3 T€) vorgenommen.

Die voraussichtliche Entwicklung der liquiden Mittel wird monatlich geplant und überwacht. Wesentliche Zielsetzung dieser Planung ist die rechtzeitige Feststellung von unterjährigen zeitlichen Verschiebungen bei Zu- und Abgängen liquider Mittel, bzw. die Sicherstellung der permanenten Zahlungsbereitschaft des Unternehmens.

Die Finanzierung der Muttergesellschaft RVK ist aus heutiger Sicht – auf Grund der unterjährigen laufenden Liquiditätszahlungen der Eigentümer und der gesellschaftsvertraglich getroffenen Regelungen zum Verlustausgleich (auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung, Betriebskostenzuschüsse) - in ausreichendem Umfang gesichert.

Die auf Gebietskörperschaften bezogene Abrechnung der Verkehrsleistungen und aller damit zusammenhängenden, durch die RVK erbrachten Dienstleistungen, z. B. Planung, Service, Vertrieb, Personalbetreuung und Kommunikation, ist nach wie vor eine sachgerechte Grundlage für die Verteilung von Erträgen und Aufwendungen.

Negative Ergebnisse der RVK GmbH werden auf Grund der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages bis zur dort festgelegten Höhe von den jeweils betroffenen Gebietskörperschaften als unmittelbare Gesellschafter direkt oder mittelbar über eigene Beteiligungsgesellschaften ausgeglichen.

Im Geschäftsjahr 2012 ergibt sich bei der RVK GmbH auf der Grundlage des Finanzmittelfonds (=kurzfristig verfügbare Mittel) die folgende Kapitalflussrechnung:

	2012	2011
	TEUR	TEUR
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	10.361	1.660
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-6.074	-6.297
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-1.619	3.948
Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds	2.668	-689
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	3.382	4.071
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	6.050	3.382

Ertragslage

Das positive handelsrechtliche Jahresergebnis 2012 in Höhe von rd. 451 T€ ist geprägt von den im Geschäftsjahr erhaltenen Betriebskostenzuschüssen für die Erbringung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Nahverkehr der Gebietskörperschaften Kreis Euskirchen, Rheinisch-Bergischer Kreis und Rhein-Sieg-Kreis. Eine steuerrechtliche Verpflichtung der Gesellschaft ergibt sich aufgrund dieses Ergebnisses allerdings nicht, da die geleisteten Betriebskostenzuschüsse in Höhe von rd. 11.646 T€ keiner ertragsteuerlichen Berücksichtigung unterliegen und außerhalb der handelsrechtlichen Bilanz (für Zwecke der Besteuerung) abzusetzen sind.

Bei den nachfolgenden Darstellungen wurden Umsätze, Aufwendungen und Erträge zwischen den in die Konsolidierung einbezogenen Unternehmen eliminiert.

Die Umsatzerlöse sind im RVK-Konzern um insgesamt ca. 313 T€ auf 65.320 T€ gestiegen, bei der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung um ca. 351 T€ auf 67.624 T€.

In den einzelnen Verkehrsarten ist im Bereich der Sonderlinienverkehre nach § 43 PBefG eine deutlicher Rückgang zu verzeichnen (-93,53%). Dieser Rückgang ist begründet mit einer Integration dieser Verkehre in die Linienverkehre nach § 42 PBefG. Diese Integration führt dort u. a. zu einer prozentualen Steigerung in Höhe 3,56 %. Auch beim freigestellten Schülerverkehr ergibt sich eine Steigerung (+11,93 %). Die Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen haben sich im Vorjahresvergleich erhöht (+2,73 %).

Bei den Abgeltungen nach SGB IX ist nach Abgrenzung von periodenfremden Erstattungen ein Zugang um 39 T€ (+4,41%) zu verzeichnen.

Die im Berichtsjahr erzielten Einnahmen im Rahmen des § 11a ÖPNVG NRW belaufen sich nach Abgrenzung von periodenfremden Zuflüssen auf insgesamt rd. 1.862 T€ (+35,28%).

Die Betriebsaufwendungen haben sich auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um ca. 2.062 T€ auf 83.070 T€ erhöht. Bei der Muttergesellschaft ergibt sich ein Anstieg um 2.096 T€ auf 85.417 T€, im Wesentlichen verursacht durch höhere Aufwendungen in den Bereichen Dieseleinkauf, bezogene Personaldienstleistungen, Abschreibungen und Instandhaltungen.

Eine Erhöhung um 523 T€ ergibt sich auf Konzernebene bei den Personalkosten. Bei der Muttergesellschaft ist ein Rückgang um 290 T€ gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Erhöhung im Konzern ergibt sich im Wesentlichen aufgrund tariflicher Lohnsteigerungen ab dem 01. Januar 2012 (RBR) bzw. ab 01. Juni 2012 (RVK) und der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen im Zusammenhang mit der zusätzlichen Übernahme von Fahrleistungen im Jahresverlauf. Eine Betrachtung der im Jahresdurchschnitt beschäftigten Personen ergibt im Konzern eine Erhöhung um 11 Personen (RBR +22, RVK -11).

Der Materialaufwand ist auf Konzernebene gegenüber dem Vorjahr um 248 T€ gestiegen. Auf der Ebene der Muttergesellschaft ergibt sich eine Steigerung in Höhe von 1.133 T€. Diese Steigerung ist im Wesentlichen mit einem Anstieg bei den Einkaufspreisen für Dieseltreibstoff und mit einer Erhöhung bei den bezogenen Personaldienstleistungen begründet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen, sind im Konzern um 943 T€ und auf der Ebene der Muttergesellschaft um 904 T€ gestiegen. Die Erhöhung ist im Wesentlichen zurückzuführen auf entsprechende Steigerungen bei den Positionen Raumkosten und periodenfremde Aufwendungen.

Bankzinsen (langfristig) wurden im Berichtsjahr in Höhe von 593 T€ aufgewendet.

Den Zinsaufwendungen stehen auf Konzernebene Zins- und Beteiligungserträge in Höhe von 31 T€ und bei der Muttergesellschaft in Höhe von 58 T€ gegenüber.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung des Lageberichtes kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage als geordnet bezeichnet werden.

Bericht zur voraussichtlichen Entwicklung mit ihren wesentlichen Chancen und Risiken

Projekt „RegioM 2030“ –Zukunftskonzepte für die Mobilitätsversorgung der ländlichen Region

Die RVK hat sich in den letzten 10 Jahren stets den absehbaren Entwicklungen für die öffentliche Verkehrsversorgung gestellt und ihren kommunalen Eigentümern, neben ihrem Kerngeschäft, der Leistungserbringung im täglichen Nahverkehr, kontinuierlich angebotsstrukturelle und wirtschaftliche Optimierungen offeriert.

Die absehbaren Folgen des demografischen Wandels in unserer Region mündeten bereits in gemeinsam von der RVK und ihren Eigentümern durchgeführten Untersuchungen.

Es ging und geht darum, trotz oder gerade wegen der geringer und älter werdenden Bevölkerung der gebotenen Daseinsvorsorge zu entsprechen, zugleich aber die Kostenbelastung der kommunalen ÖPNV-Kostenträger so gering wie möglich zu halten.

Aktuelle Veröffentlichungen, wie etwa der „Fortschrittsbericht der Bundesregierung zur Entwicklung ländlicher Räume“ oder die „Regionalstrategie Daseinsvorsorge“ lesen sich wie eine Bestätigung dieses Handelns.

Schrumpfende Bevölkerungs- und Schülerzahlen, sinkende ÖPNV-Nachfrage, steigende Dieselpreise, steigender Aufwand, weniger Fahrgeldeinnahmen verschärfen den Kostendruck.

Dies, ohne dass bereits adäquate Fahrpreiserhöhungen im Rahmen der Verbundtarife, oder angemessene Kompensationsleistungen der öffentlichen Hand (Bund, Land, Gebietskörperschaften) absehbar wären.

Kostensenkungen mittels Angebotsreduktionen würden hingegen den vielerorts prognostizierten Prozess einer „Entvölkerung der ländlichen Region“ zusätzlich fördern.

Wenn die Menschen vor Ort über immer weniger Einrichtungen zur Grundversorgung verfügen und sukzessive auch ihre Mobilitätschancen eingeschränkt werden, dann müssen sie zur Teilhabe am öffentlichen Leben einen anderen Wohnstandort wählen, es sei denn, sie verfügen über die körperlichen, zeitlichen und materiellen Voraussetzungen zur Aufrechterhaltung einer individuellen Mobilität (Pkw, Fahrrad usw.) oder einem angemessenen ÖPNV-Angebot.

Kosten- und Einnahmenentwicklung, demografischer Wandel und ökologische Notwendigkeiten konkretisieren sich daher insbesondere im ländlichen Raum zu einem Herausforderungspaket für die Verkehrsunternehmen.

Vier Säulen werden aus Sicht der RVK die Zukunft prägen:

1. Erbringung von qualitativ hochwertigen, marktgerechten und die gesellschaftliche Verantwortung berücksichtigenden Dienstleistungen,
2. nachhaltiges Wirtschaften und konsequente Reduzierung betriebsbedingter Schadstoffemissionen,
3. differenzierte Angebots- und Leistungsgestaltung in den Gebietskörperschaften, die der demografischen Entwicklung Rechnung trägt sowie
4. Tarifgestaltung und Einnahmenverteilung entsprechend der in den jeweiligen Gebietskörperschaften erforderlichen Nahverkehrsstrukturen.

Mobilitätssicherung wird daher zunehmend zum Standortfaktor in den ländlich strukturierten Räumen unserer Region. Gleichzeitig muss der Begriff „Daseinsvorsorge“, auch im Bereich des Personennahverkehrs, mit zeitgemäßem bzw. zukunftsweisendem Inhalt gefüllt werden.

Es ist die Aufgabe der RVK als verantwortlich handelndes, regional tätiges Verkehrsunternehmen mit kommunalen Eigentümern, den Entwicklungen nicht sehenden

Auges quasi „hinterher-zu-fahren“, sondern den Bürgerinnen und Bürgern eine nachhaltige Sicherung ihrer Mobilität zu ermöglichen.

Darüber hinaus sind Marketing-, Tarif- und Vertriebskonzepte zu entwickeln bzw. zu optimieren, mit denen Menschen zur „sozialen Mobilität“ motiviert werden können.

Ohne „Scheuklappen“ gilt es Bewährtes auszuschöpfen, ggf. zu modifizieren und kreativ fortzuschreiben, aber auch Innovationen zur Sicherung und Verbesserung der künftigen Mobilität in den ländlichen Regionen zu entwickeln.

Beispielhaft seien hier folgende Denkansätze genannt:

- Integration teilöffentlicher Fahrdienste (z.B. Fahrdienste von Senioreneinrichtungen, Sozialdiensten usw.) und ggf. auch privater Mitfahrmöglichkeiten,
- Hilfestellungen zur Förderung individualisierter Zu-/Abgangsmobilität, um so die Erschließungsräume öffentlicher Verkehrsangebote zu erweitern (Mobilitätsknotenpunkte),
- Fahrpreisdifferenzierung (Tarifizierung) nach Entfernung und Angebotsqualität, kostenpflichtige Platzreservierungen oder rabattierte „Solidartickets“ auch für Vereine, Dorfgemeinschaften etc.,
- Fortschreibung des so genannten Patentickets durch die Einbindung von Schülerinnen und Schülern als Paten,
- Vertrieb von Kombinationsleistungen auch im ländlichen Raum (z.B. Carsharing, E-Mobilität),
- Förderung solidarischer Angebotsstrukturen (z. B.: „Wenn x % einer Ortschaft ein Verbundticket abonnieren, wird diese Ortschaft im x-Takt bedient“),

- Flächen- und / oder monetäre Privilegierung ökologischer Nahmobilität (z.B.: Kostengünstige/kostenlose Parkplätze für Elektromobile),
- Initiierung und Förderung koordinierten Mobilitätsmanagements,
- Fortentwicklung der „Haus-zu-Haus-Bedienung“ im ÖPNV („Meine Haltestelle“).

In dieser Zielsetzung bedarf es der Recherche, Konzeption und praktischen Erprobung von Mobilitäts-, Marketing-, Tarif- und Vertriebsangeboten, mit denen die kontinuierlich nachfrageadäquat und wirtschaftlich optimierten ÖPNV-Angebote zu attraktiven und nachhaltig wirkenden regionalen Mobilitätspaketen entwickelt werden können.

Explizit geht es in der angestrebten Untersuchung nicht darum, die Nahverkehrsplanungen der ÖPNV-Aufgabenträger (§ 8 ÖPNVG NRW) zu unterlaufen oder zu ersetzen.

Ziel ist es vielmehr, den kommunalen Kostenträgern wesentliche konzeptionelle Grundlagen für wirtschaftliche und betrieblich funktionale öffentliche Nahverkehrs-Grundangebote bereitzustellen, die sowohl der gesetzlich geforderten Daseinsvorsorge (§ 2 ÖPNVG NRW) als auch einer dauerhaften Finanzierbarkeit gerecht werden.

Um dabei strukturelle Besonderheiten (auch der Verkehrsverbünde VRS und AVV) zu beachten, ist es aus Sicht der RVK und des Fördergebers, dem Land NRW, zielführend, die vier zusammenhängenden Flächenkreise Düren, Euskirchen, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Sieg- Kreis (linksrheinisch) in die Untersuchung einzubeziehen.

Rheinisch-Bergischer und Oberbergischer Kreis sind – obwohl nicht eigentlicher Untersuchungsraum - in der Projektgruppe vertreten, um jederzeit die Adaptierung von sinnvollen Maßnahmen und Konzepten übernehmen zu können.

Die angestrebte Untersuchung soll sich auf folgende Arbeitspakete erstrecken:

- Recherche und Dokumentation andernorts diskutierter, erprobter und evaluierter Maßnahmen zur nachhaltigen Mobilitätssicherung in ländlich strukturierten Regionen.
- Brainstorming-Workshops mit Beteiligten aus den Gruppen: Kommunale Verkehrspolitik, Kommunale Verwaltung, Nahverkehrsunternehmen, ÖPNV-Nutzern, NRO usw.
- Zusammenstellung und Bewertung (auch hinsichtlich der rechtlichen und strukturellen Übertragbarkeit auf den Untersuchungsraum).
- Konzeption wirtschaftlicher und betrieblich funktionaler öffentlicher Nahverkehrs-Grundangebote, die sowohl der gesetzlich geforderten Daseinsvorsorge (§ 2 ÖPNVG NRW) Rechnung tragen, als auch dauerhaft finanzierbar sind.
- Konzeption geeigneter Maßnahmen für ausgewählte Räume in den vier Gebietskörperschaften Kreis Düren, Kreis Euskirchen, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Sieg-Kreis (linksrheinisch) und Übertragbarkeit auf andere gebietstypische Regionen.
- Bewertung der monetären und nicht-monetären Wirkungen.

Wie vorherige Projekte auch, zielt RegioM auf die praktische Tauglichkeit sowie die Übertragbarkeit der Ergebnisse auf andere, vergleichbar strukturierte Räume in NRW, aber auch auf andere Verkehrsunternehmen ab.

Dieser landesweite Nutzwert soll erneut auch mit der hier dargestellten Aufgabenstellung erzielt werden und ist ein prägendes Element der Ausgestaltung der hier dargestellten Untersuchung.

Aus diesem Grund fördert das zuständige Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MWEBWV NRW) nach § 14 ÖPNVG NRW die Maßnahme bei Gesamtkosten in Höhe von 150.000 € mit 120.000 € (= 80 %).

Als externe Projektpartner konnten die Fachhochschule Aachen, welche derzeit mit Mobilitätsprojekten in Teilen des Untersuchungsgebietes befasst ist, sowie die Planungsgesellschaft Verkehr Köln (PGV) gewonnen werden, welche die Federführung bei der Projektdurchführung übernommen hat. Die Projektleitung liegt bei der RVK.

Umweltschutz und Energieeffizienz

Durch die ständige Neubewertung von Prozessen und Maßnahmen wird angestrebt, eine kontinuierliche Verbesserung des Umweltschutzes im Unternehmen zu erzielen. Dies beinhaltet unter anderem, das Umweltbewusstsein der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf allen Ebenen durch geeignete Schulungsmaßnahmen permanent zu fördern.

Konzernweit sind wir bemüht, in Zusammenarbeit mit unseren Sicherheits- und Umweltbeauftragten sowie externen Beratern, die notwendige Vorsorge zu treffen, um Notfälle zu vermeiden und verpflichten uns, kompetent und umfassend über die Umweltauswirkungen unserer Tätigkeiten zu informieren.

Zur Reduktion von schädlichen Abgasen und zur aktiven Ressourcenschonung achtet das Unternehmen bei der Neuanschaffung von Fahrzeugen auf geringe Schadstoff- und Lärmemissionen. Alle neu anzuschaffenden Busse müssen mindestens die Grenzwerte der Schadstoffklasse Euro 6 einhalten.

Zudem fördert die RVK erneuerbare Energien und alternative Antriebsarten durch praxisnahe Projekte, wie z. B. die Einführung der ersten beiden Brennstoffzellen-Hybridbusse im regulären Linienverkehr in NRW seit September 2011 und die Inbetriebnahme von Photovoltaikanlagen an den RVK-Standorten Bergheim (Rhein-Erft-Kreis), Euskirchen (Kreis Euskirchen), Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) und Wermelskirchen (Rheinisch-Bergischer Kreis) in den Jahren 2011 und 2012. Am Standort in Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) wurde zudem im Jahre 2012 ein Solarcarport mit 2 Elektrotankstellen installiert.

Dieser Weg wird auch in Zukunft konsequent weitergegangen. So sind die Anschaffung weiterer emissionsarmer Fahrzeuge wie Elektro-Pkw und weiterer emissionsfreier Busse mit Brennstoffzellentechnologie vorgesehen.

Um die hochgesteckten Umweltziele zu erreichen, wurde das ambitionierte Projekt „Null Emission“ ins Leben gerufen. Dieses sieht vor, mittel- bis langfristig den gesamten Fuhrpark des Unternehmens auf alternative Antriebstechniken umzustellen.

Die RVK handelt, soweit irgend möglich, in allen Konzern-Bereichen umweltbewusst und ressourcenschonend. Neben dem Einkauf und Einsatz umweltfreundlicher Fahrzeuge und Kraftstoffe zählt hierzu u. a. auch die Nutzung von Regen- und Brauchwasser in allen unseren Fahrzeugwaschanlagen sowie die strikte Trennung sämtlicher Abfallarten, sofern diese nicht zu vermeiden sind.

Der schonende und sparsame Umgang mit natürlichen Ressourcen ist ebenfalls Teil der Unternehmensphilosophie. So ist Energieeinsparung in den Betriebs- und Verwaltungsbereichen gelebte Praxis.

Die geschilderten Maßnahmen und Projekte, die Ganzheitlichkeit des Ansatzes, die erfolgreichen bisherigen Bemühungen sowie der Nachweis über deren Nachhaltigkeit haben dazu beigetragen, dass die Konzernunternehmen der RVK im März 2011 die Zertifizierung nach DIN EN ISO 14001:2009 erhalten haben.

Warum gerade die Themen „Kraftstoffverbrauch“, „Suche nach alternativen Treibstoffen“ und Nachhaltigkeit, insbesondere auch aus wirtschaftlicher Sicht von grundlegender Bedeutung für die RVK und ihre kommunalen Eigentümer sind, zeigt alleine die Tatsache, dass der RVK-Konzern am Ende des Berichtsjahres über 317 eigene Omnibusse verfügte, mit denen 54 % der Gesamtfahrleistungen erbracht wurden. Hierfür wurden, trotz einer breit angelegten und intensiv betriebenen Einsparkampagne, ca. 5,5 Millionen Liter Dieselmotorkraftstoff verbraucht. Für die weiteren 46 % der Fahrleistungen wurden durchschnittlich 328 Omnibusse von privaten Verkehrsunternehmen eingesetzt, wobei der Anteil der Leistungserbringung durch eigene

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, also der so genannte Regieverkehr, strukturell bedingt in den verschiedenen Gebietskörperschaften unseres Bedienungsgebietes sehr unterschiedlich ist.

Einnahmearteilung

Die Situation der Einnahmearteilung im Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS) ist immer noch von der Diskussion über die Ergebnisse der Fahrgasterhebung 2009 geprägt. Es ist insgesamt eine Verschiebung der Einnahmenströme aus den Ballungsrandzonen und dem ländlichen geprägten Raum in die Ballungsräumen einerseits, und andererseits von der Straße auf die Schiene festzustellen, was naturgemäß negative Auswirkungen auf die Erlössituation der Nahverkehrsunternehmen in den Kreisen und kreisangehörigen Städten hat. Das formale Schiedsverfahren nach Einnahmearteilungsvertrag wurde zwischenzeitlich eingeleitet. Mit einer Einigung bzw. mit der Umsetzung der Ergebnisse der Fahrgasterhebung 2009 kann frühestens in der 2. Jahreshälfte 2013 gerechnet werden.

Das Risiko einer Rückzahlungsverpflichtung wurde im Rahmen des Jahresabschlusses 2012 auch für die vorangegangenen Geschäftsjahre 2009, 2010 und 2011 in Höhe von jeweils rd. 1,24 Mio. Euro berücksichtigt.

Betriebshofoptimierung

Die beabsichtigte Zusammenlegung der Betriebshöfe der RVK, der OVAG und der VBL am Standort Gummersbach (Oberbergischer Kreis) wird unverändert angestrebt. Dieses Vorhaben steht in Abhängigkeit einer erfolgreichen Vermarktung des Betriebsgrundstückes der RVK in Niederseßmar, welche sich jedoch aufgrund der allgemeinen Entwicklung auf dem Grundstücksmarkt, der spezifischen Angebotslage in Gummersbach und den Anforderungen an das Grundstück in bauplanungsrechtlicher Hinsicht weiterhin als schwierig erweist. Im Rahmen einer Gesamtlösung zwischen den drei genannten Unternehmen, ist auch eine Veräußerung der zweiten Liegenschaft der RVK im Oberbergischen Kreis, nämlich der am Standort Waldbrohl, geplant.

Zum Ende des Jahres 2012 wurde die notwendige Erweiterung (Ost-Anlage) des Betriebshofes am Standort Meckenheim (Rhein-Sieg-Kreis) abgeschlossen. Die Zusammenführung der beiden Grundstücke (Ost-Anlage/West-Anlage) ist abhängig vom Baufortschritt der vorgesehenen nördlichen Umgehungsstraße. Die Fertigstellung der gesamten Maßnahme ist seitens der zuständigen Baubehörden für 2014 geplant.

Tariftreue- und Vergabegesetz

Am 01. Mai 2012 trat das Tariftreue- und Vergabegesetz Nordrhein-Westfalen (TVgG NRW) in Kraft. Da auch öffentliche Aufträge im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs von diesen Regelungen erfasst werden, wird das Gesetz maßgebliche Auswirkungen auf zukünftige Beauftragungen von Unternehmen durch die RVK haben.

Öffentliche Dienstleistungsaufträge im Sinne der Verordnung (EG)1370/2007 dürfen künftig nur noch an solche Unternehmen vergeben werden, „die sich bei Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung der Leistung mindestens das in Nordrhein-Westfalen für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehene Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten zu zahlen und während der Ausführungszeit Änderungen nachzuvollziehen.“

Durch die Verordnung zur Feststellung der Repräsentativität von Tarifverträgen im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs (repräsentative Tarifverträge VO – RepTVVO) vom 31. Oktober 2012 wurde festgelegt, dass der repräsentative Tarifvertrag im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs der Spartentarifvertrag Nahverkehrsbetriebe (TV-N) ist.

Mithin ist für die RVK davon auszugehen, dass bei künftigen Beauftragungen der RVK der TV-N als repräsentativer Tarifvertrag anzuwenden ist, was zur Folge hat, dass die Vergütung der Mitarbeiter der des TV-N entsprechen muss. Gleichzeitig gilt, dass die RVK als Auftragnehmerin bei zukünftigen Vergaben ihre Subunternehmer ebenfalls zur Tariftreue verpflichten, was zu einer Vereinheitlichung/Verteuerung der Subunternehmerkosten führen wird. Unstrittig

findet dies jedoch nicht Anwendung bei vorhandenen Beauftragungen durch die Aufgabenträger und bei vorhandenen Subunternehmerverträgen. Die derzeit noch strittigen Fragen der Abgrenzung im Bezug auf neu zu erteilende Genehmigungen nach PBefG, wie sie zum Teil in der Rechtsliteratur diskutiert werden und der Anwendung des Tariftreuegesetzes bei Auftragsvergaben außerhalb der Dienstleistungsaufträge gemäß Verordnung (EG) 1370/2007 werden noch zu klären sein.

Für das Jahr 2012 und 2013 wird jedoch nicht mit unmittelbaren Auswirkungen insbesondere auf die Kostenstruktur gerechnet.

Zwischenzeitlich eingereichte Klagen des Arbeitgeberverbandes AGVDE, an welcher die RVK maßgeblich beteiligt ist und des NWO gegen die Anwendung des Tariftreuegesetzes bzw. der TVVO werden zu beobachten sein.

Unabhängig von vorstehenden Ausführungen bleibt darauf hinzuweisen, dass bis Mitte des Jahres die anstehenden Tarifverhandlungen mit noch ungewissem Ausgang abzuschließen sind.

Risikofrüherkennung

Um die für das Unternehmen und den Konzern wesentlichen Risiken frühzeitig identifizieren zu können sowie zur Steuerung und Bewältigung der Risiken hat die Konzern-Geschäftsführung ein Risikofrüherkennungssystem eingerichtet. Wesentliche Bestandteile dieses Systems sind ein Risikokatalog, der alle wesentlichen Risiken der einzelnen Konzernbereiche umfasst, sowie ein Maßnahmenkatalog, aus dem für jedes erfasste Risiko die notwendigen Handlungen im Falle eines Risikoeintritts abzuleiten sind.

Die bestehenden Risiken werden monatlich von der Arbeitsgruppe „Risikomanagement“ untersucht und ggf. neu bewertet. Über die Ergebnisse wird in regelmäßigen Abständen berichtet.

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse des Risikomanagements, der Vereinbarungen mit Aufgabenträgern bzw. Gesellschaftern über Zuschüsse und auf Grundlage des beschriebenen gesellschaftsvertraglich geregelten Verlustausgleichs durch die Eigentümer des Konzerns, der liquiditätswirksame Zahlungen in das Eigenkapital zum Ausgleich entstandener bzw. zukünftig entstehender Jahresfehlbeträge vorsieht, sind derzeit keine den Bestand des Konzerns gefährdenden Entwicklungen zu verzeichnen.

Vermögenslage, Finanz- und Ertragslage

Die ursprünglich für das Wirtschaftsjahr 2012 geplante Busersatzbeschaffung erfolgt gemeinsam mit der Busersatzbeschaffung des Jahres 2013. Die Größenordnung dieser Beschaffungsmaßnahme ist für das Jahr 2013 mit insgesamt ca. 7.170 T€ geplant. Diese Investition führt ab dem Jahr 2013 zu entsprechend höheren Erlösen aus dem Verkauf von Altfahrzeugen und somit auch im Vergleich mit dem Wirtschaftsergebnis des Jahres 2012 zu deutlich höheren Betriebsergebnissen in den Folgejahren.

Für die Jahre 2013 und 2014 werden lt. beschlossenem Wirtschaftsplan positive Betriebsergebnisse in Höhe von ca. 1.110 T€ bzw. 1.390 T€ erwartet. Die zu erwartende Vermögens-, Finanz- und Ertragslage dieser Jahre kann aus jetziger Sicht als geordnet bezeichnet werden.

Wesentliche Ziele der Geschäftsführung

Die wesentlichen Ziele der Geschäftsführung des RVK- Konzerns sind:

1. Den Eigentümern und Aufgabenträgern sowie den sonstigen Auftraggebern des Konzerns unter dem Vorsatz des wirtschaftlich verantwortlichen Handelns eine qualitativ hochwertige, kostengünstige und kommunal gesteuerte Produktpalette zur Verfügung zu stellen.

2. Die Erbringung von Dienstleistungen, die den Mobilitätsbedürfnissen unserer Fahrgäste gerecht werden, und den Respekt vor den Wünschen unserer Kundinnen und Kunden als die zentrale Aufgabenstellung für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in deren Bewusstsein zu verankern.
3. Die Wettbewerbsfähigkeit des Konzerns durch die Erbringung einer an der Qualität orientierten Dienstleistungskette für unsere Kunden zu sachgerechten und auskömmlichen Preisen zu sichern.
4. Den Anspruch des nachhaltigen Wirtschaftens und den schonenden Umgang mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen als integrale Bestandteile des täglichen Handelns in allen Bereichen des Konzerns umzusetzen.
5. Als kommunales Unternehmen gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und die soziale Kompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die gesellschaftlichen Prozesse einzubringen.
6. Die Arbeitsplätze der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig auf einem angemessenen Vergütungsniveau zu sichern und die Arbeitsbedingungen im Konzern auch weiterhin fair, partnerschaftlich und sozial zu gestalten.
7. Durch sinnvolle Kooperationen und Vereinbarungen mit Unternehmen und Einrichtungen die vorhandenen Kompetenzen zu bündeln, die Finanz- und Innovationskraft der RVK zu stärken und damit unsere eigenen Zukunftschancen sowie die unserer Partner und Auftragnehmer in der Region zu verbessern. Für diese Zukunftsfähigkeit des Konzerns werden die vorgestellten Projekte: „Ertragsorientierte Überarbeitung des VRS-Tarifs, MoSiM, RegioM 2030 und Null Emission 2030“ erarbeitet.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich, sofern nicht bereits ausgeführt, erkennbar nicht ergeben.

Köln, 23. Mai 2013

Regionalverkehr Köln GmbH

Eugen Puderbach

Geschäftsführer

Regionalverkehr Köln
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Bilanz zum 31. Dezember 2012

Aktiva

	31.12.2012		31.12.2011	
	EUR	EUR	EUR	EUR
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	977.950,00		750.405,00	
2. Geleistete Anzahlungen	237.827,50	1.215.777,50	0,00	750.405,00
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1.861.490,96		1.629.241,82	
2. Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	1.457.601,00		1.526.875,00	
3. Fahrzeuge für Personenverkehr	32.118.026,00		38.458.957,00	
4. Maschinen und maschinelle Anlagen	18.421,00		27.092,00	
5. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.502.701,00		3.270.282,00	
6. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.707.852,94	43.666.092,90	821.234,00	45.733.681,82
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	227.000,00		227.000,00	
2. Beteiligungen	50.000,00		50.000,00	
3. Sonstige Ausleihungen	17.834,73	294.834,73	15.049,17	292.049,17
		45.176.705,13		46.776.135,99
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		357.415,60		370.531,77
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.341.644,66		1.797.466,93	
2. Forderungen gegen Gesellschafter –aus Lieferungen und Leistungen–	5.356.331,16		3.900.266,29	
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht –aus Lieferungen und Leistungen–	316.903,69		423.247,51	
4. Sonstige Vermögensgegenstände	844.182,41	9.859.061,92	1.402.941,35	7.523.922,08
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		6.049.866,63		3.381.870,86
		16.266.344,15		11.276.324,71
C. Rechnungsabgrenzungsposten		113.509,15		107.301,09
		61.556.558,43		58.159.761,79

Passiva

	31.12.2012	31.12.2011
	EUR	EUR
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	3.579.200,00	3.579.200,00
II. Kapitalrücklage	8.017.454,76	7.915.202,20
III. Gewinnrücklagen		
Andere Gewinnrücklagen	710.470,13	710.470,13
IV. Bilanzgewinn	3.282.144,69	2.935.061,85
	15.589.269,58	15.139.934,18
B. Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse	11.309.874,67	13.652.550,20
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen	631.159,00	586.994,00
2. Sonstige Rückstellungen	7.303.721,27	6.015.501,31
	7.934.880,27	6.602.495,31
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	17.957.527,34	18.585.846,98
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.753.447,78	2.863.571,73
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	181.774,78	304.407,22
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	355.742,42	463.389,60
5. Sonstige Verbindlichkeiten	4.161.194,11	471.566,57
–davon aus Steuern EUR 887.907,41 (i. Vj. EUR 161.330,19)–		
–davon im Rahmen der sozialen Sicherheit		
EUR 4.004,34 (i. Vj. EUR 3.029,25)–		
	26.409.686,43	22.688.782,10
E. Rechnungsabgrenzungsposten	312.847,48	76.000,00
	61.556.558,43	58.159.761,79

Regionalverkehr Köln
Gesellschaft mit beschränkter Haftung (RVK), Köln

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012	2011
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse		
2. Sonstige betriebliche Erträge		
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe		
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter		
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
– davon für Altersversorgung EUR 143.153,43 (i. Vj. EUR 394.175,63)–		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
7. Betriebsergebnis		
8. Erträge aus Beteiligungen		
9. Erträge aus Gewinnabführung		
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		
11. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		
12. Zinsergebnis		
13. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		
14. Sonstige Steuern		
15. Jahresüberschuss		
16. Gewinnvortrag		
17. Bilanzgewinn		

	2012	2011
	EUR	EUR
	67.624.402,89	67.273.155,36
	18.869.002,46	17.574.232,06
	8.566.377,59	8.128.609,12
	37.365.781,46	36.670.840,73
	19.586.776,22	19.576.568,64
	4.032.723,89	4.332.764,93
	23.619.500,11	23.909.333,57
	7.658.431,33	7.310.152,90
	8.206.846,28	7.303.272,98
	1.076.468,58	1.525.178,12
	3.000,00	3.000,00
	27.273,73	45.780,84
	651.801,40	614.677,27
	-624.527,67	-568.896,43
	482.256,10	975.033,79
	31.406,93	34.624,43
	450.849,17	940.409,36
	2.831.295,52	1.994.852,49
	3.282.144,69	2.935.061,85

Konzernbilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2012

A k t i v a :		Anhang	31.12.2012	31.12.2011	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Anlagevermögen		1			Eigenkapital	6		
Immaterielle Vermögensgegenstände			586.797,00 €	513.685,00 €	Kapitalanteile		7.824.468,19 €	7.877.147,48 €
Sachanlagen			22.407.673,73 €	23.941.328,01 €	Bilanzgewinn		3.326.553,00 €	3.070.891,92 €
Finanzanlagen			7.708.797,26 €	6.348.604,92 €	Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter		328.146,35 €	283.097,34 €
			30.703.267,99 €	30.803.617,93 €			11.479.167,54 €	11.231.136,74 €
Umlaufvermögen					Empfangene Ertragszuschüsse	7	3.412.187,41 €	4.116.930,18 €
Vorräte					Rückstellungen	8		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe			533.733,27 €	509.697,95 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		3.100.041,00 €	2.638.915,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2				Steuerrückstellungen		695.215,79 €	363.203,00 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen			4.448.208,25 €	3.535.384,37 €	Sonstige Rückstellungen		4.555.511,04 €	4.443.831,97 €
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht							8.350.767,83 €	7.445.949,97 €
Forderungen gegen Gesellschafter			374,58 €	166.666,66 €	Verbindlichkeiten	9		
Sonstige Vermögensgegenstände			85.638,87 €	117.141,97 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.522.358,30 €	7.847.542,42 €
			2.636.226,55 €	2.724.686,03 €	Erhaltene Anzahlungen		40.205,00 €	26.555,00 €
			7.170.448,25 €	6.543.879,03 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		4.542.493,77 €	6.196.322,53 €
Flüssige Mittel	3				Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.411,31 €	3.847,61 €
			9.342.847,64 €	11.421.225,75 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		17.419,17 €	8.361,40 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4				Sonstige Verbindlichkeiten		11.680.534,25 €	11.778.526,70 €
			109.024,90 €	122.702,04 €			23.804.421,80 €	25.861.155,66 €
					Rechnungsabgrenzungsposten	10	812.777,47 €	745.950,15 €
			47.859.322,05 €	49.401.122,70 €			47.859.322,05 €	49.401.122,70 €

Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2012

	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse		74.414.841,00 €	72.794.279,64 €
Stromsteuer		- 5.535.567,22 €	- 5.520.722,61 €
	12	68.879.273,78 €	67.273.557,03 €
Andere aktivierte Eigenleistungen		58.192,43 €	250.528,31 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	790.898,14 €	457.208,64 €
		69.728.364,35 €	67.981.293,98 €
Materialaufwand	14	48.738.770,10 €	48.750.262,31 €
Personalaufwand	15	8.205.575,85 €	7.722.210,66 €
Abschreibungen	16	2.183.138,09 €	1.958.659,76 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	5.350.564,93 €	5.103.450,64 €
		5.250.315,38 €	4.446.710,61 €
Finanzergebnis	19	- 938.525,93 €	- 690.198,44 €
		4.311.789,45 €	3.756.512,17 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Außerordentliches Ergebnis		- €	- €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	917.912,52 €	685.830,57 €
Sonstige Steuern		32.126,26 €	37.192,34 €
Konzernjahresüberschuss		<u>3.361.750,67 €</u>	<u>3.033.489,26 €</u>
auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn / Verlust		35.197,67 €	- 37.402,66 €
Konzerngewinn*		<u>3.326.553,00 €</u>	<u>3.070.891,92 €</u>

* (auf Gesellschafter der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG entfallend)

Konzernlagebericht 2012

(zusammengefasst mit dem Lagebericht der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG)

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	I
Tabellenverzeichnis	II
1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen	1
1.1 Anteilseigner und Konzernstrukturen	1
1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	3
2 Wirtschaftliche Entwicklung 2012 (Konzern und ene)	4
2.1 Dienstleistungsgeschäft (ene)	4
2.2 Ertragslage (Konzern)	6
2.3 Finanz- und Vermögenslage (Konzern)	8
2.4 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)	9
3 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW	10
3.1 Tätigkeiten	11
3.2 Mitarbeiter	12
3.3 Entwicklung der Chancen und Risiken	13
3.3.1 Marktrisiken	13
3.3.2 Risiken aus dem energiepolitischen Rahmen	14
3.3.3 Betriebsrisiken	15
3.3.4 Finanz- und Kreditrisiko / Risikomanagementziele im Hinblick auf Finanzinstrumente	16
4 Ausblick	16

Tabellenverzeichnis

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften.....	2
Tab. 2: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns.....	7
Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds	8
Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschluss	10
Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung	12

1 Geschäfts- und Rahmenbedingungen

1.1 Anteilseigner und Konzernstrukturen

Die Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall (ene), ist das Mutterunternehmen des ene-Konzerns, welcher in 2004 aus der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH, Kall (KEV), hervorgegangen ist. Sie ist unter der Nummer HRA 2498 im Handelsregister des Amtsgerichts Düren eingetragen.

Beteiligt am ene-Konzern sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen, und die RWE Deutschland AG, Essen, zu gleichen Teilen. Beide Kommanditisten sind darüber hinaus zu gleichen Teilen an der Komplementärin der ene, die Energie Nordeifel Beteiligungs-GmbH, Kall, beteiligt.

Gegenstand des Unternehmens ist das Erbringen von Dienstleistungen im Rahmen der Energieerzeugung und -versorgung auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wie zum Beispiel: Planung und Durchführung von Energieeffizienzprojekten, die Planung, der Erwerb, die Anpachtung, Anmietung, Wartung, Instandhaltung und Bau von Energieerzeugungs-, Energieversorgungs- und Energieverbrauchsanlagen einschließlich der Vermietung, Verpachtung von Transformatorenstationen, Schaltanlagen, das Energiecontracting sowie Energielieferungen. Hierzu gehört ferner das Halten von Beteiligungen im Rahmen der vorgenannten Zwecke, insbesondere an der KEV und der KEV Energie GmbH, Kall, (KEV Energie) sowie die Verwaltung der Beteiligungen.

Die ene hält an der KEV eine Beteiligung von rd. 95 % und an der KEV Energie eine 95%ige Beteiligung. Der Kreis Euskirchen ist mit 2,5% und die RWE Deutschland AG ebenfalls mit 2,5%, jeweils an beiden vorgenannten Gesellschaften beteiligt. Am 08. Dezember 2003 wurde zwischen der KEV und der ene sowie am 23. August 2011 zwischen der KEV Energie und der ene ein Ergebnisabführungsvertrag für die Zeit von fünf Jahren abgeschlossen. Beide Verträge verlängern sich unverändert jeweils um ein Jahr, falls sie nicht jeweils spätestens sechs Monate vor seinem Ablauf von einer Vertragspartei gekündigt wird.

Der Unternehmensteil Vertrieb der KEV ist im Rahmen einer Abspaltung rückwirkend zum 01. Januar 2012 nach den Vorschriften des Umwandlungsgesetzes auf die KEV Energie übertragen worden.

Der entsprechende Abspaltungsvertrag zwischen der KEV und der KEV Energie ist am 15. August 2012 abgeschlossen worden. Mit der Eintragung der Abspaltung in das Handelsregister des Amtsgerichts Düren am 24.08.2012 ist das gesamte, dem Unternehmensbereich Vertrieb zuzuordnende Vermögen der KEV auf die KEV Energie im Wege der sog. Sonderrechtsnachfolge übergegangen.

Die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER) wurde am 15. August 2012 mit Sitz in Kall gegründet. Beteiligt an der NER sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen mit 75 % und die KEV Energie zu 25 %. Das Geschäft der NER besteht in der Erzeugung und dem Verkauf von Strom, der mittels einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage aus Sonnenenergie generiert wird.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Kerngeschäfte und die wirtschaftliche Entwicklung der Gesellschaften in 2012:

Tab. 1: Kerngeschäfte der Gesellschaften

Konzerngesellschaften	Anteil Mitarbeit er in %	Mitarbeiter 2012 im Jahresdurch- schnitt	Betriebliches Ergebnis 2012	Gezeichnetes Kapital in T€	Kerngeschäft
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG, Kall	27,0	38	1.332	25	Energiedienst- leistungen und gewerbliche Dienstleistungen, Bau und Instandhaltung
Kreis-Energie- Versorgung Schleiden GmbH, Kall	61,7	87	2.256	3.100	Regionale Energieversorgung und Assetowner
KEV Energie GmbH	11,3	16	1.259	300	Versorgung, Vertrieb u. Handel mit Energie und verb. Dienstleistungen
KEVER Projekt-Betriebs- Beteiligungsgesellschaft mbH	0	0	52	25	Entwicklung, Planung, Bau von Anlagen zur Energieerzeugung
Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	0	0	352	310	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV- Anlage
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (nicht konsolidiert)	0	0	-7	200	Planung, Errichtung u. Betrieb von PV-Anlage

1.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der ene-Konzern kann trotz regionaler konjunktureller Stagnation auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2012 zurück blicken. Für eine weitere erfolgreiche Entwicklung konnten 2012 die ersten auslaufenden Konzessionsverträge mit 20jährigen Laufzeiten verlängert und eine Neukonzession für ein weiteres Konzessionsgebiet für die nächsten 20 Jahre abgeschlossen werden.

Die positive Entwicklung des Konzerns in den letzten Jahren und die guten Aussichten für die nächsten Geschäftsjahre, erhärtet durch aktuelle Wertgutachten namhafter deutscher Wirtschaftsinstitute, stärkte das Vertrauen der regionalen Politik, Wirtschaft und Verwaltungen. Das findet nicht zuletzt Ausdruck im Beteiligungsinteresse der Städte und Gemeinden im Verbreitungsgebiet und des Kreises Euskirchen.

Da Überlegungen zu einer kreisweiten, rein kommunalen Stromnetzgesellschaft durch die Kommunen nicht weiter verfolgt wurden, mündete das Angebot der RWE Deutschland AG und des Kreises Euskirchen, ein Drittel ihrer ene-Anteile an die Kommunen im Versorgungsgebiet zu veräußern, im Kreistagsbeschluss vom 10.07.2012 bzw. 19.12.2012. Im Rahmen eines Konsortialvertrages zwischen der RWE Deutschland AG und dem Kreis Euskirchen wird den Kommunen die Gelegenheit eröffnet, sich über eine kommunale Vorschaltgesellschaft am ene-Konzern zu beteiligen.

Die Details zur Ausgestaltung dieser neuen Beteiligungsstrukturen werden unter Einbeziehung unabhängiger Gutachten geprüft.

Wir führen im Konzern die Restrukturierung und Weiterentwicklung des Produktportfolios fort, unter Rekrutierung und Entwicklung von geeigneten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für Vertrieb und Dienstleistungserbringung. Die Aktivitäten im Dienstleistungsbereich konnten weiter gesteigert werden.

Entsprechend unserer strategischen Ausrichtung, unser Geschäft auf alle Stufen der Wertschöpfungskette in der Stromsparte auszudehnen, sind wir eine weitere Beteiligung in der Energieerzeugung eingegangen und haben mit den Belegenheitskommunen, ausgewählten Kunden und Partnern Projektideen generiert, an deren Ausgestaltung wir weiterarbeiten.

2 Wirtschaftliche Entwicklung 2012 (Konzern und ene)

2.1 Dienstleistungsgeschäft (ene)

In den Kerngeschäften realisierte die ene im Geschäftsjahr 2012 Umsatzerlöse in Höhe von 16.952 T € (Vorjahr 16.743 T €).

Das konzerninterne Dienstleistungsgeschäft in Höhe von 11.895 T € (Vorjahr 10.023 T €) ist nach wie vor das wichtigste Standbein der ene und wird im Wesentlichen durch die Aktivitäten der KEV bestimmt. Die Umsatzerlöse bei externen Dienstleistungen im Anlagenbau und im Straßenbeleuchtungsgeschäft lagen bei 1.898 T € (Vorjahr 2.113 T €). Im Erzeugungsbereich wurden Umsatzerlöse in Höhe von 549 T € (Vorjahr 569 T €) erzielt.

Am 19. Februar 2008 hat die ene für 163 T € einen 0,3%igen Kommanditanteil an dem Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG, Essen (GSH) erworben und damit entsprechend der Beteiligungsquote einen Kraftwerksanteil von 5 MW erhalten. Zur Finanzierung des Kraftwerkbaus wurde der GSH bisher ein Darlehensvolumen in Höhe von 6.263 T € (Vorjahr 5.211 T €) zur Verfügung gestellt.

Die Teilinbetriebnahme des Doppelblock-Kraftwerkes wird voraussichtlich Ende 2013 erfolgen; im ersten Quartal 2014 wird der zweite Block planmäßig ans Netz gehen. Die Gesamtinvestition in das Kraftwerk liegt inzwischen ca. 15% über der ursprünglichen Planung; auch Brennstoffkosten und Zinsaufwand übersteigen die Planansätze. In der Folge ergeben sich Kostenerhöhungen und Effizienzverschlechterungen. Wegen der aktuell noch nicht abgeschlossenen Entscheidungsfindung der Bundespolitik zum zukünftigen Marktdesign für Reserve- und Grundlastkapazitäten in Brückentechnologien wurde für die Abnahmeverpflichtung der zu erwartenden Stromerzeugungsmengen in 2012 bilanzielle Vorsorge in Höhe von rd. 1,2 Mio € getroffen.

Nach notariellem Gesellschafterbeschluss vom 15. September 2008 zur Erweiterung der „Quantum GmbH“ (Quantum), Düsseldorf, und der Ausräumung aller aufschiebenden Bedingungen aus Kauf- und Abtretungsvertrag hat die ene am 08. Juli 2009 die Stammeinlage auf ihre 4%-Beteiligung in Höhe von 33 T € geleistet. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Energie und die Erbringung von Dienstleistungen im unmittelbaren Bereich der Energieversorgung mit dem Ziel, die örtliche Energieversorgung in den Gemeindegebieten der mittelbar an der Gesellschaft beteiligten Kommunen zu stärken.

Die Quantum diente in 2012 als Dienstleistungsgesellschaft für Strombeschaffung und Portfoliomanagement. Konkret wurde der Bilanzkreisausgleich in den Regelzonen Tennet, 50 Hertz und TransnetBW abgewickelt.

Insgesamt entwickelte sich die Geschäftsbeziehung zur Quantum nicht so wie beim Eintritt in die Gesellschaft 2008 erwartet. Per 31.12.2012 wurde der Gesellschaftsvertrag und der Dienstleistungsrahmenvertrag mit Wirkung zum 31.12.2013 vorsorglich gekündigt. Die Dienstleistungen der Quantum sollen zukünftig durch eigenes Personal oder durch andere Dienstleister erbracht werden. Bei der Quantum werden voraussichtlich die Bewirtschaftung und Vermarktung erzeugter Strommengen angesiedelt werden. Quantum und ene befinden sich im Dialog zur Ausgestaltung der zukünftigen Geschäftsbeziehung.

Am 21. September 2009 wurde die „eegon Eifel-Energiegenossenschaft eG“ gegründet. Die ene hat eine Mitgliedschaft von 0,5 T € erworben. Gegenstand des Unternehmens ist:

- die Errichtung und Unterhaltung von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaikanlagen,
- die Verteilung und der Vertrieb der gewonnenen Energie in Form von Strom und/oder Wärme,
- die Unterstützung und Beratung der regenerativen Energiegewinnung einschließlich einer Information von Mitgliedern und Dritten sowie einer Öffentlichkeitsarbeit,
- gemeinsamer Einkauf von Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien für Mitglieder und Dritte,
- Beteiligung an Projekten der Regenerativen Energieerzeugung (Beschluss der Genossen durch Satzungsänderung der Genossenschaft in 2011).

Zwischen dem Vorstand der Genossenschaft und der ene konnte eine gute informatorische Zusammenarbeit entwickelt werden, die zu weiteren operativen gemeinsamen Projekten führen soll.

Die ene hat sich mit Gesellschaftsvertrag vom 16. Februar 2010 mit einem 2,1%igen Anteil an der Green GECCO Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG (BG) beteiligt. Komplementärin der BG ist die Green GECCO Stadtwerke Beteiligungsgesellschaft-Verwaltungs-GmbH mit Sitz in Troisdorf, weitere Kommanditisten sind andere kommunale Energieversorgungsunternehmen. Mittelbar ist die ene damit durch den Eintritt der BG in die von RWE Innogy GmbH gegründete Green GECCO GmbH & Co. KG, Essen (GG) und den Erwerb eines Geschäftsanteils an deren Komplementärin (Green GECCO Verwaltungs-GmbH) an der GG beteiligt. Durch Eintritt weiterer Energieversorger in die Gesellschaft ist die Anteilsquote der ene in 2012 leicht gesunken und liegt aktuell bei rd. 1,726 %.

In 2012 hat die Green GECCO zwei Onshore-Windparks in Hörup und Titz erworben und in Betrieb genommen. Das gesamte Investitionsvolumen beträgt 46.330 T€. Das von der ene zur Finanzierung der Green GECCO bereitgestellte Kapital per 31. Dezember 2012 beträgt 817 T€ (Vorjahr 434 T€).

Am 20. Oktober 2011 hat die ene einen Bauantrag zur Errichtung einer 971 kWp Freiflächen Photovoltaikanlage auf einem für 20 Jahre vom Kreis Euskirchen gepachteten Grundstück (Abfallwirtschaftszentrum des Kreises Euskirchen – AWZ) gestellt. Die Investitionssumme wurde überwiegend durch ein Annuitätendarlehen mit einer Laufzeit von 20 Jahren (KSK EU, KfW) fremdfinanziert. Die Besicherung des Darlehens erfolgte durch Sicherungsübereignung der PV-Anlage und Sicherungsabtretung der Einspeisevergütung gemäß banküblichem Standard.

Die Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG (NER) wurde am 15. August 2012 mit Sitz in Kall gegründet. Beteiligt an der NER sind der Kreis Euskirchen, Euskirchen mit 75 % und die KEV Energie GmbH mit Sitz in Kall zu 25 %. Mit Datum vom 1. September 2012 wurde die Freiflächen-Photovoltaik-Anlage „Sun Park AWZ“ von der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG durch die Gesellschaft zum Preis von 1.749.934,00 Euro käuflich erworben. Der Betrieb und die Geschäftsführung der NER werden durch die KEVER PBB durchgeführt.

2.2 Ertragslage (Konzern)

Die Umsatzerlöse (ohne Stromsteuer) des Konzerns betrugen im Berichtszeitraum 68.879 T€ (Vorjahr 67.274 T€). Sie lagen damit - im Wesentlichen preisbedingt - rd. 2,4 % über denen des Vorjahres. Der Konzernjahresüberschuss erreichte 3.362 T€ (Vorjahr 3.033 T€). Der Konzernbilanzgewinn 2012 beträgt unter Berücksichtigung der Anteile anderer Gesellschafter 3.327 T€ (Vorjahr 3.071 T€).

Die Entwicklung der Ertragslage der Konzerngesellschaften stellt sich wie folgt dar:

Tab. 2: Außenumsätze (ohne Stromsteuer) der ene und des Konzerns

in T €	2012	2011	Veränderung
Außenumsätze			
- ene	5.056	6.720	-1.664
- KEV GmbH*	19.494	18.713	+781
- KEV Energie*	43.444	41.735	+1.709
- KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	27	0	+27
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	858	106	+752
Σ Konzern	68.879	67.274	+1.605
Betriebliches Ergebnis			
- ene	1.332	1.612	-280
- KEV GmbH*	2.256	1.860	+396
- KEV Energie*	1.259	982	+277
- KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH	52	11	+41
- Sun Park Kalenberg GmbH & Co. KG	352	-18	+370
Σ Konzern	5.251	4.447	+804

(*Hinsichtlich der Vorjahreszahlen der KEV GmbH und der KEV-E wird der Zustand nach Abspaltung (erfolgt zum 1.1.2012) bereits in 2011 simuliert und bei der KEV die Vorjahreszahlen des Netzbereiches, bei der KEV Energie die Vorjahreszahlen des Vertriebsbereiches ausgewiesen.)

Die Umsatzrendite (Konzernjahresüberschuss / Umsatzerlöse ohne Stromsteuer) betrug im Geschäftsjahr 4,88% (Vorjahr 4,51 %). Die Außenumsätze wurden ausschließlich im Inland erzielt.

Verteilnetz:

Das Netzaufkommen im Verteilnetz des Konzerns (Netzbetreiber KEV) ist insbesondere durch den weiteren Ausbau der dezentralen Erzeugung (Einspeisung und Rückspeisung in das vorgelagerte Netz) gekennzeichnet. Insgesamt wurden 200 GWh (Vorjahr 183 GWh) aus erneuerbaren Energien in das Netz des Konzerns eingespeist. Dies entspricht einem Anteil von 50%.

Die ins Verteilnetz des Konzerns eingespeiste Strommenge betrug im Berichtsjahr 399 GWh inklusive 39 GWh Rückspeisung ins vorgelagerte Netz (Vorjahr 398 GWh inklusive 33 GWh Rückspeisung, entspricht einer Nettoeinspeisung von 365 GWh). Insgesamt lag die Netznutzung relativ konstant bei 343 GWh (Vorjahr 352 GWh). Der seit den Jahren 2008 und 2009 zu verzeichnende Mengenrückgang von ca. 50 GWh konnte jedoch nicht kompensiert werden.

Im Zusammenhang mit der Verpachtung des Netzes an die Westnetz GmbH, Wesel, erzielte der Konzern aus Dienstleistungen Erlöse in Höhe von 18.650 T€ (Vorjahr 17.039 T€).

Im Zusammenhang mit dem Verteilnetz sind unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen Konzessionsabgaben in Höhe von 2.392 T€ (Vj. 2.437 T€) ausgewiesen.

Stromvertrieb:

Die Umsatzerlöse des Stromvertriebes des Konzerns (Konzerngesellschaften ene und KEV Energie) ohne Stromsteuer betrugen im Berichtszeitraum 47.145 T€ (Vorjahr: 47.464 T€), wobei der Umsatzrückgang - bei einer marginalen Steigerung des Mengenabsatzes - im Wesentlichen preisbedingt ist.

Stromverkauf (ohne Netzverluste)	2012	2011	Abweichung	
	GWh	GWh	GWh	%
Kunden mit Standardlastprofil (SLP)	126,2	130,1	-3,9	-3,0
Kunden mit temperaturabhängigen Lastprofil (TLP)	22,8	21,9	+0,9	+4,1
Kunden mit registrierender Leistungsmessung (RLM)	133,8	130,4	+3,4	+2,6
Summe Stromverkauf	282,8	282,4	+0,4	+/-0

2.3 Finanz- und Vermögenslage (Konzern)

Die Veränderung des Finanzmittelfonds zeigt nachfolgende Tabelle:

Tab. 3: Veränderung des Finanzmittelfonds

in T €	2012	2011	Veränderung
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	3.696	7.977	-4.281
Cashflow aus Investitionstätigkeit	-2.061	-12.380	+10.319
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-3.714	6.266	-9.980
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-2.078	1.862	-3.940
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	11.421	9.559	+1.862
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	9.343	11.421	-2.078

Aus laufender Geschäftstätigkeit erzielte der Konzern 2012 einen Cashflow in Höhe von 3.696 T € (Vorjahr 7.977 T €). Der Rückgang ist im Wesentlichen bedingt durch den Rückgang der Verbindlichkeiten, sowie teilweise durch den Anstieg der Forderungen aus Lieferung und Leistung. Während der negative Cashflow aus Investitionstätigkeit in 2011 durch das Investment in den Sun Park Kalenberg geprägt war, reduzierte sich das Investitionsvolumen 2012 auf das Normalmaß an Investitionen im Netzbereich. Positiv mit gut 1,7 Mio. € wirkt sich der Verkauf der PV-Anlage an die NER GmbH & Co. KG aus.

Das Volumen der Darlehensaufnahme verringert sich gegenüber 2011 um rd. 7 Mio. €; im Vorjahr war die Finanzierung des Sun Park Kalenberg erfolgt. Der verbleibende Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ist unverändert geprägt durch die Ausschüttung an die Gesellschafter; hinzu kommen Tilgungen von Darlehen.

Im Saldo sinkt der Bestand an Flüssigen Mitteln im Jahresendvergleich um 2.078 T€. Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaften im Konzern war zu jedem Zeitpunkt gegeben. Alle Beteiligungen - insbesondere die KEV und die KEV Energie - sind in das Liquiditätsmanagement des ene-Konzerns eingebunden.

Die Anlagenzugänge im Konzern resultieren im Wesentlichen aus Investitionen in die Stromversorgungsanlagen und Geschäftsausstattung. Die Anlagenabgänge im Konzern ergeben sich hauptsächlich aus der Demontage von Leitungsnetzanlagen, Teilabgängen der Geschäftsausstattung und des Fuhrparks. Am Bilanzstichtag waren die Sachanlagen zu 75,5 % abgeschrieben.

Der Zuwachs bei den Finanzanlagen resultiert hauptsächlich aus den im Berichtsjahr erfolgten Erhöhungen der Ausleihungen an die Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm GmbH & Co. KG sowie weiteren Zahlungen an die Green Gecco Beteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, über die u.a. mittelbar die Windparks Hörup und Titz und finanziert wurden.

Die Bilanzsumme sinkt um 1.542 T€. In den Aktiva ist dies im Wesentlichen bedingt durch den erheblichen Rückgang der Flüssigen Mittel bei einem leichten Anstieg der kurzfristigen Forderungen. Auf der Passivseite steht dem Rückgang der Verbindlichkeiten sowie der Ertragszuschüsse eine moderate Erhöhung der Rückstellungen gegenüber. Die Eigenkapitalquote des Konzerns steigt leicht auf 24% (Vorjahr 23 %).

2.4 Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage (ene)

Neben den Umsätzen aus den Kerngeschäften konnte die ene in 2012 bei ausgewählten Sondervertragskunden Stromerlöse in Höhe von 2.610 T€ (Vorjahr 4.037 T€) bei einer

Gesamtmenge von 19,7 GWh generieren (Vorjahr 30,7 GWh). Dieser Rückgang ergibt sich überwiegend aus der Übertragung von Sondervertragskunden von der ene auf die KEV Energie (rd. 13,9 GWh).

Insgesamt erreichte die ene mit dem internen und externen Dienstleistungsgeschäft sowie mit den Erlösen aus Stromverkauf einen Umsatz von 16.952 T€ (Vorjahr 16.743 T€)

Eine Übersicht der Eckdaten des Einzelabschlusses der ene zeigt nachfolgende Darstellung:

Tab. 4: Eckdaten des Einzelabschlusses

Angaben vor Konsolidierung in T €	2012	2011	Veränderung
Anlagevermögen	13.558	13.860	-302
Umlaufvermögen	5.366	5.738	-372
Eigenkapital (ohne Jahresüberschuss)	2.947	2.947	0
Rückstellungen	2.478	2.200	+278
Verbindlichkeiten (einschließlich des zur Ausschüttung vorgesehenen Jahresüberschusses)	13.499	14.451	-952
Eigenkapitalquote in Prozent	15,6	15,0	+0,6
Umsatzerlöse	16.952	16.743	+209
Jahresüberschuss	3.294	3.110	+184

Die Vermögenslage der ene ist geprägt durch die Beteiligung an der KEV und der KEV Energie und den Ergebnisabführungsverträgen mit diesen Gesellschaften.

Der Rückgang der Verbindlichkeiten resultiert im Wesentlichen aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Die ene hat mit Datum vom 08. April 2010 den damaligen Netzbetreiber KEV-Netz GmbH von sämtlichen Ansprüchen aus der Verpflichtung zum Bau von Vogelschutzeinrichtungen im Netz gemäß § 53 BNatSchG freigestellt. Für die in 2012 durchgeführten, umfangreichen Maßnahmen konnte auf die vorhandene Rückstellung zurückgegriffen werden. Für verbleibende Maßnahmen in 2013 wurde die Rückstellung erneut in geringem Umfang dotiert.

3 Berichterstattung gemäß § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NRW

Gemäß § 13 des Gesellschaftsvertrages, der auf § 108 GO NRW verweist, ist im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen.

Der ene Konzern erbringt durch den Betrieb des Strom-Verteilnetzes, die kommunale Versorgung mit Energie, den Betrieb und die Erzeugung erneuerbarer Energie im Kreisgebiet, einen

öffentlichen Zweck. Gleiches gilt für die ene selbst, die durch die Errichtung und den Betrieb von Photovoltaikanlagen im Gemeindegebiet sowie die Versorgung mit Energie einen öffentlichen Zweck im Rahmen der Daseinsvorsorge erbringt.

3.1 Tätigkeiten

Im Zusammenhang mit der Erstellung des Jahresabschlusses nach Maßgabe des § 6b Abs. 1. EnWG ist die ene gemäß § 6 Abs. 3 EnWG zur Kontentrennung verpflichtet. Die geschäftlichen Aktivitäten der ene betreffen fast ausschließlich „Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors“.

Darüber hinaus bestehen „andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors“, die Geschäfte mit ausgewählten Sondervertragskunden sowie Stromerzeugung (bis zur Veräußerung des Sun Parks AWZ an die NER wurde dieser unterjährig durch die ene betrieben) betreffen.

Die Umsatzerlöse im Bereich "Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors" sanken insbesondere aufgrund der Übertragung von Stromkunden um rd. 1.398 T€ auf T€ 2.707.T€ einhergehend mit einem Rückgang des Ergebnisses in diesem Bereich.

Die Umsätze im Bereich der "Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors" stiegen im externen Dienstleistungsgeschäft sowie aufgrund der konzerninternen Dienstleistungsverträge mit der KEV, der KEV Energie und der KEVER GmbH, was zu einem Anstieg des Ergebnisses in diesem Bereich führte.

Die anderen Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors entfielen in 2012 durch die Abspaltung des Teilbetriebs "Vertrieb" auf die KEV Energie.

3.2 Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten wir konzernweit 141 Mitarbeiter (Vorjahr 134).

Im Zuge der Abspaltung der KEV Energie sind 16 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus der KEV in diese Gesellschaft gewechselt.

Tab. 5: Mitarbeiterentwicklung

	2012	2011	Veränderung
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt			
ene	38	47	-9
KEV GmbH	75	75	-
KEV-Energie GmbH	16	0	+16
Konzern	129	122	+7
Auszubildende			
ene	0	1	-1
KEV GmbH	12	11	+1
Konzern	12	12	-

Von unseren Mitarbeitern befanden sich im Berichtsjahr 34 in der Teilzeitbeschäftigung von denen wiederum 16 Mitarbeiter in einem Altersteilzeitarbeitsverhältnis standen.

Als anerkannt schwerbehindert beschäftigten wir am Jahresende im Konzern 7 Mitarbeiter, wobei sich hiervon einer bis zur Jahresmitte in der Berufsausbildung befand und in ein befristetes Arbeitsverhältnis übernommen wurde.

Zum 31. Dezember 2012 sind 22 Mitarbeiter befristet beschäftigt.

Die Fluktuationsquote lag im Berichtsjahr bei 3,9 % (Vorjahr 4,1%).

Bereinigt um die in Altersteilzeit (Freizeitphase) befindlichen Mitarbeiter ergibt sich zum 31. Dezember 2012 ein aktives Arbeitsvermögen von 107,2 Vollzeitkräften (Vorjahr 105,6 VZK).

Wir haben unverändert hohe Anstrengungen unternommen, unser Personal zu qualifizieren. Insgesamt nahmen 67 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulungsmaßnahmen teil. 17 Führungskräfte auf der Ebene der Teamleiter haben eine Schulung zur gesundheitsgerechten Mitarbeiterführung absolviert.

Unsere Anstrengungen, die Arbeitssicherheit zu erhöhen, mündeten in der branchenspezifischen AMS-Zertifizierung (Arbeitsschutz-Management-System) der ene im dritten Quartal 2012. Darüber hinaus wurden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig zum Thema Arbeitsschutz

informiert. Die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen und Unterweisungen wurden fristgerecht durchgeführt.

Im Herbst 2011 wurde mit der Zertifizierung eines TSM-Systems (Technisches Sicherheitsmanagement) begonnen und auf die Strukturen der ene-Gruppe in 2012 angepasst. Die Zertifizierung erfolgte im ersten Halbjahr 2012.

3.3 Entwicklung der Chancen und Risiken

Das Risikomanagementsystem ist konzernweit implementiert und gewährleistet weitgehend die Vermeidung und Begrenzung bestehender Risiken. Vor dem Hintergrund der steigenden Komplexität wird das bestehende System seit Jahresende 2012 durch eine spezialisierte Unternehmensberatung analysiert und auf Optimierungspotenziale untersucht, unter Berücksichtigung der Anforderungen des Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG). Dabei wird auch der Umstieg auf eine andere Software geprüft.

Im Rahmen des Risikomanagementsystems identifizieren, dokumentieren und bewerten wir potenzielle Risiken nach ihrer Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit. Die Risiken werden kategorisiert, fortlaufend überwacht und quartalsweise hinsichtlich Risikosituation und -ausprägung analysiert.

Die bedeutenden Risiken und mögliche Chancen unterscheiden wir wie folgt:

3.3.1 Marktrisiken

Das Gemeinschaftskraftwerk Steinkohle Hamm (GSH) wird im Herbst 2013 den Betrieb aufnehmen. Sofern das aktuelle Preisniveau am Strommarkt unverändert besteht, werden sich Belastungen ergeben aus der Differenz zwischen den Marktpreisen und den Gestehungskosten der von GSH abzunehmenden Strommengen. In Abhängigkeit von der weiteren politischen Entscheidungsfindung zum Marktdesign von Reserve- und Grundlastkapazitäten für Brückentechnologien sind in den kommenden Jahren permanente Chancen- und Risikobewertungen in Erwägung zu ziehen, bis hin zum Desinvestment.

Die Wertung unserer Marktpartner hinsichtlich ihrer Bonität und Eigenkapitalausstattung werden wir zukünftig stärker in unsere Risikobewertung einbeziehen.

Für die KEV Energie ergeben sich auf den liberalisierten Energiemärkten neben Ausfallrisiken bei Marktpartnern auch Preis- und Mengenrisiken, gerade bei der Ausdehnung des Geschäfts auf neue Märkte. Wir sehen es aber auch als Chance, mit aktiven Produkt- und Preisstrategien

Kunden neu zu gewinnen bzw. wiederzugewinnen. Tägliche Bedarfsaktualisierungen helfen uns im Stromeinkauf bei der Risikobegrenzung.

3.3.2 Risiken aus dem energiepolitischen Rahmen

Risiken aus dem energiepolitischen Umfeld betreffen insbesondere die beiden Konzerngesellschaften KEV und KEV Energie.

Für die KEV bestehen Risiken durch regulatorische Eingriffe der Bundesnetzagentur in den Energiesektor, insbesondere in die Ergebnisse der noch ausstehenden Kostenprüfung der Anreizregulierung für die Jahre 2014-2018. Dies hat direkte Auswirkung auf unternehmerische Gestaltungsspielräume, und es drohen negative Einflüsse auf das Betriebsergebnis.

Durch weiteren Zubau mit Anlagen der regenerativen Energien, insbesondere Fotovoltaik im Niederspannungsbereich und zur Gewährleistung der Netzstabilität, können für die KEV Risiken in Form von zusätzlich notwendigen Investitionen in Netzausbaumaßnahmen auftreten.

Erstmalig hat die KEV (Netzgesellschaft des Konzerns) für 2013 Interessensbekundungen auf Gaskonzessionen in angrenzenden Städten und Gemeinden abgegeben. Es werden alle Anstrengungen unternommen, die beiden noch ausstehenden Konzessionsverträge mit der Stadt Heimbach und der Stadt Mechernich zum Abschluss zu führen. Weitere Chancen für die Netzgesellschaft liegen in der Intensivierung von Kooperationen mit dem umliegenden Netzbetreiber.

Für die KEV Energie (Vertriebsgesellschaft des Konzerns) besteht unverändert eine hohe Wettbewerbsintensität in allen Kundengruppen. Die Insolvenz von Teldafax und die Eröffnung des Insolvenzverfahrens der Flexstrom AG bewirkten zwar mehr Wechselbewusstsein und dämpfen die Bereitschaft zu Vorkassemodellen zu wechseln. Dem Kundenkauf mittels Bonuszahlung stehen nach wie vor Kunden positiv gegenüber. Risiken für das Kundenportfolio sind insbesondere Kundengewinnungsaktionen durch den Markteintritt neuer Marktteilnehmer gegeben. Auf der Strombeschaffungsseite bringt die Diskussion über die Änderung des Marktdesigns (z.B. Kapazitätenmarkt, Quotenmodell usw.) sowie auf europäischer Ebene die Backloading-Thematik weitere Risikopotentiale auf die Tagesordnung.

Die Wirtschaftlichkeit im Bereich Neubau von Wärmepumpenheizungen ist aktuell schwierig darzustellen. Durch die gestiegene Steuern- und Abgabenlast im Wärmepumpenstrompreis werden deutliche Nachteile gegenüber Heizungsanlagen auf Erdgasbasis erkennbar. Durch die Energiewende sind strombasierte Heizungslösungen gegenüber anderen Energieträgern klar benachteiligt und erschweren in diesem Segment die Akquisetätigkeit der KEV Energie.

3.3.3 Betriebsrisiken

Betriebsrisiken bestehen für die KEV im Wesentlichen im Dienstleistungsbereich durch Fehlbedienungen, durch Planungsfehler sowie durch mögliche Systemausfälle. Wir begegnen ihnen im Rahmen der Möglichkeiten durch organisatorische Maßnahmen, Qualifizierung und Schulungen.

Die Beschaffungsstrategie der KEV Energie ist eine deckungsbeitragsorientierte Beschaffung. Für die größeren Kunden (> 2,0 GWh Jahresmenge) im Geschäfts- und Industriekundensegment mit ein- oder mehrjährigen Vertragslaufzeiten gilt weitestgehend die back-to-back Beschaffung am Terminmarkt. Die Beschaffung für die restlichen Strommengen des Geschäfts- und Industriekundensegment, den Privat- und Gewerbekundenbereich und für die Raumheizungskunden erfolgt im Rahmen eines Portfoliomanagements, bei dem Teilmengen zu vorher definierten Termin- und Preiskorridoren gekauft werden. Hierzu wurde im Kalenderjahr 2012 ein Beschaffungshandbuch gemeinsam mit unserem Dienstleister erarbeitet.

Absatzpreise werden bei Preisverhandlungen mit Kunden auf Basis von erwarteten Abnahmeprofilen EDV-gestützt und unter Einbindung in das Gesamtportfolio der KEV Energie detailliert ermittelt und den Preisverhandlungen zu Grunde gelegt.

Mögliche Risiken sind auch die Veränderungen im Abnahme- bzw. Nachfrageverhalten der verschiedenen Kundengruppen, die hohe Volatilität der Strompreise und der Druck am Margenlimit zu kalkulieren. Je weniger genau das Abnahmeverhalten der Kunden prognostiziert werden kann, und umso stärker das tatsächliche vom erwarteten Abnahmeprofil abweicht, desto teurer wird in der Regel die Beschaffung der benötigten Energie. Eine täglich durchzuführende Vertriebslastprognose und die Korrektur der Bedarfserwartung minimiert Mengenabweichungen und somit Risiken aus Regel- und Ausgleichsenergie für die KEV Energie.

Um die täglichen Anforderungen an die Geschäftsprozesse rentabel zu gewährleisten, ist es insbesondere in der KEV Energie notwendig, die benötigten Kommunikations- und Informationstechnologien risikominimiert zu halten. Bedeutende Risiken in der IT sind dabei etwaige Softwaredefekte, Hardwareausfälle, Bedienungsfehler, Wartungsdefizite oder Einflüsse höherer Gewalt.

Um diesen Risiken entgegenzuwirken wird im ene-Konzern in modernste Kommunikations- und Informationstechnologien investiert. Ebenso werden tägliche Wartungen an den Systemen vorgenommen und Erfahrungen aus Störungen unverzüglich zur Verbesserung der IT-Systeme verarbeitet. Mitarbeiter der KEV Energie werden regelmäßig bei Anpassungen von Softwareprodukten geschult.

Zusätzliches Risikopotential in Verträgen der KEV Energie mit Privat- und Gewerbekunden außerhalb der Grundversorgung sehen wir in einem Urteil des EuGH (Europäischer Gerichtshof) vom 21.03.2013. Der EuGH hat dem BGH den Weg gewiesen, Preisanpassungsklauseln in Sonderkundenverträgen, die sich an die Regelungen der StromGVV orientieren, für unwirksam zu erklären. Nicht ausdrücklich entschieden hat der EuGH, ob GVV-Klauseln in den betroffenen Stromlieferverträgen diesen Ansprüchen genügen. Der BGH wird abschließend entscheiden müssen, ob die GVV-Preisanpassungsklauseln in Sonderverträgen mit Privat- und Gewerbekunden außerhalb der Grundversorgung wirksam sind.

3.3.4 Finanz- und Kreditrisiko / Risikomanagementziele im Hinblick auf Finanzinstrumente

Zu den wesentlichen Finanzinstrumenten der ene zählen neben Anteilen an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Ausleihungen insbesondere auch Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen mit Dritten sowie mit anderen Gesellschaften des ene-Konzerns.

Grundsätzliches Ziel der Gesellschaft ist es, finanzielle Risiken zu vermeiden oder zu verringern. Risiken, die im Rahmen unseres Geschäftes bestehen, begrenzen wir durch konservative Anlageformen mit 100%iger Kapitalgarantie auf Rückzahlung zum Nominalwert.

Ausfall- und Liquiditätsrisiken werden im Rahmen der Finanzplanung kontinuierlich überwacht. Die Überwachung der Anteile an verbundenen Unternehmen sowie Beteiligungen erfolgt unter Berücksichtigung der Anforderungen des Unbundlings. Der Konzern verfügt für sich selbst über gute Finanzierungsmöglichkeiten. Für Projektgesellschaften insbesondere für regenerative Projekte, bestehen zeitgemäße und risikoadjustierte Finanzierungsmodelle. Mit der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung wird das Unternehmen wirksam gesteuert. Dies umfasst auch unterjährig Aktualisierungen und die in diesem Zusammenhang angefertigten Soll-/Ist-Vergleiche sowie Abweichungsanalysen.

Im Zusammenhang mit den Projekten im PV-Bereich sind Risiken durch eine Allgefahren- und Ausfallversicherung gesondert besichert.

Das Versicherungssystem wird fortlaufend überprüft und umfasst auch eine Haftpflichtversicherung für Organmitglieder sowie eine Warenkreditversicherung (für Forderungsausfälle größerer Kunden).

4 Ausblick

Nach Vorliegen eines weiteren Gutachtens zum Unternehmenswert des ene-Konzerns wird es zu einer Verständigung zwischen der RWE Deutschland AG und dem Kreis Euskirchen kommen, zu welchem Preis die Städte und Gemeinden sich an der kommunalen Vorschaltgesellschaft und

damit am ene-Konzern beteiligen können. Für eine Beteiligung der Kommunen besteht ein Zeitfenster bis zum 31.12.2015.

Nach Eintritt der ersten Kommune in die Vorschaltgesellschaft wird der ene-Konzern mehrheitlich in kommunalem Besitz sein. Dies wird zu veränderten Konstellationen in den Aufsichtsgremien führen. Ferner wird zu beachten sein, in welchem Maße kommunalrechtliche Bestimmungen Wirkung für die Gesellschaften im ene-Konzern entfalten.

Wir sehen in der Einbindung weiterer kommunaler Gesellschaften die Chance, in Zusammenarbeit mit den Altgesellschaftern den Konzern mittelfristig weiterzuentwickeln und solide Erweiterungsaussichten zu gestalten.

Nach Umsetzung des gesellschaftsrechtlichen und organisatorischen Unbundlings in den vergangenen Jahren und der Anpassung der Konzernstrukturen an die aktuelle gesetzgeberische Situation wird die Ausrichtung des Konzerns auf den zunehmenden Wettbewerb weiter vorangetrieben.

Zur Abrundung der in 2012 abgeschlossenen Maßnahmen in der Organisationsstruktur werden sowohl interne als auch externe Prozesse mit Kunden und Lieferanten optimiert. Nach Abschluss der Analyse des Ist-Zustandes werden unter Begleitung einer namhaften Unternehmensberatung optimierte Prozesse modelliert und umgesetzt.

Das Engagement des Konzerns im Bereich der regenerativen Stromerzeugung und der Energieeffizienz stößt im privaten, öffentlichen und kommunalen Raum auf unverändertes hohes Interesse, aber auch auf kritische Begleitung. Zwar ist der Trend zu regenerativen, dezentralen Erzeugungen ungebrochen, jedoch häufen sich gegenläufige Bekundungen in dem Maße, wie vor Ort eine persönliche Betroffenheit von Maßnahmen zum Ausbau der technischen Infrastruktur gegeben ist.

Politik, Verwaltungen und Energiewirtschaft sind hinsichtlich eines Schulterschlusses und erhöhter Akzeptanz weiter gefordert.

Die Kommunen im Versorgungsgebiet haben seit 2010 umfangreiche Aktivitäten zur Entwicklung von Energieleitbildern und Klimaschutzkonzepten eingeleitet bzw. teilweise abgeschlossen. Der ene-Konzern als Partner der Kommunen in Sachen Energiewende und -effizienz wird zunehmend in die Ausgestaltung der Konzepte und Maßnahmen einbezogen. Als Plattform für diese Aktivitäten dient auch ein Energiebeirat für die Kommunen im Versorgungsgebiet, der im Laufe des Jahres seine Arbeit aufnehmen wird.

Wir sind zuversichtlich, dass die KEVER PBB mit der Realisierung eines Windparks mit einer Leistung von 18 MW in 2013 beginnen wird. Diese Aktivitäten werden in einer eigenen Projektgesellschaft gebündelt, welche offen ist für kommunale und private Beteiligungen. Da die im regenerativen Bereich erforderlichen Mittel durch den Konzern nicht eigenständig zu stemmen sind - weder durch konzerninternes Eigen-, noch durch Fremdmittel, werden hierzu innovative Beteiligungs- und Finanzierungsmodelle entwickelt.

Das Engagement des ene-Konzern in den vorgenannten Themen und der weitere Ausbau des Dienstleistungsgeschäfts dienen dem Zweck, sinkende Umsatzpotenziale in Elektrizitätsverteilung und Stromvertrieb zu kompensieren. Die strukturelle und demographische Entwicklung im Versorgungsgebiet, sowie die fortschreitende Energieeffizienz führen zu langfristig erodierenden Strommengen.

Das glaubwürdige Engagement des Konzerns in den neuen Geschäftsfeldern, insbesondere der Energieeffizienz, wird die Wettbewerbsfähigkeit der Region weiter stärken und durch ein positives Echo in Öffentlichkeit und Politik der Belegheitskommunen gleichzeitig die Attraktivität des Unternehmens erhöhen.

Die Aktivitäten im Verbund mit regionalen Partnern zum Einsatz der LED-Technik im öffentlichen und industriellen Bereich sorgten bereits 2012 für ein breites Betätigungsfeld der ene. Diese Entwicklung werden wir in 2013 weiter vorantreiben.

Die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen konzentriert sich weiter auf den Verein „Die Netzwerkspartner“, ein Zusammenschluss von über 70 kommunalen und privatwirtschaftlichen Energieversorgern. Im Vordergrund steht hier dabei die fachthemenorientierte Zusammenarbeit.

Die Umwälzungen in der Energiewirtschaft gehen an unserem Personal nicht spurlos vorüber. Umso wichtiger wird die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Vertretungs- und Mitbestimmungsorganen sein und deren frühzeitige umfassende Einbeziehung in unsere Arbeit. Dies ist unabdingbar, um unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in die neue Zukunft unter harten Wettbewerbsbedingungen mitzunehmen und zu qualifizieren. Hier sind die Aktivitäten der Leitungsebenen und der Arbeitnehmervvertretungen in Einklang zu bringen.

Nach unserem gegenwärtigen Kenntnisstand bestehen 2013 und 2014 keine Substanz gefährdenden Risiken. Die Geschäftsentwicklung betreffende wesentliche Ereignisse sind seit dem Bilanzstichtag nicht eingetreten.

Vor dem Hintergrund einer stabilen Konjunktur konnten wir für 2012 bei anhaltend intensivem Wettbewerb ein gegenüber 2011 leicht verbessertes Konzernergebnis erreichen. Mit ausgewogenen Markt-, Preis- und Kostenstrategien erwarten wir auch für die Jahre 2013 und 2014 eine Entwicklung und Ergebnisse auf dem Niveau von 2012.

Kall, 28. März 2013

Energie Nordeifel GmbH & Co. KG

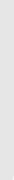
Dieter Hinze (Geschäftsführung)

Bilanz der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG zum 31. Dezember 2012

A k t i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Anlagevermögen	1			Eigenkapital	6		
Immaterielle Vermögensgegenstände		84.379,00 €	134.397,00 €	Kapitalanteile		2.944.900,00 €	2.944.900,00 €
Sachanlagen		3.227.650,00 €	4.914.223,50 €	Variabiles Kapitalkonto		2.387,00 €	2.387,00 €
Finanzanlagen		10.246.324,79 €	8.811.660,71 €	Jahresüberschuss		3.293.976,48 €	3.109.821,21 €
		13.558.353,79 €	13.860.281,21 €			6.241.263,48 €	6.057.108,21 €
Umlaufvermögen							
Vorräte				Rückstellungen	8		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		533.733,27 €	509.697,95 €	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		70.000,00 €	66.000,00 €
				Steuerrückstellungen		681.931,79 €	360.188,00 €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	2			Sonstige Rückstellungen		1.726.350,00 €	1.773.980,93 €
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		705.494,09 €	812.161,58 €			2.478.281,79 €	2.200.168,93 €
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		2.706.772,26 €	2.561.398,28 €				
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		- €	166.666,66 €	Verbindlichkeiten	9		
Forderungen gegen Gesellschafter		31.795,82 €	65.864,74 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		7.522.358,30 €	7.847.542,42 €
Sonstige Vermögensgegenstände		871.641,72 €	917.256,26 €	Erhaltene Anzahlungen		40.205,00 €	26.555,00 €
		4.315.703,89 €	4.523.347,52 €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.082.820,28 €	2.415.882,09 €
				Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		1.403,18 €	3.847,61 €
Flüssige Mittel	3			Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		- €	3.388,37 €
		397.912,59 €	588.986,25 €	Sonstige Verbindlichkeiten		1.557.982,95 €	1.043.604,30 €
Rechnungsabgrenzungsposten	4					10.204.769,71 €	11.340.819,79 €
		90.487,00 €	115.784,00 €				
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	5						
		28.124,44 €	- €				
		18.924.314,98 €	19.598.096,93 €			18.924.314,98 €	19.598.096,93 €

Gewinn- und Verlustrechnung der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG vom 01.01. - 31.12.2012

	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse		17.336.822,20 €	17.185.013,10 €
Stromsteuer		- 385.016,72 €	- 441.967,93 €
	12	16.951.805,48 €	16.743.045,17 €
Andere aktivierte Eigenleistungen		58.192,43 €	250.528,31 €
Sonstige betriebliche Erträge	13	92.650,77 €	64.450,14 €
		17.102.648,68 €	17.058.023,62 €
Materialaufwand	14	8.587.570,72 €	9.039.979,44 €
Personalaufwand	15	2.801.275,11 €	2.596.977,45 €
Abschreibungen	16	317.847,58 €	378.561,19 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	17	4.063.474,15 €	3.430.711,48 €
		1.332.481,12 €	1.611.794,06 €
Erträge aus Gewinnabführungsvertrag	18	3.401.642,03 €	2.911.468,48 €
Aufwendungen aus Verlustübernahmen		- €	3.380,99 €
Finanzergebnis	19	- 518.374,04 €	- 707.960,32 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		4.215.749,11 €	3.811.921,23 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	20	909.200,00 €	690.000,00 €
Sonstige Steuern		12.572,63 €	12.100,02 €
Jahresüberschuss		3.293.976,48 €	3.109.821,21 €



A k t i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Umlaufvermögen				Eigenkapital			
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	1	95,92 €	215,94 €	Gezeichnetes Kapital	3	25.000,00 €	25.000,00 €
Flüssige Mittel	2	29.748,15 €	29.155,55 €	Jahresüberschuss		<u>2.017,86 €</u>	<u>1.570,03 €</u>
						<u>27.017,86 €</u>	<u>26.570,03 €</u>
				Rückstellungen	4		
				Sonstige Rückstellungen		<u>2.400,00 €</u>	<u>2.450,00 €</u>
						<u>2.400,00 €</u>	<u>2.450,00 €</u>
				Verbindlichkeiten			
				Sonstige Verbindlichkeiten	5	426,21 €	351,46 €
		<u>29.844,07 €</u>	<u>29.371,49 €</u>			<u>29.844,07 €</u>	<u>29.371,49 €</u>

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	Anhang	2012	2011
Sonstige betriebliche Erträge	7	4.693,71 €	4.500,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	8	2.490,00 €	2.951,20 €
Finanzergebnis	9	193,17 €	314,70 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.396,88 €	1.863,50 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		379,02 €	293,47 €
Jahresüberschuss		2.017,86 €	1.570,03 €

Seite 199


Gewinn- und Verlustrechnung der Kreis-Energie-Versorgung Schleiden GmbH vom 01.01. - 31.12.2012

	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse		22.164.015,33 €	69.684.978,96 €
Stromsteuer		- €	- 5.078.754,68 €
	11	22.164.015,33 €	64.606.224,28 €
Sonstige betriebliche Erträge	12	258.898,97 €	392.758,50 €
		22.422.914,30 €	64.998.982,78 €
Materialaufwand	13	8.694.597,69 €	49.500.207,89 €
Personalaufwand	14	5.032.016,02 €	5.125.233,21 €
Abschreibungen	15	1.426.540,72 €	1.513.728,57 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	16	5.013.621,55 €	6.014.742,13 €
		2.256.138,32 €	2.845.070,98 €
Finanzergebnis	17	- 119.123,71 €	84.305,39 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.137.014,61 €	2.929.376,37 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	18	- 6.274,83 €	- 7.184,43 €
Sonstige Steuern		15.843,69 €	25.092,32 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		2.127.445,75 €	2.911.468,48 €
Jahresüberschuss		- €	- €

Seite 201

	Anhang	2012	2011
Umsatzerlöse		49.685.078,63 €	- €
Stromsteuer		- 5.150.550,50 €	- €
	8	<u>44.534.528,13 €</u>	<u>- €</u>
Sonstige betriebliche Erträge	9	<u>436.290,38 €</u>	<u>- €</u>
		<u>44.970.818,51 €</u>	<u>- €</u>
Materialaufwand	10	40.819.010,85 €	- €
Personalaufwand	11	372.284,72 €	- €
Abschreibungen	12	36.224,60 €	- €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	13	<u>2.484.569,13 €</u>	<u>2.942,76 €</u>
		<u>1.258.729,21 €</u>	<u>- 2.942,76 €</u>
Finanzergebnis	14	<u>19.177,01 €</u>	<u>- 438,23 €</u>
		<u>1.277.906,22 €</u>	<u>- 3.380,99 €</u>
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			
Sonstige Steuern		3.709,94 €	- €
Erträge aus Verlustübernahme		- €	3.380,99 €
Aufgrund eines Gewinnabführungsvertrages abgeführter Gewinn		<u>1.274.196,28 €</u>	<u>- €</u>
Jahresüberschuss		<u>- €</u>	<u>0,00 €</u>



**Bilanz der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH
zum 31. Dezember 2012**

A k t i v a :		Anhang	31.12.2012	31.12.2011	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2012	31.12.2011
Umlaufvermögen					Eigenkapital	3		
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	1	219,45 €	- €	Gezeichnetes Kapital		25.000,00 €	25.000,00 €
	Forderungen gegen verbundene Unternehmen		52,12 €	- €	Jahrestüberschuss		36.630,71 €	7.956,45 €
	Sonstige Forderungen		4.270,38 €	20,30 €			61.630,71 €	32.956,45 €
			4.541,95 €	20,30 €	Rückstellungen	4		
Flüssige Mittel					Steuerrückstellungen		13.284,00 €	3.015,00 €
		2	99.945,69 €	45.813,46 €	Sonstige Rückstellungen		4.000,00 €	5.000,00 €
							17.284,00 €	8.015,00 €
					Verbindlichkeiten	5		
					Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		18.853,00 €	- €
					Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		3.351,04 €	- €
					Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		3.309,39 €	- €
					Sonstige Verbindlichkeiten		59,50 €	4.862,31 €
							25.572,93 €	4.862,31 €
							104.487,64 €	45.833,76 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft GmbH
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012**

	Anhang	2012	16.09. - 31.12.2011
Umsatzerlöse	6	144.134,68 €	23.608,33 €
Sonstige betriebliche Erträge	7	4.946,23 €	2.000,00 €
		149.080,91 €	25.608,33 €
Materialaufwand	8	35.420,96 €	- €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9	62.398,87 €	14.713,88 €
		51.261,08 €	10.894,45 €
Finanzergebnis	10	356,98 €	77,00 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		51.618,06 €	10.971,45 €
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		14.987,35 €	3.015,00 €
Jahresüberschuss		36.630,71 €	7.956,45 €

Seite 205



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Sunpark Kalenberg GmbH & Co. KG
für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012**

	Anhang	2012	16.09. - 31.12.2011
Umsatzerlöse	8	857.890,87 €	106.318,41 €
Sonstige betriebliche Erträge		111,79 €	- €
Materialaufwand	9	24.797,68 €	42.379,51 €
Abschreibungen		402.525,19 €	66.370,00 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		78.974,14 €	15.675,02 €
		351.705,65 €	- 18.106,12 €
Finanzergebnis	10	- 316.504,38 €	- 66.182,28 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		35.201,27 €	- 84.288,40 €
Jahresüberschuss		35.201,27 €	- 84.288,40 €



**Bilanz der
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 15. August bis 31. Dezember 2012**

A k t i v a :		Anhang	31.12.2012	15.08.2012	P a s s i v a :	Anhang	31.12.2012	15.08.2012
Anlagevermögen					Eigenkapital			
	Sachanlagen	1	1.720.161,00	0,00	Kapitalanteile	4	200.000,00 €	200.000,00 €
Umlaufvermögen					Nicht eingeforderte ausstehende Pflichteinlagen			- €
					eingeforderte Kapitalanteile			- €
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		2			Jahresfehlbetrag		- 21.204,62 €	- €
	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		3.772,28 €	- €			178.795,38 €	200.000,00 €
	Forderungen gegen Gesellschafter		32,53 €	200.000,00 €	Rückstellungen			
	Sonstige Forderungen		1.074,64 €	- €	Sonstige Rückstellungen	5	12.600,00 €	- €
			4.879,45 €	200.000,00 €	Verbindlichkeiten	6		
Flüssige Mittel		3	30.924,12 €	- €	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		330,11 €	- €
					Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		1.564.179,58 €	- €
					Sonstige Verbindlichkeiten		59,50 €	- €
							1.564.569,19 €	- €
							1.755.964,57 €	200.000,00 €



**Gewinn- und Verlustrechnung der
Nordeifeler Regenerative GmbH & Co. KG
für das Rumpfgeschäftsjahr vom 15. August bis 31. Dezember 2012**

	Anhang	2012
Umsatzerlöse	7	48.380,53 €
Materialaufwand	8	9.531,25 €
Abschreibungen		29.915,69 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen		16.123,25 €
		- 7.189,66 €
Finanzergebnis	9	- 14.014,96 €
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		- 21.204,62 €
Jahresfehlbetrag		- 21.204,62 €

BILANZ zum 31. Dezember 2012

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

AKTIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	15.529,00	19.846,00
II. Sachanlagen		
1. andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	29.416,00	11.897,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
1. Fertige Erzeugnisse und Waren	542,80	486,90
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.632,25	7.102,95
2. sonstige Vermögensgegenstände	5.608,84	3.755,33
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		
1. Kasse	312,58	350,46
2. Guthaben bei Kreditinstituten	63.588,40	111.868,00
C. Rechnungsabgrenzungsposten	<u>4.190,67</u>	<u>3.611,10</u>
	<u>128.820,54</u>	<u>158.917,74</u>

BILANZ zum 31. Dezember 2012

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

PASSIVA

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	26.400,00	26.400,00
II. Kapitalrücklage	917.933,00	690.195,00
III. Gewinn- und Verlustvortrag	-587.446,46	-349.243,20
IV. Jahresfehlbetrag	-259.032,37	-238.203,26
B. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	1.388,64	1.134,09
2. Sonstige Rückstellungen	5.247,50	5.165,00
C. Verbindlichkeiten		
1. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	5.249,40	4.250,18
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 4.250,18 / Vj: 4.680,88		
2. Sonstige Verbindlichkeiten	16.500,83	19.219,93
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr Euro 19.219,93 / Vj: 2.755,86		
- davon aus Steuern Euro 1.065,28 / Vj: 1.169,02		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit Euro 145,16 / Vj: 145,16		
D. Rechnungsabgrenzungsposten	2.580,00	0,00
	<u>128.820,54</u>	<u>158.917,74</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG vom 01.01.2012 bis 31.12.2012

Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH), Kall

	Geschäftsjahr Euro	Vorjahr Euro
1. Umsatzerlöse	78.306,24	52.180,33
2. Sonstige betriebliche Erträge	193,53	10,00
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-1.779,14	-271,90
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-121.284,83	-107.143,45
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Alters- versorgung und Unterstützung	-27.731,18	-24.002,47
5. Abschreibungen		
a) Auf immaterielle Vermögens- gegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-11.741,66	-10.846,00
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-175.929,50	- 149.393,11
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	918,51	1.261,48
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	<hr/> -259.049,03	<hr/> -238.205,12
9. Steuern vom Einkommen und Ertrag	0,00	-1,86
10. sonstige Steuern	-15,66	0,00
11. Jahresfehlbetrag	<u>-259.032,37</u>	<u>-238.203,26</u>

Nordeifel Tourismus GmbH Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

1. Geschäftstätigkeit und Rahmenbedingungen

Die Nordeifel Tourismus GmbH hat die Aufgabe, die touristischen Potenziale zu profilieren und die Stärken der Teilregion Nordeifel in und um den Nationalpark Eifel weiter auszubauen. Für das Jahr 2012 konnten mit den Gemeinden Blankenheim und Nettersheim Dienstleistungsverträge geschlossen und die Vorbereitungen der Gesellschafterbeitritte zum 01. Januar 2013 getroffen werden. Weiterhin wird das Ziel verfolgt, alle elf kreisangehörigen Städte und Gemeinden für eine Beteiligung zu gewinnen.

Die Nordeifel Tourismus GmbH fungiert als Touristische Arbeitsgemeinschaft (TAG) im Zusammenspiel mit der eifelweit agierenden Regionalagentur Eifel Tourismus GmbH mit Sitz in Prüm und bildet mit den Partnern Rureifel Tourismus e.V. und Monschauer Land Touristik e.V. die Erlebnisregion Nationalpark Eifel.

Gemäß der Präambel im Gesellschaftervertrag verfolgt die Nordeifel Tourismus GmbH folgende Zielsetzung:

- die Optimierung der Zusammenarbeit und Nutzung von Synergieeffekten unter Berücksichtigung der einzelnen Aufgabenverteilungen auf regionaler und örtlicher Ebene
- die Attraktivierung der Angebote
- die Steigerung der wirtschaftlichen Effekte durch Übernachtungs- und Tagesgäste und
- die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen.

Im Jahr 2012 wurden nachstehende unternehmensstrategischen Maßnahmen zur Erreichung der oben genannten Ziele umgesetzt:

- Umsetzung von Dienstleistungsverträgen mit den Gemeinden Blankenheim und Nettersheim, die dadurch von den gleichen touristischen Leistungen profitieren wie die Gesellschafter
- Vorbereitung des Beitritts der Gemeinden Blankenheim und Nettersheim ab dem 1. Januar 2013
- Weiterentwicklung der Nordeifel Tourismus GmbH als Tourismus-Service-Center (TSC) der Stufe III im Rahmen der Tourismusstrategie Eifel mit folgenden Konsequenzen:

1. Herstellung der Handlungsfähigkeit der lokalen Tourismusorganisationen durch Weiterentwicklung zu **Tourismus Service Center (TSC)**. Dabei gilt es eine systematische Qualifizierung und Weiterentwicklung und damit Strukturverbesserung zu erzielen.
2. Nutzung von Synergien, Vermeidung von Doppelarbeiten und ineffizienten Abstimmungsbedarf, Professionalisierung, Schaffung klarer Zuständigkeiten. Ziel muss es sein, zu einer übergreifenden Festlegung klarer Aufgabenteilungen zu gelangen.
3. Vermeidung von Verzettlung und „Bauchläden“, Konzentration der Ressourcen und Mittel auf wenige Themen und eine stringente Marktbearbeitung. Eine eindeutige Zielgruppen- und Themendefinition ist erforderlich.

Im Rahmen des TSC-Prozesses haben im Januar und Mai 2012 Workshops mit Vertretern der Gesellschafterversammlung und der Geschäftsstelle der Nordeifel Tourismus GmbH stattgefunden. Ebenso wurden im Frühjahr 2012 Einzelgespräche mit allen Gesellschaftern geführt. Bezüglich der Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgte Anfang Juli 2012 eine Sitzung der Bürgermeister als Stimmführer mit der Kommunalaufsicht des Kreises Euskirchen und der Geschäftsführung der Nordeifel Tourismus GmbH.

Das TSC-Konzept wurde in der 14. Gesellschafterversammlung am 05. November 2012 einstimmig beschlossen.

Als Tourismus-Service-Center (TSC) der Stufe III wird die Nordeifel Tourismus GmbH ab dem 1. Januar 2013 folgende Aufgaben wahrnehmen:

Produktentwicklung

Gesamtes Außenmarketing

Binnenmarketing

Vertrieb

Gästeinformation / Reservierung

Touristische Infrastrukturkonzeption in Kooperation mit Funktionalpartnern Kreis Euskirchen, zwei Naturparke, Nationalpark Eifel etc. und nach Abstimmung mit Eifel Tourismus GmbH

Deskline 3.0 - Pflege des Datenbanksystems

PR-Koordination für touristisch relevante Themen, Veranstaltungen und Infrastruktureinrichtungen und das Marketing für tour. Großveranstaltungen der Gesellschafter

Betriebliches Qualitätsmanagement

Zudem ist mit dem TSC-Konzept die Neuausrichtung und Strukturierung der Anlaufstellen für Gäste verbunden:

Zukünftig wird es drei Kategorien von touristischen Anlaufstellen (Tourist Information Typ 1 mit Ausstellung, Tourist Information Typ 2 und Prospektauslagestellen) geben.

Die Tourist Informationen des Typs 1 oder 2 können entweder von den Gesellschaftern oder von der Nordeifel Tourismus GmbH betrieben werden.

Als Konsequenz aus dem TSC-Prozess übernimmt die Nordeifel Tourismus GmbH ab dem 1. Januar 2013 per Dienstleistungsvertrag mit der Stadt Schleiden den Betrieb des Nationalpark-Tors Gemünd. Alle weiteren Anlaufstellen werden von den Kommunen betrieben. Mit diesen Kommunen hat die Nordeifel Tourismus GmbH eine Verpflichtungserklärung abgeschlossen, um die Zusammenarbeit u. a. in den Bereichen Weiterbildung, Qualität und Logistik verbindlich zu regeln.

Konsequenzen der unternehmensstrategischen Maßnahmen im Jahr 2012:

- Änderung des Gesellschaftervertrags aufgrund der Umsetzung des TSC-Prozesses, dem Beitritt neuer Gesellschafter und gesetzlicher Änderungen
- Abschluss eines Dienstleistungsvertrags mit der Stadt Schleiden über den Betrieb des Nationalpark-Tores Gemünd
- Umzug der Geschäftsstelle innerhalb des Bahnhofsgebäudes, Vermietung eines Büroarbeitsplatzes an die Projektmitarbeiterin des Projektes Rad- und Wanderbahnhöfe Eifel, [REDACTED] (Kreis Euskirchen)
- Erhöhung der Wochenarbeitszeit von [REDACTED] um 5 Stunden auf 25 Stunden
- Übernahme von [REDACTED] als Sachbearbeiterin ab Sommer 2012
- Einstellung der Auszubildenden [REDACTED] im August 2012
- Abschluss von Arbeitsverträgen mit [REDACTED] und [REDACTED] mit Wirkung ab dem 01. Januar 2013 für den Betrieb des Nationalpark-Tors in Gemünd
- Personalauswahl für die vier zu besetzenden Stellen ab dem 01. Januar 2013: Sachbearbeitung Kulturelle Höhepunkte und PR-Veranstaltungsmanagement sowie zwei Minijobber
- Neubesetzung des Marketingausschusses mit touristischen Schlüsselbetrieben
- Änderung der Gremienstruktur mit zukünftig folgenden Gremien: Verkehrsamtsleiter-Beirat, TI-Leiterrunde und Angebotsgruppen "Kulturelle Höhepunkte" sowie "Familienspaß"
- Erarbeitung eines Weiterbildungsprogramms für die Leiter der Tourist-Informationen und der Counterkräfte in Zusammenarbeit mit dem Weiterbildungspartner vogelsang ip
- Anschaffung eines Dienstfahrzeugs durch Sponsoring der Kreissparkasse Euskirchen im Oktober 2012

Operative Maßnahmen 2012:

- Umsetzung des Marketingplans 2012 gemäß der Vorgaben im Marketingkonzept 2010 – 2015 mit Maßnahmen wie Printprodukte, Anzeigenschaltungen, Direktmarketing, Onlinemarketing, Projektbeteiligungen, Pressearbeit, Prospektauslage und Messen / Präsentationen
- Beteiligung an der Umsetzung folgender Förderprojekte: Rad- und Wanderbahnhöfe Eifel, Eifel Natur Reisen (NEEGAN), KlimaTour Eifel, Römerkanal-Wanderweg
- Beauftragung eines Gutachtens an das Deutsche Wirtschaftswissenschaftliche Institut für Fremdenverkehr (DWIF) zur Ermittlung des Wirtschaftsfaktors Tourismus für die Region Nordeifel
- Fotoshootings zu den Themen „Radfahren“ und „Wandern“
- Mitorganisation Eröffnung Römerkanal-Wanderweg und Wanderopening 2012, Vorbereitung Wanderopening 2013
- Mitarbeit in folgenden Arbeitskreisen: Q-Team Eifel, Angebotsgruppe Eifelsteig, Routenteam Römerkanal-Wanderweg, AG TAG Nationalpark-Region, AG Tourismus Römerkanal-Wanderweg, Routenteam Erft-Radweg, Routenteam Eifel-Höhen-Route, AG Nationalpark-Tore, Angebotsgruppe Nationalpark-Gastgeber, ÖPNV-Produktentwicklungsforum Nationalpark Eifel, Verkehrsamtsleiter-Sitzung Eifel Tourismus GmbH, AG Tourismus Naturpark Rheinland, Redaktionskonferenz Weiss-Verlag, Ausbilderarbeitskreis Berufskolleg Köln
- Planungen für die verstärkte touristische Inwertsetzung der Eifel-Höhen-Route und der Wasserburgen-Route mit eigener Homepage und kostenpflichtigen Radwanderführern
- Planungen mit der LAGA-Geschäftsführung über die Aufgabe der Nordeifel Tourismus GmbH im Rahmen der Landesgartenschau Zülpich 2014: Vorverkaufsstelle, Entwicklung und Vermarktung von Pauschalangeboten, Programmgestaltung Eifeler Landschaftsgarten April-Oktober 2014
- Umsetzung des Konzeptes Familienspaß mit der Initiierung von Familienaktionstagen, Produktentwicklung und verstärkter, gebündelter Vermarktung von Veranstaltungen, Angeboten und Produkten
- Betriebsversammlungen in den Gemeinden Nettersheim und Blankenheim sowie für potenzielle LAGA-Gastgeber in Zülpich jeweils im Februar 2012
- Durchführung von vier Beratungstagen für potenzielle Gründer von Übernachtungsbetrieben in Zusammenarbeit mit dem Startercenter NRW Kreis Euskirchen
- DTV-Klassifizierungen und Zertifizierungen „Wanderbares Deutschland“ und „Regionalmarke Eifel“
- Betrieb der Homepages www.nordeifel-tourismus.de und www.roemerkanal-wanderweg.de

- Akquisition von 79 Übernachtungsbetrieben für eine Anzeigenschaltung im Gästefournal Nordeifel 2013 / Ferienkatalog Eifel 2013
- Beteiligung von 130 Übernachtungsbetrieben in Deskline 3.0 auf www.nordeifel-tourismus.de
- Produktentwicklung: Kulinarische Premiumwanderungen "Eifel-Blicke genießen" (Tageswanderung), "WanderWeinGenuss - unterwegs auf dem Römerkanal-Wanderweg" (Tageswanderung), Kulinarische Radtour "Radeln mit Biss" (Tagesradtour), barrierefreie Arrangements, Nationalpark-Entdeckertage (Tages- und Mehrtagesangebot), Genuss-Wandertage (2 Übernachtungen), Nordeifel-Schnuppertage (2 Übernachtungen), Römerkanal-Wanderweg (3 oder 4 Übernachtungen), Eifelsteig auf kurzen Wegen (flexibel buchbar von 1 bis 9 Übernachtungen), Eifelsteig (4-5 Übernachtungen), Rur-Olef-Route (3 Übernachtungen), Auf alten Pfaden (5 Übernachtungen), Schnuppertour auf dem Erft-Radweg (1 Übernachtung), Eifel-Höhen-Route per Rad (2 oder 3 Übernachtungen), Mit dem Rad zu den Talsperren (3 Übernachtungen)

Ergebnisse DWIF-Gutachten „Wirtschaftsfaktor Tourismus“ im Kreis Euskirchen

Das Gutachten, das sich auf Werte aus dem Jahr 2011 bezieht, belegt deutlich die Position der Region als Tagesausflugs- und Kurzurlaubsdestination. 1,04 Mio. Übernachtungen in sämtlichen Betrieben von der Ferienwohnung bis zum 4-Sterne-Hotel stehen rund 7 Mio. Tagesausflügler gegenüber. Interessant ist der Vergleich des Ausgabeverhaltens. Während Gäste, die in gewerblichen Betrieben > 10 Betten übernachten, pro Tag 89,90 € ausgeben, lassen Tagesgäste rund 21 € pro Aufenthalt in der Region. Insgesamt ergibt sich durch Tages- und Übernachtungsgäste ein Bruttoumsatz von 222,9 Mio. € pro Jahr.

Vom Tourismus profitieren das Gastronomie- und Beherbergungswesen mit 104,4 Mio. € (46,8 %), der Einzelhandel mit 79,8 Mio. € (35,8 %) und sonstige Dienstleistungen mit 38,7 Mio. € (17,4 %).

Weitere wirtschaftliche Effekte für die Region ergeben sich durch die Ableitung des Bruttoumsatzes. So wird durch die Ausgaben der Gäste eine Mehrwertsteuer in Höhe von 25,4 Mio. € erzielt, so dass sich ein Nettoumsatz von 197,5 Mio. € ergibt.

Ferner zeigt das Gutachten, dass rund 5.000 Personen in der Region durch den Tourismus ihren Lebensunterhalt bestreiten können.

Wirtschaftliche Effekte für die Kommunen ergeben sich aus der Lohn- und Einkommenssteuern der im Tourismus beschäftigten Personen und der anteiligen Gewerbe- und Grundsteuer der vom Tourismus profitierenden Unternehmen.

Weitere eigene statistische Auswertungen unterstreichen die zwischenzeitlich gute Marktpositionierung der Nordeifel Tourismus GmbH.

Auswertung Homepage www.nordeifel-tourismus.de für das Jahr 2012

Besucher	Seitenaufrufe	Seiten pro Besucher	Durchschnittliche Aufenthaltszeit in Minuten	Besucher im Jahr 2011
61.841	224.726	3,63	03:08	44.089

Die Übernachtungszahlen haben sich im Zeitraum von 2011 bis 2012 folgendermaßen entwickelt:

	Gäste	Übernachtungen	Aufenthaltsdauer
Nordrhein-Westfalen	+ 2,5 %	+ 2,8 %	2,3 Tage
Kreis Euskirchen	+ 4,8 %	+ 7,5 %	3,1 Tage
Teilregion Nordeifel Tourismus	+ 35,8 %	+ 48,9 %	4 Tage

Zu beachten ist, dass die Zahlen für die Teilregion Nordeifel im Jahr 2012 zwei zusätzliche Kommunen (9 Städte und Gemeinden) mehr beinhalten als im Jahr 2011 (7 Städte und Gemeinden), da Dienstleistungsverträge mit den Gemeinden Blankenheim und Nettersheim umgesetzt worden sind. Neben den allgemeinen Steigerungen durch zusätzliche Ankünfte und Übernachtungen im Kreis Euskirchen verdeutlichen die erheblichen Zuwächse das touristische Potenzial, das die beiden neuen Gesellschafter aufweisen und mit in die Gesellschaft bringen.

Insgesamt untermauern die Zahlen die Bedeutung der Nordeifel als beliebtes Kurzurlaubsziel. Die durchschnittliche Übernachtungsdauer verdeutlicht ferner die Rolle der Nordeifel als klassische Destination für einen Nebenurlaub.

Es sei jedoch darauf verwiesen, dass weder die Zahl der Tagestouristen noch die Zahl der Übernachtungen in Betrieben mit einer Kapazität von weniger als 10 Betten erfasst sind. Gerade diese Betriebe prägen ländliche Regionen wie die Nordeifel. Für die Region Nordeifel können in diesem Segment weitere 100.000 Übernachtungen pro Jahr angenommen werden.

1.1 Berichterstattung gemäß § 108, Abs. 2, Nr.2 GO NRW

Gemäß § 108, Abs. 2, Nr. 2 GO NRW muss im Lagebericht zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung genommen werden.

Gegenstand der Nordeifel Tourismus GmbH ist die Wahrnehmung touristischer Strukturentwicklung und Tourismusförderung sowie touristischer Produktentwicklung des Kreises Euskirchen und seiner kommunalen Gesellschafter.

Die Gesellschaft ist im Rahmen der Vorgaben der Gemeindeordnung NRW zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, die mit dem genannten Gesellschaftszweck zusammenhängen oder ihn fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben (sowohl bei Entwicklung wie bei Service) anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Der Nordeifel Tourismus GmbH obliegen insbesondere die Aufgaben einer Touristischen Arbeitsgemeinschaft, so dass es sich bei der touristischen interkommunalen Vermarktung um eine originäre kommunale Aufgabe handelt. Der vom Gesetzgeber geforderte öffentliche Zweck wird erfüllt.

2. Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

2.1 Ertragslage

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt ganz überwiegend durch die beteiligten Kommunen Euskirchen, Zülpich, Weilerswist, Kall, Mechernich, Schleiden und Hellenthal und des Kreises Euskirchen. Der Anteil der Finanzierung an den gesamten Erträgen betrug 2012 75,29% (Vorjahr 82,45%).

Ziel der Nordeifel Tourismus GmbH ist es, die übrigen Erträge – soweit möglich – kontinuierlich zu steigern und neue Einnahmemöglichkeiten zu erschließen.

Die übrigen Umsatzerlöse (ohne Gesellschafterfinanzierung) betragen 2012 78.306,24 Euro, also 24,71 % der gesamten Erträge (Vorjahr 52.180,33 € = 17,55%) .

Hier werden die Anstrengungen der Nordeifel Tourismus GmbH erkennbar, neben den Finanzierungsanteilen der Gesellschafter verstärkt andere Umsatzerlöse (z.B. Werbekostenzuschüsse, Vermittlungsprovisionen) zu erzielen.

	2011	Wirtschaftsplan 2012	2012
Umsatzerlöse	52.180,33 €	46.690,00 €	78.306,24 €
Sonstige betriebliche Erträge	1.271,48 €	600,00 €	1.112,04 €
Betriebsleistung	53.451,81 €	47.290,00 €	79.418,28 €

Die Betriebsleistung konnte gegenüber dem Vorjahr und dem Wirtschaftsplan 2012 deutlich erhöht werden.

Wesentliche Erlöse kamen aus Anzeigen, Buchungen über Deskline 3.0 und dem Verkauf von Arrangements.

Diesen Erlösen stand folgender Aufwand gegenüber:

	2011	Wirtschaftsplan 2012	2012
Personalaufwand	131.145,92 €	147.000,00 €	149.016,01 €
Abschreibungen	10.846,00 €	8.583,00 €	11.741,66 €
Sonstige betriebliche Aufwendungen	149.665,01 €	130.090,00 €	177.708,64 €
Aufwendungen für Be- triebsleistung	291.656,93 €	285.673,00 €	338.466,31 €
Betriebsergebnis	-238.205,12 €	- 238.383,00 €	-259.048,03 €
Steuern vom Einkommen + sonstige Steuern	1,86 €	-200,00 €	15,66 €
Jahresfehlbetrag	-238.203,26 €	-238.583,00 €	-259.032,37 €

Die Personalaufwendungen sind um 2.016,01 € höher als im Wirtschaftsplan.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind im Vergleich zum Wirtschaftsplan um 47.618,64 Euro höher ausgefallen.

Die Abschreibungen sind 3.158,66 Euro höher als im Wirtschaftsplan.

Insgesamt beträgt das Betriebsergebnis -259.032,37 Euro
(Wirtschaftsplan – 238.583 Euro).

2.2 Finanzlage

Der Zahlungsmittelbestand hat sich im Vergleich zum Bilanzstichtag des Vorjahrs verringert und zwar von 112.218,46 Euro auf 63.900,98 Euro.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen betragen zum 31.12.2012 9.632,25 Euro (Vorjahr 7.102,95 Euro).

Die Zahlungsfähigkeit war jederzeit gewährleistet. Mit rd. 50 % sind die flüssigen Mittel immer noch wesentlicher Bestandteil der Aktivseite.

2.3 Vermögenslage

Die Vermögenslage der Nordeifel Tourismus GmbH (NeT GmbH) zeigt auch im Jahr 2012 keine gravierenden Änderungen.

Im Anlagevermögen stehen den Zugängen von 24.950,56 Euro Abgänge in Höhe von 6,90 Euro sowie laufende Abschreibungen in Höhe von 11.741,66 Euro gegenüber, so dass der Buchwert zum Bilanzstichtag noch 44.945 Euro beträgt.

Die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft ist mit 75,96 % sehr gut.

3. Nachtragsbericht

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben sich keine Vorgänge von besonderer Bedeutung ergeben.

4. Risiko- und Prognosebericht

4.1 Risikobericht

Die Finanzierung der Nordeifel Tourismus GmbH erfolgt zum überwiegenden Teil (75,29 %) aus Zuschüssen der kommunalen Gesellschafter, die teilweise als finanzschwache Kommunen über einen Nothaushalt verfügen.

Im dritten Jahr der Geschäftstätigkeit ist es der Nordeifel Tourismus GmbH gelungen, die eigenen Umsatzerlöse zu erhöhen. Diese Bemühungen werden weiter fortgesetzt.

Die Gesellschafterversammlung der Nordeifel Tourismus GmbH muss sich bewusst sein, dass die im Fünfjahresplan des Wirtschaftsplans festgesetzten Gesellschafterzuschüsse eingehalten werden müssen, da Kürzungen eine einschneidende Auswirkung auf die Tätigkeit der Nordeifel Tourismus GmbH haben würden. Gravierende Kosteneinsparungen sind nicht möglich, ohne dass die Gesellschaft Gefahr läuft, ihre Aufgaben nicht mehr effizient wahrnehmen zu können.

4.2 Prognosebericht

Der beschlossene Wirtschaftsplan 2013 weist für das laufende Wirtschaftsjahr einen Verlust von – 406.300 € Euro aus.

Dieser wird durch die Gesellschafter nach den Anteilen ihrer Stammkapitalanlagen finanziert.

Ziel der Geschäftsführung ist es, weitere Umsatzerlöse zu erzielen. Eine deutliche Steigerung konnte im Vergleich zum Vorjahr bereits erzielt werden.

Durch gezielte Maßnahmen gemeinsam mit den Leistungsträgern, den Tourist-Informationen, in Kooperation mit Tourismus Nordrhein-Westfalen e.V., der Eifel Tourismus GmbH und den benachbarten Touristischen Arbeitsgemeinschaften wird die Steigerung der Gäste- und Übernachtungszahlen für die Nordeifel weiter verfolgt.

Das Ziel, alle kreisangehörigen Städte und Gemeinden für eine Beteiligung an der Gesellschaft zu gewinnen, kann mit dem Beitritt der Gemeinden Blankenheim und Nettersheim zum 01. Januar 2013 teilweise erreicht werden. Nach wie vor finden auch intensive Gespräche mit der Stadt Bad Münstereifel statt.

Die bedingt durch die positive Entwicklung der Nordeifel Tourismus GmbH, den Beitritt von zwei neuen Gesellschaftern und den umgesetzten TSC-Prozess notwendig gewordene finanzielle und personelle Erweiterung eröffnet der Gesellschaft gute Bedingungen, um die erfolgreiche Arbeit professionell fortzusetzen. In diesem Zusammenhang ist exemplarisch die verstärkte Bearbeitung der Produktleitlinien „Kulturelle Höhepunkte“ und „Familien Spaß“ sowie die mit dem TSC-Prozess einhergehende Entlastung der lokalen Verkehrsämter in den Bereichen Vermarktung, Vertrieb und Qualitätsmanagement zu nennen.

Gleichzeitig geht die Nordeifel Tourismus GmbH für die touristischen Leistungsträger und Partner stets mit Vorbildfunktion voran und hat im August 2012 wieder eine neue Auszubildende im Berufsbild Kauffrau für Tourismus & Freizeit eingestellt. Zudem haben im Jah-

resverlauf sechs Schüler bzw. Studierende ein schul- oder studienbegleitendes Praktikum bei der Nordeifel Tourismus GmbH absolviert.

Mit den Projekten „vogelsang ip“, „Rad- und Wanderbahnhöfe Nordeifel“, „KlimaTour Eifel“, „Erlebnisraum Römerstraße“, „Landesgartenschau Zülpich 2014“, „Römerjahr 2014“ können die Aussichten als positiv bewertet werden. Dies wird unterstützt durch einen möglichen weiteren Gesellschafterbeitritt ab 2014 und die Zusammenarbeit mit neuen Betrieben.

Kall, den 25. März 2013

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Poth', written in black ink.

Iris Poth
Geschäftsführerin

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts,
Euskirchen

Bilanz zum 31.12.2012

AKTIVA			PASSIVA		
	EUR	EUR	EUR	EUR	Vorjahr EUR
A. Anlagevermögen					
Sachanlagen					
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	709,00		10.000,00		10.000,00
			-863.484,81		-432.935,44
B. Umlaufvermögen					
I. Vorräte			853.484,81		422.935,44
Grundstücke ohne Bauten	12.875.544,77			0,00	0,00
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			6.700,00		0,00
sonstige Vermögensgegenstände	8.353,24		11.355,65		10.982,74
III. Guthaben bei Kreditinstituten	130.667,86			18.055,65	10.982,74
		13.014.565,87			
C. Rechnungsabgrenzungsposten					
		0,00			12.861.753,44
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag					
		853.484,81	32.607,45		22.269,25
			EUR 32.607,45 (Vj. EUR 22.269,25)		
			3. sonstige Verbindlichkeiten	38.702,91	37.497,80
			- davon aus Steuern EUR 0,00 (Vj. EUR 0,00)		
			- davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	13.836.230,63	12.921.520,49
			EUR 38.702,91 (Vj. EUR 37.497,80)		
			D. Rechnungsabgrenzungsposten		
				14.473,40	5.409,14
				<u>13.868.759,68</u>	<u>12.937.912,37</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	EUR	EUR	Vorjahr EUR
1. sonstige betriebliche Erträge		37.566,62	44.875,63
2. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-4.800,00		-4.800,00
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-1.446,72</u>	-6.246,72	-1.446,72
3. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-44,82	0,00
4. sonstige betriebliche Aufwendungen		-56.296,09	-79.462,31
5. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		314,83	4.815,39
- davon aus Abzinsung EUR 98,49			
6. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		<u>-406.973,89</u>	<u>-246.230,35</u>
7. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-431.680,07	-282.248,36
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0,00	0,00
9. sonstige Steuern		<u>1.130,70</u>	<u>-33.386,01</u>
10. Jahresfehlbetrag		430.549,37	315.634,37
11. Verlustvortrag aus dem Vorjahr		432.935,44	117.301,07
12. Bilanzverlust		<u>863.484,81</u>	<u>432.935,44</u>

LEP-Fläche Euskirchen/Weilerswist Anstalt des öffentlichen Rechts

Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2012



1. Überblick über den Geschäftsverlauf

1.1. Beschreibung der Geschäftstätigkeit

Aufgabe der 2009 gegründeten LEP-AöR ist die Finanzierung und Entwicklung einer interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der im Regionalplan für den Regierungsbezirk Köln, Teilabschnitt Region Aachen, ausgewiesenen und im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Fläche in Euskirchen und Weilerswist. Zur Erfüllung dieser Aufgabe soll das gemeinsame Kommunalunternehmen

- die erforderlichen Grundstücksflächen erwerben oder deren Verfügbarkeit auf andere Weise sicherstellen,
- die Grundstücke zur Baureife entwickeln,
- die erworbenen Grundstücksflächen an ansiedlungswillige Unternehmen veräußern,
- alle hiermit zusammen hängenden oder dem Unternehmensziel förderlichen Aufgaben und Tätigkeiten wahrnehmen (wie z.B. Finanzierung, Erschließung, Tausch, Verpachtung, Vermietung, Bestellung von Erbbaurechten, Regionalmarketing, Werbung, Öffentlichkeitsarbeit, Verbesserung der Infrastruktur, Beratung ansiedlungswilliger Unternehmen).

Am 25.06.2009 haben das Land Nordrhein-Westfalen, die Trägerkommunen und die LEP-AöR die „Vereinbarung zur gemeinsamen Finanzierung und Entwicklung der interkommunalen Ansiedlung von flächenintensiven Großvorhaben auf der LEP-Fläche in Euskirchen / Weilerswist“ (nachfolgend Vereinbarung NRW genannt) abgeschlossen.

Nach § 5 der Vereinbarung NRW begleitet ein Projektbeirat, bestehend aus Vertretern der Trägerkommunen und des Landes NRW, das Vorhaben. Nach § 4 Abs. 3 der Vereinbarung NRW übernimmt das Land zur Absicherung der Darlehen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von 60 % der Projektkosten, maximal 25 Millionen Euro zugunsten der LEP-AöR.

1.2. Rahmenbedingungen

1.2.1. Rechtliche Rahmenbedingungen

Die Rechte und Pflichten der LEP-AöR und ihrer Organe ergeben sich aus

- der Unternehmenssatzung vom 28.04.2009 (geändert am 26.08.2011),
- der Vereinbarung NRW,
- den §§ 27 und 28 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen (GkG), § 114a der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) und die gemäß Abs. 11 anzuwendenden §§ 14 Abs. 1, 31, 74, 75 Abs. 1, 77, 84 sowie die Bestimmungen des 13. Teils aaO.
- der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen als Anstalt öffentlichen Rechts (Kommunalunternehmensverordnung – KUV)
- dem dritten Buch des Handelsgesetzbuches (HGB), das gemäß § 114a Abs. 10 der GO NRW und § 20 Abs. 2 der KUV anzuwenden ist.

1.2.2. Eigentumsverhältnisse

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2012 waren ca. 116 ha der LEP-Fläche im Eigentum der LEP-AöR und weitere 23 ha im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist. Die gesamte Fläche wird weiterhin als Ackerland bewirtschaftet.

1.3. Wesentliche Entwicklungen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr

Grunderwerb

Im Jahre 2012 konnten noch 4 Flurstücke in einer Gesamtgröße von ca. 3,4 ha erworben werden, sodass sich die Eigentumsverhältnisse zum 31.12.2012 wie folgt darstellen:

- ca. 119 Hektar sind Eigentum der LEP-AöR
- ca. 23 Hektar befinden sich im Eigentum der Kreisstadt Euskirchen und der Gemeinde Weilerswist
- für weitere ca. 56 Hektar sind die Eigentümer tausch- bzw. verkaufsbereit
- für ca. 13 Hektar besteht weiterhin keine Verkaufsbereitschaft.

Ersatzlandflächen außerhalb des LEP-Gebietes konnten im Berichtsjahr nicht akquiriert werden.

Die Erlöserwartungen der Verkäufer solcher Flächen liegen über den Preisen, die die Eigentümer der Flächen im LEP-Gebiet für Ersatzland zu zahlen bereit sind. Mögliche Tauschflächen wurden aber im nennenswerten Umfang zu diesen Preisen an Dritte veräußert, was deutlich macht, dass die Marktpreise für Ackerland im Umkreis der LEP-Fläche angezogen haben. Versuche von NRW.URBAN, durch Vermittlung Dritter an Ersatzland zu kommen, waren bisher nicht erfolgreich. So hat u.a. die Gemeinde Swisttal mitgeteilt, dass sie keine Grundstücke als Tauschland oder für Ausgleichszwecke bereitstellen kann.

Der Verwaltungsrat und der Projektbeirat haben in Ihren Sitzungen am 18.12.2012 über die möglichen Alternativen für die weiteren Grunderwerbsverhandlungen beraten und den Vorstand ermächtigt, auch außerhalb der LEP-Fläche landwirtschaftlich genutzte Grundstücke für tauschwillige Eigentümer und als Ausgleichsflächen für künftige Versiegelungen zu erwerben. Die für vorgezogene Ausgleichsmaßnahmen erforderlichen Flächen können ebenfalls erworben, angepachtet oder durch sonstige Vereinbarungen langfristig gesichert werden. Die weiteren Verhandlungen werden zeigen, wie weit die Tauschbereitschaft zu angemessenen Bedingungen tatsächlich vorhanden ist.

Aufgrund des § 7 der Vereinbarung NRW hat die LEP-AöR einen Anspruch auf Übertragung der im Eigentum der Trägerkommunen stehenden Grundstücke gegen Zahlung des Verkehrswertes. Die Übertragung soll erst zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen des Verfahrens gemäß § 7 Abs. 1 der Vereinbarung NRW erfolgen.

Vermarktung

Zur Vermarktung der LEP-Fläche „PrimeSite Rhine Region“ hat die NRW.INVEST auch im Jahre 2012 umfangreiche Aktivitäten auf nationaler und internationaler Ebene entfaltet. Unter Einbindung aller 9 Auslandsbüros wurden bei Veranstaltungen, Investorenseminaren und auf internationalen Messen Kontakte zu potentiellen Investoren hergestellt und Gespräche geführt. Die Fläche wurde auf ausgewählten Gewerbeflächen- und Industriemessen, wie Transport Logistik in Shanghai und Expo Real in München, präsentiert. Vermarktungsaktivitäten fanden ferner bei Reisen des Wirtschaftsministers und von NRW.INVEST statt. Die Fläche wurde zudem umfangreich in Printmedien und elektronischen Medien in Deutschland, den USA und den Niederlanden beworben. Dabei zeigte sich ein starkes Interesse an der Rhine Region; positiv bewertet wurden u. a. die exzellente Lage und Anbindung der Fläche. Der Erwerb von mindestens 80 ha Fläche für ein Investitionsvorhaben stellt jedoch nach wie vor eine große Hürde dar. Flächenbedarfe von Unternehmen bei Großprojekten liegen – gemäß den Erfahrungen von NRW.INVEST – deutlich unter 80 ha. In den Jahren 2008 bis 2012 hat NRW.INVEST 24 Projekte mit mehr als 50 Arbeitsplätzen je Ansiedlungsfall erfolgreich realisiert, die durchschnittlich 8,5 ha Fläche in Anspruch genommen haben. Dabei lag der größte Flächenbedarf bei 30 ha, der geringste bei 0,85 ha.

Vorbereitende Untersuchungen zur Entwicklung des Gebietes

Die bodenarchäologischen Erkundungen wurden im Geschäftsjahr 2012 fortgesetzt. Die geophysikalischen Untersuchungen wurden abgeschlossen und dem Amt für Bodendenkmalpflege (LVR) zur Auswertung übergeben. Nach intensiven Verhandlungen im Oktober 2012 wurde eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen der LEP-AöR, dem LVR und dem Land über die weitere Vorgehensweise und Finanzierung der notwendigen archäologischen Untersuchungen abgeschlossen. Dabei wurde eine verbindliche Bearbeitungsdauer von max. 9 Monaten ab Bekundung des Ansiedlungsinteresses eines Unternehmens und eine Obergrenze hinsichtlich der Beteiligung der LEP-AöR an den Kosten der archäologischen Untersuchungen i.H. von 700.000 € vereinbart.

Anschließend wurde eine Arbeitsgruppe zwischen den Beteiligten gebildet, die die Arbeiten steuert und betreut. Mit der Durchführung der Grabungsarbeiten wurde die Firma Troll Archäologie aus Weilerswist nach Abstimmung mit allen Beteiligten beauftragt.

Aufstellung von Bebauungsplänen

Um im Rahmen der Ansiedlungsbemühungen für eventuelle Anfragen kurzfristig gewappnet zu sein, haben die zuständigen Ausschüsse des Rates der Kreisstadt Euskirchen am 25.09.2012 und des Rates der Gemeinde Weilerswist am 22.11.2012 die Beschlüsse zur Aufstellung der Bebauungspläne gefasst.

Die für die aufzustellenden Bebauungspläne notwendigen Artenschutzuntersuchungen wurden in Abstimmung mit der Unteren Landschaftsbehörde durch das Fachbüro Cochet Consult in Bonn im gesamten Vegetationszeitraum 2012 durchgeführt. Der Entwurf eines Maßnahmenkatalogs liegt vor.

Bodenordnung

Die LEP-AöR und die Belegenheitskommunen verfügten am 31.12.2012 über zusammen ca.142 ha Eigentum innerhalb der LEP-Fläche. Allerdings liegen die Flächen verteilt im Plangebiet.

Ziel aller Partner der Vereinbarung NRW ist die möglichst schnelle Entwicklung einer den Vorgaben des Landesentwicklungsplanes entsprechenden **zusammenhängenden Fläche**.

Nach dem bisherigen Verlauf der Grundstücksverhandlungen muss davon ausgegangen werden, dass nicht mit allen Eigentümern eine baldige Einigung über eine Neuordnung und Zusammenlegung der Flächen erreicht werden kann. Nach derzeitigem Erkenntnisstand werden bodenordnende Maßnahmen erforderlich.

Der Verwaltungsrat der LEP-AöR und der Projektbeirat haben deshalb in ihren Sitzungen am 18.12.2012 den Vorstand der LEP-AöR ermächtigt, die erforderlichen Maßnahmen zur Anordnung und Einleitung einer Umlegung nach den §§ 45 ff des Baugesetzbuches zu treffen, wobei einvernehmliche Regelungen zur Abwendung der Umlegung Vorrang haben sollen.

Sonstige Entwicklungen.

Verwaltungsrat und Projektbeirat tagten am 08.05.2012 und am 18.12.2012.

Der Jahresabschluss 2011 mit dem Lagebericht wurde vom Verwaltungsrat am 08.05.2012 einstimmig festgestellt, dem Vorstand Entlastung für das Jahr 2011 erteilt und über die Deckung des Jahresfehlbetrages entschieden (Deckung aus Kreditmitteln).

Im Jahre 2012 fanden 12 Sitzungen des Vorstandes statt.

2. Darstellung der Lage der Gesellschaft

2.1. Darstellung der Vermögenslage

Das Bilanzvermögen zum 31.12.2012 in Höhe von 13.868.759,68 Euro besteht im Wesentlichen aus dem Wert der erworbenen Grundstücke (12.875.544,77 Euro).

Das Stammkapital in Höhe von 10.000,00 Euro (§ 3 der Unternehmenssatzung) ist eingezahlt.

Der zum 31.12.2012 kumulierte Bilanzverlust in Höhe von 863.484,81 Euro soll durch künftige Verkaufserlöse für Grundstücke im LEP-AöR-Gebiet gedeckt werden.

2.2. Darstellung der Ertragslage und des Geschäftsergebnisses

Die 2012 erzielten Erträge in Höhe von 37.881,45 Euro resultieren im Wesentlichen aus Pachten (37.225,22 Euro). Ihnen stehen Aufwendungen in Höhe von 468.430,82 Euro gegenüber. Der Fehlbetrag des Jahres 2012 in Höhe von 430.549,37 Euro addiert sich mit dem Verlust der Vorjahre in Höhe von 432.935,44 Euro zum Bilanzverlust zum 31.12.2012 in Höhe von 863.484,81 Euro.

Auch der Jahresverlust 2012 ist gemäß der Vereinbarung NRW auf neue Rechnung vorzutragen.

Gegenüber dem vom Verwaltungsrat am 05.12.2011 beschlossenen Wirtschaftsplan für 2012 ergaben sich folgende Veränderungen:

	Wirtschaftsplan in €	Ergebnis in €	Differenz in €
Erträge	58.000,00	37.881,45	-20.118,55
Sachaufwand	183.300,00	55.210,21	-128.089,79
Personalaufwand	7.000,00	6.246,72	-753,28
Zinsaufwand	652.000,00	406.973,89	-245.026,11
Jahresverlust	784.300,00	430.549,37	-353.750,63
Einnahmen aus Krediten	6.550.300,00	1.673.420,27	- 4.876.879,73
Grunderwerb inkl. Nebenkosten	5.766.000,00	421.431,39	-5.344.568,61

Die wesentlichen Abweichungen gegenüber dem Wirtschaftsplan erklären sich wie folgt:

Sachaufwand

Die veranschlagten Honorare für die NRW.URBAN (80.000 Euro) wurden wegen des geringeren Grunderwerbsaufwandes unterschritten und waren in voller Höhe als Anschaffungsnebenkosten zum Grunderwerb zu erfassen.

Verhandlungen des Vorstandes der LEP-AöR mit dem Finanzamt über die Berechnung der Einheitswerte und der Grundsteuermessbeträge führten zu einer Reduzierung der Grundsteuerlast um rd. 64 %. Die in das Jahr 2011 zurückwirkende Änderung führte im Jahr 2012 zu einem einmaligen Entlastungseffekt von insgesamt 21.159,43 Euro.

Zinsaufwand

Die erhebliche Zinsersparnis ist auf die wesentliche Reduktion des Grunderwerbs- und Sachaufwandes zurück zu führen. Durch die Aufnahme kurzfristiger Liquiditätskredite wurden gegenüber der Aufnahme langfristiger Kredite im Berichtsjahr 2012 erhebliche Zinsaufwände erspart. Das jährlich zu zahlende Bürgschaftsentgelt wurde aufgrund einer Reklamation des Vorstandes der LEP-AöR zur Berechnungsgrundlage reduziert. Hierdurch kam es im Wirtschaftsjahr zu einer Erstattung von 20.259,93 EUR

Einnahmen aus Krediten /Grunderwerbsaufwand

Die reduzierte Kreditaufnahme ist insbesondere Folge des geringeren Grunderwerbsaufwand.

Im Einzelnen wird auf die Gewinn- und Verlustrechnung und den Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

2.3. Darstellung der Finanzlage

Aufgrund der Beschlüsse des Verwaltungsrates und des Projektbeirates vom 07.07.2011 wurde ein Kredit in Höhe von 12 Millionen Euro (Auszahlungsbetrag) zu einem Festzinssatz von 3,05 % jährlich aufgenommen. Die Zinsfestschreibung erfolgte gemäß den Beschlüssen bis zum 30.06.2020. Der Kredit ist zu 60 % landesverbürgt. Für die Landesbürgschaft ist ein jährliches Entgelt in Höhe von 0,5 % des jeweils verbürgten Kreditbetrages zu zahlen. Außerdem fiel im Jahre 2011 hierfür eine ein-

malige Bearbeitungsgebühr in Höhe von 25.000,00 Euro an. Am 31.12.2012 valutierte dieser am 30.06.2020 gesamt fällige Kredit mit 12.464.530,27 Euro.

Mit der Kreditaufnahme ist für die bisher erworbenen Vermögenswerte das Zinsänderungsrisiko bis zum Ende der voraussichtlichen Projektlaufzeit (30.06.2020) vollständig ausgeschlossen.

Weiterer Finanzbedarf wird zunächst durch erheblich günstigere Liquiditätskredite (Kassenkredite) und dann durch weitere Tranchen eines zu 60 % vom Land verbürgten Bankkredites gedeckt. Der Kreditrahmen für Liquiditätskredite gemäß den Beschlüssen vom 07.07.2011 (13,0 Mio. Euro) war am 31.12.2012 mit 1,3 Mio. Euro in Anspruch genommen.

Aufgrund der Trägerhaftung gemäß §§ 27 Abs. 1 und 28 Abs. 3 GkG in Verbindung mit § 114a Abs. 5 GO NRW ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der LEP-AöR jederzeit gegeben.

3. Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung

Die weiteren Schritte zum Grunderwerb hängen im Wesentlichen von der Bereitschaft der Eigentümer zur Mitwirkung bei der Bodenordnung ab. Dabei wird sich auch zeigen, wie ernsthaft die Bereitschaft zum Tausch mit landwirtschaftlichen Flächen statt der Zuweisung gewerblich nutzbarer Flächen sein wird. Sofern von den Eigentümern keine überzogenen Forderungen hinsichtlich der Bewertung von Tauschflächen gestellt werden, ist nach wie vor die Entschädigung in Ersatzland zu marktgerechten Preisen möglich.

Die rechtlich notwendige Einbindung des Kampfmittelbeseitigungsdienstes erweist sich ab Anfang 2013 als problematisch. Die notwendigen Freigaben sind bisher nicht erteilt. Dies führt zu erheblichen zeitlichen Verzögerungen sowie Stillstands- und Zusatzkosten. Hinsichtlich der Übernahme dieser Mehrkosten sind noch Verhandlungen zu führen.

4. Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Nach der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht, die vom Verwaltungsrat und vom Projektbeirat am 18.12.2012 gebilligt wurde, reduzieren sich die Maximalkosten für das gemeinsame Vorhaben des Landes und der beteiligten Gebietskörperschaften, eine LEP-konforme Großansiedlung auf der landesplanerisch ausgewiesenen Fläche zu ermöglichen, von 43,4 Mio. Euro auf 41,67 Mio. Euro. Da das Land NRW mit 60 % höchstens 25,0 Mio. Euro gebürgt hat, lag das Risiko für den 41,67 Mio. Euro übersteigenden Kreditrahmen von ca. 1,73 Mio. Euro ausschließlich bei der LEP-AöR und seinen Trägern. Insbesondere aufgrund des nachhaltig niedrigen Zinsniveaus werden die Zinsaufwände jetzt niedriger als ursprünglich angenommen eingeschätzt. In der Kosten- und Finanzierungsplanung ist ein aus derzeitiger Sicht ausreichender Betrag zur Risikoabdeckung (insbesondere für die Wagnisse Zinssteigerungsrisiko, Schadensersatzpflichten aus archäologischen Untersuchungen, zur Zeit nicht genauer mögliche Aufwandsprognosen bei Artenschutz und Erschließungsmaßnahmen) einkalkuliert. Geblieben ist dagegen die Erwartung enormer Vorteile einer gewerblichen Ansiedlung mit einer großen Zahl von neuen Arbeitsplätzen, Kaufkraftsteigerung, verbesserte Infrastruktur etc..

Das Auswahlverfahren der BMW-Group für einen Standort für ein neues Werk zur Produktion von Personenkraftwagen im Jahre 2000 hat neben weiteren Anfragen die Attraktivität des Standortes für eine industrielle Großansiedlung bewiesen. Die Fläche ist bereits im Landesentwicklungsplan VI (LEP-VI) seit dem Jahre 1968 entsprechend ausgewiesen. Die Notwendigkeit, die Grundstücke „aus einer Hand“ anbieten zu können, führte nach langwierigen Abwägungen der Vor- und Nachteile und der Machbarkeit des Projektes zum Abschluss der Vereinbarung NRW.

Die Vertragsbeteiligten waren sich dabei darüber im Klaren, dass möglicherweise der Grunderwerb und die Vermarktung der Fläche in einem vertretbaren Zeitraum nicht oder nicht vollständig gelingen. Entsprechend wurden in der Vereinbarung NRW Regelungen zur Risikominimierung getroffen wie z.B.

- einstimmige Beschlüsse oder Beschlüsse mit 80 %- Mehrheit im Projektbeirat,
- begrenzte Laufzeit, danach Vermarktungsmöglichkeit als überregionales Gewerbegebiet,
- Landesbürgschaft,
- Rückabwicklungsbestimmungen usw..

Für den Fall, dass innerhalb der vereinbarten Laufzeit kein geeigneter Investor gefunden wird und die Laufzeit nicht verlängert wird, ist eine Umwandlung der Zweckbestimmung der Fläche in ein überregionales Gewerbegebiet in § 1 Abs. 2 der Vereinbarung NRW vereinbart. Für diesen Fall regelt die Vereinbarung NRW Kündigungsmöglichkeiten (§ 9) und die Rückabwicklung (§ 10 in Verbindung mit § 4 Abs. 3 und 4).

Im Einzelnen wird auf den Inhalt der Vereinbarung NRW verwiesen.

Für den Fall, dass der Grunderwerb durch Kauf oder Tausch nicht vollständig gelingt, soll im beabsichtigten Umlegungsverfahren gem. §§ 45 ff. Baugesetzbuch nach Lösungen gesucht werden. Nachrangig ist – in Abstimmung mit dem Land – auch eine Arrondierung kleinerer Flächen als 205 ha in Erwägung zu ziehen.

5. Sonstige Angaben

5.1. Risikomanagement und Finanzinstrumente

Die Gesamtfinanzierung des Projektes ist durch den am 01.07./07.07.2011 erfolgten Abschluss des Darlehensvertrages mit der NRW.BANK im Gesamtvolumen von 43,4 Mio. Euro gesichert.

Der Wirtschaftsminister hat mit der Bürgschaftserklärung vom 28.09.2011 die in der Vereinbarung NRW zugesagte Bürgschaft des Landes übernommen.

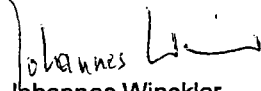
Durch die erste Tranche des Darlehens in Höhe von 12.464.530,27 Euro (Stand 31.12.12) sind die bisherigen Investitionen bis zum 30.06.2020 durch eine Festzinsvereinbarung gegen Zinserhöhungen gesichert.


Ob künftige Kreditaufnahmen zu festen oder variablen Zinssätzen erfolgen, wird bei Auftreten des Finanzierungsbedarfs nach Lage des Kapitalmarktes entschieden.

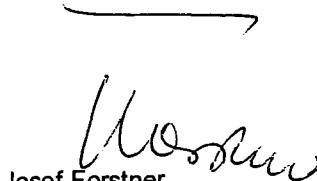
5.2. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres

Der bisherige Vorsitzende des Vorstandes, Herr Techn. Beigeordneter Paul Zündorf ist seit 01.02.2013 Techn. Beigeordneter der Stadt Düren und deshalb aus dem Vorstand ausgeschieden. Der Verwaltungsrat hat in seiner Sitzung am 18.12.2012 den Ersten Beigeordneten der Kreisstadt Euskirchen, Herrn Johannes Winckler ab dem 01.02.2013 bis zum turnusmäßigen Wechsel des Vorstandsvorsitzes am 26.05.2013 zu seinem Nachfolger ernannt.

Euskirchen, den 22. April 2013


Johannes Winckler
Vorstandsvorsitzender


Johannes Adams
Vorstandsmitglied


Josef Forstner
Vorstandsmitglied

Bilanz zum 31. Dezember 2011

[illegible]

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom
1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011**

	€	€
1. Umsatzerlöse		9.405.177,00
2. sonstige betriebliche Erträge		194.834,81
3. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	228.741,30	
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>1.185.589,62</u>	1.414.330,92
4. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.879.579,85	
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.253.234,50</u>	5.132.814,35
davon für Altersversorgung € 487.974,47		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und auf Sachanlagen		303.755,63
6. sonstige betriebliche Aufwendungen		1.530.495,87
7. sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		<u>237.880,09</u>
8. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		1.456.495,13
9. sonstige Steuern		951,21
		<hr/>
10. Jahresüberschuss		1.455.543,92
11. Ausgleich der unterdotierten Kapitalrücklage aus Gründung		891.443,86
12. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
in satzungsmäßige Rücklagen als zweckgebundene Investitionsrücklage		179.198,94
		<hr/>
13. Bilanzgewinn		<u><u>384.901,12</u></u>

Lagebericht zum Wirtschaftsjahr 2011

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland CVUA Rheinland - Anstalt des öffentlichen Rechts -

1. Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Auf Grund § 3 Absatz 1 sowie § 5 des Gesetzes zur Bildung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (IUAG NRW) vom 11. Dezember 2007 (GV NRW S. 662) wurde das CVUA Rheinland gemäß Artikel 1 der Verordnung vom 4. November 2010 zur Änderung der Verordnung zur Errichtung integrierter Untersuchungsanstalten für Bereiche des Verbraucherschutzes (Errichtungsverordnung; GV NRW S. 599) zum 1. Januar 2011 gebildet und als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet.

Das CVUA Rheinland wurde aus dem Fachbereich Chemische Lebensmitteluntersuchung der Stadt Aachen, der Amtlichen Lebensmitteluntersuchung - Leistungszentrum optimierter Laborbetrieb der Stadt Bonn, dem Institut für Lebensmitteluntersuchung der Stadt Köln und dem Chemischen Untersuchungsinstitut der Stadt Leverkusen gebildet.

Träger der Anstalt sind das Land Nordrhein Westfalen, sowie als kommunale Träger die Städte Aachen, Bonn, Köln und Leverkusen, die Städteregion Aachen, die Kreise Düren, Euskirchen, Heinsberg, der Oberbergische Kreis, der Rheinisch-Bergische Kreis, der Rhein-Erft-Kreis und der Rhein-Sieg-Kreis.

Vorläufiger Sitz der Anstalt ist der Standort Aachen, weitere Standorte sind in Bonn, Köln (bis 31. Mai 2011) und Leverkusen.

1.1 Aufgaben

Das CVUA Rheinland ist nach § 4 des IUAG NRW zuständig für die Untersuchungen und Kontrollen auf dem Gebiet des Lebensmittel- und Futtermittelrechts, der Tierseuchenbekämpfung, der Tiergesundheit und des Tierschutzes. Hierzu zählen auch Untersuchungen von kosmetischen Mitteln, Bedarfsgegenständen, Erzeugnissen der Weinwirtschaft sowie Tabakerzeugnissen. Die oben genannten Tätigkeiten umfassen auch die Erstellung von Gutachten, Beurteilungen und Stellungnahmen, die in diesem Zusammenhang erforderlich sind.

Die Untersuchungsanstalt wirkt mit

- bei der Koordinierung und Durchführung von Europa-, Bundes-, Landesweiter oder regionaler Untersuchungsprogramme,
- bei Anerkennungsverfahren für Qualitätsmanagementsysteme in Laboratorien, die in amtlicher Überwachung tätig sind,
- bei der Kontrolle von Betrieben und
- bei der Aus- und Weiterbildung von Beschäftigten im Rahmen ihres Aufgabenbereiches.

Die Untersuchungsanstalt führt ihre Aufgaben selbstständig aus. Soweit erforderlich, kann sie sich zur Erfüllung einzelner Aufgaben geeigneter Dritter oder anderer Untersuchungsanstalten bedienen.

Die Bereiche Futtermitteluntersuchung, Tierseuchenbekämpfung, Tiergesundheit, Tierschutz und Tierarzneimittel wurden für den Regierungsbezirk Köln bis Ende 2008 im Staatlichen Veterinäruntersuchungsamt Krefeld, anschließend im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Rhein-Ruhr-Wupper (CVUA-RRW) durchgeführt. In einem öffentlich-rechtlichen Vertrag zwischen dem CVUA Rheinland und dem CVUA-RRW wurde vereinbart, den bisherigen Leistungsumfang weiterhin im CVUA-RRW durchzuführen. Die Kosten werden mit dem Entgelt des Landes Nordrhein-Westfalen (NRW) für das CVUA Rheinland abgegolten.

Weiterhin bestand Einigkeit unter den Trägern, die Betreuung des Labors auf der ehemaligen Deponie des Kreises Euskirchen in Mechernich bis zum 30.09.2012 durch das CVUA Rheinland weiter zu führen. Die Kosten werden vom Kreis Euskirchen getragen.

1.2 Organisation

Gemäß § 6 IUAG NRW sind der Verwaltungsrat und der Vorstand Organe der Untersuchungsanstalt. Der Vorstand leitet die Anstalt gemäß § 11 IUAG NRW in eigener Verantwortung, soweit nicht gesetzlich oder durch Satzung der Anstalt etwas anderes bestimmt ist. Der Vorstand vertritt die Anstalt gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand wird vom Verwaltungsrat bestellt und besteht aus einer oder einem Vorstandsvorsitzenden und mindestens einem weiteren Vorstandmitglied.

- Vorstandsvorsitzender: Dr. Gerhard Löhr
- Vorstandsmitglied: Dagmar Pauly-Mundegar

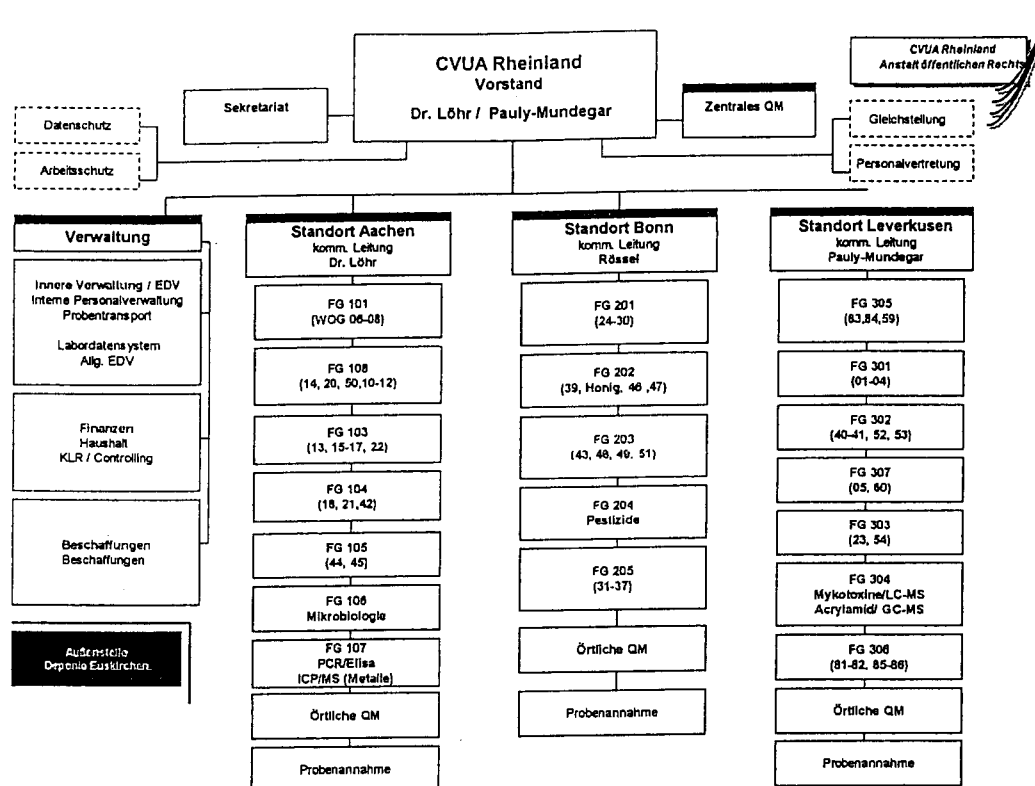
Nach § 24 Abs. 1 der Errichtungsverordnung besteht der Verwaltungsrat aus zwei Vertreterinnen oder Vertretern des Landes und jeweils einer Vertreterin oder einem Vertreter jeder Kommune. Nach Abs. 2 verfügt die Vertretung des Landes über insgesamt fünf Stimmen und jede Vertreterin oder Vertreter einer Kommune über jeweils eine Stimme im Verwaltungsrat.

Die Anstalt kann ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch Satzung und Geschäftsordnung regeln.

Weiterhin sind als Anstalt des öffentlichen Rechts die Vorschriften der Gemeindeordnung und der Verordnung über kommunale Unternehmen und Einrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen (GO NRW, KUV NRW) zu beachten.

Die Anstalt hat das Recht Dienstherrin von Beamtinnen und Beamten zu sein. Der Vorstand ist Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Beschäftigten der Untersuchungsanstalt. Das gesamte Personal der Träger der Untersuchungseinrichtungen wurde gemäß § 17 IUAG NRW auf die Anstalt übergeleitet.

Die Organisation im Berichtsjahr -nach Schließung des Kölner Standorts- ist dem nachfolgenden Organigramm zu entnehmen.



Bearbeitungsstand: 01.11.2011

1.3 Finanzielle Rahmenbedingungen

Die Anstalt finanziert sich nach § 14 Abs. 1 IUAG NRW über Gebühren, soweit gesetzlich vorgesehen, im Übrigen von den Trägern und dem Land durch Entgelte. Näheres regelt die vom Verwaltungsrat beschlossene Finanzsatzung. Weiterhin hat der Verwaltungsrat eine Geschäftsordnung verabschiedet.

Das Stammkapital des CVUA Rheinland beträgt 300.000,- Euro, davon hat das Land Nordrhein-Westfalen 90.000,- Euro eingebracht und die 12 kommunalen Träger jeweils 17.500,- Euro.

Nach § 12 IUAG richten sich Wirtschaftsführung, Rechnungswesen und Prüfung der Untersuchungsanstalt nach den Vorschriften des dritten Buches des Handelsgesetzbuches. Dabei sind der Geschäftsverlauf und die Lage des Betriebes so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Ferner ist die voraussichtliche Entwicklung mit ihren Chancen und Risiken zu erläutern.

2. Geschäftsverlauf

2.1 Organisatorisches

2.1.1 Personal

Bei der Organisationsstruktur des CVUA Rheinland wurde großen Wert darauf gelegt, dass möglichst viele Mitarbeiter ihre bisherigen Tätigkeiten beibehalten konnten. Dies war jedoch nicht immer möglich. So wurde dem Fachgebiet 1-08 die Untersuchung und Beurteilung von Fisch, Fischerzeugnissen, Suppen, Feinkosterzeugnissen und Fertiggerichten neu zugeordnet.

Da die übergeleiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter alle aus kommunalen Einrichtungen kommen, unterliegen die tariflich Beschäftigten des CVUA Rheinland weiterhin dem TVÖD-VK. Die Untersuchungsanstalt wurde Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (KAV).

2.1.2 EDV-Infrastruktur

Da nach den Bestimmungen des IUAG die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen nach den Vorschriften des Dritten Handelsgesetzbuches erfolgen müssen, wurde mit dem Start der Anstalt die Finanzsoftware „news-System® kommunal“ der INFOMA Software Consulting GmbH, Ulm, eingeführt.

Für die ordnungsgemäße Verwaltung des von den Altträgern der Untersuchungseinrichtungen übertragenen Anlagevermögens wurde die Inventarisierungssoftware „KAI“ installiert.

Alle mit dem Personal der Untersuchungsanstalt verbundenen Sachbearbeitungen (Personal-, Kindergeld- und Beihilfe-Sachbearbeitung, Besoldungs- und Entgeltbuchhaltung [ohne Auszahlung]) werden von der Stadt Bonn als externer Dienstleister übernommen.

Für die übergeleiteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Verwaltungsbereich waren das ganze Jahr über umfangreiche Schulungen erforderlich.

Mit dem Dienstbeginn des CVUA Rheinland am 02. Januar 2011 wurde auch das gemeinsame Labor Datensystem „LABbase“ in allen Standorten zur Verfügung gestellt. Somit müssen alle zur Untersuchung eingereichten Proben nur einmal erfasst werden und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können sich von ihrem EDV-Arbeitsplatz immer über den Stand der Analysen informieren.

Auch hier war Schulungsbedarf notwendig.

Die fachlichen Ergebnisse des CVUA Rheinland werden im Jahresbericht veröffentlicht. Die Probenzahlen für 2011 entsprachen denen der Vorjahre. Das CVUA Rheinland hat sich mit rd. 1200 Proben an Bundes- und Landesweiten Untersuchungsprogrammen beteiligt.

Die Zusammenarbeit des Vorstandes mit dem Verwaltungsrat verläuft sehr kooperativ.

2.2. Auflösung des Standorts Köln

Absprachegemäß sollte der Standort Köln zum 31.05.2011 aufgelöst werden. Damit war sofort mit den Planungen des Umzugs und der daran anschließenden Umsetzung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beginnen. Soweit als möglich wurden auch diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialverträglich auf die drei übrigen Standorte verteilt.

2.3. Planung eines gemeinsamen Standorts

Bereits in der ersten Sitzung des Verwaltungsrates wurde der Vorstand beauftragt mit den Planungsarbeiten für einen gemeinsamen Standort zu beginnen. Die Zusammenlegung an einem der vorhandenen Standorte kam aufgrund der örtlichen Gegebenheiten nicht in Betracht. Bis Mitte Mai 2011 erarbeitete der Vorstand eine Beschreibung der Anforderungen an ein neues Laborgebäude als „Grobkonzept“ sowie einen „Kriterienkatalog“ zur Bewertung möglicher Standortangebote.

In einem ersten Schritt konnten dem Vorstand ab Mitte 2011 von den Trägern oder gewerblichen Anbietern geeignete Gebäude zur Miete angeboten werden. Dieser Weg über eine Bestandsimmobilie erschien die schnellste Möglichkeit einen neuen Standort beziehen zu können. Letztendlich war dieser Option aufgrund der besonderen Bedingungen für Laborgebäude kein Erfolg beschieden.

Ende 2011 wurde ein Laborplaner beauftragt ein Feinkonzept für das zukünftige Laborgebäude zu erstellen.

3. Ertragslage

Nach § 14 Abs. 2 IUAG besteht das Anfangsbudget der Untersuchungsanstalt auf Basis der Haushaltspläne der bisherigen Träger der zusammengeführten Untersuchungsämter bezogen auf das Jahr vor der Gründung der Untersuchungsanstalt. Dieses Anfangsbudget des CVUA Rheinland in Höhe von 9.637 T Euro wurde vom Vorstand in einen Wirtschaftsplan mit Erfolgs-, Vermögens- und Stellenplan überführt. Das Geschäftsjahr 2011 wurde mit einem Überschuss von 1.456 TEuro abgeschlossen.

Die Personalkosten stellten insgesamt den größten Posten bei den Aufwendungen. Diese betrugen 5.133 TEuro.

Das Verhältnis der Personalaufwendungen zu den betrieblichen Aufwendungen betrug 64 %. Hierbei wurde das Entgelt des Landes NRW in Höhe 1.150 TEuro nicht berücksichtigt, da es insgesamt dem CVUA-NRW für die Durchführung seiner Leistungen zusteht.

Aufgrund des Umstellungsprozesses und unzureichender Planungsdaten wurde insbesondere im Bereich der Personalverwaltung äußerst vorsichtig gehandelt, so dass erforderliche Ersatz-einstellungen erst verzögert erfolgten.

Ein weiterer großer Aufwandsposten waren die Mieten mit 587 TEuro. Die Mietnebenkosten mit Energiekosten und übrigen Unterhaltungskosten betrugen 287 TEuro. Allerdings wurde bis zum Abschluss der Prüfung durch den Wirtschaftsprüfer keine Nebenkostenabrechnung der Vermieter vorgelegt, so dass hier eine Rückstellung in Höhe von 50 TEuro erfolgt ist.

Das CVUA Rheinland hat weitere jährliche Verpflichtungen, insbesondere für das Outsourcing von Dienstleistungen im Bereich der EDV in Höhe von 224 TEuro, der Personalverwaltung in Höhe von 24 TEuro, für Versicherungen in Höhe von 16 TEuro und für Periodika (Zeitschriften, Lose-Blatt-Sammlungen) in Höhe von 12 TEuro. Die Abschreibung betrug im Berichtsjahr 304 TEuro.

4. Finanz- und Vermögenslage

Die Eckdaten der Finanz- und Vermögenslage stellen sich folgendermaßen dar:

	01.01.2011 €	31.12.2011 €
Bilanzsumme	7.743.200,86	9.221.620,32
Anlagevermögen	1.269.258,95	1.084.260,49
Umlaufvermögen	25.000,00	40.196,01
Stammkapital	300.000,00	300.000,00
Eigenkapital	-591.443,86	864.100,06
Eigenkapitalquote	-7,6 %	9,4 %
Rückstellungen	7.743.200,86	8.154.598,64
Verbindlichkeiten	0,00	105.835,71
davon mittel- bis langfristige Bankschulden	0,00	0,00
Dynamischer Verschuldungsgrad	NA	3,99

Zum Bilanzstichtag belief sich der Bestand an liquiden Mitteln, incl. kurzfristiger Wertpapiere auf 2.283 T Euro. Die Mittel sind überwiegend als Termingelder angelegt.

Die Bilanzsumme hat sich gegenüber der Eröffnungsbilanz von 7.743 TEuro auf 9.222 TEuro erhöht. Die Veränderungen auf der Aktivseite ergeben sich aus dem Bestand an Guthaben bei der Sparkasse Köln-Bonn. Auf der Passivseite ergibt sich die Bilanzveränderung im Wesentlichen aus der Zunahme der Rückstellungen.

Im Geschäftsjahr wurden 92.446 € in neue Laborgeräte (s. Anlagespiegel) investiert. Von den rd. 3.000 Wirtschaftsgütern (ohne GWG) sind etwa zwei Drittel bereits abgeschrieben. Die Investitionsquote (Verh. Bruttoinvestition zu Abgängen und Abschreibungen des Anlagevermögens) betrug 40%, der Wert des Anlagevermögens hat damit deutlich abgenommen.

Für künftige Zahlungsverpflichtungen wurden Rückstellungen i.H.v. 8.154.598,64 € gebildet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen (7.775 TEuro). Die Erstattungsansprüche gegenüber den ehemaligen Dienstherrn der Beamten betragen 5.713 TEuro).

Gewinnverwendung

Im Berichtsjahr wurde ein Jahersüberschuss in Höhe von 1.455.543,92 € erwirtschaftet. Ein Betrag von 891.443,86 € wurden zum Ausgleich der unterdotierten Kapitalrücklage aus der Gründung verwendet.

Gemäß § 3 Absatz 1 der Finanzsatzung des CVUA Rheinland wurde der nicht reinvestierte Teil der Abschreibungsbeträge von Vermögensgegenständen in Höhe von 179.198,94 € der Investitionsrücklage zugeführt.

Außerdem wird vorgeschlagen den Restbetrag von 384.901,12 € gemäß § 3 Absatz 2 der allgemeinen Rücklage zuzuführen.

5. Risiko- und Chancenmanagement

Zur Einrichtung und Dokumentation eines Risikofrüherkennungssystems als Überwachungssystem gem. § 2 Abs. 2 S. 3 IUAG NRW i. V. m. § 9 Abs. 2 KUV NRW wurde ein Risikohandbuch erstellt. Das Handbuch fasst bestehende Regelungen des CVUA Rheinland zum Umgang mit Risiken zusammen, sodass durch die Nutzung der vorhandenen Organisations- und Berichtsstrukturen des CVUA Rheinland der bürokratische Aufwand für ein Risikomanagement in engen Grenzen gehalten wird.

5.1 Schwerpunktbildung NRW

Gemeinsam mit den Vorständen der anderen integrierten Untersuchungsanstalten wurden die Vorbereitungen zu einer engeren Zusammenarbeit begonnen, um im Sinne des Verbraucherschutzes gesicherte Untersuchungsquantität und –qualität wirtschaftlich realisieren zu können. Dabei werden die nachfolgend dargestellten Rahmenbedingungen berücksichtigt:

- Die Schwerpunktbildung betrifft alle Arbeitsbereiche der Untersuchungseinrichtungen (Lebensmittel, Kosmetika, Bedarfsgegenstände, Futtermittel, Tabak, Diagnostik, Rückstandsuntersuchungen nach dem Nationalen Rückstandskontrollplan, Gentechnikrecht, Radioaktivität usw.).
- Die Struktur der Untersuchungsämter in NRW wird von derzeit vier, letztendlich durch Integration der kommunalen Einrichtungen, auf fünf Anstalten des öffentlichen Rechts (AöR) anwachsen, die hinsichtlich ihrer fachlichen Leistungsfähigkeit gleichwertig sein sollten.
- Alle in NRW anfallenden Untersuchungen sollten aufgrund der Größe und Bedeutung des Landes grundsätzlich auch von den hiesigen Untersuchungseinrichtungen durchgeführt werden. Ausnahmen beschränken sich auf wenige, speziell zu begründende Fälle.
- Der ständig steigende Aufgabenzuwachs bringt es zwangsläufig mit sich, dass jede AöR schon jetzt nicht mehr alles machen kann (u.a. wegen des zu hohen Investitionsaufwandes für spezielle Geräte und eines nicht mehr leistbaren Aufwandes für alle Methodenvalidierungen). Daher ist eine Arbeitsteilung durch Schwerpunktbildung unvermeidlich.

Die Schwerpunktbildung kann auf zwei verschiedene Weisen realisiert werden:

- a) „Kompetenzzentren“ untersuchen bei bestimmten Probenarten auf ganz bestimmte Untersuchungsziele. Sie erhalten Proben auch von Kreisordnungsbehörden, die nicht in ihrem Einzugsbereich liegen, und erstellen abschließend die Gutachten. Außerdem sind diese Kompetenzzentren für diese Thematik Ansprechpartner in ganz NRW.
- b) „Schwerpunktlabore“ bearbeiten bestimmte Analyt-/Matrixkombinationen auch im Unterauftrag für andere Untersuchungseinrichtungen in NRW und liefern diesen neben den Ergebnissen ggf. einen Beurteilungsbeitrag für die Gutachten, die dort zu den jeweiligen Proben erstellt werden.

Die Vorstände der vier Untersuchungsanstalten des Landes NRW haben sich im Jahr 2011 intensiv mit der Frage der Bildung von Schwerpunkten zwischen den Anstalten auseinandergesetzt. In der Zusammenarbeit mit den integrierten Untersuchungsanstalten in NRW liegen deutliche synergetische Entwicklungsmöglichkeiten. Verbesserung der Leistungen im gesundheitlichen Verbraucherschutz, Optimierung der Aufgabenerfüllung und Kosteneinsparungen können

realisiert werden, wenn ganze Aufgabenblöcke zusammengefasst werden und die dadurch freigesetzten Ressourcen fachlich oder wirtschaftlich genutzt werden. Dies kann allerdings nur auf der Basis von Solidarität und Verlässlichkeit geschehen, da mit der Schwerpunktbildung der Verlust der Unabhängigkeit einhergeht. Einmal übernommene Schwerpunkte müssen langfristig ausgelastet bzw. verlässlich betrieben werden.

5.2. Akkreditierung

Das CVUA Rheinland ist über die vier kommunalen Einrichtungen bis zum 13. Mai 2013 durch die Staatliche Anerkennungsstelle der Lebensmittelüberwachung mit Sitz in Wiesbaden (SAL) gemäß den Qualitätssicherungskriterien für Laboratorien der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 vom 29. April 2004 über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz akkreditiert.

Die mit der Akkreditierung verbundenen Kosten lagen zu Zeiten der SAL im unteren 5-stelligen Bereich.

Ab dem 01. Januar 2010 müssen gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 die Mitgliedstaaten eine einzige nationale Akkreditierungsstelle benennen. Dieser Aufforderung folgend wurde in Deutschland die Deutsche Akkreditierungsstelle (DAkkS) errichtet, die die Anforderungen der Verordnung (EG) Nr. 765/2008 erfüllt. Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Akkreditierungsstelle (AkkStelleG) am 7. August 2009 sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Errichtung der nationalen Akkreditierungsstelle in Deutschland geschaffen worden. Die DAkkS wurde gemäß AkkStelleG beliehen und wird dementsprechend in Deutschland zukünftig alle Akkreditierungen gemäß Verordnung (EG) Nr. 765/2008 durchführen.

Durch den Wechsel der Akkreditierungsstelle werden sich die Kosten für die nächste Akkreditierung im Februar 2013 signifikant erhöhen.

Im technischen Bereich wird durch eine regelmäßige Überwachung eine Risikominimierung gewährleistet.

5. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Schluss des Wirtschaftsjahres 2011 eingetreten sind, liegen nicht vor.

6. Feststellung nach § 53 des Haushaltsgrundsätzegesetzes

Nach § 26 Satz 2 Kommunalunternehmensverordnung NRW (KUV NRW) ist in dem Lagebericht auch auf solche Sachverhalte einzugehen, die auch Gegenstand der Prüfung nach § 53 HGrG sind.

Im Berichtsjahr haben sich keine relevanten Sachverhalte im Zusammenhang mit der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung des Vorstandes ergeben. Darüber hinaus wird auf die Ausführungen zur Vermögens- Finanz- und Ertragslage verwiesen.

7. Ausblick

Der Wirtschaftsplan 2012, der in der Sitzung des Verwaltungsrates am 19. Januar 2012 verabschiedet wurde, weist ein Gesamtergebnis von nur rd. 102 TEuro Gewinn aus. Daneben wurden Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 9.638 TEuro im Vermögensplan beschlossen, dabei wurde ein Investitionsvolumen von 430 TEuro bestimmt.

Aachen, den 30. November 2012

Chemisches und Veterinäruntersuchungsamt Rheinland
- Anstalt des öffentlichen Rechts -
- Der Vorstand -

gez. Dr. Gerhard Löhr

gez. Dagmar Pauly-Mundegar

Teil D – Auswertungen und Übersichten

1. Auswertung der Jahresabschlüsse

Zu den wesentlichen Beteiligungen sind gem. § 52 GemHVO Strukturbilanzen und aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen beigelegt. Auf Auswertungen wurde bei Gesellschaften, die überwiegend außerhalb des Kreisgebietes tätig sind, generell verzichtet, weiterhin in den Fällen, wo diese keine Aussagekraft besitzen. Letzteres gilt insb. bei reinen Service- oder Projektgesellschaften, Gesellschaften mit geringer Geschäftstätigkeit oder geringem Beteiligungsanteil des Kreises. Bei Gesellschaften im Rumpfgeschäftsjahr wird ebenfalls auf die Auswertungen verzichtet.

Bei der RVK GmbH sowie bei der Energie Nordeifel GmbH & Co. KG wurde die Auswertung auf Konzernebene vorgenommen.

Gesellschaft	ab Seite
1. AGIT	242
2. VRS GmbH	244
3. Kreiskrankenhaus Mechernich	
• KKM Konzern	246
• KKM GmbH	248
• Geriatriisches Zentrum Zülpich GmbH	250
• Liebfrauenhof Schleiden GmbH	252
• AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH	254
• VIVANT – Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH	256
4. RVK GmbH – Konzern	258
5. Energie Nordeifel GmbH & Co. KG – Konzern	260
6. Vogelsang ip gGmbH	262
7. Nordeifel Tourismus GmbH	264

Hinweise:

1. Rundungsdifferenzen

Durch automatische Rundungen, insb. bei der Umrechnung auf T€, können die hier zusammengestellten Werte geringfügig von den Angaben der Original-Jahresabschlüsse abweichen.

2. Spalten „Veränderung Berichtsjahr zum Vorjahr“

Die Veränderungen des Geschäftsjahres zum Vorjahr sind jeweils als absolute Werte in T€ sowie im prozentualen Verhältnis zum Vorjahreswert dargestellt. Geringfügige Veränderungen bis zu 1 T€ bzw. bis zu 1 % werden aus Übersichtlichkeitsgründen nicht angezeigt.

3. Strukturbilanzen

Als langfristig werden Positionen mit einer Restlaufzeit ab einem Jahr angesehen. Die Prozentangaben beim Berichtsjahr und bei den Vorjahren stellen den jeweiligen Anteil der Position an der Bilanzsumme dar.

4. Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnungen

Soweit der Kreis eine Ausschüttung erhalten (+) bzw. Ausgleichszahlungen (-) geleistet hat, ist dies separat dargestellt (s. hierzu auch Teil D.2). Wesentliche Positionen wurden untergliedert.

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012

AGIT GmbH

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	2	0,0%	4	0,0%	5	0,0%	-2	-39,7%
Sachanlagen	7.892	82,1%	8.779	85,0%	9.619	91,1%	-886	-10,1%
Finanzanlagen	51	0,5%	51	0,5%	51	0,5%		
Summe Anlagevermögen	7.945	82,6%	8.833	85,5%	9.675	91,6%	-888	-10,1%
B Umlaufvermögen								
davon langfristig	0		0		0			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	280	2,9%	353	3,4%	156	1,5%	-72	-20,5%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.261	13,1%	912	8,8%	673	6,4%	+348	+38,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	131	1,4%	232	2,2%	59	0,6%	-102	-43,7%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.671	17,4%	1.497	14,5%	888	8,4%	+174	+11,7%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	9.617	100,0%	10.330	100,0%	10.562	100,0%	-713	-6,9%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.253	33,8%	3.253	31,5%	3.253	30,8%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-2.150	-22,4%	-1.852	-17,9%	-1.665	-15,8%	-298	+16,1%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	47	0,5%	-298	-2,9%	-186	-1,8%	+345	-115,6%
Summe Eigenkapital	1.150	12,0%	1.103	10,7%	1.401	13,3%	+47	4,2%
B Langfristiges Fremdkapital	6.616	68,8%	7.287	70,5%	7.960	75,4%	-672	-9,2%
Langfristige Sonderposten	3.551	36,9%	4.189	40,6%	4.832	45,7%	-638	-15,2%
Langfristige Rückstellungen	0		3	0,0%	0		-3	
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.547	26,5%	2.577	24,9%	2.609	24,7%	-30	-1,2%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	112	1,2%	112	1,1%	112	1,1%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	406	4,2%	406	3,9%	406	3,8%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	1.851	19,3%	1.940	18,8%	1.201	11,4%	-88	-4,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	139	1,4%	136	1,3%	109	1,0%	+3	+2,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.002	10,4%	994	9,6%	647	6,1%	+8	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	447	4,7%	539	5,2%	203	1,9%	-92	-17,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	29	0,3%	13	0,1%	11	0,1%	+16	+121,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	235	2,4%	257	2,5%	231	2,2%	-23	-8,8%
Summe Fremdkapital	8.467	88,0%	9.227	89,3%	9.161	86,7%	-760	-8,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	9.617	100,0%	10.330	100,0%	10.562	100,0%	-713	-6,9%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2012

AGIT GmbH

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse *1		3.369	3.014	2.759	+355	+11,8%
2 Bestandsveränderungen		0	0	0		
3 Andere aktivierte Eigenleistungen		0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne 11.)		66	30	23	+36	+120,5%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)		3.434	3.043	2.782	+391	+12,8%
6 Materialaufwand		0	27	0	-27	
7 Personalaufwand		2.397	2.684	2.115	-287	-10,7%
8 Abschreibungen		914	910	899	+4	+0,4%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen, davon:		3.615	2.804	2.378	+811	+28,9%
Raum- und Grundstücksaufwendungen		2.392	1.819	1.556	+572	+31,5%
Verwaltungs- und Werbeaufwendungen, Fremdarbeiten		963	890	748	+74	+8,3%
sonstige Aufwendungen		260	96	75	+165	+172,2%
<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>		<u>6.926</u>	<u>6.425</u>	<u>5.392</u>	<u>+501</u>	<u>+7,8%</u>
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)		-3.492	-3.382	-2.611	-110	+3,2%
11 Betriebskostenzuschüsse *2		3.149	2.692	2.014	+457	+17,0%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten		651	650	647	+1	+0,2%
<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>		<u>3.800</u>	<u>3.341</u>	<u>2.661</u>	<u>+459</u>	<u>+13,7%</u>
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)		309	-40	50	+349	-863,9%
14 Erträge aus Beteiligungen		0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren		0	0	0		
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		1	1	0	-	-6,0%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		0	0	0		
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften		0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen		157	162	148	-5	-3,3%
<u>20 Zwischensumme Finanzergebnis</u>		<u>-156</u>	<u>-161</u>	<u>-147</u>	<u>+5</u>	<u>-3,2%</u>
21 Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		153	-201	-97	+354	-175,8%
22 Außerordentliche Erträge		0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen		0	0	0		
24 Außerordentliches Ergebnis		0	0	0		
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		0	0	0		
26 Sonstige Steuern		106	97	89	+9	+9,4%
27 Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)		47	-298	-186	+345	-115,6%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
Mieten, Mietneben- u. sonst. Vorhaltekosten		3.145	2.508	2.386	+637	+25,4%
Projekte, Veranstalt., Kostenerstattungen		469	751	602	-282	-37,5%
Erlöskorrektur Innenumsätze		-246	-245	-229	-1	+0,3%

zu *2 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse						
Landes-/Bundeshaushalt, Projektzuschüsse		1.548	1.474	945	+75	+5,1%
Zuschüsse der Gesellschafter		1.601	1.218	1.069	+383	+31,4%
davon Kreis Euskirchen		96	74	73	+22	+29,2%

Hinweis: zu *2: Werden hier - im Gegensatz zum Jahresabschluss - als Betriebskostenzuschüsse separat ausgewiesen.

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	822	1,7%	456	1,2%	459	1,4%	+366	+80,3%
Sachanlagen	750	1,6%	824	2,2%	733	2,2%	-74	-9,0%
Finanzanlagen	1.124	2,4%	958	2,5%	1.321	3,9%	+166	+17,3%
Summe Anlagevermögen	2.696	5,7%	2.238	5,9%	2.512	7,5%	+458	+20,4%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>		<u>±</u>	
Vorräte	8	0,0%	7	0,0%	7	0,0%		+10,2%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	643	1,4%	1.154	3,0%	601	1,8%	-511	-44,3%
Wertpapiere	0		9.000	23,8%	8.500	25,4%	-9.000	-100,0%
Flüssige/liquide Mittel	43.530	92,6%	25.381	67,0%	21.818	65,2%	+18.149	+71,5%
aktiver Unterschied aus Vermögensverrechnung	148	0,3%	86	0,2%	28	0,1%	+62	+72,0%
Summe Umlaufvermögen	44.329	94,3%	35.628	94,1%	30.953	92,5%	+8.700	+24,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	47.025	100,0%	37.867	100,0%	33.466	100,0%	+9.158	+24,2%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	240	0,5%	240	0,6%	240	0,7%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Summe Eigenkapital	240	0,5%	240	0,6%	240	0,7%	±	
B Langfristiges Fremdkapital	2.976	6,3%	2.420	6,4%	2.245	6,7%	+556	+23,0%
Langfristige Sonderposten	685	1,5%	364	1,0%	374	1,1%	+321	+88,0%
Langfristige Rückstellungen	2.291	4,9%	2.056	5,4%	1.870	5,6%	+235	+11,4%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	43.809	93,2%	35.207	93,0%	30.981	92,6%	+8.602	+24,4%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	310	0,7%	429	1,1%	325	1,0%	-119	-27,7%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	905	1,9%	1.243	3,3%	660	2,0%	-338	-27,2%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	42.594	90,6%	33.534	88,6%	29.996	89,6%	+9.060	+27,0%
Summe Fremdkapital	46.785	99,5%	37.627	99,4%	33.226	99,3%	+9.158	+24,3%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	47.025	100,0%	37.867	100,0%	33.466	100,0%	+9.158	24,2%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

Gesellschaft

2012

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

Position	2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1 Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse)	0	0	0		
2 Erstattungen *1	4.214	4.572	4.800	-358	-7,8%
3 Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4 Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	684	679	726	+5	+0,7%
5 Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	4.897	5.251	5.526	-354	-6,7%
6 Materialaufwand	4.806	5.116	5.734	-310	-6,1%
7 Personalaufwand	4.326	3.780	3.517	+546	+14,5%
8 Abschreibungen	383	356	459	+27	+7,6%
9 Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.707	1.354	1.268	+353	+26,0%
Zwischensumme betriebl. Aufwand	11.221	10.605	10.978	+616	+5,8%
10 Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-6.324	-5.354	-5.452	-970	+18,1%
11 Betriebskostenzuschüsse *2	6.295	5.493	5.736	+801	+14,6%
12 Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	6.295	5.493	5.736	+801	+14,6%
13 Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	-29	139	284	-168	-121,0%
14 Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15 Erträge aus anderen Wertpapieren	46	50	80	-4	-9,0%
16 Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	148	273	124	-126	-46,0%
17 Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	13	3	-13	-100,0%
18 Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	97	105	132	-8	-8,0%
20 Zwischensumme Finanzergebnis	96	206	68	-109	-53,2%
21 Ergebnis der gewöhnlichen	67	345	352	-277	-80,5%
22 Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23 Außerordentliche Aufwendungen	0	235	287	-235	-100,0%
24 Außerordentliches Ergebnis	0	-235	-287	+235	-100,0%
25 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	110	65	-110	-100,0%
26 Sonstige Steuern	0	0	0		
27 Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	67	0	0	+67	+100,0%
*1: Aufgliederung der Erstattungen					
Bedingt durch die Umstellung des Prüfberichtes sind die Angaben ab dem Geschäftsjahr 2009 nicht mehr zu entnehmen					
Deutsche Bahn AG	0	0	0		
Verkehrsunternehmen	0	0	0		
* 2 Aufgliederung der Betriebskostenzuschüsse					
Sonderzuschüsse zur Projektförderung	3.533	3.015	3.333	+518	+17,2%
Zweckverband VRS	2.569	2.531	2.494	+38	+1,5%
Mitglieder des Zweckverbandes VRS (u.a. Kreis EU)	300	300	300		
davon: Kreis EU	23	23	23		

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	576	0,7%	496	0,6%	450	0,6%	+81	+16,3%
Sachanlagen	57.238	68,7%	56.297	70,4%	57.508	72,6%	+942	+1,7%
Finanzanlagen	34	0,0%	34	0,0%	34	0,0%		
Summe Anlagevermögen	57.848	69,4%	56.826	71,0%	57.992	73,2%	+1.022	+1,8%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	2.226	2,7%	2.101	2,6%	2.105	2,7%	+124	+5,9%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	11.739	14,1%	10.061	12,6%	9.869	12,5%	+1.678	+16,7%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	8.041	9,6%	7.532	9,4%	5.776	7,3%	+509	+6,8%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	4,2%	3.490	4,4%	3.490	4,4%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	25.495	30,6%	23.184	29,0%	21.240	26,8%	+2.311	+10,0%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	83.344	100,0%	80.010	100,0%	79.231	100,0%	+3.334	+4,2%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,8%	665	0,8%	665	0,8%		
Kapitalrücklage	3.783	4,5%	3.783	4,7%	3.783	4,8%		
Gewinnrücklagen	4.305	5,2%	4.305	5,4%	4.305	5,4%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	12.160	14,6%	10.948	13,7%	8.116	10,2%	+1.212	+11,1%
Unterschiedsbetrag/Ausgleichsposten	1.035	1,2%	927	1,2%			+108	+11,7%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.401	1,7%	1.212	1,5%	2.832	3,6%	+189	+15,6%
Summe Eigenkapital	23.349	28,0%	21.840	27,3%	19.701	24,9%	+1.509	+6,9%
B Langfristiges Fremdkapital	42.188	50,6%	43.156	53,9%	43.786	55,3%	-968	-2,2%
Langfristige Sonderposten	19.122	22,9%	19.835	24,8%	19.723	24,9%	-714	-3,6%
Langfristige Rückstellungen	366	0,4%	522	0,7%	605	0,8%	-156	-29,9%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	22.268	26,7%	22.383	28,0%	23.458	29,6%	-116	
Langfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie nach Krankenhausfinanzierungsrecht	71	0,1%	133	0,2%	0		-62	
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	362	0,4%	282	0,4%	0	0,0%	+80	
C Kurzfristiges Fremdkapital	17.807	21,4%	15.014	18,8%	15.744	19,9%	+2.792	+18,6%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	10.243	12,3%	8.598	10,7%	7.568	9,6%	+1.645	+19,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	1.753	2,1%	1.583	2,0%	1.617	2,0%	+170	+10,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.577	3,1%	2.577	3,2%	2.027	2,6%		
Kurzfr. Verb. ggü. Beteiligungen, verb. Unternehmen sowie nach Krankenhausfinanzierungsrecht	1.299	1,6%	219	0,3%	1.540	1,9%	+1.080	+493,1%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.936	2,3%	2.038	2,5%	2.992	3,8%	-102	-5,0%
Summe Fremdkapital	59.995	72,0%	58.170	72,7%	59.530	75,1%	+1.825	3,1%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	83.344	100,0%	80.010	100,0%	79.231	100,0%	+3.334	4,2%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2012
Kreiskrankenhaus Mechernich - Konzernabschluss

	2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	% *2
Erlöse Altenpflege und Rehabilitation	16.013	15.159	13.146	+854	+5,6%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	54.293	52.197	51.533	+2.096	+4,0%
Erlöse aus Wahlleistungen	2.008	1.796	1.404	+212	+11,8%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.524	2.448	2.143	+76	+3,1%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.157	1.435	1.391	-278	-19,4%
Bestandsveränderungen	6	45	14	-39	-85,9%
Sonstige Umsatzerlöse	753	609	515	+143	+23,6%
Sonstige betriebliche Erträge	3.332	3.201	3.179	+130	+4,1%
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	80.086	76.891	73.323	+3.195	+4,2%
Materialaufwand	19.397	18.378	17.583	+1.019	+5,5%
Personalaufwand	48.419	45.466	42.271	+2.953	+6,5%
Abschreibungen	4.290	4.185	4.232	+104	+2,5%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	9.377	10.328	8.812	-950	-9,2%
Zwischensumme Aufwand	81.483	78.357	72.899	+3.126	+4,0%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-1.397	-1.466	424	+70	-4,8%
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.611	1.476	1.442	+135	+9,1%
Saldo aus Auflösung Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.332	2.335	2.257	-3	
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	2.546	2.344	4.123	+202	+8,6%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	117	142	104	-25	-17,8%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.117	1.148	1.175	-31	-2,7%
Finanzergebnis	-1.000	-1.005	-1.071	+6	
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.547	1.339	3.051	+208	+15,5%
Außerordentliche Erträge	0	0	1		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	19		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	-17		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	37	47	48	-10	-20,9%
Sonstige Steuern	0	0	0		
Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	1.509	1.292	2.986	+218	+16,8%

bei Konzernabschluss:

auf andere Gesellschafter entfallender Gewinn/Verlust	-108	-80	-155	-29	+36,0%
Konzerngewinn	1.401	1.212	2.832	+189	+15,6%

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva			TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	450	0,6%	290	0,4%	302	0,5%	+160	+55,0%
Sachanlagen	39.617	56,6%	38.224	57,7%	38.973	59,9%	+1.394	+3,6%
Finanzanlagen	5.617	8,0%	5.617	8,5%	5.617	8,6%		
Summe Anlagevermögen	45.684	65,2%	44.131	66,6%	44.891	69,0%	+1.553	+3,5%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>1.654</i>	<i>2,4%</i>	<i>1.864</i>	<i>2,8%</i>	<i>581</i>	<i>0,9%</i>	<i>-210</i>	<i>-11,3%</i>
Vorräte	1.910	2,7%	1.801	2,7%	1.771	2,7%	+108	+6,0%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	1.869	2,7%	1.853	2,8%	2.187	3,4%	+16	
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	9.539	13,6%	7.873	11,9%	7.428	11,4%	+1.667	+21,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flussige/liquide Mittel	7.526	10,7%	7.109	10,7%	5.323	8,2%	+417	+5,9%
Ausgleichsposten nach dem KHG	3.490	5,0%	3.490	5,3%	3.490	5,4%		
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	24.334	34,8%	22.126	33,4%	20.199	31,0%	+2.208	+10,0%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	70.018	100,0%	66.257	100,0%	65.090	100,0%	+3.762	+5,7%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	665	0,9%	665	1,0%	665	1,0%		
Kapitalrücklage	3.783	5,4%	3.783	5,7%	3.783	5,8%		
Gewinnrücklagen	4.305	6,1%	4.305	6,5%	4.305	6,6%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	12.314	17,6%	11.235	17,0%	9.958	15,3%	+1.079	+9,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	1.046	1,5%	1.079	1,6%	1.277	2,0%	-33	-3,1%
Summe Eigenkapital	22.112	31,5%	21.067	31,8%	19.988	30,7%	+1.046	+5,0%
B Langfristiges Fremdkapital	32.972	47,0%	32.574	49,2%	32.452	49,9%	+397	+1,2%
Langfristige Sonderposten	19.118	27,3%	19.832	29,9%	19.723	30,3%	-713	-3,6%
Langfristige Rückstellungen	532	0,8%	555	0,8%	598	0,9%	-23	-4,1%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	12.888	18,4%	12.039	18,2%	12.130	18,6%	+849	+7,1%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
	71	0,1%	0		0		+71	+100,0%
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	362	0,5%	149	0,2%	0	0,0%	+213	+142,6%
C Kurzfristiges Fremdkapital	15.005	21,4%	12.615	19,0%	12.651	19,4%	+2.390	+18,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	9.080	13,0%	7.703	11,6%	6.763	10,4%	+1.377	+17,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	788	1,1%	581	0,9%	735	1,1%	+207	+35,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.178	3,1%	2.185	3,3%	1.509	2,3%	-6	
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern nach Krankenhausfinanzierungsrecht	147	0,2%	130	0,2%	528	0,8%	+17	+13,4%
	1.299	1,9%	352	0,5%	1.540	2,4%	+946	+268,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.514	2,2%	1.665	2,5%	1.576	2,4%	-152	-9,1%
Summe Fremdkapital	47.977	68,5%	45.190	68,2%	45.102	69,3%	+2.787	+6,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	70.089	100,0%	66.257	100,0%	65.090	100,0%	+3.833	+5,8%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2012

Kreiskrankenhaus Mechernich GmbH

Position	2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
Erlöse aus allgemeinen Krankenhausleistungen	54.293	52.197	51.533	+2.096	+4,0%
Erlöse aus Wahlleistungen	2.008	1.796	1.404	+212	+11,8%
Erlöse aus ambulanten Leistungen	2.524	2.448	2.143	+76	+3,1%
Nutzungsentgelte der Ärzte	1.157	1.435	1.391	-278	-19,4%
Bestandsveränderungen	6	45	14	-39	-85,9%
Sonstige betriebliche Erträge	4.233	4.255	4.319	-23	
Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	64.222	62.177	60.803	+2.045	+3,3%
Materialaufwand	17.434	17.725	17.193	-291	-1,6%
Personalaufwand	38.418	34.945	33.246	+3.473	+9,9%
Abschreibungen	3.541	3.424	3.547	+117	+3,4%
Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.113	8.264	8.655	-1.151	-13,9%
Zwischensumme Aufwand	66.506	64.359	62.641	+2.148	+3,3%
Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	-2.285	-2.182	-1.838	-103	+4,7%
Saldo aus Sonderposten, Investitionsförderung KHG, etc.	2.332	2.334	2.257	-2	
Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand	1.510	1.390	1.356	+120	+8,6%
<u>Zw.summe Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>3.842</u>	<u>3.724</u>	<u>3.612</u>	<u>+118</u>	<u>+3,2%</u>
Betriebsergebnis (mit Zuschüssen und SoPo)	1.558	1.543	1.774	+15	+1,0%
Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	139	169	146	-30	-17,8%
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	629	601	593	+27	+4,6%
Ergebnis assoziierte Unternehmen	0	0	0		
Finanzergebnis	-490	-432	-447	-58	+13,3%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1.068	1.111	1.327	-43	-3,9%
Außerordentliche Erträge	0	0	1		
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	18		
Außerordentliches Ergebnis	0	0	-17		
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	5	15	16	-9	-64,8%
Sonstige Steuern	17	17	17		
Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -	1.046	1.079	1.277	-33	-3,1%

	2012		2011		2010		Veränderung	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%		
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	80	0,4%	122	0,7%	25	0,1%	-42	-0,2%
Sachanlagen	16.627	91,5%	17.003	91,2%	17.548	91,2%	-376	-2,2%
Finanzanlagen	14	0,1%	14	0,1%	14	0,1%		
Summe Anlagevermögen	16.720	92,0%	17.138	91,9%	17.587	91,4%	-418	-2,4%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	52	0,3%	48	0,3%	49	0,3%	+5	+9,5%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		6	0,0%	11	0,1%	-6	-100,0%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.235	6,8%	1.331	7,1%	1.429	7,4%	-95	-7,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	166	0,9%	116	0,6%	169	0,9%	+49	+42,2%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.453	8,0%	1.501	8,1%	1.658	8,6%	-48	-3,2%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	18.174	100,0%	18.639	100,0%	19.244	100,0%	-465	-2,5%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	% *3
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	5.704	31,4%	5.704	30,6%	5.704	29,6%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-454	-2,5%	-440	-2,4%	-1.404	-7,3%	-14	+3,2%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	206	1,1%	-14	-0,1%	964	5,0%	+220	-1572,5%
Summe Eigenkapital	5.456	30,0%	5.250	28,2%	5.264	27,4%	+206	+3,9%
B Langfristiges Fremdkapital	8.941	49,2%	9.683	52,0%	10.449	54,3%	-742	-7,7%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	8.805	48,4%	9.547	51,2%	10.313	53,6%	-742	-7,8%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	137	0,8%	137	0,7%	137	0,7%		
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		
C Kurzfristiges Fremdkapital	3.777	20,8%	3.706	19,9%	3.531	18,3%	+71	+1,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	278	1,5%	257	1,4%	247	1,3%	+21	+8,0%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	742	4,1%	766	4,1%	734	3,8%	-24	-3,1%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	170	0,9%	154	0,8%	198	1,0%	+15	+10,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	2.335	12,9%	2.296	12,3%	2.181	11,3%	+39	+1,7%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	252	1,4%	232	1,2%	171	0,9%	+20	+8,7%
Summe Fremdkapital	12.718	70,0%	13.389	71,8%	13.980	72,6%	-671	-5,0%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	18.174	100,0%	18.639	100,0%	19.244	100,0%	-465	-2,5%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2012
Geriatrisches Zentrum Zülrich GmbH

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	6.353	5.769	4.262	+585	+10,1%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo) *2	2.624	2.909	4.148	-285	-9,8%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	8.977	8.677	8.411	+300	+3,5%
6	Materialaufwand, davon:	2.071	2.457	2.027	-386	-15,7%
6a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	694	678	570	+16	+2,4%
6b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.377	1.779	1.457	-402	-22,6%
7	Personalaufwand	3.582	3.086	2.519	+496	+16,1%
8	Abschreibungen	624	644	589	-20	-3,1%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.004	1.976	1.749	+28	+1,4%
	davon u.a. Mieten	951	956	857	-5	
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	8.281	8.163	6.884	+118	+1,4%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	697	515	1.527	+182	+35,3%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	0	0	0		
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	697	515	1.527	+182	+35,3%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	8	10	52	-2	-23,3%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	491	532	607	-40	-7,6%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-484	-522	-556	+38	-7,3%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	213	-7	971	+220	-3063,2%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	7	7	7		
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	206	-14	964	+220	-1572,5%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Altenpflege	2.917	2.403	929	+514	+21,4%
	Altenpflegewohnungen	699	765	764	-66	-8,6%
	Geriatrische Rehabilitation	2.688	2.566	2.535	+122	+4,8%
	Erstattungen	49	35	0	+14	+40,3%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Erträge						
	Kostenerstattungen Brabenderstift	887	1.139	1.318	+	+0,0%
	Erlöse aus Vermietung	669	669	666		
	Erträge aus Med. Versorgungszentrum	670	686	444	-16	-2,3%
	Erträge aus Essenslieferungen	46	41	45	+5	+12,2%
	Erträge aus Darlehensverzicht	0	0	1.000		
	Erträge aus der Auflösung von SoPo	0	0	0		
	Sonstige	352	374	675	-22	-5,8%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012
Liebfrauenhof Schleiden GmbH

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	0		0		0			
Sachanlagen	4	0,3%	4	0,3%	0	0,0%	-1	-12,1%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	4	0	4	0	0	0,0%	-1	-12,1%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>0</u>		<u>0</u>		<u>0</u>			
Vorräte	15	1,2%	18	1,4%	16	1,4%	-3	-18,1%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	900	75,7%	1.071	80,4%	935	80,9%	-171	-16,0%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	55	4,6%	104	7,8%	62	5,4%	-50	-47,7%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	216	18,2%	135	10,1%	141	12,2%	+82	+60,6%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.186	99,7%	1.328	99,7%	1.155	100,0%	-143	-10,8%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.189	100,0%	1.333	100,0%	1.155	100,0%	-143	-10,8%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	100	8,4%	100	7,5%	100	8,7%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,1%	1	0,1%	1	0,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	422	35,5%	391	29,4%	314	27,2%	+31	+7,9%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	73	6,2%	31	2,3%	78	6,7%	42	+136,0%
Summe Eigenkapital	597	50,2%	524	39,3%	492	42,6%	73	14,0%
B Langfristiges Fremdkapital	15	1,3%	38	2,8%	73	6,3%	-23	-60,3%
Langfristige Sonderposten	3	0,3%	3	0,2%	0			-7,1%
Langfristige Rückstellungen	8	0,7%	8	0,6%	8	0,7%		+2,8%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0	0,0%	27	2,0%	66	5,7%	-27	-100,0%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	4	0,3%	0		0	0,0%	+4	+100%
C Kurzfristiges Fremdkapital	577	48,6%	771	57,9%	589	51,0%	-194	-25,1%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	236	19,9%	272	20,4%	270	23,4%	-36	-13,1%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	27	2,3%	39	2,9%	37	3,2%	-12	-30,7%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	96	8,1%	72	5,4%	79	6,8%	+24	+33,7%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	66	5,6%	218	16,4%	57	5,0%	-152	-69,7%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	152	12,8%	171	12,8%	147	12,7%	-19	-10,9%
Summe Fremdkapital	593	49,8%	809	60,7%	662	57,4%	-217	-26,8%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.189	100,0%	1.333	100,0%	1.155	100,0%	-143	-10,8%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2012

Liebfrauenhof Schleiden GmbH

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	6.705	6.620	6.416	+85	+1,3%
2	Bestandsveränderungen					
3	Andere aktivierte Eigenleistungen					
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	195	66	89	+129	+194,2%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	6.900	6.686	6.505	+214	3,2%
6	Materialaufwand	1.359	1.453	1.347	-94	-6,5%
7	Personalaufwand	3.172	2.686	2.286	+485	18,1%
8	Abschreibungen	1	1	0	-1	-58,3%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	2.308	2.529	2.803	-220	-8,7%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>6.839</u>	<u>6.669</u>	<u>6.436</u>	<u>+170</u>	<u>2,6%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	61	17	69	+43	253,4%
11	Betriebskostenzuschüsse					
	davon aus dem Kreishaushalt					
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	1	0		
13	Aufwendungen aus der Zuführung zu SoPo / Verbindlichkeiten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>1</u>	<u>0</u>		
14	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	61	18	69	+43	242,5%
15	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
16	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
17	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	15	18	15	-3	-18,3%
18	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
19	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
20	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	2	4	6	-2	-44,5%
21	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>13</u>	<u>14</u>	<u>9</u>	<u>-1</u>	<u>-10,0%</u>
22	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	73	32	78	+42	131,6%
23	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
24	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
25	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
26	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
27	Sonstige Steuern	0	0	0	-	
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	73	31	78	+42	134,0%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (Erträge aus stationärer Pflege und Betreuung)						
	Altenpflegeheim Liebfrauenhof	4.245	4.212	4.055	+33	0,8%
	Altenpflegeheim Brabenderstift	2.459	2.407	2.362	+52	2,2%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	2.106	2.407	2.649	-302	-12,5%
	Mieten, Pacht, Leasing	0	1	0	-1	

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
					TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	43	3,3%	77	5,5%	112	7,2%	-34	-44,2%
Sachanlagen	930	71,5%	1.000	70,7%	942	60,8%	-70	-7,0%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	973	74,8%	1.077	76,2%	1.053	68,1%	-104	-9,7%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	15	1,1%	8	0,6%	15	0,9%	+7	+83,3%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	71	5,5%	60	4,3%	145	9,3%	+11	+18,3%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	76	5,8%	45	3,2%	70	4,5%	+31	+69,0%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	5	0,4%	17	1,2%	12	0,8%	-11	-68,2%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	161	12,4%	207	14,6%	253	16,3%	-46	-22,1%
Summe Umlaufvermögen	328	25,2%	336	23,8%	494	31,9%	-9	-2,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.301	100,0%	1.414	100,0%	1.548	100,0%	-113	-8,0%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	1,9%	25	1,8%	25	1,6%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-25	-1,9%	-25	-1,8%	-25	-1,6%		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		0			
Summe Eigenkapital	0		0		0			
B Langfristiges Fremdkapital	575	44,2%	771	54,5%	949	61,3%	-196	-25,4%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	575	44,2%	771	54,5%	949	61,3%	-196	-25,4%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0	0,0%	0	0,0%	0	0,0%		-200,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	726	55,8%	643	45,5%	599	38,7%	+83	+12,9%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	52	4,0%	36	2,5%	38	2,5%	+17	+47,0%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	196	15,1%	198	14,0%	111	7,2%	-2	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4	0,3%	16	1,1%	8	0,5%	-13	-77,9%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	470	36,1%	389	27,5%	430	27,8%	+81	+20,8%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	4	0,3%	5	0,3%	12	0,8%		-4,1%
Summe Fremdkapital	1.301	100,0%	1.414	100,0%	1.548	100,0%	-113	-8,0%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.301	100,0%	1.414	100,0%	1.548	100,0%	-113	-8,0%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung

Berichtsjahr

2012

Gesellschaft

AmbuMed - Gesellschaft für ambulante Dienstleistungen mbH

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (Mieten OP-Säle)	751	753	600	-2	-0,3%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne	111	143	582	-32	-22,5%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	862	896	1.183	-34	-3,8%
6	Materialaufwand	162	172	119	-10	-5,5%
7	Personalaufwand	332	337	236	-5	-1,6%
8	Abschreibungen	106	99	78	+7	+7,4%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	175	177	139	-2	-1,0%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	775	784	572	-9	-1,2%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	87	112	610	-25	-22,2%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von	0	0	0		
	Zwischens.	0	0	0		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	87	112	610	-25	-22,2%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0		
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	41	66	77	-24	-37,0%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-41	-65	-77	24	-37,1%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	46	46	533	-	-1,0%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. - verlust)	46	46	533	-	-1,0%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012
VIVANT - Ihr Pflegedienst im Kreis Euskirchen gGmbH

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	3	0,2%	6	0,6%	11	1,3%	-3	-47,7%
Sachanlagen	59	4,5%	41	3,9%	44	5,0%	+18	+43,9%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	62	4,7%	47	4,5%	55	6,3%	+15	+32,2%
B Umlaufvermögen								
davon langfristig	0		0		0			
Vorräte	0		0		0			
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	732	55,5%	645	60,9%	431	48,9%	+88	+13,6%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	461	34,9%	317	30,0%	335	37,9%	+143	+45,2%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	65	4,9%	49	4,6%	61	6,9%	+16	+31,8%
Ausgleichsposten nach dem KHG	0		0		0			
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	1.258	95,3%	1.011	95,5%	827	93,7%	+246	+24,4%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	1.320	100,0%	1.058	100,0%	882	100,0%	+262	+24,7%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	25	1,9%	25	2,4%	25	2,8%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	1	0,0%	1	0,1%	1	0,1%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	688	52,1%	555	52,4%	436	49,4%	+133	+23,9%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	122	9,2%	133	12,5%	119	13,5%	-11	-8,1%
Summe Eigenkapital	835	63,3%	713	67,4%	581	65,8%	+122	+17,1%
B Langfristiges Fremdkapital	50	3,8%	51	4,8%	4	0,5%	-2	-2,9%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	50	3,8%	51	4,8%	4	0,5%	-2	-2,9%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	435	33,0%	294	27,8%	297	33,7%	+141	+48,1%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	334	25,3%	203	19,1%	208	23,6%	+131	+64,9%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21	1,6%	22	2,1%	14	1,6%		-4,0%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	45	3,4%	31	2,9%	42	4,8%	+14	+46,3%
nach Krankenhausfinanzierungsrecht	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	35	2,7%	39	3,6%	33	3,7%	-4	-9,3%
Summe Fremdkapital	485	36,7%	345	32,6%	301	34,2%	+140	+40,5%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	1.320	100,0%	1.058	100,0%	882	100,0%	+262	+24,7%

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Zuschüsse) *1	2.955	2.770	2.467	+185	+6,7%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	74	120	35	-47	-38,7%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse)	3.029	2.890	2.502	+138	+4,8%
6	Materialaufwand, davon:	332	566	499	-233	-41,3%
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	181	192	177	-11	-5,7%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	151	373	322	-223	-59,6%
7	Personalaufwand	1.965	1.703	1.418	+262	+15,4%
8	Abschreibungen	15	16	17	-5,9%	
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen *2	708	571	545	+138	+24,1%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	3.021	2.856	2.479	+165	+5,8%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuschüsse)	8	35	24	-27	-77,9%
11	Betriebskostenzuschüsse	100	86	86	+15	+16,9%
	davon aus dem Kreishaushalt	100	86	86	+15	+16,9%
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	100	86	86	+15	+16,9%
13	Betriebsergebnis (mit Zuschüssen)	108	121	110	-12	-10,3%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	16	14	13	+1	+9,6%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	1	1	-51,8%	
20	Zwischensumme Finanzergebnis	15	13	12	+2	+14,2%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	123	134	121	-11	-7,9%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	1		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-1		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	1	1	1		+16,0%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	122	133	119	-11	-8,1%

zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse						
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB XI	1.454	1.345	1.209	+109	+8,1%
	Erträge aus ambulanten Pflegeleistungen nach SGB V	1.213	1.123	1.064	+89	+7,9%
	Sonstige Pflegeleistungen (Mobiler Mittagstisch)	75	105	101	-30	-29,0%
	Erträge aus teilstationärer Pflege/Tagespflege	214	197	92	+17	+8,6%
zu *2 Aufgliederung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen						
	Verwaltungsbedarf	97	76	94	+21	+26,9%
	Aufwendungen für zentrale Dienstleistungen	271	215	210	+56	+26,0%
	Instandhaltung und Instandsetzung	63	38	25	+26	+68,1%
	Abgaben, Versicherungen	33	28	18	+6	+20,1%
	Mieten, Pacht, Leasing	130	137	123	-6	-4,6%
	Forderungsverluste	7	9	8	-3	-31,3%
	Sonstige Aufwendungen	107	68	67	+39	+58,1%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

*1 Abkürzung für Kennzahlenbildung

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	1.216	2,0%	750	1,3%	760	1,3%	+465	+62,0%
Sachanlagen	43.670	70,9%	45.738	78,8%	46.757	77,4%	-2.068	-4,5%
Finanzanlagen	68	0,1%	65	0,1%	64	0,1%	+3	+4,3%
Summe Anlagevermögen	44.954	73,0%	46.554	80,2%	47.581	78,7%	-1.600	-3,4%
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>876</u>	<u>1,4%</u>	<u>876</u>	<u>1,5%</u>	<u>876</u>	<u>1,4%</u>	<u>+0</u>	
Vorräte	357	0,6%	371	0,6%	319	0,5%	-13	-3,5%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	5.673	9,2%	4.324	7,4%	4.997	8,3%	+1.350	+31,2%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	4.339	7,0%	3.325	5,7%	3.108	5,1%	+1.014	+30,5%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	6.293	10,2%	3.492	6,0%	4.443	7,3%	+2.801	+80,2%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	16.663	27,0%	11.511	19,8%	12.866	21,3%	+5.152	+44,8%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	61.617	100,0%	58.065	100,0%	60.447	100,0%	+3.553	+6,1%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	3.579	5,8%	3.579	6,2%	3.579	5,9%		
Kapitalrücklage	8.015	13,0%	7.912	13,6%	7.763	12,8%	+102	+1,3%
Gewinnrücklagen	711	1,2%	711	1,2%	711	1,2%		
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.299	5,4%	2.952	5,1%	4.285	7,1%	+347	+11,8%
Summe Eigenkapital	15.604	25,3%	15.155	26,1%	16.338	27,0%	+449	+3,0%
B Langfristiges Fremdkapital	27.108	44,0%	31.193	53,7%	29.819	49,3%	-4.085	-13,1%
Langfristige Sonderposten	11.310	18,4%	13.653	23,5%	12.658	20,9%	-2.343	-17,2%
Langfristige Rückstellungen	661	1,1%	1.442	2,5%	1.642	2,7%	-781	-54,1%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	15.137	24,6%	15.955	27,5%	15.519	25,7%	-818	-5,1%
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		143	0,2%	0	0,0%	-143	-100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	18.905	30,7%	11.717	20,2%	14.290	23,6%	+7.188	+61,3%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	7.598	12,3%	5.483	9,4%	4.415	7,3%	+2.115	+38,6%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	2.820	4,6%	2.631	4,5%	2.355	3,9%	+190	+7,2%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	3.768	6,1%	2.866	4,9%	3.208	5,3%	+902	+31,5%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	182	0,3%	304	0,5%	848	1,4%	-123	-40,3%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	4.537	7,4%	433	0,7%	3.464	5,7%	+4.104	+947,6%
Summe Fremdkapital	46.013	74,7%	42.910	73,9%	44.108	73,0%	+3.103	+7,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	61.617	100,0%	58.065	100,0%	60.447	100,0%	+3.553	+6,1%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2012
Regionalverkehr Köln GmbH - Konzern

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	65.320	65.007	64.365	+313	
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	16.514	14.726	15.300	+1.788	+12,1%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	81.834	79.733	79.665	+2.101	+2,6%
6	Materialaufwand, davon:	34.529	34.281	33.459	+247	
6a	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	8.516	8.081	6.918	+435	+5,4%
6b	Aufwendungen für bezogene Leistungen	26.013	26.200	26.542	-187	
7	Personalaufwand	32.505	31.982	31.210	+523	+1,6%
8	Abschreibungen	7.659	7.311	6.621	+348	+4,8%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	8.377	7.434	7.372	+943	+12,7%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	83.070	81.008	78.662	+2.062	+2,5%
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-1.236	-1.275	1.003	+39	-3,1%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	2.339	2.815	2.323	-476	-16,9%
	Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse	2.339	2.815	2.323	-476	-16,9%
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	1.103	1.541	3.326	-437	-28,4%
14	Erträge aus Beteiligungen	3	3	3		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	1		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28	47	22	-19	-40,5%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen zum Verlustausgleich von Beteiligungsgesellschaften	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	652	615	578	+37	+6,1%
20	Zwischensumme Finanzergebnis	-621	-565	-553	-56	+9,9%
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	482	976	2.773	-493	-50,6%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	134		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	82		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	53		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	32	35	35	-4	-10,5%
27	Jahresüberschuss /Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	451	940	2.791	-490	-52,1%
zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse (u.a.)					-	-
	Linienverkehr nach § 42 PBefG lfd. Jahr	19.098	17.819	16.631	+1.279	+7,2%
	Fahrleistungen für andere Verkehrsunternehmen	42.696	41.560	40.828	+1.136	+2,7%
	Sonderlinienverkehr nach § 43 PBefG	76	1.470	2.156	-1.394	-94,9%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	587	1,2%	514	1,0%	587	1,5%	+73	+14,2%
Sachanlagen	22.408	46,8%	23.941	48,5%	14.134	36,6%	-1.534	-6,4%
Finanzanlagen	7.709	16,1%	6.349	12,9%	6.055	15,7%	+1.360	+21,4%
Summe Anlagevermögen	30.703	64,2%	30.804	62,4%	20.776	53,9%	-100	
B Umlaufvermögen								
<u>davon langfristig</u>	<u>5</u>	<u>0,0%</u>	<u>5</u>	<u>0,0%</u>	<u>5</u>	<u>0,0%</u>		
Vorräte	534	1,1%	510	1,0%	406	1,1%	+24	+4,7%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	86	0,2%	284	0,6%	120	0,3%	-198	-69,7%
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	7.193	15,0%	6.383	12,9%	7.719	20,0%	+811	+12,7%
Wertpapiere	0		0		1.000	2,6%		
Flüssige/liquide Mittel	9.343	19,5%	11.421	23,1%	8.559	22,2%	-2.078	-18,2%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	17.156	35,8%	18.598	37,6%	17.803	46,1%	-1.441	-7,8%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	47.859	100,0%	49.401	100,0%	38.579	100,0%	-1.542	-3,1%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	7.817	16,3%	7.877	15,9%	7.877	20,4%	-61	
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	0		0		0			
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	3.327	7,0%	3.071	6,2%	2.622	6,8%	+256	+8,3%
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	336	0,7%	283	0,6%	155	0,4%	+53	+18,7%
Summe Eigenkapital	11.479	24,0%	11.231	22,7%	10.654	27,6%	+248	2,2%
B Langfristiges Fremdkapital	19.940	41,7%	17.994	36,4%	10.044	26,0%	+1.946	+10,8%
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	5.299	11,1%	4.102	8,3%	3.196	8,3%	+1.197	+29,2%
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	7.190	15,0%	7.522	15,2%	6.848	17,7%	-333	
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	7.451	15,6%	6.369	12,9%	0	0,0%	+1.082	+100,0%
C Kurzfristiges Fremdkapital	16.440	34,4%	20.176	40,8%	17.881	46,3%	-3.736	-18,5%
Kurzfristige Sonderposten	3.412	7,1%	4.117	8,3%	4.890	12,7%	-705	-17,1%
Kurzfristige Rückstellungen	3.052	6,4%	3.344	6,8%	3.344	8,7%	-292	-8,7%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	333	0,7%	325	0,7%	142	0,4%	+7	+2,3%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4.542	9,5%	6.196	12,5%	4.561	11,8%	-1.654	-26,7%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	19	0,0%	12	0,0%	65	0,2%	+7	+54,2%
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	5.082	10,6%	6.182	12,5%	4.879	12,6%	-1.099	-17,8%
Summe Fremdkapital	36.380	76,0%	38.170	77,3%	27.925	72,4%	-1.790	-4,7%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	47.859	100,0%	49.401	100,0%	38.579	100,0%	-1.542	-3,1%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2012
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG - Konzern

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position		TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	68.879	67.274	49.885	1.606	+2,4%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	58	251	2	-192	-76,8%
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	791	457	556	334	+73,0%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	69.728	67.981	50.444	1.747	+2,6%
6	Materialaufwand, davon:	48.739	48.750	32.620	-11	
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	31.732	28.483	28.744	3.249	+11,4%
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	17.007	20.268	3.876	-3.261	-16,1%
7	Personalaufwand	8.206	7.722	7.413	483	+6,3%
8	Abschreibungen	2.183	1.959	1.682	224	+11,5%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	5.351	5.103	5.028	247	+4,8%
	davon: Konzessionsabgaben	2.392	2.437	2.447	-46	-1,9%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>64.478</u>	<u>63.535</u>	<u>46.744</u>	<u>943</u>	<u>+1,5%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	5.250	4.447	3.700	804	+18,1%
11	Betriebskostenzuschüsse	0	0	0		
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>		
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	5.250	4.447	3.700	804	+18,1%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	356	312	256	44	+14,1%
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	69	210	239	-141	-67,3%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	423	2	-423	
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	356	200	317	156	+78,1%
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.007	589	439	418	+70,9%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>-939</u>	<u>-690</u>	<u>-263</u>	<u>-248</u>	<u>+36,0%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	4.312	3.757	3.437	555	+14,8%
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	235		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	-235		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	918	686	549	232	+33,8%
26	Sonstige Steuern	32	37	32	-5	-13,6%
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	3.362	3.033	2.622	328	+10,8%
28	auf andere Gesellschafter entfallender Verlust	35.198	-37.403	0	72.600	-194,1%
29	Konzernergebnis	3.327	3.071	2.622	256	+8,3%
	Ausschüttung an Kreis Euskirchen (Brutto)	1.663	1.535	1.311	128	+8,3%
	zu *1 Aufgliederung der Umsatzerlöse					
	Tarifikunden	12.767	12.834	11.702	-67	-0,5%
	Sondervertragskunden	17.565	17.683	16.763	-118	-0,7%
	Sonstige Sonderverträge	13.750	13.326	13.528	425	+3,2%
	Wärmespeicheranlagen	1.912	1.858	2.072	54	+2,9%
	Netznutzung Dritter	0	0	3.636		
	Erlöse Netzverpachtung	18.650	0	0	18.650	
	Übernahme § 3 II EEG		0	0		
	Vereinnahmte Baukostenzuschüsse	807	809	841	-2	-0,3%
	Übrige	3.427	2.898	1.342	529	+18,3%

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012
Vogelsang ip gGmbH

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
Aktiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	20	0,2%	19	0,4%	1	0,1%	2	+9,0%
Sachanlagen	7.631	72,6%	3.522	83,9%	303	38,3%	4.109	+116,7%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	7.651	72,8%	3.541	84,3%	304	38,4%	4.111	+116,1%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	14	0,1%	19	0,4%	16	2,0%	-5	-27,5%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	1.090	10,4%	609	14,5%	465	58,7%	480	+78,8%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	1.758	16,7%	29	0,7%	7	0,9%	1.729	+5.973,4%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	2.861	27,2%	657	15,7%	488	61,6%	2.204	+335,5%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	10.513	100,0%	4.198	100,0%	792	100,0%	6.315	+150,4%
Passiva	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	27	0,3%	27	0,7%	27	3,4%		
Kapitalrücklage	0		0		0			
Gewinnrücklagen	0		0		0			
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-6	-0,1%	-6	-0,2%	-5	-0,6%		
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1	0,0%	0		-2	-0,2%		
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	20	0,2%	21	0,5%	21	2,6%	-1	-2,6%
B Langfristiges Fremdkapital	6.513	62,0%	1.659	39,5%	232	29,3%	4.855	+292,7%
Langfristige Sonderposten	6.513	62,0%	1.659	39,5%	232	29,3%	4.855	+292,7%
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Langfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	3.979	37,8%	2.518	60,0%	540	68,1%	1.461	+58,8%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	122	1,2%	133	3,2%	102	12,9%	-11	-8,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		55	1,3%	4	0,5%	-55	-100,0%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	737	7,0%	1.155	27,5%	69	8,7%	-417	-36,1%
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive Rechnungsabgrenzungsposten)	3.120	29,7%	1.176	28,0%	365	46,1%	1.944	+165,4%
Summe Fremdkapital	10.492	99,8%	4.177	99,5%	771	97,4%	6.316	+151,2%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	10.513	100,0%	4.198	100,0%	792	100,0%	6.315	+150,4%

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft
2012
Vogelsang ip gGmbH

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position		TEUR	TEUR	TEUR	%
1	Umsatzerlöse (ohne Betriebskostenzuschüsse) *1	464	496	452	-32	-6,4%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	978	896	655	82	+9,1%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	1.442	1.393	1.107	50	+3,6%
6	Materialaufwand, <u>davon:</u>	55	73	74	-18	-24,1%
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	54	71	73	-17	-24,0%
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	1	1	0	-0	-28,9%
7	Personalaufwand	1.203	1.111	908	92	+8,3%
8	Abschreibungen	69	28	14	41	+148,9%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	617	682	594	-65	-9,5%
	<u>Zwischensumme betriebl. Aufwand</u>	<u>1.944</u>	<u>1.893</u>	<u>1.590</u>	<u>51</u>	<u>+2,7%</u>
10	Betriebsergebnis (ohne Betriebskostenzuschüsse)	-502	-501	-483	-1	+0,2%
11	Betriebskostenzuschüsse	500	499	491	1	
	davon aus dem Kreishaushalt	0	0	0		
12	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	<u>Zwischens. Zuwendungen/Zuschüsse</u>	<u>500</u>	<u>499</u>	<u>491</u>	<u>1</u>	<u>+0,2%</u>
13	Betriebsergebnis (mit Betriebskostenzuschüssen)	-2	-2	8	0	-13,4%
14	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
15	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
16	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6	4	0	2	+49,1%
17	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
18	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
19	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	2	10	3	+141,8%
20	<u>Zwischensumme Finanzergebnis</u>	<u>1</u>	<u>2</u>	<u>-10</u>	<u>-1</u>	<u>-41,6%</u>
21	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-1	0	-2	-1	> 100 %
22	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
23	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
24	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
25	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0		
26	Sonstige Steuern	0	0	0		
27	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -	-1	0	-2	-1	> 100 %

Strukturbilanz
Gesellschaft

2012
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

	2012		2011		2010		Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Aktiva								
A Anlagevermögen								
Immat. Vermögensgegenstände	18	14,5%	20	12,5%	26	20,6%	-2	-8,1%
Sachanlagen	24	18,8%	12	7,5%	17	13,7%	+12	+99,0%
Finanzanlagen	0		0		0			
Summe Anlagevermögen	42	33,3%	32	20,0%	43	34,4%	+10	+32,2%
B Umlaufvermögen								
<i>davon langfristig</i>	<i>0</i>		<i>0</i>		<i>0</i>			
Vorräte	1	0,4%	0	0,3%	0	0,3%		+11,5%
Forderungen gegen Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände (inkl. aktive Rechnungsabgrenzungsposten)	19	15,4%	14	9,1%	10	8,0%	+5	+34,3%
Wertpapiere	0		0		0			
Flüssige/liquide Mittel	64	50,8%	112	70,6%	71	57,4%	-48	-43,1%
nicht durch EK gedeckter Fehlbetrag	0		0		0			
Summe Umlaufvermögen	84	66,7%	127	80,0%	81	65,6%	-43	-34,2%
Gesamtvermögen (Bilanzsumme)	126	100,0%	159	100,0%	124	100,0%	-33	-20,8%
Passiva								
A Eigenkapital								
Gezeichnetes Kapital	26	21,0%	26	16,6%	26	21,3%		
Kapitalrücklage	918	729,7%	690	434,3%	434	350,3%	+228	+33,2%
Gewinnrücklagen								
Gewinnvortrag/Verlustvortrag	-850	-675,3%	-587	-369,7%	-123	-99,6%	-262	+44,6%
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	0		0		-226	-182,1%		
Ausgleichsposten andere Gesellschafter	0		0		0			
Summe Eigenkapital	95	75,4%	129	81,3%	111	89,9%	-34	-26,6%
B Langfristiges Fremdkapital	0		0		0			
Langfristige Sonderposten	0		0		0			
Langfristige Rückstellungen	0		0		0			
Langfristige Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungen, verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. langfristige Verbindlichkeiten	0		0		0			
C Kurzfristiges Fremdkapital	31	24,6%	30	18,7%	13	10,1%	+1	+4,0%
Kurzfristige Sonderposten	0		0		0			
Kurzfristige Rückstellungen	7	5,3%	6	4,0%	5	4,1%		+5,4%
Kurzfristige Darlehensverbindlichkeiten	0		0		0			
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	0		0		0			
Kurzfr. Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungs- u. verbundenen Unternehmen sowie Gesellschaftern	0		0		0			
Sonst. kurzfr. Fremdkapital (inkl. passive	24	19,3%	23	14,8%	7	6,0%		+3,7%
Summe Fremdkapital	31	24,6%	30	18,7%	13	10,1%	+1	4,0%
Gesamtkapital (Bilanzsumme)	126	100,0%	159	100,0%	124	100,0%	-33	-20,8%

Anmerkungen/Erläuterungen

Durch automatische Rundungen kann es zu kleineren Differenzen in den Ergebnissen kommen.

* 1 langfristig: Restlaufzeit ab einem Jahr

* 2 im Verhältnis zur Bilanzsumme

* 3 im Verhältnis zum Vorjahresbestand

Aufbereitete Gewinn- und Verlustrechnung
Berichtsjahr
Gesellschaft

2012
Nordeifel Tourismus GmbH (NeT)

		2012	2011	2010	Veränderung Berichtsjahr zu Vorjahr	
	Position				TEUR	%
1	Umsatzerlöse	78	52	39	26	+50,1%
2	Bestandsveränderungen	0	0	0		
3	Andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0		
4	Sonstige betriebliche Erträge (ohne SoPo)	0	0	0	0	+1835,3%
5	Gesamtleistung (ohne Zuschüsse/Zuwendungen)	78	52	39	26	+50,4%
6	Materialaufwand, davon:	2	0	0	2	+554,3%
	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	2	0	0	2	+554,3%
	Aufwendungen für bezogene Leistungen	0	0	0		
7	Personalaufwand	149	131	124	18	+13,6%
8	Abschreibungen	12	11	11	1	+8,9%
9	Sonstige betriebliche Aufwendungen	179	149	131	29	+19,7%
	Zwischensumme betriebl. Aufwand	341	292	266	50	+17,1%
10	Betriebsergebnis (ohne Zuwendungen)	-263	-239	-226	-24	+9,8%
11	Erträge aus Auflösung von Sonderposten	0	0	0		
	Zwischens. Zuwendungen	0	0	0		
12	Betriebsergebnis (mit Zuwendungen)	-263	-239	-226	-24	+9,8%
13	Erträge aus Beteiligungen	0	0	0		
14	Erträge aus anderen Wertpapieren	0	0	0		
15	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	1	1	1	-0	-27,2%
16	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0		
17	Aufwendungen aus Verlustübernahme	0	0	0		
18	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0		
19	Zwischensumme Finanzergebnis	1	1	1	-0	-27,2%
20	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	-262	-238	-226	-24	+10,0%
21	Außerordentliche Erträge	0	0	0		
22	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0		
23	Außerordentliches Ergebnis	0	0	0		
24	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0	-0	
25	Sonstige Steuern	0	0	0	0	
26	Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag (Unternehmensgewinn bzw. -verlust)	-262	-238	-226	-24	+10,0%

D.2 Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen der Beteiligungen untereinander und zum Kreis

Beteiligung	Produkt im Haushalt Kreis EU	Anteil %	Finanz- beziehung zu...	Abführung/Zuschuss netto im Haushaltsjahr						
				2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013 *3
		%		TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
1. RWE AG	111 14	0,02%	Kreis	294	249	355	276	276	158	158
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.)	111 14	0,85%	Kreis	-1	-1	-1	-1	-1	-1	-2
3. AGIT mbH	571 04	3,93%	Kreis	-42	-66	-66	-68	-70	-102	-75
4. TAE GmbH	571 01	52,00%	Kreis	0	0	-17	-39	-29	-22	0
5. ZV VRS *1	547 01		Kreis	-30	-21	-21	-15	-15	-15	-15
6. EuGeBau mbH	111 14	41,37%	Kreis	116	109	109	109	109	109	0
7. KKM - Konzern *2										
8. Radio EU GmbH & Co. KG	111 14	25,00%	Kreis	0	0	-18	13	13	26	33
9. EURegionale 2008 GmbH	571 04	6,25%	Kreis	-13	-13	-6	0	0	-2	0
10. SEG Vogelsang mbH	571 04	11,88%	Kreis	-11	-11	-81	-81	-81	-81	-41
11. Vogelsang ip	571 04	30,00%	Kreis			-129	-144	-139	1	-141
12. Ene - Konzern										
Energie Nordeifel GmbH & Co. KG -ene	547 02	50,00%	Kreis	1.699	1.431	1.426	1.300	1.256	1.120	1.186
13. RVK - Konzern *4	547 02	12,50%	Kreis	-1.735	-3.295	-2.808	-2.832	-5.028	-4.801	-3.378
14. NeT GmbH	571 04	68,15%	Kreis			-129	-167	-167	-163	-240
15. LEP-AöR	571 04	30,00%	Kreis							
16. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln	111 33	6,45%	Kreis	-49	-54	-51	-51	-53	-54	-55
17. CVUA	122 04	5,83%	Kreis					-292	-439	-316
18. ZV Region Aachen	571 04	20,00%	Kreis							-107
Saldo Kreis EU				227	-1.672	-1.437	-1.700	-4.221	-4.266	-2.993

Hinweise:

*1 Zuschüsse werden durch den ZV VRS erhoben und an die VRS GmbH weitergeleitet.

*2 Seit 1992 kein Verlustausgleich an die KKM.

*3 Nettobetrag aus den entspr. Konten des Kreishaushalts, Stand 30.08.2013

*4 Zuschuss einschl. Verlustübernahme Taxibus.

D.3 Personalbestand der Beteiligungen

Geschäftsjahr	2010	2011	2012	Bemerkungen
1. RWE AG	71.001	72.068	70.208	lt. Geschäftsbericht, umgerechnet in Vollzeitstellen
2. VKA GmbH (JA Stand 30.06.12)	2	2	2	
3. AGIT mbH	35	48	40	durchschn. Arbeitnehmer, ohne GF
4. TAE GmbH	1	2	2	Stand 31.12. ohne GF
5. ZV VRS	0	0	0	kein eigenes Personal
VRS GmbH	67	68	72	
6. EuGeBau mbH	68 (58)	66 (56)	*1)	(davon Teilzeitkräfte/Azubis)
7. KKM - Konzern	1.306	1.358	1.334	durchsch. Mitarbeiter
KKM GmbH	729	776	910	durchsch. Mitarbeiter
KKM Servicegesellschaft mbH	297	248	7	durchsch. Mitarbeiter
KKM Gebäudedienste GmbH	67 (66/1)	75 (73/2)	77 (76/1)	(davon: gewerbliche Arbeitnehmer/Angestellte)
AmbuMed GmbH	6	6	7	
St. Antonius Krankenhaus Schleiden gGmbH	208	208	*1)	
Geriatrisches Zentrum Zulpich GmbH (GZZ)	67	92	118	
Liebfrauenhof Schleiden GmbH	83	96	98	
VIVANT gGmbH	51	58	55	
Schloss Schleiden Immobilien GmbH & Co. KG	0	0	*1)	
8. Radio EU GmbH & Co. KG	0	0	0	kein eigenes Personal
9. EURationale 2008 GmbH	0	0	0	
10. Standortentwicklungsgesellschaft Vogelsang mbH	0	4	10	
11. Vogelsang ip	24	29	35	
12. RVK - Konzern	844	827	838	
davon: RVK GmbH	609	582	571	
13. Energie-Nordeifel - Konzern	133 (36/15)	134 (34/12)	141 (34/12)	Mitarbeiter zum 31.12. (davon Teilzeitkräfte/Azubis)
davon: KEV GmbH	77	86	87	
davon: KEV Energie GmbH			16	Aufnahme der operativen Geschäftstätigkeit: 01.01.2012
14. Nordeifel Tourismus GmbH	4	4	5	
15. LEP-AöR	1	1	1	
16. Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung	17	16	*1)	
17. CVUA		124	*1)	Gründung zum 01.01.2011

Grundlage: Angaben aus dem Anhang, ohne Geschäftsführer

*1) Der Jahresabschluss für 2012 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor.

D.4 Leistungen und Kennzahlen der wesentlichen Beteiligungen

Geschäftsjahr	Einheit	2010	2011	2012	Bemerkungen
1. KKM					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	413	413	413	
davon vollstationäre Betten	Anz.	403	403	403	
davon Tagesklinik Geriatrie	Anz.	10	10	10	
DRG Fallpauschalen	Anz.	16.652	16.977	17.349	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	17.380	17.268	18.019	Bewertungsrelationspunkte (BWR)
Casemixindex	Punkte/DRG	1,044	1,017	1,039	BWR je DRG-Fallpauschale
Auslastung	%	89,72	86,84	85,26	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	7,46	7,23	6,97	bezogen auf vollstationäre Betten
2. GZZ					
a) Geriatriische Reha	Anz.	40	40	40	Bettenzahl
davon Einbettzimmer	Anz.	12	12	12	
Auslastung	%	101,3	102,5	106,8	
b) Kurzzeitpflege im GZZ	Anz.	13	13	13	Platzzahl
Auslastung	%	41,6	57,7	59,2	
c) Betreutes Seniorenwohnen	Anz.	82,5	82	77	durchschnittlicher Wohnungsbestand
Auslastung	%	87,7	88,9	87,8	
d) Dauer-/Kurzzeitpflege im	Anz.	65	65	65	Platzzahl (Inbetriebnahme 01.04.2010)
Auslastung	%	39,8	84,2	98,1	
3. Liebfrauenhof Schleiden					
Bettenzahl (Ist)		163,0	163,0	163,0	
davon Liebfrauenhof	Anz.	102,0	102,0	102,0	Inbetriebnahme Neubau 11.01.2008
davon Brabenderstift	Anz.	61,0	61,0	61,0	
Nutzungsgrad gesamt	%	100,86	100,18	97,80	nach Betten gewichteter Durchschnitt
davon Liebfrauenhof	%	101,10	100,43	97,70	
davon Brabenderstift	%	100,46	99,75	97,90	
4. VIVANT					
Abrechnungsfälle SGB V	Anz.	250	270	295	durchschn. Zahl pro Monat
Abrechnungsfälle SGB XI	Anz.	224	242	257	durchschn. Zahl pro Monat
5. AmbuMed GmbH					
ambulante Operationen	Anz.	1.324	1.617	1.473	
davon durch KKM	Anz.	1.148	1.279	1.088	
6. St. Antonius Krankenhaus Schleiden					
Planbetten / -plätze (Soll)	Anz.	105	105	105	
davon vollstationäre Betten	Anz.	105	105	105	
davon teilstationäre Plätze	Anz.	0	0	0	
DRG Fallpauschalen	Anz.	4.761	4.685	4.784	inkl. Jahresüberliegerfälle
Casemixpunkte	Punkte	4.130	4.211	4.302	
Casemixindex	Punkte/DRG	0,867	0,899	0,899	
Auslastung	%	81,43	79,22	81,33	bezogen auf vollstationäre Betten
durchschn. Verweildauer	Tage	6,36	6,26	6,32	bezogen auf vollstationäre Betten
7. Energie-Nordeifel - Konzern					
Eingespeiste Strommenge	GWh	378	397	399	bezogen auf das Verteilnetz des Konzerns (Fremdbezug)
davon Lieferung ÜNB (RWE)	GWh	244	214	199	ÜNB=Übertragungsnetzbetreiber
Lieferung ÜNB in %	%	64,6	53,9	49,9	
davon dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG	GWh	134	183	200	
dezentrale Einspeisung gem. EEG und KWKG in %	%	35,4	46,1	50,1	
Netznutzung	GWh	356	352	343	Delta zu eingespeister Menge resultiert aus Verlustenergie, Mehr- und Mindermengen, Rückspeisung an ÜNB
davon Endkundenbelieferung Händler KEV	GWh	291	277	268	
davon Endkundenbelieferung übrige Händler	GWh	65	75	75	
8. EuGeBau mbH					
Wohnungseinheiten (WE)	Anz.	1.319	1.319		Der Jahresabschluss für 2012 lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor.
Wohn- und Nutzfläche	m²	87.139	87.210		
Leerstand am 31.12.	Anz.	26	18		Wohnungseinheiten
9. Nordeifel Tourismus GmbH					
Gästekünfte	Anz.	108.523	113.655	177.036	2012: incl. Blankenheim und Nettersheim, da im Rahmen von Dienstleistungsverträgen Leistungen erbracht
Übernachtungen	Anz.	289.258	285.689	559.744	
durchschnittl. Aufenthaltsdauer	Tage	2,7	2,5	3,2	Die Erfassung erfolgt erst seit 2010.
Prospektanfragen	Anz.	735	3.331	3.747	dto.
Buchungsgeschäft	Anz.	28	72	66	dto.
Unterkunftsangebote	Anz.	29	138	187	dto.
Homepagebesucher	Anz.	25.403	44.089	65.476	dto.
Seitenaufrufe Homepage	Anz.	120.810	181.168	238.562	dto.

Teil E – Angaben zu den Beteiligungen, Stand 30.08.2013

1. Wichtige Beschlüsse sowie Änderungen bei den Beteiligungen

1.1 Beschlüsse des Kreistages vom 20.03.2013

- Der Kreistag hat beschlossen, Herrn Johannes Esser (CDU) als Delegierten der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur in die Verbandsversammlung zu entsenden (D 3/2013). Die Amtszeit der bisherigen Delegierten endete am 16.06.2013.
- Der Kreistag hat beschlossen, aufgrund der vollen Beitragseinheit Herrn Hans Schmitz (SPD) in die Delegiertenversammlung des Erftverbandes zu entsenden (D 4/2013). Ferner hat der Kreistag für die Mitgliedergruppe 4 - Kreise - entsprechend der Beitragsteileinheiten einen einheitlichen Wahlvorschlag wie folgt beschlossen:
 - a) Der Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis-Neuss und der Kreis Euskirchen entsenden für ihre vollen Beitragseinheiten je 1 Delegierten.
 - b) Die zwei zu wählenden Delegierten stellen der Kreis Düren und der Rhein-Sieg-Kreis mit jeweils 1 Delegiertensitz, damit jeder Kreis in der Delegiertenversammlung vertreten ist.
 - c) Im Falle des vorzeitigen Ausscheidens eines Delegierten stellen die beiden beitragsstärksten Kreise den 1. und 2. Nachfolger. Demnach 1. Nachfolger vom Rhein-Erft-Kreis und 2. Nachfolger vom Kreis Euskirchen. Als 2. Nachfolger benennt der Kreis Euskirchen Herrn Urban-Josef Jülich (CDU).
 - d) Aufgrund des vereinbarten Rotationsverfahrens stellen die drei beitragsstärksten Mitglieder Rhein-Erft-Kreis, Kreis Euskirchen und Rhein-Kreis-Neuss das Mitglied im Verbandsrat. Für die kommende Legislaturperiode stellt der Kreis Euskirchen das ordentliche Mitglied und der Rhein-Erft-Kreis das stellvertretende Mitglied. Der Kreis Euskirchen benennt als ordentliches Mitglied im Verbandsrat Herrn Josef Reidt (CDU).
- Der Kreistag hat die sofortige Auszahlung einer Abschlagszahlung in Höhe von 50.000 € an den Zweckverband Region Aachen beschlossen, um nach Geschäftsaufnahme am 01.01.2013 dessen Liquidität sicher zu stellen (D 6/2013).

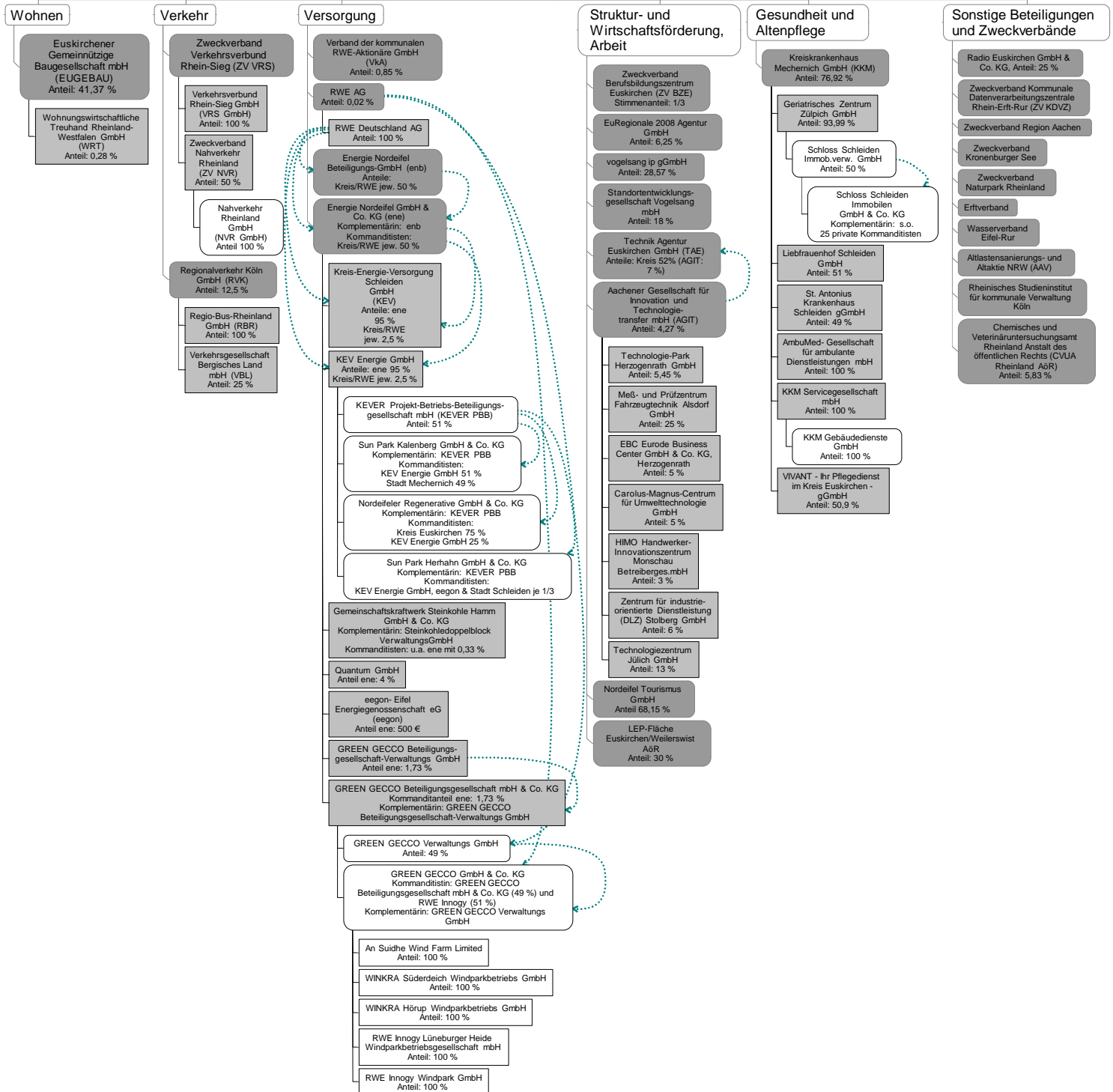
1.2 Beschlüsse des Kreistages vom 17.07.2013

- Der Kreistag hat beschlossen, die Kulturhauptstadtbewerbung weiterhin aktiv zu unterstützen und die anteiligen Eigenmittel des Kreises Euskirchen in Höhe von insgesamt 236.000 € (in den Jahren 2014 - 2019 jeweils 39.333 €) über den Zweckverband REGION Aachen zur Verfügung zu stellen. Voraussetzung ist:
 - a) eine positive Entscheidung der Jury für Maastricht & die EUREGIO Maas-Rhein als Kulturhauptstadt Europas 2018,
 - b) dass sichergestellt ist, dass 40% der Mittel für das beschriebene Stadt-/Lokalprogramm der Aachener Region entsprechend der Vorlage reserviert bleiben,
 - c) eine Beteiligung/Vertretung der Aachener Region in der Organisations- und Verwaltungsstruktur der Stichting Kulturhauptstadt Maastricht & die EUREGIO Maas-Rhein 2018 im Rahmen des durch die Europäische Kommission gegebenen Regelwerks sichergestellt ist und
 - d) eine Co-Finanzierung des Landes NRW und des Landschaftsverbands Rheinland in der beschriebenen Höhe erfolgt (V 45/2012).
- Der Kreistag hat der Beteiligung der KEV Energie GmbH als Gründungskommanditistin der „Sun Park Herhahn GmbH & Co. KG“ unter Übernahme einer Pflichteinlage in Höhe von 120.000 € (33,33 %) sowie der Beteiligung der KEVER Projekt-Betriebs-Beteiligungsgesellschaft mbH als persönlich haftender Gesellschafterin – Komplementärin – an dieser Gesellschaft zugestimmt (V 20/2013). Die Komplementärin ist am Kommanditkapital und am Vermögen der Gesellschaft nicht beteiligt.
- Der Kreistag hat den Änderungen im mit der D 62/2012 am 28.08.2012 beschlossenen Vertragswerk zugestimmt. Der Beschluss vom 28.08.2012 über die Veräußerung der Kommanditanteile bzw. Geschäftsanteile bleibt mit der Maßgabe bestehen, dass die Veräußerung an die in der neu gefassten Anlage 3 zum Konsortialvertrag aufgeführten Städte und Gemeinden geschieht (V30/2013).

2. Beteiligungsverhältnisse - Übersicht

Die aktuellen Beteiligungen des Kreises Euskirchen sind in der nachfolgenden Übersicht abgebildet.

Beteiligungen des Kreises Euskirchen Stand 30.08.2013



Teil F – Mitgliedschaft in Zweckverbänden

Ein Zweckverband ist – im Gegensatz zu einer Beteiligung an einer Gesellschaft in privater Rechtsform - eine juristische Person des öffentlichen Rechts. Zu ihm können sich Gemeinden und Gemeindeverbände im Rahmen interkommunaler Kooperation zusammenschließen. Die Rechtsverhältnisse des Zweckverbandes sind im Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit NW geregelt. Mit der Gründung des Zweckverbandes gehen die ihm zur Erledigung gestellten Aufgaben von der Gemeinde auf den Zweckverband über. Mit der Reform der Kommunalverfassung 2007 hat der Gesetzgeber in § 4 Abs. 1 GkG NW klargestellt, dass Zweckverbände auch mehrere Aufgaben wahrnehmen können. Der Zweckverband hat als Körperschaft des öffentlichen Rechts die Befugnis, im eigenen Namen hoheitlich zu handeln. Hierfür steht ihm die Dienstherreneigenschaft zu.

Darüber hinaus existieren besondere durch Gesetz installierte Zweckverbände wie z.B. Erftverband und Wasserverband Eifel-Rur.

Für die Mitgliedschaft in Zweckverbänden besteht keine Berichtspflicht im Rahmen dieses Berichtes. Es handelt sich hier aber ebenfalls um verselbständigte Bereiche, die Aufgaben des Kreises wahrnehmen und denen aus Sicht des Kreises Euskirchen eine ähnliche Bedeutung wie den Beteiligungen zukommt.

1. Zweckverband Berufsbildungszentrum Euskirchen (BZE)

Berufsbildungszentrum Euskirchen
In den Erken 7
53881 Euskirchen-Euenheim

Leiter des BZE: Gerd Pauls bis 30.11.2012
Maria Breuer ab 01.12.2012

Internet: <http://www.bze-euskirchen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Zweckverbands ist die Unterhaltung und der Betrieb eines Berufsbildungszentrums. Das Berufsbildungszentrum führt berufsbildende, berufsfördernde und berufsbegleitende Maßnahmen folgender Art durch:

- a) überbetriebliche Unterweisung von Auszubildenden im Bereich der Industrie und des Handwerks,
- b) berufsvorbereitende Maßnahmen für Jugendliche und Erwachsene,
- c) Maßnahmen zur beruflichen Umschulung,
- d) Maßnahmen zur beruflichen Aus- und Fortbildung,
- e) sonstige der beruflichen Bildung dienende Maßnahmen.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbands sind der Kreis Euskirchen, die Industrie- und Handelskammer zu Aachen (IHK) und die Handwerkskammer Aachen (HWK).

C) Stammkapital und Anteile

Das Stammkapital beträgt 825.225,10 € und entfällt zu gleichen Teilen auf die Verbandsmitglieder.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband ist gemeinnützig i.S.d. Abgabenordnung. Etwaige Gewinne dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Verbandes; das gilt auch für den Fall ihres Ausscheidens.

Der Finanzbedarf wird vorrangig durch spezielle Entgelte für die durchgeführten Bildungsmaßnahmen gedeckt. Soweit diese nicht ausreichen, erhebt der Zweckverband eine Umlage, von der auf den Kreis Euskirchen zwei Drittel, auf die IHK und die HWK jeweils ein Sechstel entfallen.

E) Zusammensetzung der Organe

Organe bis 21.05.2012

- a) Verbandsversammlung (18 Mitglieder, davon je 6 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsausschuss (9 Mitglieder, davon je 3 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- c) Verbandsvorsteher
- d) Daneben bestand ein Rechnungsprüfungsausschuss.

Organe ab 22.05.2012- Inkrafttreten der Neufassung der Verbandssatzung zum 22.05.2012

- a) Verbandsversammlung (12 Mitglieder, davon je 4 Kreis Euskirchen/IHK/HWK)
- b) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder bis 21.05.2012

1. AV Manfred Poth
2. Günter Weber (CDU)
3. Ruth Schmitz (CDU)
4. Heinrich Hettmer (SPD)
5. Gisela Neveling (skB B 90/Grüne)
6. Hans Reiff (FDP)

Stellvertreter bis 21.05.2012

- Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)
Ute Stolz (CDU)
Bernd Kolvenbach (CDU)
Margret Rhiem (SPD)
Angela Kalnins (B90/Grüne)
Volker Kindler (FDP)

Mitglieder ab 22.05.2012

1. AV Manfred Poth
2. Günter Weber (CDU)
5. Heinrich Hettmer (SPD)
6. Hans Reiff (FDP)

Stellvertreter ab 22.05.2012

- Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)
Ruth Schmitz (CDU)
Margret Rhiem (SPD)
Franz Troschke (UWV)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss bis 21.05.2012Mitglieder

1. AV Manfred Poth
2. Günter Weber (CDU)
3. Stefanie Seidler (SPD)

Stellvertreter

- Iris Poth (Stabsstellenleiterin 80)
Johannes Esser (CDU)
Margret Rhiem (SPD)

c) Verbandsvorsteher

Ass. Heinz Gehlen

Stellvertreter: Georg Stoffels

d) Vertreter des Kreises im Rechnungsprüfungsausschuss bis 21.05.2012Mitglieder

1. Ingo Hessenius (Kreiskämmerer)
2. Margret Rhiem (SPD)

Stellvertreter

- Günter Steffens (Abt. 20)
Hans-Erhard Schneider (CDU)

F) Jahresabschluss (s. nächste Seiten)

Anlage 1

Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2012

			<u>2011</u>
	€	€	€
1. Umsatzerlöse		2.403.404,36	2.663.429,44
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		83.360,05	12.002,25
3. Sonstige betriebliche Erträge		<u>222.120,88</u>	<u>172.065,19</u>
		2.708.885,29	2.847.496,88
4. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	221.438,73		248.703,94
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>495.945,49</u>		<u>484.265,57</u>
	<u>717.384,22</u>	717.384,22	
5. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	1.398.610,85		1.308.337,81
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	368.058,29		373.929,58
- davon für Altersversorgung:	<u>(107.106,94)</u>		<u>(97.710,04)</u>
	<u>1.766.669,14</u>	1.766.669,14	
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		211.054,79	176.855,24
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen		149.928,91	170.994,40
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.864,26	4.070,33
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		2.345,46	8.618,26
- davon aus Abzinsung € 2.322,45 (Vj.: € 8.618,26)			
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-135.632,97	+79.862,41
11. Sonstige Steuern		<u>1.371,54</u>	<u>885,62</u>
12. Jahresfehlbetrag (-) / Jahresüberschuss (+)		<u>-137.004,51</u>	<u>+78.976,79</u>

Lagebericht



gemäß § 25 Eigenbetriebsverordnung über die Entwicklung
des Berufsbildungszentrums Euskirchen BZE im Wirtschaftsjahr 2012

I. Geschäftsverlauf im Berichtsjahr 2012

1. Entwicklung

a) Umsätze (Lehrgangsbetrieb)

Im Berichtsjahr 2012 sind die Umsatzerlöse gegenüber dem Vorjahr um T€ 260 geringer und betragen € 2.403.404,36. Die Entwicklung der letzten fünf Jahre ist nachfolgender Tabelle zu entnehmen.

Erlöse €	2008	2009	2010	2011	2012
Summe	2.487.567,49	2.436.033,17	2.840.222,06	2.663.429,44	2.403.404,36

Die Einzelaufstellung zeigt Steigerungen der Umsatzerlöse im Bereich der Überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung „ÜLU“ Industrie und in den Maßnahmen zur Berufsorientierung. Ein Rückgang der Umsatzerlöse ist zu verzeichnen im Bereich Berufsausbildung in außer-betrieblichen Einrichtungen „BaE“ sowie bei Umschulungen, Fortbildungen und bei Maßnahmen aus dem Rechtskreis SGB II

Maßnahme	Erlöse 2008 in €	Erlöse 2009 in €	Erlöse 2010 in €	Erlöse 2011 in €	Erlöse 2012 in €
ÜLU Industrie	422.379,68	425.116,00	417.022,84	478.588,30	514.712,73
ÜLU Handwerk	290.996,76	299.684,94	267.783,88	306.433,80	300.787,66
BaE	554.102,27	644.813,37	756.062,27	837.311,89	707.883,41
Fortbildung	89.706,15	141.945,34	222.371,11	126.442,98	92.634,97
Umschulungen	-	58.771,08	188.587,41	226.017,43	196.760,92
Projekt ALL	126.079,62	319.547,13	301.268,33	96.331,31	0
Qualifizierungen SGB II	585.455,82	242.931,83	255.873,72	113.345,32	32.168,94
Berufsorientierung	16.918,00	99.119,50	190.684,01	409.849,32	538.715,08
Werkstattjahr	252.397,40	157.853,98	111.534,69	0	6.313,00
Projekt Aristoteles	-	25.300,00	110.933,80	54.959,09	27,65
Jugend in Arbeit	35.800,00	20.945,00	18.100,00	14.150,00	13.400,00
Summe:	2.487.567,49	2.436.033,17	2.840.222,06	2.663.429,44	2.403.404,36

b) Planung

Bei der Aufstellung des Wirtschaftsplans für das Jahr 2012 war ein Jahresüberschuss von T€ 0,6 eingeplant worden. Der Jahresabschluss 2012 weist ein negatives Ergebnis von € -137.004,51 aus. Die negative Abweichung hat ihre Hauptursache darin, dass die Rückstellungszuführung für die Altersteilzeit im Plan zu niedrig ange-

setzt war. Für das Jahr 2012 mussten insgesamt T€ 107 mehr Rückstellungen für Altersteilzeit gebildet werden als geplant.

c) Ertragslage

Das Wirtschaftsjahr 2012 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von € 137.004,51 (Vorjahr Jahresüberschuss € 78.976,79) ab. Die Umsatzerlöse sind im Vergleich zum Vorjahr um € 260.025,08 € von € 2.663.429,44 € auf € 2.403.404,36 gesunken. Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen um T€ 50 auf T€ 222 und sind in der Hauptsache auf die Erstattung von Personalkosten im Rahmen der Altersteilzeit zurückzuführen.

Der Materialaufwand inklusive der bezogenen Leistungen, die auch die teilnehmerbezogenen Aufwendungen wie z. B. Ausbildungsvergütung BaE enthalten, beträgt T€ 717 und liegt damit um T€ 16 niedriger als im Vorjahr. Dieser Rückgang des Materialaufwands setzt sich im Wesentlichen aus geringeren teilnehmerbezogenen Aufwendungen, geringeren Aufwendungen für fremdes Ausbildungspersonal sowie rückläufigen Aufwendungen für Ausbildungsmaterialien zusammen.

Seitens des BZE werden für die TAE unterschiedliche Dienstleistungen des Sekretariats und der Buchhaltung erbracht. Die Arbeitsstunden werden erfasst und quartalsweise mit den entsprechenden Stundensätzen der Mitarbeiter an die TAE weiterbelastet. Die von der TAE für das BZE geleisteten Arbeitsstunden werden im Gegenzug in gleicher Weise per Rechnung an das BZE ausgeglichen.

d) Vermögenslage

Der Gesamtbetrag der Investitionen beträgt für das Wirtschaftsjahr 2012 T€ 645 und liegt damit um T€ 433 höher als im Vorjahr. Insbesondere die Modernisierungsmaßnahmen in Gebäude D in Höhe von insgesamt T€ 436 sind hier zu erwähnen. In dieser Summe sind die Kosten für die Modernisierung von Unterrichtsräumen in Höhe von T€ 165 enthalten, die durch Vermietung der Räume an die Irena-Sendler-Schule im Laufe der nächsten fünf Jahre als Mietzahlungen wieder an das BZE zurückfließen. Ein Teil dieser Modernisierung wurde mit Arbeitskräften des BZE durchgeführt und die entsprechenden Lohneinzelkosten in Höhe von insgesamt T€ 83,4 aktiviert. Die Kosten für die Dachsanierung in Gebäude D belaufen sich auf T€ 167 und die Modernisierung der Heizungsanlage hat Kosten in Höhe von T€ 41 verursacht. Auf die Modernisierung des Teils von Gebäude D, in dem die Abbundmaschine der FH Aachen installiert wurde, entfallen einschließlich der Elektromodernisierung und des neuen Tors insgesamt T€ 63.

Der erwirtschaftete Überschuss des Jahres 2011 in Höhe von T€ 79 wurde den Rücklagen zugeführt, so dass diese zum 31. Dezember 2012 eine Gesamthöhe von T€ 2.017 aufweisen.

e) Personalentwicklung

Zum Jahresende 2012 wurden 38 Mitarbeiter einschließlich der Teilzeitkräfte und des Auszubildenden beschäftigt. Die unterjährige Entwicklung der Mitarbeiterzahlen ist in Anlage 3 unter Personalaufwand dargestellt. Für die Durchführung der Berufsorientierungsmaßnahmen musste in verschiedenen Berufsfeldern mit Honorarkräften gearbeitet werden, die mit insgesamt T€ 71 zu Buche schlagen.

2. Vorgänge von besonderer Bedeutung

Erweiterung der Maßnahmen zur Berufsorientierung

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurden die Aktivitäten im Bereich der Berufsorientierung für Schülerinnen und Schüler von Haupt-, Real- und Förderschulen planmäßig weiter ausgebaut und die entsprechenden Lehrgangs- und Teilnehmerstunden um mehr als 20 % erhöht.

Förderantrag „Ausbildung Älterer ermöglichen durch Vorqualifizierung und Begleitung“ innerhalb der Fachkräfteinitiative NRW

Der Förderantrag für dieses Projekt, das die Ermöglichung einer Berufsausbildung für Menschen im Alter von 25 bis 35 Jahren zum Inhalt hat, wurde termingerecht bei der Bezirksregierung abgegeben. Zum Zeitpunkt dieses Berichts steht jedoch ein endgültiger Bescheid noch aus.

Neuentwicklung Maßnahme „HandFest!“

Im Laufe des zweiten Halbjahrs 2012 wurde seitens des BZE in enger Zusammenarbeit mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jobcenter EU-aktiv ein Konzept erstellt zur Neuorientierung und Wiedereingliederung von Frauen ins Berufsleben. Diese halbjährige Teilzeitmaßnahme wurde zertifiziert, hat am 01. Februar 2013 begonnen und wird von Bewerberinnen mit Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein besucht.

Modernisierung Unterrichtsräume und Vermietung an Irena-Sendler-Schule

Nahezu über das gesamte Jahr hinweg sind im BZE umfangreiche Modernisierungsarbeiten in Gebäude D durchgeführt worden und dies auch verstärkt durch eigene Mitarbeiter in deren jeweiligen kursfreien Zeiten. So konnten ab Herbst 2012 insgesamt sieben Räume an die Irena-Sendler-Schule in direkter Nachbarschaft des BZE für fünf Jahre vermietet werden.

BZE als Studienort der FH Aachen im Fachbereich Holzingenieurwesen

Nach umfangreicher Sanierung von Gebäude D wurde am 30. Oktober 2012 die Abundmaschine der FH Aachen planmäßig im Rahmen einer großen Veranstaltung in Betrieb genommen. Der erste Durchlauf des insgesamt dreiwöchigen Blockmoduls mit Studierenden des fünften Semesters hat sehr erfolgreich stattgefunden und die Kooperation mit der FH Aachen erweist sich seitens des BZE als sehr konstruktiv und ausbaufähig.

II. Lage des Eigenbetriebs

1. Grundstücke

Im Bereich der Grundstücke hat es im Wirtschaftsjahr 2012 keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr gegeben.

2. Anlagen

Die Gesamtsumme der Investitionen liegt im Wirtschaftsjahr 2012 bei T€ 645. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Ausgaben für die Modernisierung von Gebäude D in Höhe von T€ 436 und für die Anschaffung von Maschinen im Bereich Metall in Höhe von T€ 152.

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen betragen T€ 211 und liegen damit um T€ 34 höher als im Vorjahr.

3. Rückstellungen

Aus betrieblichen Gründen und durch Krankheit bedingt, wurden die Urlaubsansprüche der Mitarbeiter aus dem Jahr 2012 nicht vollständig abgebaut. Die Rückstellung für nicht genommenen Urlaub beträgt T€ 41,5 und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um T€ 15,5 erhöht.

Die Rückstellungen für die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber drei Mitarbeitern, die im Wirtschaftsjahr 2012 neu gebildet wurden, beträgt insgesamt T€ 131,8. Die Gesamtsumme der aktuellen Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen beträgt demnach nun T€ 383,9.

4. Projekte

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde kein Projekt unter Inanspruchnahme von beantragten Drittmitteln im BZE durchgeführt.

III. Voraussichtliche Entwicklung – Chancen und Risiken

Weiterer Ausbau der Maßnahmen zur Berufsorientierung

Nach neuen Planungen seitens der Fördergeber sollen die Maßnahmen zur Berufsorientierung flächendeckend für Schüler aller Schulformen zur Verfügung stehen. Das BZE hat sich mit entsprechenden Anträgen für die weitere Durchführung dieser Maßnahmen beworben und wird damit den Umfang dieser Aktivitäten noch weiter ausbauen.

Fortführung der Maßnahme „Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen“ BaE

Für die Durchführung der Maßnahme BaE wurde im Jahr 2011 ein Angebot erstellt, welches seitens der Arbeitsagentur angenommen worden ist und zu dem im Jahr 2012 die erste Option gezogen wurde. So konnte diese Maßnahme im Jahr 2012 zu Vorjahresbedingungen ohne die Abgabe eines neuen Angebotes durchgeführt werden. Für das Ausbildungsjahr 2013/2014 wurde nun die zweite mögliche Option gezogen und damit kann BaE für ein weiteres Jahr im BZE fortgesetzt werden.

Fortführung der Maßnahme „HandFest!“

Der erste Durchlauf der neu entwickelten Maßnahme „HandFest!“ hat am 1. Februar 2013 begonnen und endet nach halbjähriger Laufzeit am 31. Juli 2013. Nach etwa der Hälfte der Laufzeit zeigt sich, dass das neue Konzept sehr erfolgreich ist und die Teilnehmerinnen trotz der zu bewältigenden organisatorischen Herausforderungen auf Grund minderjähriger Kinder zielstrebig bei der Sache sind. Aus diesem Grund erscheint nach derzeitigem Stand eine Fortführung dieser zertifizierten Maßnahme mit Aktivierungs- und Vermittlungsgutschein sehr sinnvoll und wahrscheinlich. Letztlich entscheiden hier jedoch die Kundinnen selbst über ihre Teilnahme, so dass eine zielgerichtete Werbung für „HandFest!“ unentbehrlich ist und auch bereits gestartet wurde.

Durchführung des Projektes „Ausbildung Älterer ermöglichen durch Vorqualifizierung und Begleitung“ bei Bewilligung seitens der Bezirksregierung

Nach fristgerechter Abgabe des o. a. Antrags hat sich die Bearbeitung seitens der Bezirksregierung und der eingebundenen Ministerien sehr stark verzögert. Zum Zeitpunkt dieses Berichtes konnten noch nicht alle offenen Fragen geklärt werden, so dass eine definitive Bewilligung oder Ablehnung nach wie vor aussteht. Bei einer et-

waigen Bewilligung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns wäre der Projektstart aller Voraussicht nach im Mai 2013.

Abgabe eines Angebotes zur Durchführung von „Berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen BvB“ für die Arbeitsagentur Brühl

Auf Basis der Ausschreibung des Regionalen Einkaufszentrums der Arbeitsagentur hat das BZE am 24. April 2013 ein Angebot eingereicht zur Durchführung von BvB-Maßnahmen ab September 2013. Da das BZE sehr weitreichende Erfahrungen in der Durchführung solcher Maßnahmen hat und die entsprechenden Berufsfelder grundsätzlich im BZE abgebildet sind, ist die Erteilung eines Zuschlags seitens des Einkaufszentrums nicht unwahrscheinlich.

Fazit:

Für das laufende Geschäftsjahr lässt sich sagen, dass der bisherige Geschäftsverlauf bei der Durchführung des Lehrgangsgeschäfts in etwa den Planungen entspricht und die Belegung der unterschiedlichen Kurse in verschiedenen Geschäftsbereichen als planmäßig zu bezeichnen ist. Die bestehenden freien Mitarbeiterkapazitäten sollen durch den Ausbau der bewährten Maßnahmen und die Realisierung der beantragten neuen Maßnahmen und Projekte ausgeschöpft werden. Weitere Ideen und Konzepte sind zurzeit in der Ausarbeitung und werden sukzessive weiterentwickelt und umgesetzt. Bei einem ruhigen Geschäftsverlauf, ohne wesentliche Einschnitte und Geschehnisse, kann deshalb aus heutiger Sicht von einem planmäßigen Abschluss des Geschäftsjahres 2013 ausgegangen werden.

Euskirchen, 24. April 2013



Maria Breuer
Leiterin des BZE

2. Zweckverband Kommunale Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur

Bonnstr. 16-18
50226 Frechen

Internet: <http://www.kdvz-frechen.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband ist Träger der Kommunalen Datenverarbeitungszentrale Rhein-Erft-Rur und ist Dienstleister für seine Verbandsmitglieder in allen Belangen technikunterstützter Informationsverarbeitung. Dem Zweckverband obliegen insbesondere folgende Aufgaben, um eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung beim Einsatz der Informationstechnologie bei den Verbandsmitgliedern zu erreichen, als dies für jedes Verbandsmitglied alleine möglich ist:

1. Bereitstellung von Anwendungen und Unterstützung bei deren Nutzung auf allen vereinbarten Rechnebenen,
2. Beratung und Unterstützung bei der Erstellung und Fortschreibung örtlicher TUI-Entwicklungspläne,
3. Planung, Beschaffung, Vermittlung, Installation und Administration von IT-Komponenten,
4. Unterstützung bei der Problembewehrung und künftigen Problemvermeidung durch die Nutzung von IT-Komponenten vor Ort,
5. Bereitstellung von Rechner- und Netzkapazitäten zur Gewährleistung einer hohen Verfügbarkeit, die termingerechte Durchführung von Produktionen und die Sicherstellung des Schutzes gespeicherter Daten vor Missbrauch und Zerstörung,
6. Schulung von Bediensteten der Verbandsmitglieder in der Handhabung eingesetzter Software-Produkte,
7. Prüfung der Programme im Bereich der Haushaltswirtschaft vor ihrer Anwendung gem. § 103 Abs. 1 Nr. 4 GO NRW.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder sind die Kreise Düren, Euskirchen und der Rhein-Erft-Kreis sowie 34 kreisangehörige Städte und Gemeinden. Der Zweckverband erwartet lt. Satzung, dass die übrigen kommunalen Gebietskörperschaften der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen beitreten.

Zum 31.12.2012 wurde die Mitgliedschaft im Zweckverband durch den Kreis Düren, die Städte Düren und Euskirchen sowie durch die Gemeinden Blankenheim und Nettersheim gekündigt. Erst nach abschließender Klärung von Fragen zur Vermögens- und Personalaufeinandersetzung werden die Kündigungen der austrittswilligen Kommunen zur Wirksamkeit führen.

Im Dezember 2012 hat die Gemeinde Nettersheim ihre Kündigung zurückgezogen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Unter Beachtung des § 18 Abs. 3 GkG NRW finden die Vorschriften über Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe (EigVO NRW) sinngemäß Anwendung.

Soweit seine sonstigen Erträge nicht ausreichen, um den Finanzbedarf zu decken, erhebt der Zweckverband von seinen Mitgliedern eine Umlage nach § 19 GkG. Die Höhe der Umlage richtet sich zum einen nach dem nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen ermittelten Aufwand und zum anderen nach der Inanspruchnahme der Produkte und Leistungen durch die Verbandsmitglieder.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (je Verbandsmitglied ein Vertreter mit einer Stimme)
- b) Verwaltungsrat (Verbandsvorsteher, dessen zwei Stellvertreter sowie je fünf Hauptverwaltungsbeamte/leitende Bedienstete aus den Gebieten der Kreise Düren, Erftkreis und Euskirchen)
- c) Verbandsvorsteher

Daneben besteht ein Rechnungsprüfungsausschuss. Der Zweckverband beruft einen Geschäftsführer.

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglied

Josef Carl Rhiem

(CDU)

Stellvertreter

Franz Cremer

(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat

Der Kreis Euskirchen wird im Verwaltungsrat durch Herrn Johannes Adams, Geschäftsbereichsleiter I, (stellvertretender Verbandsvorsteher) vertreten.

c) Verbandsvorsteher

Herr Stommel (Bürgermeister Stadt Jülich)

Stellvertreter:

Herr Hadel (1. Beigeordneter Stadt Wesseling),

Herr Adams (Geschäftsbereichsleiter I, Kreis Euskirchen)

Geschäftsführer: Karl Heinz Wergen

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss für das Jahr 2012 lag zum Zeitpunkt der Berichterstattung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

3. Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) und Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH (VRS GmbH)

Glockengasse 37-39
50667 Köln

Internet: <http://www.vrsinfo.de/>

A) Ziele der Beteiligung

Der Zweckverband VRS erfüllt Aufgaben nach dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr NW (ÖPNV-Gesetz) und sonstigen Vorschriften. Dazu gehört insbesondere die Weiterentwicklung und Fortschreibung des Verbundtarifs sowie Marktforschung und Erstellung von Marketingkonzepten. Die VRS GmbH nimmt für den ZV VRS die diesem obliegenden Aufgaben wahr. In Abstimmung mit den Verkehrsunternehmen nimmt sie Aufgaben als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes im Sinne des § 8 Abs. 3 des Personenbeförderungsgesetzes wahr. Die Erbringung von Leistungen des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist ein dringender öffentlicher Zweck im Sinne des § 108 Abs. 1 Nr. 1 in Verbindung mit § 107 Abs. 1 GO. Aus Gründen der Übersichtlichkeit sind an dieser Stelle beide Institutionen dargestellt.

Mit der am 01.01.2008 in Kraft getretenen Änderung des ÖPNVG NRW ist die Aufgabe der konzeptionellen Planung und Gestaltung des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) auf den neu gegründeten Zweckverband Nahverkehr Rheinland (ZV NVR) übertragen worden, dessen Mitglieder der ZV VRS und der Aachener Verkehrsverbund sind.

B) Erfüllung des öffentlichen Zwecks

Auszug aus der aufgabenkritischen Untersuchung des Kreises im Jahre 2003:

„Ist die Mitgliedschaft zur Aufgabenerfüllung des Kreises erforderlich und/oder kann ggf. die Mitgliedschaft entfallen?

Ja, da es sich um einen Pflichtverband nach § 5 ÖPNVG NRW handelt. Die Mitgliedschaft kann nicht entfallen.

Können die vom Zweckverband wahrgenommenen Aufgaben entfallen oder reduziert werden?

Nein. Der Zweckverband bedient sich für die operative Aufgabenerfüllung der VRS GmbH. Die regelmäßige Prüfung der Wirtschafts- und Finanzplanung der GmbH wird in den Gremien der GmbH, in denen der Kreis Euskirchen vertreten ist, beraten und beschlossen. Bisher ergaben sich keine Ansatzpunkte für eine Forderung nach Wegfall oder Reduktion von Aufgaben.

Kann die Aufgabe in anderer Form (besser) wahrgenommen werden?

Nein, da die Organisationsform vorgeschrieben ist.

Bestehen Erfüllungsdefizite bei der Aufgabenerledigung? Nein.

Sind zusätzliche Leistungsanforderungen an den Zweckverband absehbar?

Im Rahmen des künftigen ÖPNV-Wettbewerbes werden sich neue Aufgaben für die VRS GmbH ergeben, deren Umfang jedoch noch nicht abgeschätzt werden kann

Abschlussbewertung:

Die Mitgliedschaft im Zweckverband ist durch das ÖPNVG NRW vorgeschrieben. Zur Aufgabenerledigung bedient sich der Zweckverband der VRS GmbH, deren Alleingesellschafter er ist, und bei deren regelmäßigen Prüfungen sich keine Ansatzpunkte für eine Verbesserung der Aufgabenwahrnehmung und ihrer Wirtschaftlichkeit gezeigt haben.“

C) Beteiligungsverhältnisse

Der Kreis Euskirchen ist Mitglied im Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, weiterhin die Stadt Bonn, der Rhein-Erft-Kreis, die Stadt Köln, die Stadt Leverkusen, die Stadt Monheim am Rhein, der Oberbergische Kreis, der Rhein-Sieg-Kreis und der Rheinisch-Bergische Kreis. Jedes Verbandsmitglied entsendet je angefangene 100.000 Einwohner einen Vertreter in die Verbandsversammlung.

Der Zweckverband VRS wiederum ist Alleingesellschafter der Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 240.000 €.

Der Zweckverband VRS ist neben dem Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) Verbandsmitglied im Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Der ZV Nahverkehr Rheinland ist wiederum Alleingesellschafter der Nahverkehr Rheinland GmbH mit einem Stammkapital i.H.v. 100.000 €.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Durch den Zweckverband VRS wird eine jährliche Verbandsumlage erhoben, näheres s. Teil D.2.

E) Zusammensetzung der Organe

1. ZV Verkehrsverbund Rhein-Sieg

a) Verbandsversammlung

b) Verbandsvorsteher

2. Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH

a) Gesellschafterversammlung (wird durch ZV VRS besetzt)

b) Aufsichtsrat (Kreis EU entsendet 2 von 20 Mitgliedern)

c) Beirat (Vertreter der Verkehrsunternehmen, die verbundrelevante Verkehre erbringen)

d) Geschäftsführung

3. ZV Nahverkehr Rheinland

a) Verbandsversammlung

b) Hauptausschuss

c) Verbandsvorsteher

4. Nahverkehr Rheinland GmbH

a) Gesellschafterversammlung (wird durch den ZV NVR besetzt)

b) Aufsichtsrat (Kreis EU entsendet 1 von 28 Mitgliedern)

c) Geschäftsführung

1a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV VRS

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke

2. Bernd Kolvenbach (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Achim Blindert (GBL IV)

Hans Schmitz (SPD)

1b) Verbandsvorsteher des ZV VRS

Landrat Rolf Menzel (Rheinisch-Bergischer Kreis)

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

2a) Gesellschafterversammlung der VRS GmbH: Besetzung durch ZV VRS

2b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der VRS GmbH

Mitglied

Bernd Kolvenbach (CDU)

Stellvertreter

Hans Schmitz (SPD)

2c) Vertreter des Kreises im Beirat der VRS-GmbH

Der Kreis wird im Beirat in seiner Funktion als Verkehrsunternehmen (BgA) durch Herrn Achim Blindert (GBL IV) vertreten.

2d) Geschäftsführung der VRS-GmbH

Dr. Norbert Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

3a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke

2. Bernd Kolvenbach (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Achim Blindert (GBL IV)

Hans Schmitz (SPD)

3b) Hauptausschuss des ZV NVR

Mitglied

Bernd Kolvenbach, Vorsitzender (CDU)

Stellvertreter (gebundene Vertretung)

Hans Schmitz (SPD)

3c) Verbandsvorsteher des ZV NVR

Landrat Stephan Pusch (Kreis Heinsberg)

Stellvertreter: Landrat Günter Rosenke

4a) Gesellschafterversammlung der NVR GmbH: Besetzung durch ZV NVR

4b) Vertreter des Kreises im Aufsichtsrat der NVR GmbH

Mitglied

Bernd Kolvenbach (CDU)

Stellvertreter

Achim Blindert (GBL IV)

4c) Geschäftsführung der NVR GmbH

Dr. Norbert Reinkober

Dr. Wilhelm Schmidt-Freitag

Hans Joachim Sisternich bis 31.12.2012

F) Jahresabschluss

Der Jahresabschluss 2011 des Zweckverbandes ist ab Seite 286 und der Jahresabschluss 2012 der GmbH ist ab Seite 294 dargestellt.

Der Jahresabschluss 2012 des Zweckverbandes lag zum Zeitpunkt der Berichterstellung noch nicht vor und wird im nächsten Beteiligungsbericht dargestellt.

Jahresabschluss
zum 31.12.2011
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg

Ergebnisrechnung

		Ergebnis 2010	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist-Ergebnis 2011	Vergleich Ansatz/Ist
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	Zuwendungen und allg. Umlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3	sonstige Transfererträge	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	sonstige ordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	aktivierte Eigenleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
9	Bestandsveränderungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
10	Ordentliche Erträge	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
11	Personalaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	Versorgungsaufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	Aufwendungen f. Sach- u. Dienstleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	Transferaufwendungen	300.000,00 €	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	29.856,78 €	33.000,00 €	27.433,49 €	-5.566,51 €
17	Ordentliche Aufwendungen	329.856,78 €	333.000,00 €	327.433,49 €	-5.566,51 €
18	Ergebnis d. lfd. Verwaltungstätigkeit (10-17)	-29.856,78 €	-33.000,00 €	-27.433,49 €	5.566,51 €
19	Finanzerträge	309,21 €	3.000,00 €	1.434,19 €	-1.565,81 €
20	Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21	Finanzergebnis (19-20)	309,21 €	3.000,00 €	1.434,19 €	-1.565,81 €
22	Ordentliches Ergebnis (18+21)	-29.547,57 €	-30.000,00 €	-25.999,30 €	4.000,70 €
23	Außerordentliche Erträge	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25	Außerordentliches Ergebnis (23-24)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26	Jahresergebnis (22+25)	-29.547,57 €	-30.000,00 €	-25.999,30 €	4.000,70 €

Finanzrechnung

	Ergebnis 2010	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist-Ergebnis 2011	Vergleich Ansatz/Ist
1	Steuern und ähnliche Abgaben	0,00 €	0,00 €	0,00 €
2	Zuwendungen und allg. Umlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
3	sonstige Transfereinzahlungen	300.000,00 €	300.000,00 €	0,00 €
4	öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €
5	privatrechtliche Leistungsentgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €
6	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
7	sonstige Einzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
8	Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	145,99 €	1.293,01 €	-1.706,99 €
9	Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	300.145,99 €	301.293,01 €	-1.706,99 €
10	Personalauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
11	Versorgungsauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
12	Auszahlungen für Sach- u. Dienstleistungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
13	Zinsen u. sonstige Finanzauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
14	Transferauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
15	Sonstige Auszahlungen	300.000,00 €	210.000,00 €	-90.000,00 €
16	Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	45.555,60 €	21.433,49 €	-11.566,51 €
17	Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit (9-16)	345.555,60 €	231.433,49 €	-101.566,51 €
		-45.409,61 €	69.859,52 €	99.859,52 €
18	Zuwendungen f. Investitionsmaßnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
19	Veräußerung v. Sachanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
20	Veräußerung von Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
21	Beiträge u. ähnl. Entgelte	0,00 €	0,00 €	0,00 €
22	sonstige Investitionseinzahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
23	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €
24	Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden	0,00 €	0,00 €	0,00 €
25	Baumaßnahmen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
26	Erwerb v. beweglichem Anlagevermögen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
27	Erwerb von Finanzanlagen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
28	aktivierbare Zuwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
29	sonstige Investitionsauszahlungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
30	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €	0,00 €	0,00 €
31	Saldo aus Investitionstätigkeit (23-30)	0,00 €	0,00 €	0,00 €
32	Finanzüberschuss/-fehlbetrag (17+31)	-45.409,61 €	69.859,52 €	99.859,52 €

		Ergebnis 2010	Fortgeschriebener Ansatz 2011	Ist-Ergebnis 2011	Vergleich Ansatz/Ist
33	Aufnahme von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
34	Tilgung von Krediten	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
35	Saldo aus Finanzierungstätigkeit (33-34)	0,00 €	0,00 €	0,00 €	0,00 €
36	Änd. d. Bestandes a. eig. Finanzmitteln (32+)	-45.409,61 €	-30.000,00 €	69.859,52 €	99.859,52 €
37	Anfangsbestand Finanzmittel	319.190,69 €	273.781,08 €	273.781,08 €	0,00 €
38	Liquide Mittel (36+37)	273.781,08 €	243.781,08 €	343.640,60 €	99.859,52 €

Bilanz
des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein-Sieg
zum 31.12.2011

Aktiva	31.12.2011	31.12.2010
1. Anlagevermögen		
1.1 Finanzanlagen		
1.1.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	240.000,00 €	240.000,00 €
1.1.2 Beteiligungen	276.087,22 €	276.087,22 €
2. Umlaufvermögen		
2.1 Forderungen u. sonstige Vermögensgegenstände		
2.1.1 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	318,44 €	177,26 €
2.2 Liquide Mittel	343.640,60 €	273.781,08 €
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	0,00 €	0,00 €
	<u>860.046,26 €</u>	<u>790.045,56 €</u>

Passiva		31.12.2011	31.12.2010
1. Eigenkapital			
1.1 Allgemeine Rücklage		641.598,62 €	641.598,62€
1.2 Ausgleichsrücklage		142.446,94 €	171.994,51 €
1.3 Jahresfehlbetrag		-25.999,30 €	-29.547,57 €
2. Sonderposten		0,00 €	0,00 €
3. Rückstellungen			
3.1 Sonstige Rückstellungen		12.000,00 €	6.000,00 €
4. Verbindlichkeiten			
4.1 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen		90.000,00 €	0,00 €
5. Passive Rechnungsabgrenzung		0,00 €	0,00 €
		<u>860.046,26 €</u>	<u>790.045,56 €</u>

Lagebericht gemäß § 48 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW

Aufgabe des Zweckverbandes

Der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) wurde von den Städten Köln, Bonn, Leverkusen und Monheim am Rhein und dem Rhein-Erft-Kreis, dem Oberbergischen Kreis, dem Rhein-Sieg-Kreis, dem Rheinisch Bergischen Kreis und dem Kreis Euskirchen gegründet, um Aufgaben nach dem ÖPNVG NRW wahrzunehmen. Der ZV VRS ist wiederum einer der beiden Trägerzweckverbände des Zweckverbandes Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland.

Geschäftsverlauf

Im Jahr 2011 wurden vom ZV VRS fünf Versammlungen abgehalten.

Der Zweckverband VRS finanzierte sich 2011 aus dem Bestand der liquiden Mittel und den erwirtschafteten Zinserträgen. Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2011 wurde von der Versammlung mit einem Ergebnis von – 30 TEUR, welches aus der Ausgleichsrücklage gedeckt wird, beschlossen. Zur Finanzierung der Kosten des Zweckverbandes als alleinigem Gesellschafter der VRS GmbH hat der Zweckverband eine Umlage nach einem in der Satzung festgelegten Schlüssel erhoben. Die Umlage für das Jahr 2011 wurde mit TEUR 300 festgelegt.

Darstellung der Lage

Wesentliche Vermögensgegenstände des Zweckverbandes sind die Anteile an der VRS GmbH und die Beteiligung am Zweckverband Nahverkehr – SPNV & Infrastruktur – Rheinland (ZV NVR).

Zum 31.12.2011 belief sich der Bestand an liquiden Mitteln des ZV VRS auf EUR 343.640,60. Es ist beabsichtigt, den ZV VRS in den nächsten Jahren aus dem Bestand der liquiden Mittel und den jeweils erwirtschafteten Zinserträgen zu finanzieren.

Die vom Zweckverband von seinen Mitgliedsgebietskörperschaften erhobene Umlage (TEUR 300) wurde zur Mitfinanzierung der Kosten an die VRS GmbH weitergeleitet. Nach Auslagensatz, Verdienstausfallentschädigungen und Geschäftsaufwendungen sowie Berücksichtigung eines Zinsergebnisses weist der Zweckverband einen Jahresfehlbetrag von 25.999,30 EUR aus.

Prognose

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 weist in ihrer Ergebnisrechnung für die Jahre 2012 und 2013 jeweils ein negatives Ergebnis von TEUR 32 aus. Dies führt zukünftig zu einer Verringerung der Ausgleichrücklage (Stand 31.12.2011: TEUR 142). Auf eine Bezuschussung durch den Dachzweckverband Nahverkehr Rheinland aus den Mitteln nach § 11 ÖPNVG NRW kann danach in den Jahren 2012 und 2013 verzichtet werden.

Bilanz

Seite 294

Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH, Köln
Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom
1. Januar 2012 bis zum 31. Dezember 2012

Gewinn- und Verlustrechnung

	2 0 1 2	Vorjahr
	EUR	EUR
1. Zuschüsse	6.294.766,19	5.493.367,60
2. Erstattungen	4.213.886,89	4.572.287,90
3. Sonstige betriebliche Erträge	683.581,35	678.727,78
4. Sachaufwand	4.806.295,78	5.116.149,02
5. <u>Rohergebnis</u>	6.385.938,65	5.628.234,26
6. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	3.094.449,71	2.891.770,34
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.231.453,92	887.779,95
- davon für Altersversorgung EUR 447.359,61 (i.V. EUR 114.631,61) -		
	4.325.903,63	3.779.550,29
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	382.604,93	355.703,49
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.706.607,46	1.354.000,29
9. Erträge aus anderen Wertpapieren	45.573,57	50.069,95
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	147.521,85	273.297,23
11. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	12.572,96
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	96.861,16	105.271,41
13. <u>Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit</u>	67.056,89	344.503,00
14. Außerordentlichen Aufwendungen	0,00	234.504,00
15. Außerordentliches Ergebnis	0,00	-234.504,00
16. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	67.056,89	109.999,00
17. Jahresüberschuss	0,00	0,00

1. Geschäftstätigkeit und öffentliche Zwecksetzung

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH befindet sich zu 100% in kommunalem Eigentum. Einziger Anteilseigner ist der Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Zweckverbandssatzung bzw. Gesellschaftsvertrag die Erbringung von Dienstleistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). Die Gesellschaft nimmt für ihren alleinigen Eigentümer den Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg (ZV VRS) die diesem obliegenden Aufgaben wahr und sie nimmt – in Abstimmung mit den Verbundverkehrsunternehmen – als Dienstleister im Rahmen eines Verkehrsverbundes bestimmte Aufgaben wahr. Dazu gehören insbesondere die jährliche Fortschreibung des Gemeinschaftstarifs, die Abstimmung und Erstellung des Verbundfahrplans sowie die Aufteilung der Tarifierlöse auf die Verkehrsunternehmen nach bestehenden Einnahmeverteilungsregelungen.

Im Wirtschaftsjahr 2012 wurde auf die Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung geachtet und der Zweck erreicht (§ 108 Abs. 2 GO NW).

2. Geschäftsentwicklung

2.1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung 2012

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt 2012 weiter gewachsen: um 0,7% war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt höher als im Vorjahr. Dieser Zuwachs fiel allerdings deutlich niedriger aus als die Zuwächse in den beiden vorangegangenen Jahren (2010: + 4,2%; 2011: +3%) Der geringere Zuwachs blieb ohne Folgen für den ÖPNV-Markt.

2.2 Branchenentwicklung

Im Jahr 2012 wurden in Deutschland für fast 10 Mrd. Fahrten öffentliche Verkehrsmittel in Anspruch genommen. Die Fahrgastzahlen der rund 450 ÖPNV-Unternehmen im VDV steigen seit zehn Jahren um durchschnittlich 1% jährlich an. Fahrgastzuwachs und Preisanpassungen haben die Erträge aus der Fahrgastbeförderung weiter steigen lassen. Im Berichtsjahr haben die bundesdeutschen Verkehrsunternehmen Erträge in Höhe von 10,7 Mrd. Euro erzielt.

Während in Großstädten und Ballungsräumen die Nachfrage nach öffentlichen Personennahverkehrsleistungen steigt, wirkt sich in Klein- und Mittelstädten sowie im ländlichen Raum die demografische Entwicklung – sinkende Bevölkerungszahlen und vor allem rückläufige Schülerzahlen - negativ aus. Insbesondere in ländlichen Regionen haben Unternehmen eher mit Fahrgastrückgängen zu kämpfen.

2.3 Verbundentwicklung

Zwischen Januar und Dezember 2012 wurden im Verbundraum Rhein-Sieg 516,3 Mio. Fahrten mit Bus und Bahn unternommen; gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 9,45 Mio. Fahrten bzw. 1,87%.

Die Tariferlöse stiegen im gleichen Zeitraum um 23,96 Mio. Euro bzw. 4,5% auf 556,5 Mio. Euro. Wie in den Vorjahren liegt der prozentuale Umsatzzuwachs über der zum 1.1.2012 vorgenommenen Preisanpassung in Höhe von 3,4%. Für diese Tarifanpassung kam wie im Vorjahr ein standardisierter Tariffortschreibungsansatz zur Anwendung.

Während im Bereich Bartarif erneut ein leichter Rückgang zu verzeichnen ist - die Zahl der Fahrten ist von 62,3 auf 60,9 Mio. Fahrten (-2,33%) gesunken – nutzen immer mehr VRS-Kunden Zeitfahrausweise, vor allem JobTickets. 2012 wurden 204,4 Millionen Fahrten mit den ZeitTickets für Erwachsene (+1,95% bzw. +3,9 Mio. Fahrten) und 203,4 Mio. Fahrten mit den ZeitTickets im Ausbildungsverkehr (+3,19 % bzw. 6,28 Mio. Fahrten) unternommen. Allein das JobTicket verzeichnete im Berichtsjahr einen Kundenzuwachs im Vergleich zum Vorjahr von 3,4% auf 193.100 Nutzer (+6.300 Kunden).

Jeder zweite Schüler im VRS kann mittlerweile mit einem SchülerTicket 365 Tage im Jahr mit Bussen und Bahnen im VRS fahren. Obwohl die Schülerzahl im Verbundgebiet im vergangenen Jahr um fast 5000 Schüler gesunken ist, gab es einen deutlichen Anstieg bei den SchülerTickets. So waren 2012 200.700 Schülerinnen und Schüler (+13,2 % bzw.+23.400 Kunden) im Besitz dieses netzweiten Abos. Einen Zuwachs gibt es auch beim SemesterTicket. Durch den starken Anstieg der Studierendenzahl hat sich auch die Zahl der SemesterTickets auf 112.600 (+10,1 % bzw. +10.300 Kunden) erhöht.

3. Wirtschaftliche Lage der Gesellschaft

3.1 Vermögenslage

Die Verkehrsverbund Rhein-Sieg GmbH weist zum 31.12.2012 eine Bilanzsumme von 47,024 Mio. Euro aus (Vorjahr: 37,866 Mio. Euro). Die Erhöhung der Bilanzsumme resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg des Umlaufvermögens. Im Vergleich zum Vorjahr (35,457 Mio. Euro) entfallen auf die Bilanzposition Kassenbestände/Guthaben bei Kreditinstituten im Berichtsjahr 43,530 Mio. Euro. Dem steht ein Anstieg der Sonstigen Verbindlichkeiten (Vorjahr: 33,534 Mio. Euro) auf 42,593 Mio. Euro gegenüber. Hierbei handelt es sich vor allem um vereinnahmte Entgelte aus weiterzuleitenden Beförderungsentgelten aus dem Verbundausgleich der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs. Die unter den Finanzanlagen ausgewiesenen Wertpapiere des Anlagevermögens dienen der Rückdeckung der Verpflichtungen aus Pensionszusagen.

3.2 Finanzlage

Nach Verrechnung der liquiden Mittel mit den abzuführenden Entgelten aus der Einnahmeaufteilung des VRS- und des NRW-Tarifs standen der Gesellschaft ausreichende liquide Mittel zur Verfügung, um ihren kurzfristigen Finanzbedarf zu decken.

3.3 Ertragslage

Die Verbundgesellschaft hat sich gemäß ihrem Gesellschaftsvertrag aus Zuwendungen, Erträgen aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit und freiwilligen Leistungen ihres Gesellschafters zu finanzieren. Die Betriebsleistung – Zuschüsse, Erstattungen und die sonstigen betrieblichen Erträge – weist für das Geschäftsjahr 2012 ein Gesamtvolumen von 11.192 Mio. Euro auf. Im Vergleich zum Vorjahr (10,744 Mio. Euro) ist dies ein Anstieg von 0,448 Mio. Euro bzw. 4,2%.

Der Sachaufwand lag mit 4,806 Mio. Euro um etwa 6 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres. Der Personalaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr um 0,546 Mio. Euro erhöht. Dieser Aufwandsanstieg resultiert im Wesentlichen aus den höheren Aufwendungen für Altersversorgung (2011: 0,114 Mio. Euro / 2012: 0,447 Mio. Euro). Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um ca. 0,352 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Dieses ist im wesentlichen auf die Erhöhung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse zurückzuführen.

Die im Geschäftsjahr 2012 nicht verbrauchten Finanzmittel werden gemäß der mittelfristigen Finanzplanung 2013 bis 2016 in den Folgejahren zur Deckung höherer Sach- und Personalaufwendungen eingesetzt.

4. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung waren nach dem Bilanzstichtag nicht zu verzeichnen.

5. Chancen- und Risikobericht

Die Unternehmensabteilungen führen für ihren Verantwortungsbereich regelmäßig Risikoinventuren durch. In einem Risikoreporting werden mögliche Risiken erfasst, bewertet und falls erforderlich entsprechende Maßnahmen eingeleitet. Da die Verbundgesellschaft nicht operativ am Marktgeschehen teilnimmt, ist sie keinen Kosten- und Umsatzrisiken im Hinblick auf die Entwicklung an den Beschaffungs- und Absatzmärkten unterworfen.

Da die Gesellschaft sich zu großen Teilen über Zuwendungen des Landes finanziert, haben Anpassungen des Landesfinanzierungssystems unmittelbare Auswirkungen auf die Ertragslage des Unternehmens. Mit der Revision des ÖPNVG NRW Ende 2012 wurden die finanziellen Grundlagen für die Finanzierung der Regieaufgaben der VRS GmbH landesseitig angepasst. Im Wirtschaftsjahr 2013 kann der Zweckverband Nahverkehr Rheinland nur noch 2,8 % seiner Finanzmittel nach § 11 Abs. 1 ÖPNVG zur Deckung anfallender Regiekosten bei

den Verbundgesellschaften –AVV und VRS GmbH bzw. NVR GmbH – verwenden. Im Vorjahr lag der Anteilswert noch bei 3,0%. Für das Haushaltsjahr 2014 sinkt der Anteil weiter auf 2,7 %. Sollte das Land auf eine weitere Abschmelzung dieses Anteils bestehen, besteht ab 2015 die Gefahr, dass es bei fehlender Alternativfinanzierung zu Einschnitten bei der Aufgabenwahrnehmung der Verbundgesellschaft kommen kann.

6. Prognosebericht

Im Jahr 2013 bleiben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die VRS GmbH stabil. Seitens des Zweckverbandes Nahverkehr Rheinland liegt der Zuwendungsbescheid in Höhe von 2,334 Mio. Euro vor. Auch die Zuwendungsbescheide für die Finanzierung der Leistungen des KompetenzCenter Marketing einschließlich der Kommunikationsmaßnahmen „Busse und Bahnen“ liegen seitens des Landes vor. Der Gesellschafter Zweckverband VRS und die im Beirat vertretenen Verkehrsunternehmen leisten wie im Vorjahr mit jeweils 300.000 Euro ihren Finanzierungsbeitrag. Die Umlagegenehmigung der Bezirksregierung Köln für das Haushaltsjahr 2013 liegt vor.

Der im Unternehmen zur Anwendung kommende Tarifvertrag TVöD-V (Laufzeit bis 28.02.2014) sieht ab 01. Januar 2013 und ab 01. August 2013 eine Entgelterhöhung von jeweils 1,4 % vor. Dies wurde bereits in den Planansätzen für den Wirtschaftsplan 2013 berücksichtigt.

Vor diesem Hintergrund rechnet die Geschäftsführung für 2013 und 2014 mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Ab 2015 kann ein eventuell geringerer Zuschuss des ZV NVR (§ 11er- Mittel) an die VRS GmbH Anpassungen auf der Einnahmen- bzw. Aufwandsseite erforderlich machen.

Köln, 16. Mai 2013

4. Zweckverband Kronenburger See

Geschäftsführung: Gemeinde Dahlem

Internet: <http://www.dahlem.de/kronenburgersee.php>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Aufgabe des Verbandes ist die Unterhaltung einer Stauanlage und eines Wassersammelbeckens zur Aufstauung der Kyll oberhalb Kronenburgerhütte. Weiterhin dient der Verband der Tourismusförderung am Kronenburger See.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes Kronenburger See sind die Gemeinde Dahlem, die Verbandsgemeinde Obere Kyll, der Kreis Euskirchen und der Landkreis Vulkaneifel.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband hat kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband deckt seinen Finanzbedarf durch die Erhebung von Umlagen von seinen Mitgliedern im Verhältnis der Beteiligung der Mitglieder in der Verbandsversammlung (Anteil Kreis Euskirchen: 1/9 bzw. 11,11 %)

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (9 Sitze, davon Gemeinde Dahlem 5, Landkreis Vulkaneifel 2, Verbandsgemeinde Obere Kyll und Kreis Euskirchen je 1 Sitz)
- b) Vorstandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
Stefanie Seidler	(SPD)	Johannes Mertens	(CDU)

b) Vorstandsvorsteher

Reinhold Müller (Bürgermeister Gemeinde Dahlem)

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

5. Zweckverband Naturpark Rheinland

Willy-Brandt-Platz 1
50126 Bergheim

Internet: <http://www.naturpark-rheinland.de/info/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Verband hat die Aufgabe, im Rahmen seiner Maßnahmeplanung das Verbandsgebiet unter Wahrung der Belange von Natur und Landschaft sowie der biologischen Vielfalt für die Erholung der Bevölkerung auszubauen und zu pflegen, den umwelt- und sozialverträglichen Tourismus zu fördern und auf eine nachhaltige Regionalentwicklung hinzuwirken. Ihm obliegen insbesondere:

- a) die Betreuung des Naturparks nach § 44 Abs. 1 des Landschaftsgesetzes NRW
- b) die Erstellung und Fortschreibung des Maßnahmeplanes im Sinne des § 44 Abs. 2 des Landschaftsgesetzes NRW
- c) die Erholungsplanung für das gesamte Verbandsgebiet - mit Ausnahme der Planung der innerörtlichen Grün- und Erholungsanlagen - auf der Grundlage des Maßnahmeplanes
- d) die Koordinierung der Planung von Erholungsanlagen durch Gemeinden und sonstige Dritte im Interesse einer einheitlichen Naturpark- und Erholungsplanung im Verbandsgebiet
- e) die Maßnahmen- und Ausführungsplanung sowie die Errichtung der Erholungsanlagen, die der Verband im Einzelfall auf Dritte übertragen kann. Die Bauleitplanung der Gemeinden bleibt unberührt.
- f) die Unterhaltung und der Betrieb der Tageserholungsanlagen, die der Verband auf Dritte übertragen kann
- g) die Beratung und Betreuung für nicht zum Verbandsgebiet gehörende Erholungsanlagen aufgrund von besonderen Vereinbarungen
- h) Maßnahmen, die der Erhaltung, Entwicklung oder Wiederherstellung einer durch vielfältige Nutzung geprägten Landschaft und ihrer Arten- und Biotopvielfalt dienen und in denen zu diesem Zweck eine dauerhaft umweltgerechte Landnutzung angestrebt wird
- i) die Förderung eines breiten Umweltbewusstseins durch Umweltbildung, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind der Rhein-Erft-Kreis, der Kreis Euskirchen, der Rhein-Sieg-Kreis, die Stadt Bonn, die Stadt Köln und die RWE Power AG.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes wird gedeckt aus Zuwendungen, Spenden, sonstigen Einnahmen und Umlagen der kommunalen Mitglieder. Der Zweckverband erhebt von den Verbandsmitgliedern eine Umlage, soweit seine sonstigen Einnahmen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken. Die Umlage wird von den Mitgliedern nach einem prozentualen Schlüssel auf der Basis der eingebrachten Flächen und der Bevölkerungszahl erhoben. Die RWE Power AG ist von der Umlage freigestellt.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 18 Mitglieder, davon 3 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Verbandsausschuss (je Mitglied 1 Vertreter mit gleichem Stimmrecht)
- c) Planungsausschüsse Nord und Süd (Je ein Vertreter/Verbandsmitglied sowie die Bürgermeister der jeweiligen kreisangehörigen Städte und Gemeinden)
- d) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

<u>Mitglieder</u>		<u>Stellvertreter</u>	
1. AV Manfred Poth		Achim Blindert	(GBL IV)
2. Josef Carl Rhiem	(CDU)	Hans Peter Nussbaum	(CDU)
3. Heinrich Hettmer	(SPD)	Margret Rhiem	(SPD)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsausschuss

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Josef Carl Rhiem (CDU)

Stellvertreter

Margret Rhiem (SPD)

c) Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Nord

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Josef Carl Rhiem (CDU)

Stellvertreter

Heinrich Hettmer (SPD)

Vertreter des Kreises im Planungsausschuss Süd

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke (stv. Verbandsvorsteher)
2. Hans Peter Nussbaum (CDU)

Stellvertreter

Andreas Schulte (SPD)

d) Verbandsvorsteher

Landrat Werner Stump, Rhein-Erft-Kreis

Stellvertreter: LR Günter Rosenke

Geschäftsführer: Harald Sauer

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

6. Zweckverband Region Aachen

Dennewartstraße 25 - 27
52068 Aachen

Internet: <http://www.regionaachen.de/>

nachrichtlich:

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Zweckverband organisiert die politische und administrative Zusammenarbeit der Verbandsmitglieder mit dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung der Region. Er hat die Aufgabe, eine gemeinsame regionale und grenzüberschreitende Strukturentwicklung zu betreiben. Hierzu gehören insbesondere:

1. Initiierung und Umsetzung von regionalen und grenzüberschreitenden Netzwerken und Kooperationsprojekten.
2. Die Förderung der Zusammenarbeit in und mit der EUREGIO Maas-Rhein.
3. Die Koordinierung, Bündelung und Vertretung der regionalen Interessen in Institutionen und Gremien der überregionalen Zusammenarbeit (z. B. Innovationsregion Rheinisches Revier, Metropolregion Rheinland).
4. Die koordinierte Steuerung und Umsetzung
 - a) nationaler und europäischer Förderprogramme (z. B. INTERREG, ESF und EFRE),
 - b) der regionalen Arbeitspolitik, insbesondere der regionalisierten Landesarbeitspolitik NRW,
 - c) der regionalen und grenzüberschreitenden Kulturpolitik (insbesondere RKP NRW), sowie die Beratung von Antragstellern.
5. Die Weiterentwicklung der Bildungs- und Wissensregion.
6. Die Befassung mit regionsweit relevanten Themen der Tourismusentwicklung, der Infrastrukturausstattung sowie der Einrichtungen der Daseinsvorsorge.
7. Regionalmarketing und regionale Imagebildung.
8. Die Zusammenarbeit mit der AGIT mit dem Ziel einer koordinierten Aufgabenwahrnehmung
9. Die regelmäßige Information der Öffentlichkeit, insbesondere der Städte und Gemeinden, über die Arbeit des Zweckverbandes.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Mitglieder des Zweckverbandes sind die StädteRegion Aachen, die Stadt Aachen und die Kreise Düren, Euskirchen und Heinsberg. Der Landschaftsverband Rheinland gehört dem Zweckverband als beratendes Mitglied an.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Zweckverband erhebt von den ihm angehörenden Gebietskörperschaften eine Umlage, soweit seine Erträge die entstehenden Aufwendungen nicht decken. Die Umlage ist nach der Einwohnerzahl der Verbandsmitglieder zu bemessen, wobei bei der Bemessung der städteregionalen Umlage die Einwohnerzahl der Stadt Aachen nicht zu berücksichtigen ist. Maßgeblich ist die von IT NRW amtlich festgestellte Einwohnerzahl nach dem Stand des 30.06 des Jahres, das dem Jahr vorausgeht, für das die Haushaltssatzung beschlossen wird.

Die vorstehende Regelung gilt nicht für den Landschaftsverband Rheinland. Dieser zahlt an den Zweckverband einen Beitrag gemäß gesonderter Vereinbarung.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 61 Mitglieder, davon 12 Kreis Euskirchen, je Vertreter eine Stimme)
- b) Präsident des Zweckverbandes
- c) Verbandsvorsteher

a) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung

Mitglieder

1. LR Günter Rosenke
2. Ute Stolz (CDU)
3. Günter Weber (CDU)
4. Bernd Kolvenbach (CDU)
5. Ruth Schmitz (CDU)
6. Urban Josef Jülich (CDU)
7. Heinrich Hettmer (SPD)
8. Hans Schmitz (SPD)
9. Peter Rau (FDP)
10. Hans Reiff (FDP)
11. Franz Troschke (UWV)
12. Angela Kalnins (B90/Grüne)

Stellvertreter

- AV Manfred Poth (CDU)
- Clas Kohlheyer (CDU)
- Carl Josef Rhiem (CDU)
- Hans Peter Wasems (CDU)
- Johannes Esser (CDU)
- Günther Schulz (CDU)
- Uwe Schmitz (SPD)
- Markus Ramers (SPD)
- Christian Grau (FDP)
- Dirk van Meenen (FDP)
- Thomas Pick (UWV)
- Nathalie Konias (B90/Grüne)

b) Präsidentin des Zweckverbandes

Regierungspräsidentin Gisela Walsken

c) Verbandsvorsteher

Landrat Wolfgang Spelthahn, Kreis Düren

Stellvertreter: LR Günter Rosenke
OB Marcel Philipp, Stadt Aachen

Geschäftsführer: Ulrich Schirowski

F) Jahresabschluss

Der Zweckverband Region Aachen wurde zum 01.01.2013 gegründet.

7. Erftverband

Am Erftverband 6
50126 Bergheim

Internet: <http://www.erftverband.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der Erftverband nimmt die folgenden Aufgaben wahr:

1. Die Erforschung und Beobachtung der wasserwirtschaftlichen Verhältnisse im Zusammenhang mit dem Braunkohlenabbau:
 - Regelung des Grundwasserstands
 - Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung der Bevölkerung und der Wirtschaft mit Wasser
 - Ausgleich nachteiliger ökologischer Veränderungen
2. Die Unterhaltung oberirdischer Gewässer einschließlich Hochwasserschutz:
 - Rückführung ausgebauter oberirdischer Gewässer in einen naturnahen Zustand
 - Vermeidung nachteiliger Veränderungen des oberirdischen Wassers
3. Die Abwasserbehandlung und Klärschlammabeseitigung sowie Sanierung, Instandhaltung und Betrieb von Kanalnetzen

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Der Erftverband ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts für das Einzugsgebiet der Erft und angrenzende Gebiete. Er dient dem Wohl der Allgemeinheit und dem Nutzen seiner Mitglieder. Aus der Systematik des § 6 des Erftverbandgesetzes (ErftVG) ergeben sich sechs Mitgliedergruppen:

- Braunkohlenbergwerk
- Elektrizitätswirtschaft
- kreisfreie Städte, kreisangehörige Städte und Gemeinden
- Kreise
- Unternehmen, sonstige Träger der öffentlichen Wasserversorgung
- gewerbliche Unternehmen.

C) Stammkapital und Anteile

Der Erftverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (insg. 102 Delegierte, davon 1 Kreis Euskirchen)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder)
- c) Vorstand

a) Vertreter des Kreises in der Delegiertenversammlung

Mitglieder	Stellvertreter
Urban-Josef Jülich (CDU)	Hans-Josef Nolden (CDU)

b) Vertreter des Kreises im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist im Verbandsrat nicht vertreten.

c) Vorstand

Dr.-Ing. Wulf Lindner
Ständiger Vertreter des Vorstands:
Dipl.-Ing. Norbert Engelhardt

nachrichtlich:

Ab 01.05.2013 ist der Kreis Euskirchen im Verbandsrat des Erftverbandes vertreten. Mit Dringlichkeitsentscheidung (D 4/2013) vom 22.01.2013 hat der Kreistag Herrn Josef Reidt (CDU) zum ordentlichen Mitglied des Verbandsrates benannt.

Mit gleicher Dringlichkeitsentscheidung hat der Kreistag beschlossen, Herrn Hans Schmitz (SPD) ab 01.05.2013 in die Delegiertenversammlung des Erftverbandes zu entsenden.

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen direkten Finanzbeziehungen des Verbandes zum Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet.

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

8. Wasserverband Eifel-Rur (WVER)

Eisenbahnstraße 5
52353 Düren

Internet: <http://www.wver.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Zu den gesetzlichen Aufgaben des WVER gehören nach der Vorgabe des Eifel-RurVG:

- der Hochwasserschutz und die Verstetigung des Wasserflusses,
- die Bereitstellung von Wasser für die Trinkwassergewinnung und von Betriebswasser sowie die Ausnutzung der Wasserkraft,
- die Bewässerung und Entwässerung von Grundstücken,
- die Beseitigung von Abwässern aus Gewerbe und Privatbereich,
- die Herstellung von naturnahen Verhältnissen an den Gewässern sowie die Sicherung eines guten Zustandes der Gewässer.

Grundlage des verbindlichen Handelns ist dabei die Idee des „Flussgebietsmanagements“, bei der alle wasserwirtschaftlichen Aufgaben in einer Hand gebündelt sind. Diese Vorstellung ist auch eine Leitidee der neuen EU- Wasserrahmenrichtlinie, die sich zum Ziel gesetzt hat, europaweit einen „guten Zustand“ der Gewässer zu erreichen. Zur Erfüllung seiner Aufgaben betreibt der WVER ein miteinander verbundenes Talsperrensystem sowie leistungsfähige Kläranlagen und kümmert sich um den Erhalt von Fließgewässern.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Das Verbandsgebiet des WVER umfasst das in Nordrhein-Westfalen gelegene oberirdische Einzugsgebiet der Rur. Es erstreckt sich in Nord-Süd-Richtung von Heinsberg bis Hellenthal, von West nach Ost von Aachen bis Düren. Der WVER ist als sondergesetzlicher Verband eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Seine Mitglieder sind:

- die Kommunen im Verbandsgebiet
- die Kreise im Verbandsgebiet
- Abwasser ableitende gewerbliche Betriebe im Verbandsgebiet
- die Trinkwasserversorger im Verbandsgebiet

C) Stammkapital und Anteile

Der WVER besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Die Mitglieder haben dem Verband die Beiträge zu leisten, die zur Erfüllung seiner Aufgaben und seiner Verbindlichkeiten und zu einer ordentlichen Haushalts- oder Wirtschaftsführung erforderlich sind, soweit andere Einnahmen zur Deckung der Ausgaben des Verbandes nicht ausreichen.

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Verbandsversammlung (insg. 99 stimmberechtigte Delegierte)
- b) Verbandsrat (insg. 15 Mitglieder, von der Delegiertenversammlung gewählt)
- c) Vorstand

a) und b) Vertreter des Kreises in der Verbandsversammlung und im Verbandsrat

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Gremien nicht vertreten.

c) Vorstand

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Firk
Ständiger Vertreter des Vorstands
Robert Steegmans

nachrichtlich:

Der Kreistag hat per Dringlichkeitsentscheidung (D 3/2013) vom 15.01.2013 beschlossen, Herrn Johannes Esser (CDU) als Delegierten der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur in die Verbandsversammlung zu entsenden.

F) Jahresabschluss

Die Jahresberichte sind im Internet abrufbar.

9. Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverband NRW (AAV)

Werksstraße 15
45527 Hattingen

Internet: <http://www.aav-nrw.de/>

A) Aufgaben und Ziele des Zweckverbands

Der AAV ist ein sondergesetzlicher Verband und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Der Verband erfüllt Aufgaben nach dem Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz (AAV-Gesetz), dem Landesabfallgesetz, dem Landesbodenschutzgesetzes und dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung. Das AAV-Gesetz sieht vor, dass der Verband in den folgenden Fällen zur Gefahrenabwehr tätig werden kann:

- Maßnahmen zur Sanierungsuntersuchung, -planung und Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen nach den Vorschriften des Bundes-Bodenschutzgesetzes (BBodSchG).
- Maßnahmen zur weiter gehenden Sanierung von Altlasten oder schädlichen Bodenveränderungen, um Grundstücke für eine konkret angestrebte Nutzung aufzubereiten, soweit die Aufwendungen hierfür in einem angemessenen Verhältnis zur angestrebten Nutzung stehen.

Wie bereits in der Vergangenheit liegt die Besonderheit darin, dass der Verband nicht nur finanzielle Mittel bereitstellt (bis zu 80 % der Sanierungskosten bei Maßnahmen zur Gefahrenabwehr), sondern auch altlastenspezifisches Know-How, das er bei seinen bisher durchgeführten Projekten gesammelt hat. Die technische und finanzielle Umsetzung der Projekte (Planung, Ausschreibung, Vergabe und Abwicklung der Sanierungsmaßnahmen) erfolgt in der Regel durch den AAV als Maßnahmenträger und Auftraggeber, jedoch grundsätzlich im Zusammenwirken mit den Kommunen, die die Projekte beim AAV anmelden. Projektmanagement und -controlling werden stets in enger Kooperation und Abstimmung mit den kommunalen Partnern durchgeführt. In der Regel werden hierzu öffentlich-rechtliche Verträge geschlossen, in denen die Aufgaben und Zuständigkeiten aller Beteiligten geregelt sind.

B) Mitgliedschaftsverhältnisse

Als AAV-Mitglieder sind im Gesetz aufgeführt:

- Freiwillige Mitglieder: alle juristischen Personen des Privatrechts und Vereinigungen von juristischen Personen, die sich auf Grundlage des Kooperationsvertrages zu freiwilligen Beiträgen gegenüber dem Verband verpflichtet haben.
- Kreise und die kreisfreie Städte,
- das Land Nordrhein-Westfalen.

Natürliche und juristische Personen sowie Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Mitglieder nach oben genannten Kriterien sind, können die Aufnahme in den Verband beantragen. Eine Aufnahmepflicht besteht jedoch nicht. Näheres ist in der Satzung geregelt.

C) Stammkapital und Anteile

Der Zweckverband besitzt kein Stammkapital.

D) Wesentliche Finanz- und Leistungsbeziehungen

Der Verband erhält zur Erfüllung seiner Aufgaben

- Beiträge: Sie betragen pro Einwohner des jeweiligen Mitglied 0,03 Euro
- Zweckgebundene Mittel: Sie sind einer zwischen dem Umweltministerium und der NRW-Wirtschaft abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung festgelegt sind

E) Zusammensetzung der Organe

- a) Delegiertenversammlung (Zahl der Delegierten richtet sich nach Stimmenanteilen. Je volle 25.000 Euro des in der Kooperationsvereinbarung garantierten und festgelegten Mitgliedsbeitrages bzw. der Mittel des Landes ergeben eine Stimme)
- b) Vorstand (10 Mitglieder)

a) und b) Vertreter des Kreises in Vorstand und Delegiertenversammlung

Der Kreis Euskirchen ist in diesen Organen nicht vertreten.

Geschäftsführer: Gerhard Knoch

F) Jahresabschluss

Wegen der relativ geringen Bedeutung des Verbandes für den Kreis Euskirchen wird auf die Beifügung des Jahresabschlusses verzichtet. Der Jahresbericht 2012 ist im Internet abrufbar.